

DISSERTATION

Titel der Dissertation

„Kinder – jetzt, später oder nie?“
Generatives Verhalten und Kinderwunsch
in Österreich, Schweden und Spanien auf
Basis der Qualitative Comparative Analysis (QCA)

Verfasserin

Mag. Christiane Rille-Pfeiffer

angestrebter akademischer Grad

Doktorin der Philosophie (Dr.phil.)

Wien, im Februar 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 092 122
Dissertationsgebiet lt. Studienblatt:	Soziologie
Betreuer:	Univ.-Prof. Dr. Rudolf Richter

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	6
1. Einleitung	8
2. Aufbau der Arbeit	12
2.1 Zielsetzungen	12
2.2 Fragestellung	13
2.3 Methodisches Vorgehen	14
2.3.1 Die Entwicklung eines theoretischen Modells	14
2.3.2 Datengrundlage: Qualitative Studie „Kinderwunsch von Paaren“	14
2.3.3 Auswertungskonzept	19
2.3.3.1 Inhaltsanalytische Strukturierung	19
2.3.3.2 Konfigurationell vergleichende Analyse mit QCA	20
3. Theoretische Grundlagen	23
3.1 Das generative Verhalten: Entscheidung oder Zwangsläufigkeit?	24
3.1.1 Begriffliche Annäherung	24
3.1.1.1 Generatives Verhalten	25
3.1.1.2 Kinderwunsch	27
3.1.1.3 Entscheidung	28
3.1.2 Die unterschiedlichen Positionen im wissenschaftlichen Diskurs	30
3.1.2.1 Generatives Verhalten als Ergebnis einer Entscheidung	31
3.1.2.2 Generatives Verhalten als Folge einer (biographischen) Zwangsläufigkeit	33
3.2 Einflussfaktoren zur Erklärung des generativen Verhaltens	35
3.2.1 Wohlfahrtsstaat und Familienpolitik	35
3.2.2 Normen und Werte als Rahmen für individuelles Verhalten	41
3.2.3 Der Übergang zum Erwachsenwerden und der Familienbildungsprozess	43
3.2.4 Bildung als Indikator für Fertilitätsentscheidungen	46
3.2.5 Partnerschaft und Geschlechtsrollen	50
3.2.6 Erwerbstätigkeit und Mutterrolle als zu vereinbarende Konzepte	51
3.2.7 Finanzielle und materielle Voraussetzungen für Elternschaft	54
3.3 Mehrebenenansätze zur Erklärung des generativen Verhaltens	56
3.3.1 Ein Mehrebenenkonzept des demographischen Wandels nach J. Huinink	57
3.3.2 Die biographische Fertilitätstheorie nach H. Birg	60
4. Die Modellentwicklung	63
4.1 Theoretische Grundannahmen	63
4.1.1 Zur Begriffsklärung	63

4.1.2	Zur Entscheidungsproblematik	64
4.1.3	Zum Mehrebenenkonzept	67
4.2	Die Beschreibung des Modells	70
5.	Die Situation in Österreich, Schweden und Spanien	73
5.1	Zahlen zur Geburtenentwicklung	73
5.1.1	Geburtenzahlen	74
5.1.2	Fertilitätsraten	76
5.1.2.1	Gesamtfertilitätsrate (TFR)	76
5.1.2.2	Kohortenfertilitätsrate (CFR).....	78
5.1.3	Geburtenfolge	79
5.1.4	Kinderlosigkeit.....	83
5.1.5	Gebäralter	84
5.1.6	Nichteheliche Geburten	86
5.2	Fertilitätsbezogene Einflussfaktoren	87
5.2.1	Wohlfahrtsstaatliche Gestaltungsprinzipien	87
5.2.2	Der Normen- und Wertekontext	92
5.2.3	Der Übergang zum Erwachsenwerden	95
5.2.4	Bildungsbeteiligung und Bildungsniveau	102
5.2.5	Eheschließungen und Ehescheidungen	105
5.2.6	Erwerbstätigkeit	109
5.2.7	Einkommenssituation und Armutsgefährdung	113
6.	Empirische Analyse des Kinderwunsches mit QCA	118
6.1	Einführung in die Qualitative Comparative Analysis (QCA)	118
6.1.1	Crisp-Set-QCA und Fuzzy-Set-QCA.....	119
6.1.2	Die Sichtweise von Kausalität.....	119
6.1.3	Notwendige und hinreichende Bedingungen	120
6.1.4	Wahrheitstafeln	122
6.1.5	Konsistenz und Abdeckung	122
6.1.6	Begrenzte empirische Vielfalt	123
6.1.7	Kalibrierung der Fuzzy-Sets.....	123
6.1.8	Boolesche Verknüpfungen und die Notation in QCA	124
6.2	Inhaltsanalytische Strukturierung.....	125
6.2.1	Kinderlose Paare: Übergang zur Erstelternschaft?.....	127
6.2.2	Paare mit Kindern: (k)ein weiteres Kind?.....	128
6.2.3	Weibliche und männliche Argumentationsmuster	130
6.2.4	Motive für ein Kind	132

6.2.5	Motive gegen ein Kind	133
6.3	Konfigurationell vergleichende Analyse	134
6.3.1	Auswahl der Analyseeinheiten	134
6.3.2	Entwicklung von kausalen Bedingungen	135
6.3.3	Kalibrierung der Fuzzy-Sets.....	137
6.3.4	Zuordnung der Fuzzy-Werte und Rohdatentabelle	141
6.3.5	Analyse der notwendigen und hinreichenden Bedingungen	143
6.3.5.1	Notwendige Bedingungen.....	143
6.3.5.2	Hinreichende Bedingungen	145
6.3.6	Die formale Darstellung des Lösungsterms	147
6.3.7	Die Interpretation des Lösungsterms	150
6.3.7.1	Notwendige Bedingungen.....	151
6.3.7.2	Hinreichende Bedingungen	152
6.3.7.3	Die äquifinale Lösung als Ausdruck der Komplexität.....	152
6.3.7.4	Entscheidung versus Nicht-Entscheidung	153
6.3.8	Fazit aus Modellbildung und Analyse	154
6.3.8.1	Die Bewertung des theoretischen Modells	154
6.3.8.2	Die QCA als Methode für die Untersuchung des generativen Verhaltens	156
7.	Interpretation und Diskussion der Ergebnisse.....	159
7.1	Der Entscheidungsprozess des Paares beim Kinderwunsch	159
7.1.1	Die Diskussion des Paares: Ablauf und Argumente	159
7.1.2	Das Ergebnis des Entscheidungsprozesses.....	162
7.1.3	Die Paar-Diskussion in Österreich, Schweden und Spanien	164
7.2	Der gesellschaftliche Kontext der Geburtenentwicklung.....	167
7.2.1	Hoher Stellenwert von Familie, aber sinkende Geburtenzahlen?	168
7.2.2	Österreich Schweden und Spanien - drei unterschiedliche Wege?	171
8.	Resümee.....	175
	Literaturverzeichnis	176

Tabellenverzeichnis

TABELLE 1: ÜBERSICHT ÜBER DIE STICHPROBE DER KINDERWUNSCH-STUDIE	16
TABELLE 2: FERTILITÄTS-KENNZIFFERN IN ÖSTERREICH, SCHWEDEN UND SPANIEN.....	74
TABELLE 3: LEBENDGEBORENE PRO JAHR, IN TAUSEND.....	75
TABELLE 4: ANTEIL DER KINDERLOSEN FRAUEN NACH GEBURTSKOHORTE (1940-1965).....	84
TABELLE 5: AUSGABEN FÜR FAMILIE UND KINDER, IN % DES BRUTTOINLANDSPRODUKTS (BIP).....	91
TABELLE 6: REGELUNGEN ZUM MUTTERSCHAFTSURLAUB 2005/2006	92
TABELLE 7: BETREUUNGSQUOTEN FÜR KINDER UNTER 6 JAHREN, 2004	92
TABELLE 8: AUSGEWÄHLTE LEBENSEREIGNISSE - ANTEIL JENER PERSONEN IN %, BEI DENEN BIS ZUM ALTER ... VON 25 JAHREN DAS JEWEILIGE EREIGNIS EINGETRETEN IST, NACH GEBURTSKOHORTEN 1941-66	99
TABELLE 9: DAUER ZWISCHEN ERSTEM ERWERBSEINTRITT BZW. ERSTER LEBENSGEMEINSCHAFT UND DER GEBURT DES ERSTEN KINDES, NACH GEBURTSKOHORTEN 1958-62.....	102
TABELLE 10: EHESCHLIEßUNGEN PRO JAHR, IN TAUSEND.....	106
TABELLE 11: KENNZIFFERN ZUR ERWERBSTÄTIGKEIT.....	110
TABELLE 12: KENNZIFFERN ZUR FINANZIELLEN SITUATION.....	114
TABELLE 13: NOTWENDIGE UND HINREICHENDE BEDINGUNGEN	121
TABELLE 14: VERALLGEMEINERTE FUZZY-SKALA NACH RAGIN.....	124
TABELLE 15: SOZIODEMOGRAPHISCHE MERKMALE ALLER INTERVIEWTEN PERSONEN (N=60).....	126
TABELLE 16: HYPOTHESEN AUF BASIS DES THEORETISCHEN MODELLS	136
TABELLE 17: KAUSALE BEDINGUNGEN FÜR DIE FSQCA	136
TABELLE 18: VERWENDETE FUZZY-SKALA NACH RAGIN.....	137
TABELLE 19: MITGLIEDSWERTE DER UNTERSUCHTEN FÄLLE (ROHDATENTABELLE).....	142
TABELLE 20: KONSISTENZ UND ABDECKUNG NOTWENDIGER BEDINGUNGEN FÜR DAS ERGEBNIS ,ENTSCHEIDUNG FÜR EIN (WEITERES) KIND'	144
TABELLE 21: WAHRHEITSTAFEL „ENTSCHEIDUNG FÜR EIN (WEITERES) KIND“ UND 5 BEDINGUNGEN.....	146
TABELLE 22: HINREICHENDE BEDINGUNGEN FÜR DIE „ENTSCHEIDUNG FÜR EIN (WEITERES) KIND“	149

Abbildungsverzeichnis

ABBILDUNG 1: DAS MEHREBENENMODELL NACH HUININK.....	60
ABBILDUNG 2: EIN ENTSCHEIDUNGSMODELL DES GENERATIVEN VERHALTENS	67
ABBILDUNG 3: EIN MEHREBENENMODELL ZUR ERKLÄRUNG DES GENERATIVEN VERHALTENS	69
ABBILDUNG 4: EIN MÖGLICHES INDIKATORENMODELL ZUM GENERATIVEN VERHALTEN	71
ABBILDUNG 5: FRAUEN IM FERTILEN ALTER (20-44 JAHRE), ZWEIACHSIGE DARSTELLUNG	76
ABBILDUNG 6: GESAMTFERTILITÄTSRATE (TFR) VON 1960 BIS 2006.....	77
ABBILDUNG 7: KOHORTENFERTILITÄTSRATE (CFR) DER JAHRGÄNGE 1930 BIS 1965.....	79
ABBILDUNG 8A: LEBENDGEBORENE NACH DER GEBURTENFOLGE, ÖSTERREICH 1984-2005.....	80
ABBILDUNG 9: PROZENTUELLE VERÄNDERUNG GEGENÜBER DEM JAHR 1984	83
ABBILDUNG 10: DURCHSCHNITTLICHES GEBÄRALTER DER FRAUEN	85
ABBILDUNG 11: DURCHSCHNITTLICHES ALTER DER FRAUEN BEI DER ERSTEN GEBURT	86
ABBILDUNG 12: ANTEIL DER NICTHELICHEN GEBURTEN AN ALLEN GEBURTEN.....	87
ABBILDUNG 13: EINSTELLUNGEN ZU EHE UND PARTNERSCHAFT – %-ANTEIL AN ZUSTIMMUNG.....	93
ABBILDUNG 14: EINSTELLUNGEN ZU KINDERN – %-ANTEIL AN ZUSTIMMUNG.....	94
ABBILDUNG 15: EINSTELLUNGEN ZUR BERUFSTÄTIGKEIT VON FRAUEN – %-ANTEIL AN ZUSTIMMUNG	95
ABBILDUNG 16: DURCHSCHNITTLICHE ANZAHL AN PERSONENJAHREN IN DER AUSBILDUNG (ZWISCHEN 15 UND 30 JAHREN), NACH GEBURTSJAHRGÄNGEN.....	97
ABBILDUNG 17: DURCHSCHNITTLICHE ANZAHL AN PERSONENJAHREN IM ERWERB (ZWISCHEN 15 UND 30 JAHREN).....	98
ABBILDUNG 18: MITTLERES ALTER BEIM EINTRITT EINZELNER LEBENSEREIGNISSE, NACH GEBURTSKOHORTEN 1958-62.....	101
ABBILDUNG 19: BILDUNGSBETEILIGUNG IM ALTER VON 15-24 JAHREN (ISCED 1-6)	103
ABBILDUNG 20: ANTEIL VON PERSONEN IM ALTER VON 25 BIS 64 JAHREN, DIE ZUMINDEST EINEN .. HÖHEREN SEKUNDARABSCHLUSS ERREICHT HABEN ("MATURANIVEAU").....	104
ABBILDUNG 21: WEIBLICHE STUDIERENDE (ISCED 5-6), IN % AN ALLEN STUDIERENDEN DIESER STUFE	105
ABBILDUNG 22: GESAMTERSTHEIRATSRATE (TFMR) FÜR FRAUEN UND MÄNNER	107
ABBILDUNG 23A: DURCHSCHNITTLICHES ERSTHEIRATSALTER FÜR FRAUEN	108
ABBILDUNG 24: BESCHÄFTIGTENQUOTE DER PERSONEN IM ALTER VON 15 BIS 24 JAHREN IN % DER	
GLEICHALTRIGEN BEVÖLKERUNG, NACH GESCHLECHT.....	111
ABBILDUNG 25: ARBEITSLOSENQUOTE VON PERSONEN IM ALTER VON 15 BIS 24 JAHREN IN % ALLER	
GLEICHALTRIGEN ERWERBSPERSONEN, NACH GESCHLECHT.....	112
ABBILDUNG 26: ARBEITSLOSIGKEITSRATE NACH BEENDIGUNG DER UNUNTERBROCHENEN	
ERSTAUSBILDUNG, IN MONATEN.....	113
ABBILDUNG 27: PRIMÄREINKOMMEN, IN KAUFKRAFTKONSUMSTANDARDS (KKKS) JE EINWOHNER.....	115
ABBILDUNG 28: VERFÜGBARES EINKOMMEN, IN KAUFKRAFTKONSUMSTANDARDS (KKKS) JE EINWOHNER.....	116
ABBILDUNG 29: ARMUTSGEFÄHRDUNGSQUOTE ^A NACH ALTER, 2004.....	117

Vorwort

Die Idee zur vorliegenden Dissertation entspringt einem in den Jahren 2000-2002 durchgeführten Forschungsprojekt des Österreichischen Instituts für Familienforschung. Dabei handelte es sich um eine von der Europäischen Kommission mitfinanzierte internationale Forschungsk Kooperation von acht europäischen Ländern mit dem Titel „*Family Impact Monitor Programme*“. Wie der Titel schon anklingen lässt, ging es darum, die Auswirkungen von familienpolitischen Maßnahmen auf die Familien selbst festzustellen und zu bewerten. Zu diesem Zweck lag das Hauptaugenmerk des Projektes auf der Entwicklung multidisziplinärer Indikatoren zur Erklärung von Geschlechter- und Generationenbeziehungen.

Einer der untersuchten Themenbereiche im Rahmen der Forschungsk Kooperation beschäftigte sich mit dem Kinderwunsch von Paaren, der ja auch Gegenstand der vorliegenden Dissertation ist. Aufgrund der Fülle an noch nicht ausgewertetem Datenmaterial und der interessanten Erhebungsmethode (nämlich Interaktions-Paar-Interviews) erschien es mir vielversprechend, die vorhandenen Interviews einer weiterführenden Analyse zu unterziehen. Die gegenständliche Dissertation war in zwei Teilen angelegt. Der erste Teil beinhaltete eine theoretische Annäherung an das Thema Geburtenentwicklung und Kinderwunsch, erste konzeptionelle Gedanken sowie eine Beschreibung der untersuchten Länder anhand ausgewählter sozialstatistischer Eckdaten. Die Darstellung der Ergebnisse dieses ersten Teiles wurde bereits vorab in einem Working Paper des Österreichischen Instituts für Familienforschung veröffentlicht (siehe *Rille-Pfeiffer, Christiane (2007): Geburtenentwicklung und Kinderwunsch im europäischen Vergleich. Eine Analyse der Länder Österreich, Schweden und Spanien (Teil 1), Working Paper des Österreichischen Instituts für Familienforschung Nr. 61*).

Im zweiten Teil werden die bisherigen Überlegungen weitergeführt, die Modellentwicklung vorgenommen, die Analyse durchgeführt und die gewonnenen Ergebnisse interpretiert. Insofern verwende ich in der vorliegenden Dissertation Teile des bereits publizierten Textes von 2007 entweder im Wortlaut oder in modifizierter Form. Dasselbe trifft auf Tabellen oder Abbildungen zu, wobei hier neuere Daten ergänzt wurden. Jene bereits veröffentlichten Textpassagen sind in den jeweiligen Kapiteln der gegenständlichen Arbeit mit einem Sternchen (*) gekennzeichnet. Das dazugehörige Literaturzitat wird im Fußnotentext angeführt.

Abschließend möchte ich mich bei all jenen Menschen bedanken, die zum Gelingen meiner Arbeit beigetragen haben. Da ist zunächst meine Familie zu nennen, die mich immer wieder ermuntert hat, am Ball zu bleiben und so manchen Widrigkeiten zu trotzen. Unterstützt hat

mich aber auch ganz besonders mein Kollege Dipl. Soz. Päd. Olaf Kapella vom Institut für Familienforschung, der in anregenden Diskussionen immer den Finger auf den wunden Punkt gelegt hat und mir dadurch wertvollen Input gegeben hat. Meinen beiden Chefs Dr. Isabella Hranek und Prof. Dr. Wolfgang Mazal möchte ich ebenfalls dafür danken, dass ich immer sowohl die institutionelle als auch menschliche Unterstützung auf dem Weg zur Finalisierung meiner Arbeit hatte. Ein Dankeschön gilt auch meinen beiden Betreuern Prof. Dr. Rudolf Richter und Prof. Dr. Wolfgang Schulz, die mir vor allem in methodischer Hinsicht wertvolle Anregungen gegeben haben.

1. Einleitung (*)

Die Geburtenentwicklung und das generative Verhalten in Europa sind zu einem viel diskutierten Thema in Politik und Wissenschaft geworden. Dabei geht es vor dem Hintergrund der sinkenden Fertilität meist um die Frage, welche Folgen die niedrigen Geburtenzahlen für das gesamtgesellschaftliche Gefüge haben werden. Die ExpertInnen sind sich prinzipiell darüber einig, dass die gegenwärtige Phase des Geburtenrückgangs und die daraus resultierende alternde Bevölkerungsstruktur nicht spurlos an der Gesellschaft vorbeigehen, sondern eine Reihe von Auswirkungen in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen nach sich ziehen werden.

Wie gravierend diese Folgen jedoch sein werden, wird in der wissenschaftlichen Diskussion unterschiedlich eingeschätzt. Dementsprechend unterschiedliche Auffassungen herrschen daher auch über die Strategien zur Gegensteuerung und über die Frage, wie rasch von politischer Seite gehandelt werden soll.

In zahlreichen Forschungsarbeiten werden sehr einschneidende – meist negative – Konsequenzen aufgrund der sinkenden Fertilität befürchtet, wobei vor allem die zukünftige Sicherung der Pensions- und Krankenversicherungssysteme als das größte Problem hervorgehoben wird (vgl. *Dumont*, 2003; *Bagavos & Martin*, 2001). Denn eine immer geringer werdende Zahl an nachkommenden Erwerbspersonen könne die immer größer werdende Zahl an älteren, nicht mehr erwerbstätigen Personen nicht erhalten. Die nach jenem Prinzip funktionierenden sozialen Sicherungssysteme wären nun an ihren Grenzen angelangt und könnten in ihrer bisherigen Form kaum aufrechterhalten werden. Gleichzeitig wären durch das entstehende Ungleichgewicht zwischen den Generationen aber auch negative Auswirkungen in der Wirtschaftsdynamik zu befürchten, was insgesamt zu veränderten Verbrauchsmustern und geringeren Investitionsanreizen führen könnte. Nicht zuletzt werden in den hier beschriebenen Argumentationen eine Reihe von negativen, sozialen und politischen Folgen angeführt, wie beispielsweise das Schrumpfen des Familiennetzwerkes und der Wegfall bestimmter bisher durch Familienangehörige erbrachter Leistungen, der erhöhte Pflegebedarf für die immer größer werdende Bevölkerungsgruppe der alten Menschen, mögliche Konflikte zwischen den Generationen, veränderte politische Ansprüche aufgrund der alternden Wählerschaft. Thematisiert werden in jenen Forschungsarbeiten schließlich auch ganz allgemeine Auswirkungen, die eine alternde Gesellschaft mit sich bringt, wie etwa der

(*) Textpassagen wurden im Wortlaut oder in abgewandelter Form entnommen aus: *Rille-Pfeiffer, Christiane* (2007): Geburtenentwicklung und Kinderwunsch im europäischen Vergleich. Eine Analyse der Länder Österreich, Schweden und Spanien (Teil1), Working Paper des Österreichischen Instituts für Familienforschung Nr. 61, S.3-5.

veränderte Umgang mit Massenmedien oder die Notwendigkeit zu lebenslangem Lernen (vgl. *Jansen et al.*, 2005).

Demgegenüber schätzen andere WissenschaftlerInnen den Geburtenrückgang weniger dramatisch ein oder halten ihn sogar für einen positiv zu bewertenden Mechanismus der Selbstregulierung des gesellschaftlichen Systems (vgl. *Hondrich*, 2007; *Buck et al.*, 2002). Mit einem veränderten Blickwinkel auf gesellschaftliche Prozesse könne man erkennen, dass gerade das Schrumpfen der Gesellschaft in vielen Bereichen positive Auswirkungen nach sich ziehen werde. Dazu müssten jedoch viele der gegenwärtig geltenden Konzepte, wie z.B. das der Produktivität, der sozialen Sicherung oder der gesellschaftlich unterstützten Lebensmodelle, überdacht werden (*Hondrich*, 2007). Andere WissenschaftlerInnen weisen speziell auf die Chancen des Geburtenrückgangs für die Wirtschaft und das Erwerbsleben hin. Sie sprechen von der Entlastung des Arbeitsmarktes und damit der Entschärfung der Problematik der Arbeitslosigkeit. Der Rückgang des Arbeitskräfteangebotes werde dabei gerade Frauen und älteren ArbeitnehmerInnen zugute kommen. Diese Einschätzungen basieren auf der Annahme, dass sich die Geburtenentwicklung - wenngleich auf niedrigem Niveau - stabilisieren werde. Der Trendforscher *Matthias Horx* (2002) prognostizierte entgegen der herrschenden Wissenschaftsmeinung sogar einen Aufwärtstrend der Fertilität, der durch gesellschaftliche Reformen, einen Wertewandel, aber auch wirtschaftliche Anreize ausgelöst werde.

Dieser kurze Abriss der neueren Forschungsliteratur sollte die Bandbreite der inhaltlichen Argumentationen zur Geburtenentwicklung deutlich gemacht haben. Versucht man nun, jene Arbeiten ihrer wissenschaftlichen Ausrichtung nach zu systematisieren, so lassen sich primär vier Gruppen identifizieren: Es existieren Forschungsarbeiten

1. zur empirischen Überprüfung bestehender Theorien und Modelle des generativen Verhaltens
2. zu internationalen Ländervergleichen
3. zur Folgenabschätzung vergangener und der Prognose zukünftiger Entwicklungen
4. zur Erforschung möglicher Ursachen der Fertilitätsentwicklung im Allgemeinen und des Geburtenrückgangs im Besonderen.

Der größte Anteil an wissenschaftlicher Literatur existiert in den ersten beiden Gruppen, d.h. zur empirischen Überprüfung bestehender Erklärungsansätze und zu internationalen Ländervergleichen. Schon deutlich weniger Forschungsarbeiten gibt es in der dritten Gruppe, nämlich zu den möglichen Auswirkungen der Geburtenentwicklung auf das

Gesellschaftssystem. Der eindeutig geringste Wissensstand wurde im Bereich der Ursachenforschung akkumuliert. Dies verwundert insofern, als die Folgenabschätzung – und damit der aktuell geführte politische und wissenschaftliche Diskurs – untrennbar mit der Erkenntnis über mögliche Ursachen verbunden ist. Denn die Frage bezüglich etwaiger staatlicher Interventionen kann doch nur dann sinnvoll beantwortet werden, wenn einigermaßen Klarheit über die den Geburtenrückgang auslösenden Faktoren besteht.

Die Ursachenforschung ihrerseits ist dadurch gekennzeichnet, dass die meisten Ansätze entweder auf der Makro- oder auf der Mikroebene argumentieren und ausschließlich dort die Faktoren zur Erklärung der Geburtenentwicklung suchen. So werden z.B. in der demographischen Forschung meist entweder das weibliche Bildungs- und Erwerbsverhalten oder die familienpolitischen Rahmenbedingungen als zentrale Einflussgrößen in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt. Die häufige Fokussierung auf jene beiden Indikatoren mag in der Annahme begründet sein, dass die Überprüfung von potentiellen Zusammenhängen die Quantifizierbarkeit von Indikatoren voraussetzt – was sowohl für die Bildung und Erwerbstätigkeit als auch für die Familienpolitik als gegeben angenommen wird. Problematisch ist jedoch, dass in der demographischen Forschung andere, nicht so leicht quantifizierbare Einflussgrößen vielfach unberücksichtigt bleiben. Aber auch andere wissenschaftliche Disziplinen, die sich mit der Erforschung des generativen Verhaltens beschäftigen, beschreiten den Weg der Fokussierung auf bestimmte Aspekte. Die soziologische Ursachenforschung benennt beispielsweise als zentrale Kategorie für Veränderungen im generativen Verhalten die gesellschaftliche Modernisierung. Der Wertewandel und die Individualisierung gelten als Auslöser für die veränderte Familienentwicklung und stehen dementsprechend im Zentrum der Analysen. Faktoren, die im Individuum selbst begründet sind, wie etwa Persönlichkeitsmerkmale oder individuelle Motivlagen, finden hierbei kaum Eingang in die Betrachtungen. Die psychosoziale Forschung hingegen bezieht sich primär auf ebendiese individuelle Ebene und beleuchtet die Motive für oder gegen Kinder. Unberücksichtigt bleiben meist die strukturellen Rahmenbedingungen und der Einfluss des gesellschaftlichen Werte- und Normensystems.

Es lassen sich daher zwei Punkte festhalten: Zum einen gibt es eine kaum überschaubare Anzahl an Forschungsarbeiten zur Geburtenentwicklung und dem generativen Verhalten. Allerdings ist die Ursachenforschung als zentraler Erkenntnisbereich bisher vergleichsweise unterbelichtet geblieben, sodass weiterer Forschungsbedarf besteht. Zum anderen ist die Thematik des generativen Verhaltens ein von vielen unterschiedlichen Disziplinen mit ihren jeweils spezifischen Blickwinkeln intensiv bearbeitetes Feld. Trotzdem oder möglicherweise gerade deshalb fehlt eine ganzheitliche Perspektive auf den Forschungsgegenstand. Gerade

das Fertilitätsverhalten von Menschen muss als ein sehr vielschichtiges Phänomen begriffen werden, dessen befriedigende Erklärung sich einer auf einzelne Aspekte beschränkten Herangehensweise entzieht. Vielmehr verlangt die Auseinandersetzung mit der Thematik nach einer sowohl die individuelle als auch die gesellschaftliche Ebene einbeziehenden Perspektive. Wissenschaftliche Erklärungsansätze, die Einflussfaktoren hinsichtlich des generativen Verhaltens auf verschiedenen Ebenen identifizieren und mögliche Interdependenzen zwischen den einzelnen Einflussgrößen berücksichtigen, haben erst in jüngerer Zeit an Bedeutung gewonnen (vgl. *Huinink*, 1995, 2000a; *Birg*, 1991 (et al.), 1992; *Rieck*, 2005).

Ausgehend von der Annahme, dass eine Folgenabschätzung der Fertilitätsentwicklung nur nach der Auseinandersetzung mit ihren Ursachen erfolgen kann, möchte die vorliegende Arbeit einen Beitrag zur Ursachenforschung liefern. Anhand eines Ländervergleiches von Österreich, Schweden und Spanien sollen mögliche Erklärungsansätze für die Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit erarbeitet werden. Ausgehend von der aktuellen Situation in jenen Ländern wird das Fertilitätsverhalten und der Kinderwunsch von Paaren analysiert. Die erwähnten ebenenübergreifenden Ansätze dienen dabei als Grundlage für die Konzeption eines eigenen theoretischen Modells, das seinerseits die Basis für die weitere Analyse bildet. Die Analyse basiert auf einer qualitativen Studie zum Kinderwunsch von Paaren und erfolgt mit einer ursprünglich in den vergleichenden Politikwissenschaften angewendeten Methode, der *Qualitative Comparative Analysis* (QCA). Diese Methode erscheint für die vorliegende Fragestellung vor allem deshalb vielversprechend, weil sie die Abbildung komplexer Kausalstrukturen ermöglicht und dadurch der Komplexität des Forschungsgegenstandes Rechnung trägt.

2. Aufbau der Arbeit (*)

Im Folgenden wird der Aufbau der vorliegenden Arbeit beschrieben. Dabei werde ich auf die Zielsetzungen der Studie, die zu beantwortenden Fragestellungen und die gewählte Methodik eingehen.

2.1 Zielsetzungen

Eine im Vorfeld durchgeführte Literaturstudie hatte zum Ziel, eine Bestandsaufnahme der jüngeren Forschung zum generativen Verhalten und zum Kinderwunsch zu machen. Als Ergebnis jener Recherche kann festgehalten werden, dass die Zahl der Forschungsarbeiten zu dieser Thematik zwar groß ist, gleichzeitig aber gewisse Defizite sichtbar werden. Wie bereits in der Einleitung erwähnt, wird vor allem der theoretischen Auseinandersetzung mit möglichen Ursachen der Geburtenentwicklung erst in jüngerer Zeit mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Als Resultat dieser verstärkten wissenschaftlichen Auseinandersetzung können die ebenenübergreifenden Ansätze zur Erklärung des generativen Verhaltens (vgl. Kapitel 3.3) gewertet werden.

Die Zielsetzungen der vorliegenden Arbeit liegen sowohl auf methodischer als auch auf inhaltlicher Ebene. Die erste methodische Zielsetzung der Studie besteht darin, aus diesen Mehrebenen-Ansätzen ein für die eigene Arbeit relevantes theoretisches Modell abzuleiten. Dieses Modell wird in einem Ländervergleich zwischen Österreich, Schweden und Spanien an einer empirischen Datenbasis, nämlich der qualitativen Studie zum Kinderwunsch von Paaren, zu überprüfen sein. Die Rückbindung von Theorie und Empirie erscheint für die Bewertung der eigenen Herangehensweise und die weiterführenden Überlegungen bedeutsam.

Das generative Verhalten ist ein Phänomen, bei dem komplexe Mechanismen zum Tragen kommen. Diese Komplexität muss aber nicht nur im theoretischen Modell abbildbar, sondern auch in der Analyse methodisch umsetzbar sein. Hierfür scheint ein Instrumentarium notwendig, das imstande ist, komplexe Kausalbeziehungen aufzudecken. Dies führt zur zweiten methodischen Zielsetzung: Im Rahmen der vorliegenden Arbeit soll eine für die Erklärung von Fertilitätsentscheidungen noch nicht verwendete, aber durchaus geeignet erscheinende Methode, nämlich die *Qualitative Comparative Analysis*, zum Einsatz kommen.

(*) Einige der Textpassagen wurden im Wortlaut oder in abgewandelter Form entnommen aus: *Rille-Pfeiffer, Christiane* (2007): Geburtenentwicklung und Kinderwunsch im europäischen Vergleich. Eine Analyse der Länder Österreich, Schweden und Spanien (Teil1), Working Paper des Österreichischen Instituts für Familienforschung Nr. 61, S.5-14.

Es soll überprüft werden, inwieweit jene Methode ein adäquates Analyseinstrument zur Bearbeitung der vorliegenden Fragenstellung darstellt.

Die inhaltliche Zielsetzung der vorliegenden Arbeit ist es, einen Beitrag zur Ursachenforschung im Zusammenhang mit dem generativen Verhalten zu leisten. Denn die Verbreiterung der diesbezüglichen Wissensbasis ist nicht nur aus wissenschaftlicher Sicht bedeutsam, sondern stellt eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung möglicher Gegensteuerungsstrategien vor allem auch auf politischer Ebene dar.

2.2 Fragestellung

Wenngleich das Sinken der Geburtenzahlen meist als gesamteuropäischer Trend diskutiert wird, so scheinen dennoch einige Länder mit diesem Problem besser fertig zu werden als andere. Beispielsweise die skandinavischen Länder, Frankreich oder Dänemark, wo die Geburtenzahlen in den letzten Jahren relativ stabil geblieben bzw. leicht angestiegen sind. Demgegenüber stehen etwa die meisten südeuropäischen Länder – allen voran Italien und Spanien, deren Fertilitätsniveau seit den 70-er Jahren rapide gesunken ist und im EU-Vergleich zu den niedrigsten gehört. Aber auch in Deutschland oder Österreich sind die Geburtenzahlen auf einem historischen Tiefstand angelangt (vgl. *Billari & Kohler*, 2004; *Lutz*, 2006; *Frejka et al.*, 2008). Gleichzeitig haben jedoch – wie Wertestudien zeigen – die meisten Menschen einen Kinderwunsch. Das Bedürfnis, Kinder in die Welt zu setzen und sie aufwachsen zu sehen, scheint also eine allgemein geteilte Wertorientierung zu sein (vgl. *Höhn et al.*, 2008; *Wernhart & Neuwirth*, 2007).

Diese Diskrepanz zwischen sinkenden Fertilitätsraten einerseits und dem hohen Stellenwert von Familie und Kindern andererseits führt zu den im Anschluss dargestellten Forschungsfragen. Diese beziehen sich sowohl auf den Entscheidungsprozess des Paares für oder gegen Kinder (Mikroebene) als auch auf den gesamtgesellschaftlichen Kontext der Geburtenentwicklung (Makroebene).

Forschungsfragen auf der Mikroebene:

- Wie und mit welchen Argumenten diskutieren Paare den Kinderwunsch?
- Wie sieht die Entscheidung des Paares aus?
- Welche Unterschiede gibt es zwischen Österreich, Spanien und Schweden in der Paar-Diskussion?

Forschungsfragen auf der Makroebene:

- Warum sinken trotz der hohen Bedeutung von Kindern die Geburtenraten?

- Wodurch lassen sich die unterschiedlichen Entwicklungen in Österreich, Schweden und Spanien erklären?

2.3 Methodisches Vorgehen

Im Anschluss werden nun die wichtigsten Schritte der methodischen Herangehensweise erläutert. Den ersten Schritt stellt die Entwicklung eines theoretischen Modells dar, welches als Basis für die Analyse dient. Des Weiteren befasse ich mich mit der Beschreibung der Datengrundlage, nämlich einer qualitativen Studie zum Kinderwunsch von Paaren, die in allen drei Vergleichsländern (Österreich, Schweden und Spanien) durchgeführt wurde. Schließlich werden das der Arbeit zugrunde gelegte Auswertungskonzept und die hierbei verwendeten Analyseinstrumente vorgestellt.

2.3.1 Die Entwicklung eines theoretischen Modells

Die vorliegende Arbeit unternimmt den Versuch, ein eigenes, ebenenübergreifendes Erklärungsmodell für das generative Verhalten zu entwickeln. Die Basis für die Modellkonzeption stellen bereits existierende Mehrebenen-Ansätze zum Fertilitätsverhalten dar (vgl. *Coleman*, 1986; *Huinink*, 2000a; *Rieck*, 2005). Mit dieser Herangehensweise soll die in der wissenschaftlichen Literatur häufig zugrunde gelegte Abgrenzung der Analyseebenen in Makro-, Meso- und Mikroebene hinterfragt werden. Die Abgrenzung der Ebenen ist zwar wissenschaftlich bedeutsam und notwendig, für das jeweilige Individuum in seinen Fertilitätsentscheidungen allerdings irrelevant, da sich die drei Ebenen in der Praxis wechselseitig beeinflussen. Um möglichst realitätsnahe Erklärungsansätze entwickeln zu können, sollte das Individuum selbst bzw. das Paar in seinem Entscheidungsverhalten den Ausgangspunkt für die theoretischen Überlegungen darstellen. Insofern bildet ein ebenenübergreifendes Modell jenen Rahmen, der den realen Voraussetzungen am besten Rechnung trägt.

Für die Modellbildung werden mögliche Einflussfaktoren unter Bezug auf die bestehende Forschungsliteratur identifiziert und beschrieben. Sie bilden die Grundlage des Modells und stehen in einer Wechselbeziehung zueinander.

2.3.2 Datengrundlage: Qualitative Studie „Kinderwunsch von Paaren“

Die für die weitere Analyse verwendete Datengrundlage ist eine qualitative Studie zum Kinderwunsch von Paaren. Sie ist Teil eines in den Jahren 2000-2002 durchgeführten und von der Europäischen Kommission mitfinanzierten Projektes mit dem Titel „*Family Impact*

Monitor Programme“. An dieser internationalen Forschungsk Kooperation, die vom *Netherlands Family Council* in Den Haag initiiert und in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Institut für Familienforschung in Wien koordiniert wurde, nahmen neben Österreich sieben weitere europäische Länder teil (siehe Tabelle 1).

Das aus mehreren Einzelprojekten bestehende „*Family Impact Monitor Programme*“ beschäftigte sich unter anderem auch mit dem Kinderwunsch von jungen Paaren und der in der Partnerschaft getroffenen Entscheidung für oder gegen Kinder. Aus diesem Grund wurde in allen Teilnehmerländern eine qualitative Studie durchgeführt, in der Paare zu ebendieser Thematik interviewt wurden. Die Durchführung der Interviews oblag jeweils den in den einzelnen Ländern verantwortlichen Institutionen, die sich am Forschungsprogramm beteiligten. In jenen Ländern, die in der vorliegenden Arbeit für die Analyse herangezogen werden, waren das: das *Österreichische Institut für Familienforschung* (Österreich), die *Universität Uppsala* (Schweden) und die *Universität Rey Juan Carlos* in Madrid (Spanien).

Die Entscheidung, für den Ländervergleich Österreich, Schweden und Spanien auszuwählen, basiert auf der Überlegung, möglichst heterogene Länder zu vergleichen. Nicht nur aufgrund ihrer geographischen Lage sind diese Länder als äußerst unterschiedlich einzustufen. Auch ihre politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen sind in den vergangenen Jahrzehnten wenig gleichförmig verlaufen. Dies zeigt sich besonders im Bereich der Geburtenentwicklung. Eben diese Verschiedenartigkeit macht jene Länder für eine analytische Betrachtung interessant. In ihrer Heterogenität repräsentieren sie nämlich die unterschiedlichen Trends in Europa und lassen dadurch auch gewisse, verallgemeinerbare Schlussfolgerungen für die gesamteuropäische Geburtenentwicklung zu.

Stichprobe

Insgesamt wurden pro teilnehmendem Land 20 Interviews mit Paaren durchgeführt. Die Auswahl der InterviewpartnerInnen erfolgte mittels Schneeball-System, wobei die folgenden Auswahlkriterien die Voraussetzung für ein Interview waren:

- a) Personen in einer Lebensgemeinschaft (= Paare)
- b) zumindest einer der Partner muss einen Kinderwunsch haben
- c) Personen ca. im Alter von 20-50 Jahren (= Kinderwunsch muss realisierbar sein).

Wenngleich kein Quotenschema im eigentlichen Sinn zur Anwendung kam, so wurden zur Vermeidung von starken Verzerrungen zudem die Kinderzahl sowie die Erwerbssituation der interviewten Paare kontrolliert.

Tabelle 1: Übersicht über die Stichprobe der Kinderwunsch-Studie

Länder	Interviews pro Land	Interviews für die Analyse
Österreich	20	60
Schweden	20	
Spanien	20	
Belgien	20	
Deutschland	20	
Irland	20	
Niederlande	20	
Vereinigtes Königreich	20	

Durchführung der Interviews

In Österreich wurden die Interviews von MitarbeiterInnen des Instituts für Familienforschung geführt. Für die Interviews in Schweden und Spanien standen InterviewerInnen vor Ort zur Verfügung. Die Interviews wurden in der jeweiligen Landessprache durchgeführt, auf Tonband aufgezeichnet sowie transkribiert und danach ins Englische übersetzt.

Die Entscheidung für oder gegen Kinder hängt von einer Fülle von Faktoren ab. Wie schon erwähnt, gibt es neben strukturellen Bedingungen eine Reihe von individuellen und auf der Partnerschaftsebene angesiedelten Motiven. Die umfassende, wissenschaftliche Beschreibung und Erklärung all jener Faktoren und deren Zusammenhänge erfordert eine ausdifferenzierte Modellbildung sowie sehr komplexe Analysemethoden. Davon ausgehend wurde für die Kinderwunsch-Studie ein relativ neuer Ansatz der Datenerhebung („Duo-Interview“) gewählt (vgl. Akkerboom, 2000; Netherlands Family Council, 2002). Der Grundgedanke dabei ist, dass sich in der Befragung von Paaren Unterschiede im Antwortverhalten der PartnerInnen ergeben, je nachdem, ob sie einzeln oder gemeinsam befragt werden. PartnerInnen, die zunächst in Einzelinterviews befragt werden, scheinen ihre Antwortmuster im gemeinsamen Interview, d.h. in der Debatte mit ihrem Partner, zu modifizieren. Daher greifen viele der primär auf Einzel-Befragungen basierenden Studiendesigns zur Erklärung von Lebensentscheidungen in Partnerschaften zu kurz.

Der entscheidende Faktor, zu einer endgültigen Entscheidung zu gelangen, scheint also der Aushandlungsprozess zwischen den PartnerInnen zu sein. Bezieht man diesen Aspekt mit ein, so lassen sich wichtige Schlüsse ziehen, die bei Anwendung einer anderen Erhebungsmethodik - wenn überhaupt - nur begrenzt feststellbar wären. Auf den geringen Einsatz von Paarinterviews speziell für familienwissenschaftliche Fragestellungen wird schon seit längerer Zeit hingewiesen (vgl. Allan, 1980). Dabei liegen die Vorteile doch sehr klar auf der Hand:

„Das Paarinterview stellt gewissermaßen eine Interviewform dar, die Elemente des Gruppendiskussions-Verfahrens einbezieht. Das Verfahren eignet sich gut, um zu erfassen, wie die Paare zu einer gemeinsamen Wirklichkeitskonstruktion gelangen. Die Partner richten ihre Äußerungen nicht nur an den Interviewer, sondern immer auch wechselseitig aneinander.“ (Behnke & Meuser, 2003: 164)

Das Duo-Interview wird in insgesamt vier Schritten durchgeführt und stellt eine Kombination aus strukturierter (Schritte 1-3) und unstrukturierter (Schritt 4) Vorgehensweise dar. Dabei dienen die Schritte 1-3 als Einstieg in die Thematik und zur Vorbereitung der InterviewpartnerInnen auf das gemeinsam geführte „Interaktions-Interview“ (Schritt 4). Sie liefern außerdem zusätzliche Informationen zu den Sichtweisen des jeweiligen Partners, welche vom Interviewer dann im Interaktions-Interview aufgegriffen und gemeinsam diskutiert werden können. Das Interaktions-Interview mit beiden PartnerInnen stellt das zentrale Element der gesamten Interviewmethode dar. Auch wenn im Folgenden die einzelnen Schritte im Detail beschrieben werden, so liegt der Fokus der vorliegenden Studie auf der Auswertung des Interaktions-Interviews:

1. Einleitender strukturierter Teil:

Vor Beginn des eigentlichen Interviews werden - von jedem Partner getrennt - einige grundsätzliche Daten erhoben (Name, Wohnort, Alter, Anzahl und Alter der Kinder, Wichtigkeit des Kinderwunsches und unbezahlte sowie bezahlte Hilfe bei Haushaltsführung und Kinderbetreuung).

2. Strukturiertes Face-to-Face Interview (mit beiden PartnerInnen getrennt):

Im Face-to-Face Interview werden allgemeine Einschätzungen im Zusammenhang mit Kindern thematisiert. Dabei geht es um Auswirkungen von Kindern auf die eigene Gesundheit, das seelische Befinden, die Freizeitgestaltung, die Arbeitsaufteilung zwischen den Partnern, die Beziehungszufriedenheit, das Zusammengehörigkeitsgefühl, die finanzielle und berufliche Situation, das Wohlbefinden von bereits vorhandenen Kindern sowie soziale Kontakte.

Während der eine Partner interviewt wird, füllt der andere Partner den Fragebogen (Schritt 3) aus – und vice versa.

3. Strukturierter Fragebogen zum Selbstauffüllen (mit beiden PartnerInnen getrennt):

Auch hier sind die unterschiedlichen Aspekte bei der Entscheidung für oder gegen ein Kind Gegenstand der Befragung – allerdings aus einem persönlicheren Blickwinkel als beim Face-to-Face Interview. Es soll sowohl eine persönliche Einschätzung des bisherigen Diskussionsprozesses über den Kinderwunsch vorgenommen werden (z.B. wie oft bisher diskutiert, Initiative für Diskussion) als auch über die Einschätzung der Auswirkungen von (weiteren) Kindern auf die persönliche Situation (z.B. die Wohn-, Arbeits- und Einkommenssituation, die konkrete Arbeitsteilung zwischen den PartnerInnen, die Beziehungsqualität, den Freundeskreis).

4. Unstrukturiertes Interaktions-Interview mit beiden PartnerInnen gemeinsam:

Ziel dieses Interviewteiles ist es, die Diskussion des Paares anzuregen. Folgende Fragen dienen dabei als Hilfsmittel:

- „Wenn Sie nun beide ganz konkret über ihre Diskussionen nachdenken, die sie gemeinsam zu diesem Thema geführt haben, was waren da die ausschlaggebenden Diskussionspunkte für oder gegen ein weiteres Kind?“
- „Wer bestimmte die Entscheidung für ein Kind am meisten?“
- „Beim Durchsehen der Einzelinterviews ist mir aufgefallen, dass Sie sich in folgenden Punkten [...] unterscheiden. Was könnten die Gründe für Ihre unterschiedlichen Bewertungen gewesen sein?“
- „Gibt es noch Punkte, die Sie gerne ansprechen möchten, die bisher noch nicht erwähnt wurden?“

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit werden ausschließlich die mit beiden PartnerInnen geführten Interaktions-Interviews (Teil 4 des Duo-Interviews) ausgewertet. Die in Teil 1 der Interviews erhobenen sozialstatistischen Daten dienen als grundlegende Information und werden tabellarisch ausgewiesen.

Es lässt sich also zusammenfassend festhalten, dass die hier zur Anwendung kommende Methode des Interaktions-Interviews Elemente aus zwei verschiedenen Erhebungsverfahren besteht: einerseits dem problemzentrierten Interview und andererseits der Gruppendiskussion. Wesentlich ist, dass die Befragten zu einer bestimmten Problemstellung möglichst frei zu Wort kommen – und zwar in der Diskussion miteinander. Der Interviewer hat

die Aufgabe des Diskussionsleiters, d.h. er muss die beiden InterviewpartnerInnen miteinander ins Gespräch bringen und nötigenfalls ein Abschweifen von der Thematik verhindern. Der Vorteil dieser Vorgehensweise wird darin gesehen, dass oftmals subjektive Bedeutungsstrukturen so stark in soziale Zusammenhänge eingebunden sind, dass sie in Einzelerhebungen nicht erkennbar werden (vgl. auch *Mayring*, 2002).

2.3.3 Auswertungskonzept

Das zugrunde liegende Auswertungskonzept sieht eine Analyse der Interaktions-Interviews mit der *Qualitative Comparative Analysis* (QCA) vor. Dazu ist es notwendig, eine erste Strukturierung der Interviews nach inhaltsanalytischen Gesichtspunkten vorzunehmen. Ziel hierbei ist es, einen Überblick über das Datenmaterial und eine gute Fallkenntnis zu erlangen. Dies stellt eine Voraussetzung für die weitere Analyse dar, da die Interpretation der mit QCA erzielten Ergebnisse eine Rückbindung an die einzelnen Fälle erfordert.

2.3.3.1 Inhaltsanalytische Strukturierung

Zur ersten Bearbeitung des Interviewmaterials wird eine inhaltsanalytische Herangehensweise gewählt. Auch wenn es sich hierbei nicht um eine qualitative Inhaltsanalyse im strengen Sinne handelt, so wird dennoch in Anlehnung an *Mayring* (2002, 2003) vorgegangen. *Mayring* unterscheidet – je nach Zielsetzung der Interpretation – drei Formen der qualitativen Inhaltsanalyse: die zusammenfassende, die explizierende und die strukturierende Inhaltsanalyse. Für die vorliegende Arbeit erscheint das strukturierende Verfahren am sinnvollsten, bei dem es gewissermaßen darum geht, ein Profil des zu analysierenden Materials zu erstellen. Nach *Mayring* gibt es dabei vier Aspekte für die Strukturierung: formale, typisierende, skalierende und inhaltliche Aspekte. Während es bei den anderen drei Strukturierungskriterien um die innere Struktur, markante Ausprägungen und die Einordnung auf einer Skala geht, ist es Ziel inhaltlicher Strukturierung, bestimmte Themen, Inhalte und Aspekte aus dem Datenmaterial herauszufiltern und zusammenzufassen (vgl. auch das Textreduktionsverfahren der Themenanalyse nach *Froschauer & Lueger*, 2003). Die Klärung, welche Inhalte von Interesse sind, wird laut *Mayring* durch ein theoriegeleitet entwickeltes Kategorienschema festgelegt.

Das Vorgehen bei der inhaltlichen Strukturierung spiegelt die Absicht der vorliegenden Arbeit wider, einen Überblick über die Vielfalt der angesprochenen Themen, deren Darstellungsform und den Argumentationszusammenhang zu erlangen. Überdies erlaubt die Methode, jene Kommunikationsinhalte mit zu berücksichtigen, die nicht explizit gemacht wurden. Dies ist besonders im Falle der zu analysierenden Duo-Interviews wesentlich, welche

ja auch auf die Erfassung der Beziehungsdynamik im Entscheidungsprozess für oder gegen ein Kind abzielen.

Konkret bedeutet dies für die vorliegende Arbeit, dass die Interviews hinsichtlich vorab festgelegter Themen aufgearbeitet werden, um einen Überblick über ihre Struktur zu erlangen. Dabei geht es um folgende Fragen:

- Wie und mit welchen Argumenten diskutieren Paare das Thema Kinderwunsch?
- Welche Gründe werden für/gegen den Kinderwunsch angegeben?
- Welche Argumente werden vom weiblichen/männlichen Partner angeführt?
- Ist einer der Partner in der Entscheidung dominanter als der andere?
- Welche Veränderungen werden durch diese Entscheidung erwartet?
- Wie kommt das Paar zu einer Entscheidung (Prozess der Entscheidungsfindung)?
- Diskutieren Paare in den untersuchten Ländern unterschiedlich...
 - hinsichtlich der Gründe, die für oder gegen ein Kind angeführt werden?
 - hinsichtlich der Paardynamik?

Für die inhaltsanalytische Strukturierung wurden alle 60 Interviews herangezogen. Dieser Hinweis ist insofern wichtig, als für den nächsten Arbeitsschritt – nämlich die konfigurationell vergleichende Analyse mit QCA – nicht alle Interviews verwendet werden konnten (siehe Kap. 2.3.3.2). Die Grundlage für die inhaltliche Strukturierung stellen die wörtlichen Transkripte der Interviews dar.

2.3.3.2 Konfigurationell vergleichende Analyse mit QCA

Konfigurationelle Methoden lassen sich in eine Reihe von unterschiedlichen Ansätzen gliedern, wovon einer die *Qualitative Comparative Analysis* (QCA) ist. Es handelt sich hierbei um eine relativ neuartige Methode zum systematischen qualitativen Fallvergleich.

Die QCA wurde als Methode der vergleichenden Politikwissenschaften vom amerikanischen Sozialwissenschaftler *Charles Ragin* Ende der 1980er Jahre erstmals vorgestellt. Die Entwicklung von QCA muss eingebettet gesehen werden in den Kontext der amerikanischen Methodendiskussion, die zwischen qualitativer (fallorientierter) Forschung einerseits und quantitativer (variablenorientierter) Forschung andererseits zu dieser Zeit sehr intensiv geführt wurde. Dabei ging es primär um die Frage der Abgrenzung zwischen qualitativen und quantitativen Methoden und um die Dimensionen, die zur Unterscheidung herangezogen werden können, allen voran die unterschiedlichen Fallzahlen. Der hierzu im Bereich der Politikwissenschaft geführte Diskurs ist bei *King et al.* (1994) und *Brady & Collier* (2004) nachzulesen. Diese Methodendiskussion hatte Einfluss auf die ursprüngliche Konzeption von QCA, aber auch auf seine kontinuierliche Weiterentwicklung bzw. die

Entwicklung neuer Ansätze innerhalb der QCA. Dies ist daran abzulesen, dass es sich bei der *Qualitative Comparative Analysis* nun nicht mehr um nur eine einzige Methode handelt, sondern um eine ganze Reihe von Techniken zur Fallanalyse.

Ganz allgemein handelt es sich bei QCA-Techniken um Kausalmethoden. Es geht also um die Entdeckung von Kausalstrukturen in empirischen Daten und um die Frage, welchen Effekt unterschiedliche Faktoren auf ein Ergebnis haben – oder andersherum, durch welche Faktoren ein bestimmtes Ergebnis zustande gekommen ist. Die Analyseeinheit ist ein Untersuchungsfall, der eben als Kombination aus verschiedenen Kausalbedingungen und einem zu erklärenden Phänomen verstanden wird.

Für die Beantwortung der Fragestellungen im vorliegenden Projekt scheint jene Technik aus zwei Gründen sehr viel versprechend. Erstens stellt sie einen Mittelweg zwischen quantitativen und qualitativen Methoden dar, wodurch dem hier entwickelten theoretischen Modell Rechnung getragen wird. Auch wenn Variablen im Sinne von Bedingungen eine Rolle spielen, so fällt doch die ausschließliche Variablenorientierung statistisch-standardisierter Verfahren weg. Im Zentrum des Interesses stehen bei QCA die einzelnen Fälle und der Gesamtkontext, in den ein Fall eingebettet ist. Die eindeutige Fallorientierung ist also für das vorliegende Auswertungskonzept als unbedingter Vorteil gegenüber konventionellen quantitativen Methoden zu sehen. Zweitens wird mit QCA versucht, die methodische Lücke bei der Analyse von mittleren Fallzahlen zu schließen (*Ragin* 2000). Die Problematik liegt nämlich darin, dass zur Untersuchung mittlerer Fallzahlen Einzelfallstudien meist zu aufwändig und statistische Verfahren aufgrund der zu geringen Fallzahl zu wenig valide sind. Den Umstand, dass in den Sozialwissenschaften primär entweder mit hohen oder mit niedrigen Fallzahlen gearbeitet wird, führt *Ragin* auf ungeeignete Methoden für die Analyse von mittleren Fallzahlen zurück. Für ihn ergab sich daher die Notwendigkeit, mit QCA ein Instrumentarium zur Analyse von mittleren Fallzahlen zu entwickeln. Da die vorliegende Studie mit mittleren Fallzahlen arbeitet, ist die Wahl von QCA als Auswertungsmethode nahe liegend.

QCA-Techniken basieren auf einem mengentheoretischen Konzept (d.h. der Booleschen Algebra bzw. Fuzzy Algebra) und arbeiten daher mit logischen Vergleichen. Während die ältere Version von QCA auf binäre Mengen (crisp-sets) zurückgreift, arbeitet die neuere Version von QCA mit so genannten „unscharfen Mengen“ (fuzzy-sets). D.h. in der Crisp-Set-QCA wird für die Analyseeinheiten (= Fälle) eine absolute Mitgliedschaft (Wert 1) oder Nicht-Mitgliedschaft (Wert 0) in einer Menge vorausgesetzt. Die Fuzzy-Set-QCA lässt hingegen unterschiedliche Grade von Mitgliedschaft im Intervall zwischen 0 und 1 in einer Menge zu. In den Fuzzy-Mengen geht es also um die Quantifizierung von Abstufungen der Idealfälle ‚0‘

und ,1' Diese Quantifizierung erfolgt durch die Vergabe von Fuzzy-Werten, die wie folgt interpretiert werden:

„[...] dass Fuzzy-Mitgliedswerte jedem Untersuchungsfall einen „Wahrheitsgehalt“ für die Aussage zuordnen, nachdem er Mitglied einer bestimmten Menge (also eines sozialwissenschaftlichen Konzepts) ist, und eben nicht eine Wahrscheinlichkeit festlegen, mit der er ein Vollmitglied in diesem Konzept ist.“ (Schneider & Wagemann 2007: 179)

Mit der Eigenschaft, quantitative Abstufungen zwischen den qualitativen Polen 0 und 1 zuzulassen, wurde also die Möglichkeit geschaffen, sowohl quantitative als auch qualitative Unterschiede zwischen den einzelnen Fällen zu erfassen. Da dies als wesentlich für die vorliegende Fragestellung erachtet wird, kommt die auf Fuzzy-Mengen aufbauende QCA-Technik zur Anwendung.

Die Datenbasis für die konfigurationell vergleichende Analyse mit QCA stellen die qualitativen Interviews der Kinderwunsch-Studie dar. Da im Rahmen der vorliegenden Arbeit keine eigene Erhebung durchgeführt, sondern eine Sekundäranalyse von bestehendem Datenmaterial vorgenommen wird, sind auswertungstechnisch gewisse Einschränkungen gegeben. Da nicht in allen Interviews die für die QCA-Datenmatrix notwendigen Informationen vorhanden waren, konnten nicht alle 60 Interviews für die Analyse verwendet werden. Insgesamt wurden daher 27 Interviews, d.h. 9 Interviews pro Land, für die konfigurationell vergleichende Analyse herangezogen (siehe Kapitel 6.3).

3. Theoretische Grundlagen

Die Familienentwicklung war in den vergangenen Jahrzehnten einem grundlegenden Wandel unterworfen. Ausgehend von der Ära der Kernfamilie der 1960er Jahre, die ihrerseits eine historisch einmalige Situation darstellte, ist es wiederum zu einer Phase der Neustrukturierung von Familie, Partnerschaft und Elternschaft gekommen. Kennzeichnend dafür ist ein genereller Bedeutungs- und Funktionswandel des menschlichen Zusammenlebens, der gerade auch in einem Teilbereich – nämlich dem generativen Verhalten – zum Ausdruck kommt.

Die vorliegende Arbeit geht von zwei grundlegenden Annahmen aus, deren theoretischer Verortung das folgende Kapitel gewidmet ist:

Erstens wird angenommen, dass das generative Verhalten als Ergebnis eines *Entscheidungsprozesses* zu werten ist. Bezugnehmend auf die Forschungsliteratur geht es aber nicht darum, einen Beweis für die in der Wissenschaft kontrovers diskutierte Position hinsichtlich der *Rationalität* von generativen Entscheidungen zu führen. Vielmehr wird angenommen, dass das generative Verhalten von Individuen in Entscheidungsprozessen verläuft, die sich zwar nur selten als durchgehend rational beschreiben lassen, jedoch rationale Elemente aufweisen. Diese Argumentation erscheint vor allem dann schlüssig, wenn man die Vorstellung von generativen Entscheidungen als singuläre und zu einem bestimmten Zeitpunkt ein für allemal getroffene Entscheidungen aufgibt (vgl. Hill & Kopp, 2006). Die Annahme der Prozesshaftigkeit legt nahe, dass sowohl rationale als auch nicht-rationale sowie bewusste als auch unbewusste Elemente zum Tragen kommen. Dabei erfolgt der Entscheidungsprozess zumeist nicht nur auf individueller Ebene, sondern auch auf der Paarebene, also in der Auseinandersetzung mit dem/der PartnerIn. Letztendlich sprechen wir also von einem dyadischen Entscheidungsprozess, dem die individuelle Entscheidung vorgelagert ist. Diese Annahmen spiegeln sich in der empirisch-methodischen Herangehensweise der vorliegenden Arbeit (i.e. die Analyse von Paar-Interviews) wider. Zur Darlegung obiger Überlegungen wird es zunächst notwendig sein, einige Begriffsbestimmungen vorzunehmen und unter Bezugnahme auf andere wissenschaftliche Arbeiten die eigene Position zu skizzieren.

Zweitens basieren die vorliegenden Ausführungen auf der theoretischen Annahme, dass der Entscheidungsprozess für oder gegen Kinder durch eine Vielzahl von Faktoren bedingt ist und somit Mehrfaktoren- bzw. Mehrebenenmodelle als Erklärungsansätze den größtmöglichen Erkenntnisgewinn liefern können. So werden im Folgenden neuere Arbeiten

zu Mehrebenen-Konzepten vorgestellt und der Versuch unternommen, darauf aufbauend ein eigenes, ebenenübergreifendes Modell zu entwickeln.

3.1 Das generative Verhalten: Entscheidung oder Zwangsläufigkeit?

Über die Frage, inwieweit das generative Verhalten als Ausdruck einer rationalen Entscheidung aufgefasst werden kann, herrschen in der Wissenschaft sehr unterschiedliche Meinungen (vgl. *Schneewind & Vaskovics* 1992, 1997; *Huinink* 1995, 2000a; *Burkart* 1994, 2002; *Rost & Schneider*, 1995). Verschiedene theoretische Konzepte – vor allem auch bezogen auf den Entscheidungsbegriff an sich – wurden zur Klärung dieses Zusammenhangs herangezogen. Eine Annäherung der kontroversen Positionen hat bislang jedoch nicht stattgefunden. Dies mag nicht zuletzt daran liegen, dass die relevanten Begrifflichkeiten in der Forschungsliteratur häufig uneinheitlich gebraucht werden bzw. in manchen wissenschaftlichen Disziplinen – wie beispielsweise der Soziologie – so gut wie keine Tradition haben.

Im Folgenden geht es darum, den hierzu geführten wissenschaftlichen Diskurs nachzuzeichnen und die wichtigsten Positionen in der aktuellen Forschungsliteratur zu erläutern. Voraussetzung dafür ist die begriffliche Abgrenzung zwischen generativem Verhalten und Kinderwunsch, aber auch die Auseinandersetzung mit dem Entscheidungsbegriff an sich.

3.1.1 Begriffliche Annäherung

Bei der Sichtung von relevanten Forschungsarbeiten zur Thematik fällt auf, dass unterschiedliche Begriffe vielfach gleichgesetzt werden oder dass Teilaspekte als Synonym für die ganze Thematik verwendet werden. Dies trifft sowohl auf Begriffe im Zusammenhang mit dem generativen Verhalten als auch auf den Entscheidungsbegriff zu. Die uneinheitlich gebrauchte Terminologie macht zunächst deutlich, dass die einzelnen WissenschaftlerInnen von oftmals sehr unterschiedlichen Prämissen ausgehen, die nicht immer explizit gemacht werden. Die Problematik wird dadurch verstärkt, dass die Begrifflichkeiten häufig Teil unserer Alltagssprache (z.B. Kinderwunsch) sind und in keiner wissenschaftlichen Definition gefasst werden. Auch sind die einzelnen Begriffe oftmals schwer gegeneinander abzugrenzen. Die Basis der allgemein gültigen Definitionen, auf die zurückgegriffen werden kann, scheint also gerade für den Themenkomplex generatives Verhalten sehr schmal zu sein. Dies erhöht die Notwendigkeit einer sorgfältigen Auseinandersetzung auf begrifflicher Ebene.

3.1.1.1 Generatives Verhalten

Die Wurzeln der Auseinandersetzung mit Fragen der Bevölkerungsentwicklung und des generativen Verhaltens liegen in der Demographie. Im Laufe der Zeit wurden jene Fragestellungen auch von anderen wissenschaftlichen Disziplinen aufgegriffen – vor allem im Zusammenhang mit der Erweiterung der als relevant erachteten Determinanten zur Erklärung des Kinderwunsches. So etablierten sich neben den bestehenden biologischen und sozio-ökonomischen Theorien allmählich auch soziologische, sozialpsychologische und psychologische Ansätze zur Erklärung des generativen Verhaltens. Dass hierbei jede Disziplin einen eigenen Blickwinkel auf die Thematik hat, wird von Herwig Birg treffend charakterisiert:

„Die verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen nehmen jeweils unterschiedliche Aspekte des Fortpflanzungsverhaltens wahr, sie sehen die unterschiedlichsten Dinge und nie das Gleiche. [...] Bei jeder wissenschaftlichen Disziplin sitzt der blinde Fleck woanders.“ (Birg, 2005: 81)

Was versteht man nun eigentlich unter generativem Verhalten? Der Begriff stammt ursprünglich aus der Bevölkerungswissenschaft und umschreibt ganz allgemein demographisch relevantes menschliches Verhalten, das - neben biologischen Ursachen – die für eine Bevölkerung typische Kinderzahl bewirkt. Dazu zählen der Zeitpunkt und die Häufigkeit von Eheschließungen, die Empfängnisverhütung, Geburten, Scheidungen, Abtreibungen usw.

FamilienwissenschaftlerInnen fassen den Begriff etwas weiter und beziehen sich bei der Analyse des generativen Verhaltens auf ein Bündel von individuellen Verhaltensweisen und Handlungsmustern von Männern und Frauen im Lebenslauf, die im Zusammenhang mit der menschlichen Fortpflanzung stehen und insofern den Nachwuchs in einer Bevölkerung sicherstellen. Im Rahmen des DFG-Schwerpunktprogramms „Beziehungs- und Familienentwicklung“ wird generatives Verhalten gefasst als...[Zitat]

„[...] jener Bereich individuellen und dyadischen Handelns und Verhaltens im Lebenslauf, der die menschliche Fortpflanzung betrifft.“ (vgl. Brüderl et al., 2003)

An dieser Definition fällt auf, dass neben dem Begriff Verhalten auch der Begriff des Handelns eingeführt wird. Damit wird eine qualitative Unterscheidung zwischen Handeln und Verhalten im Bereich der Fortpflanzung vorgenommen. Dies ist insofern bedeutungsvoll, als es möglicherweise eine Erklärung liefert für die unterschiedlichen Positionen in Bezug auf die Frage, inwieweit von generativer Entscheidung gesprochen werden kann. Wie an späterer Stelle erläutert wird, setzt der Entscheidungsbegriff nämlich voraus, dass menschliches Handeln (und nicht Verhalten) vorliegt. Das Individuum entscheidet – im Sinne der

Weberschen Definition von Handeln – absichtsvoll und subjektiv sinnvoll zwischen zwei oder mehreren Handlungsalternativen. Handeln stellt daher eine Unterkategorie von menschlichem Verhalten dar, die durch die Sinnzuschreibung abgrenzbar ist. Der allgemein verwendete Begriff „generatives Verhalten“ scheint also davon auszugehen, dass die Kriterien des Handelns (d.h. absichtsvoll und mit subjektivem Sinn verbunden) nicht erfüllt sind bzw. sein müssen. Dies impliziert, dass auch keine Entscheidung möglich ist.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Unterscheidung in generatives Verhalten und generatives Handeln in wissenschaftlichen Arbeiten nur selten Beachtung findet (vgl. *Höpflinger*, 1997; *Huinink*, 2000a). Bei *Huinink* (2000a) findet sich eine begriffliche Klärung mit Bezug auf die Makroebene, also die Bevölkerungsentwicklung. Dabei wird unterschieden zwischen demographisch relevantem Handeln bzw. Verhalten einerseits und generativem Handeln bzw. Verhalten als einem Teilaspekt andererseits.

„Als demographisch relevantes Handeln definieren wir einen Bereich individuellen Handelns, also eines absichtsvollen, mit subjektivem Sinn versehenen Verhaltens eines Individuums, das in engerem Sinne Auswirkungen auf die Bevölkerungsstruktur einer Gesellschaft hat. Damit ist Handeln gemeint, welches Ereignisse herbeiführen oder vermeiden hilft bzw. vermeiden helfen soll, die direkte Auswirkungen auf die Bevölkerungsstruktur haben. Allgemeiner sprechen wir dann von demographisch relevantem Verhalten, wenn wir solche Verhaltensweisen berücksichtigen, die nicht als absichtsvolles, sinnhaftes Handeln verstanden werden können.

[...]

*Als „generatives“ Handeln bezeichnen wir den Teilkomplex demographisch relevanten Handelns, der mit der menschlichen Fortpflanzung zu tun hat. Wir unterscheiden zwischen Handeln, welches ein Ereignis, etwa die Zeugung und die Geburt eines Kindes herbeiführen soll oder kann, und Handeln, mit dem das Eintreten des Ereignisses verhindert oder aufgeschoben werden soll. Allgemeiner wird im obigen Sinn dann auch vom generativen Verhalten gesprochen.“ (vgl. *Huinink*, 2000a: 347)*

Die Einordnung, welche Aspekte nun als generatives Verhalten und welche als generatives Handeln verstanden werden sollen, erfolgt weder in den Ausführungen von *Huinink* noch in anderen soziologischen Forschungsarbeiten. Eine diesbezügliche Klarlegung scheint jedoch eine grundlegende Voraussetzung für die Beantwortung der Frage, ob wir nun von einer Entscheidung sprechen können oder nicht.

Zusammenfassend ist daher ein Defizit in der begrifflichen Verortung des generativen Verhaltens festzustellen. Und zwar dahingehend, dass einerseits die Abgrenzung zwischen Verhalten und Handeln fehlt und, dass andererseits unterschiedliche Aspekte oder Dimensionen unter dem Begriff zusammengefasst werden. Die Systematisierung des Begriffes „generatives Verhalten“ als wesentliche Grundlage für die empirische Analyse scheint also nur sehr unzureichend stattgefunden zu haben.

3.1.1.2 Kinderwunsch

Die Basis für die Entstehung des Kinderwunsches wurde mit der generellen Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln in den 60er Jahren gelegt. Denn diese bedingte einen Wandel des generativen Verhaltens dahingehend, dass für den Einzelnen nun erstmals die Möglichkeit gegeben war, eine individuelle Entscheidung hinsichtlich des Übergangs zur Elternschaft zu treffen. In allen Epochen hat es Methoden der Geburtenkontrolle gegeben mit dem Ziel, im Falle einer Schwangerschaft eine Geburt zu verhindern. Nunmehr entstand jedoch die Möglichkeit, den Zeitpunkt des Kinderhabens und die Anzahl der Kinder selbst zu bestimmen – sich also aktiv für Elternschaft entscheiden zu können bzw. in weiterer Folge auch zu müssen. Während also in vorindustrieller Zeit Kinder eine Selbstverständlichkeit waren und ganz zwangsläufig zur weiblichen Biographie gehörten, wurde das generative Verhalten durch die Verbreitung von Verhütungsmethoden zum Gegenstand eines Reflexionsprozesses, innerhalb dessen sich auch der Kinderwunsch ausformen konnte.

„Der Schritt zur Familiengründung stellt sich heute – angesichts der Selbstverständlichkeit von Familienplanung und Verhütung – als aktive Entscheidung pro Kind dar. Damit hat sich die Logik der Entscheidung quasi verkehrt: Aus der Selbstverständlichkeit, Kinder zu bekommen, ist eine Entscheidung von außergewöhnlicher Tragweite und Bedeutung geworden.“ (Rupp, 2005: 23)

Der Kinderwunsch ist auch im Zusammenhang mit dem generellen Wertewandel von Familie und Kindern zu sehen. Während der funktionale Wert von Kindern (d.h. als Alterssicherung oder Arbeitskraft) primär in früheren Gesellschaftsformen prägend in der Eltern-Kind-Beziehung war bzw. auch noch heutzutage in Ländern mit niedrigem Industrialisierungsgrad und Wohlstandsniveau ist, dominiert in unserer heutigen Gesellschaft eindeutig der emotional-affektive Wert von Kindern. Mit den veränderten Wertvorstellungen haben sich aber auch die normativen Erwartungen an Elternschaft verändert, was gleichzeitig – wie *Gloger-Tippelt et al.* (1993) feststellen – Auswirkungen auf den Kinderwunsch hat.

„Die Norm einer „verantworteten Elternschaft“ verlangt mehr Aufwand an Zeit und psychischer Energie für Kinder, so dass heute für zahlenmäßig weniger Kinder pro Familie mehr Aufwand erforderlich ist als früher. Diese hohen Erwartungen an Elternarbeit können sich einerseits in Zweifel an der eigenen Fähigkeit zum Übernehmen der Elternrolle überhaupt und andererseits in einem Wunsch nach weniger Kindern niederschlagen.“ (Gloger-Tippelt et al., 1993: 106)

Der Kinderwunsch in seiner heutigen individualisierten Form ist also historisch gesehen ein neues Phänomen, dessen Entstehung sich auch in der Wissenschaft widerspiegelt. Da sich die Veränderungen im generativen Verhalten nicht mehr ausreichend durch ökonomische und

soziologische Ansätze erklären ließen, erschien die Berücksichtigung von Einflussgrößen notwendig, die sich auf das subjektive Erleben und Verhalten von Individuen beziehen. Damit hielt – über den Aspekt des Kinderwunsches – die Thematik des generativen Verhaltens Einzug in die psychologische und sozialpsychologische Forschung.

„Die psychologische Perspektive auf die verschiedenen Facetten des Kinderwunsches steht in engem Zusammenhang mit dem beobachtbaren Wandel des Kinderwunsches von einer kollektiven, religiösen Norm und ökonomischen Notwendigkeit zu einer individuell motivierten Entscheidung vor dem Hintergrund grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen im Rahmen der weiteren Entwicklung einer Dienstleistungs- und Industriegesellschaft.“ (Borchardt und Stöbel-Richter, 2004: 22)

Wie wird der Kinderwunsch nun definiert? Eine sehr schlüssige Definition ist bei *Gloger-Tippelt et al.* (1993) zu finden:

„Der Kinderwunsch kann als ein Bündel von Motiven zu Schwangerschaft, Geburt und Elternschaft gekennzeichnet werden, die sowohl durch biologische Voraussetzungen als auch durch Sozialisation und gesellschaftliche Normen entstehen und in der Person repräsentiert sind.“ (Gloger-Tippelt et al., 1993: 108)

Der Kinderwunsch verweist auf den Wunsch- und Planungsaspekt bei der Kinderfrage. Damit ist er – gewissermaßen als generative Verhaltensintention – eindeutig vom generativen Verhalten selbst abzugrenzen.

3.1.1.3 Entscheidung

Der theoretischen Auseinandersetzung mit dem Entscheidungsbegriff wird in der Soziologie im Vergleich zur Psychologie wenig Raum gegeben. Autoren wie *Alfred Schütz* und *Niklas Luhmann* näherten sich dem Begriff teils implizit über die Handlungstheorie an. Für *Schütz* ist das Handeln ein auf einem vorgefassten Entwurf gegründetes Verhalten und damit das Ergebnis einer Wahl zwischen Alternativen. Er wendet sich jedoch dem Entscheidungsbegriff nicht explizit zu, sondern charakterisiert den Prozess des Abwägens der Alternativen über die Begriffe „Erwartung und Wissen“ einerseits und „Motive und Bewertungen“ andererseits (*Schütz*, 1971). Demgegenüber thematisiert *Luhmann* (1984) die in der Soziologie fehlende Auseinandersetzung mit dem Entscheidungsbegriff und setzt hier mit seinen Überlegungen an. Für ihn ist im Zusammenhang mit Entscheidungen nicht die Wahl zwischen Handlungsentwürfen relevant, sondern die Erfüllung von Erwartungen. Damit greift er eine Begrifflichkeit – nämlich die der Erwartung – auf, die auch von *Schütz* verwendet wurde. Von einer Entscheidung lässt sich nach *Luhmann* immer dann sprechen, wenn sich das jeweilige Handeln als Ergebnis einer damit verbundenen Erwartung charakterisieren lässt (*Luhmann*, 1984). Diese Zuschreibung muss allerdings nicht ausschließlich prospektiv

erfolgen, sondern kann auch nachträglich – sowohl durch das Individuum selbst als auch durch Andere – stattfinden. Damit wird einerseits die Überlegung der „Ex-post-Bewertung“ einer Handlung als Entscheidung eingeführt und andererseits die Objektivierung des Entscheidungsbegriffes aufgrund der Möglichkeit der Fremdzuschreibung.

Eine systematische Klärung des Zusammenhanges von Entscheidung und Handeln blieb jedoch auch bei *Luhmann* – wie er selbst eingesteht – aus. Erst die seit Mitte der 80er Jahre einsetzende Wiederbelebung der Rational-Choice-Theorien gab auch für die Soziologie den Impuls für eine systematischere Hinwendung zum Entscheidungsbegriff. Ausgehend von Kosten-Nutzen-Überlegungen als Determinanten des menschlichen Handelns ist das Thema Entscheidung in den Rational-Choice-Theorien von großer Bedeutung. Über die kritische Reflexion und Neubearbeitung der alten Ansätze erfolgt nun auch in neueren, soziologischen Arbeiten der Versuch, das Verhältnis zwischen Entscheidung und Handeln zu klären (vgl. z.B. *Elster*, 1987, 1993; *Esser*, 1990; *Burkart* 1994, *Huinink*, 1995).

Nach *Burkart* (2002) kann immer dann von einer Entscheidung gesprochen werden, wenn eine Wahlhandlung zwischen zwei Optionen stattfindet. Die Handlungsalternativen müssen als solche wahrgenommen werden, für das Individuum verfügbar sein und einer Bewertung unterzogen werden können.

„Entscheidungen sind nur dann nötig, wenn zwei Möglichkeiten nicht gleichzeitig realisiert werden können. Indem man sich nicht nur für etwas, sondern damit zugleich gegen etwas anderes entscheiden muss, kommt jeder Entscheidung ein Element von Schicksalhaftigkeit zu.“ (Burkart, 2002: 25)

Grundsätzlich wird in der Forschungsliteratur zwischen Alltagsentscheidungen mit kurzer oder mittlerer Reichweite und biographischen Entscheidungen (oder Lebensentscheidungen) differenziert. Letztere prägen den Verlauf und die Richtung des Lebens und bedeuten eine Festlegung für den weiteren Lebensverlauf.

„Biografische Entscheidungen sind Entscheidungen im Lebensverlauf. In Abgrenzung zu einfachen Entscheidungen im Alltag sind biografische Entscheidungen von nachhaltiger Bedeutung für das ganze weitere Leben. Sie lösen biografische Strukturierungsprobleme aus und verändern die Lebensgeschichte. Sie beinhalten langfristige Festlegungen, die sich bezüglich der Irreversibilität ihrer Wirkungen unterscheiden.“ (Beham-Rabanser, 1998: 72f.)

Somit stellt die generative Entscheidung in ihrer Gesamtheit nicht nur eine Entscheidung für oder gegen Kinder dar, sondern beinhaltet gleichzeitig die Entscheidung für oder gegen einen bestimmten Lebenslauf (vgl. *Klein*, 2006).

Die Auffassung, dass es sich bei Lebensentscheidungen – im Unterschied zu Alltagsentscheidungen – um keine Wahlhandlungen handelt, wurde in der Literatur ausführlich

von Burkart (2002) exploriert. Für ihn ergeben sich Lebensentscheidungen zwangsläufig aus der individuellen Biographie und werden – im Sinne der biographischen Problemlösung – fast automatisch herbeigeführt. Für ihn gibt es mehrere Formen der Entscheidung, die jedoch oftmals einer Abgrenzungsproblematik unterliegen. Wenn ein Individuum bewusst reflektierend und mögliche Konsequenzen bedenkend, zwischen zwei Alternativen die nach dem Kosten-Nutzen-Prinzip günstiger erscheinende Option wählt, hat es eine rationale Entscheidung getroffen.

„Das muss nicht freie Wahl bedeuten. Aus soziologischer Sicht sind auch rationale Entscheidungen mehr oder weniger determiniert, d.h. welche Kosten-Nutzen-Bilanz eine Option erwarten lässt, hängt wesentlich von sozialen Faktoren ab. Deshalb ist es nicht ganz einfach, sie von nicht-rationalen Entscheidungen abzugrenzen: Von affektiven, wertrationalen, normativen Willens-Entscheidungen, also Entscheidungen, bei denen die wesentliche Entscheidungsgrundlage nicht ein Kosten-Nutzen-Kalkül ist, sondern ein starker Wunsch, eine Norm, ein moralisches Prinzip, eine Maxime usw., ohne Abwägen von Folgekosten.“ (Burkart, 2002: 25f)

Trotz des wachsenden wissenschaftlichen Interesses an der Entscheidungsthematik – vor allem auch im Zusammenhang mit dem generativen Verhalten – kann gegenwärtig noch nicht auf eine solide, soziologische Entscheidungstheorie zurückgegriffen werden.

„Die Soziologie hat, vielleicht in der Furcht, auf psychologisches oder wirtschaftswissenschaftliches Terrain zu geraten, die Ausarbeitung einer eigenen Entscheidungstheorie vermieden. Sie hat sich als Handlungswissenschaft, nicht als Entscheidungswissenschaft verstanden.“ (Luhmann, 1984: 399)

3.1.2 Die unterschiedlichen Positionen im wissenschaftlichen Diskurs

Die Frage, ob Kinder das Ergebnis bewusster Planungs- und Entscheidungsprozesse sind, wird in der Wissenschaft unterschiedlich beantwortet. Darauf aufbauend hat sich in den letzten Jahren ein kontrovers geführter, wissenschaftlicher Diskurs etabliert, der sich – vereinfacht gesagt – in zwei Positionen einteilen lässt. Einerseits besteht die Auffassung, dass die Familiengründung als Ergebnis einer bewussten rationalen Entscheidung zu werten ist (vgl. Schneewind & Vaskovics 1992, 1997; Huinink 1995, 2000a). Von anderer Seite wird argumentiert, dass der Übergang zur Elternschaft das Ergebnis einer biografischen Zwangsläufigkeit darstellt (vgl. Burkart 1994, 2002; Rost & Schneider, 1995) und sich grundsätzlich einem rationalen Entscheidungsprozess entzieht.

Die nachfolgenden Ausführungen skizzieren die wichtigsten Argumentationslinien dieser beiden Positionen und spannen damit den Rahmen für die theoretischen Grundannahmen der vorliegenden Arbeit.

3.1.2.1 Generatives Verhalten als Ergebnis einer Entscheidung

Die Forschungsarbeiten, welche die Familiengründung als Resultat einer bewussten und rationalen Entscheidung werten, stehen in der Tradition der Individualisierungs- und der Rational-Choice-Theorie. Jene Theorien gehen von einem nach Kosten-Nutzen-Überlegungen – d.h. rational – handelnden Individuum aus. Im Kontext des Entscheidungsbegriffes wird häufig implizit das Rationalitätsprinzip mitgedacht. Anders ausgedrückt wird an den Entscheidungsbegriff automatisch der Bewertungsmaßstab „rational“ angelegt. Damit wird jedoch die Sicht darauf verstellt, dass Entscheidungen nicht immer rational sein müssen, um überhaupt als Entscheidung definiert zu werden. So wird in einigen Arbeiten eine Modifikation des klassischen Rationalitätsbegriffs vorgenommen und das Konzept der „begrenzten Rationalität“ (*bounded rationality*) eingeführt (vgl. *Elster*, 1987; *Huinink*, 1995; *Jungermann et al.*, 1998). Darunter ist die Annahme zu verstehen, dass die menschliche Rationalität einer prinzipiellen Begrenztheit bei der Wahrnehmung und Verarbeitung von Informationen unterliegt.

„Niemand kann in seinem Entscheidungsprozeß alle möglicherweise wichtigen Situationsparameter aktualisieren, und niemand kann sich in seiner Einschätzung von Handlungssituationen davon freimachen, dass er dabei immer durch den Filter seiner Vorerfahrungen blickt.“ (Huinink, 1995: 63)

Die Prämisse der begrenzten Rationalität menschlicher Handlungen hat ihrerseits Konsequenzen für die Konzeptualisierung von Handlungs- und Entscheidungsprozessen. Und zwar dahingehend, dass sich – um Komplexität zu reduzieren – die Notwendigkeit zur Strukturierung von Entscheidungssituationen ergibt. Die von *Huinink* (1995) in diesem Zusammenhang vorgeschlagene Strategie beinhaltet die Herstellung einer vorläufigen hierarchischen Ordnung individueller Orientierungen und „Vorentscheidungen“:

„Eine nahe liegende Strategie ist [...] die Hierarchisierung von Entscheidungsverfahren. Das heißt, in jeder Handlungssituation greift ein Akteur auf eine Reihe von unterschiedlich stabilen Vorentscheidungen bezogen auf relevante Handlungsziele und einsetzbare Verfahren zurück. Akteure optimieren ihr Handeln somit nicht über alle denkbaren Handlungsalternativen, sondern beschränken sich in konkreten Entscheidungssituationen auf eingeschränkte Aspekt des potentiell möglichen Ziel- und Mittelspektrums.“ (Huinink, 1995: 67ff)

Die Rational-Choice-Theorie und die auf ihr basierenden Ansätze verstehen Elternschaft als eine mögliche Option der Lebensgestaltung, die als gleichwertig zu anderen Alternativen zu sehen ist. Das Individuum wählt bewusst und reflektiert diese eine Option und trifft damit eine positive Entscheidung zugunsten der Familiengründung. Wie *Huinink* (1995) ausführt, erfolgt dieser Prozess nach bestimmten Entscheidungskriterien. Er identifiziert drei Arten von

Problem Bereichen, die sich für das Individuum bzw. für das Paar am Übergang zur Elternschaft ergeben und die es zu lösen gilt:

- das Perspektivenproblem: Welche Vorstellung besteht hinsichtlich der zukünftigen Lebensgestaltung, die sich aufgrund der getroffenen Entscheidung ergibt?
- das Ressourcenproblem: Wie wird die zukünftige Verfügbarkeit von Ressourcen zur Absicherung der getroffenen Lebensverlaufsentscheidung sichergestellt?
- das Vereinbarkeitsproblem: Welche Vorstellung besteht hinsichtlich der Ordnung verschiedener Lebensbereiche untereinander und wie kann die Erreichung individueller Ziele in jenen Lebensbereichen ermöglicht werden?

(vgl. Huinink, 1995: 185ff)

Die Lösbarkeit dieser drei Entscheidungsprobleme stellt in dem hier vorgestellten Ansatz gewissermaßen die Voraussetzung für die Rationalität – im Sinne der *bounded rationality* – des Entscheidungsprozesses zur Familiengründung dar.

Die Anschauung, dass generatives Verhalten als Ergebnis einer Entscheidung zu werten ist, findet sich auch in jenen wissenschaftlichen Arbeiten wieder, die als theoretische Basis die Individualisierungstheorie zugrunde legen oder das generative Verhalten im Kontext der Partnerschaftsentwicklung untersuchen (vgl. Beck-Gernsheim, 1997; Gloger-Tippelt et al. 1993). Als Ausgangsbasis für diese Argumentationsstränge dient der in den 1960er Jahren einsetzende Wandel in den Möglichkeiten zur Empfängnisverhütung. Erst durch die breite Verfügbarkeit von sicheren Methoden zur Kontrazeption wurde die Grundlage für eine echte Entscheidungssituation geschaffen. In einer Situation, in der nunmehr biologische Zwänge und normative Vorgaben seitens der Gesellschaft wegfallen, gewinnen individuelle und dyadische Entscheidungsprozesse an Relevanz.

„Durch die Möglichkeit eines Nein zu Kindern entstand überhaupt erst die Voraussetzung für ein bewußtes Ja. Die Frage, ob man Kinder haben möchte, hat sich von einer kollektiven Norm zu einer individuell motivierten Entscheidung gewandelt. (Gloger-Tippelt et al., 1993, S.7)

Alle hier vorgestellten Ansätze betonen den Prozesscharakter der generativen Entscheidung. Es handelt sich nicht um eine einmalige Entscheidung, die ein für alle mal getroffen wird, sondern um eine langfristige Abfolge des Abwägens und Entscheidens im biographischen Verlauf. Schneewind & Vaskovics (1994) finden in ihren Untersuchungen auch die empirische Bestätigung für die „[...] Annahme vom generativen Verhalten als eines Entscheidungsprozesses über die Zeit hinweg.“ (vgl. ebd.: 84). Wie ihre Daten zeigen, wird der Entscheidungsprozess individuell unterschiedlich schnell durchlaufen, d.h. manche

Individuen setzen die Entscheidung schneller um, andere durchlaufen den Prozess über eine längere biographische Zeitspanne hinweg.

3.1.2.2 Generatives Verhalten als Folge einer (biographischen) Zwangsläufigkeit

Die wahrscheinlich ausführlichste Beschäftigung mit der Entscheidungsproblematik bezüglich des Übergangs zur Elternschaft, findet sich in den Arbeiten von *Burkart* (1994, 1995, 2002). In kritischer Auseinandersetzung mit den Positionen der Rational-Choice-Theorien verfolgt er die Argumentation, dass der Übergang zur Elternschaft weder das Ergebnis eines Entscheidungsprozesses noch einer rationalen Planung ist. Vielmehr handelt es sich – *Burkarts* Argumentation folgend – um eine biographische Zwangsläufigkeit. Zur Untermauerung dieser These differenziert er zwischen Alltagsentscheidung und biografischer Entscheidung und erläutert vier Typen, die zum Ergebnis Kind führen können. Der Übergang zur Elternschaft kann stattfinden als:

1. lebensweltliche Selbstverständlichkeit ohne Reflexion über den Kinderwunsch
 2. rationale Entscheidung (d.h. in Abwägung zwischen Elternschaft und Kinderlosigkeit nach dem subjektiven Kosten-Nutzen-Prinzip)
 3. als nichtrationale Entscheidung (d.h. ohne Abwägung nach dem Kosten-Nutzen-Prinzip)
 4. zufälliges Ergebnis des Nicht-Entscheidens („Entscheidungsunmöglichkeit“)
- (vgl. *Burkart*, 2002: 26f.).

Für *Burkart* wäre eine rationale Entscheidung – im Gegensatz zur biographischen Selbstverständlichkeit – die Frage nach dem richtigen Zeitpunkt für die Familiengründung. Zur Festsetzung des günstigsten Zeitpunktes kann also – *Burkarts* Argumentation folgend – nach rationalen Kriterien ausgewählt werden. Gleichzeitig wird in diesem Zusammenhang ersichtlich, dass die Entscheidung für oder gegen Kinder keine einsame biographische Entscheidung darstellt, sondern eine Entscheidung des Paares ist. Denn die individuelle Kalkulation, welcher Zeitpunkt der günstigste ist, muss um realisiert zu werden, eine Entsprechung in den Überlegungen des Partners/der Partnerin finden. Wenn die Abstimmung der beiden Lebensläufe nicht oder nur schwer möglich ist, kann sich ein „biographisches Synchronisierungsproblem“ ergeben (*Burkart*, 2002: 29).

Forschungsarbeiten in der hier skizzierten Argumentationslinie betonen gerade auch die empirisch belegbare Zunahme des vierten Entscheidungsmusters. Infolge unsicherer Entscheidungsgrundlagen (d.h. Ambivalenzen, Wertkonflikte, unsichere Zukunftsperspektiven etc.) würde die Entscheidung nicht getroffen (abgewartet, aufgeschoben oder dem Schicksal

überlassen), eine resignative Entscheidungsunfähigkeit entsteht und die Geburt eines Kindes dem Zufall überlassen (vgl. *Rost & Schneider*, 1995). Damit wird auch das Phänomen der zunehmenden Kinderlosigkeit erklärt, nicht als bewusste Entscheidung gegen Kinder interpretiert, sondern als Folge des Aufschiebens, als eines Merkmals des Prozesses der Nicht-Entscheidung für Elternschaft findet keine bewusste Entscheidung für das Kind statt. Betont werden soll in diesem Zusammenhang, dass die in der Literatur vielfach als gleichwertig angesehene Frage der Entscheidung für oder gegen Kinder eine unterschiedliche Qualität hat. Eine Reihe von empirischen Studien zur Kinderlosigkeit belegt, dass in den meisten Fällen nicht die Entscheidung *gegen* ein Kind getroffen wird, sondern in quasi verkehrter Logik keine Entscheidung *für* ein Kind fällt (vgl. z.B. *Borchardt & Stöbel-Richter*, 2004; *Nave-Herz*, 1988). Anknüpfend an die Überlegungen von *Burkart* (2002) entsteht die Kinderlosigkeit als – mehr oder weniger zufälliges – Ergebnis einer Nicht-Entscheidung oder – wie *Nave-Herz* (1988) konstatiert – als unbewusste Konfliktlösungsstrategie durch Nicht-Entscheidung aufgrund eines Aufschiebens der Entscheidung.

„Es ist eine klassische Wert- oder Willens-Entscheidung, und zwar nicht als Lebensentscheidung, sondern als Entscheidung für den nächsten, überschaubaren Lebensabschnitt, eine Entscheidung gegen eine frühe Elternschaft, aber keine Entscheidung für Kinderlosigkeit.“ (Burkart, 2002: 34)

Die oben anklingende Überlegung – nämlich Entscheidung als Problemlösung zu begreifen – basiert auf der Annahme, dass mit zunehmendem Alter der soziale Druck steigt, eine Entscheidung in der Kinderfrage zu treffen. Dieses „Entscheidungs dilemma“ stellt sich vor dem Hintergrund eines erweiterten Rollenverständnisses vor allem für Frauen, die sich prinzipiell zwischen beruflicher Entwicklung und Mutterschaft entscheiden müssen.

Burkart (2002) weist – unter kritischer Bezugnahme auf die Positionen der Rational-Choice-Theorie – darauf hin, dass die meisten Annahmen der BefürworterInnen der Entscheidungsthese auf einer unsicheren Grundlage stehen, da der Entscheidungsprozess als solches kaum untersucht wird.

„Wichtig wäre nicht nur, die sozialen Randbedingungen und den biographischen Kontext zu untersuchen, vor allem müsste der Entscheidungsprozess selbst untersucht und dabei nachgewiesen werden, dass a) individuelle Nutzenkalkulationen vorgenommen werden und b) rationale Verhandlungen zwischen Partnern stattfinden.“ (Burkart, 2002: 34)

3.2 Einflussfaktoren zur Erklärung des generativen Verhaltens (*)

Im Folgenden geht es nun darum, Indikatoren zu bestimmen und theoretisch zu diskutieren, die einen möglichen Einfluss auf das Geburtenverhalten und die Entscheidung für bzw. gegen Kinder haben. Dabei werden zum einen Indikatoren herangezogen, für die in der wissenschaftlichen Literatur bereits – mehr oder weniger valide - Zusammenhänge festgestellt wurden. Zum anderen werden aber auch Einflussgrößen berücksichtigt, für die bis dato eine empirische Prüfung noch aussteht und die daher theoriebildenden Charakter haben.

3.2.1 Wohlfahrtsstaat und Familienpolitik

Die europäischen Staaten haben aufgrund ihrer länderspezifischen Traditionen oftmals sehr unterschiedliche Ausrichtungen in der Familienpolitik entwickelt. Die Basis für jene nationalen Profile in der Familienpolitik liegt in den wohlfahrtsstaatlichen Grundprinzipien der jeweiligen Länder begründet.

Nach der Typologie von *Esping-Andersen* (1990) gibt es drei wohlfahrtsstaatliche Regime: das universalistische, das konservative und das liberale Regime. Der Unterschied zwischen diesen Typen bezieht sich auf den institutionellen Umgang der jeweiligen Gesellschaften mit der sozialen Sicherung von Individuen. Das Verhältnis zwischen Markt, Staat und Familie stellt dabei eine zentrale Frage dar. Im Zuge der europäischen Erweiterung ergänzte *Esping-Andersen* (1999) seine drei Modelle durch ein viertes, nämlich den Typ des staats- und familienbasierten gemischten Wohlfahrtsstaates. Im Folgenden werden die vier wohlfahrtsstaatlichen Modelle kurz beschrieben.

Universalistische (oder sozialdemokratische) Wohlfahrtsstaaten streben eine Gleichheit aller Individuen an. Die sozialen Sicherungssysteme sind für alle BürgerInnen einheitlich, d.h. Sozialleistungen sind nicht nach Bedürftigkeit ausgerichtet, und haben hohe Mindeststandards. Auch sind sie weitgehend unabhängig von einer Erwerbstätigkeit sowie vom Familienstatus einer Person. Die grundlegende Annahme, dass Gleichheit primär über die Erwerbspartizipation erreicht werden kann, lässt die Ermöglichung einer Erwerbstätigkeit sowohl für Frauen als auch Männer zu einem zentralen Anliegen jener Wohlfahrtsregime werden. Als Beispiele für jenen Typus gelten die skandinavischen Länder.

(*) Textpassagen wurden im Wortlaut oder in abgewandelter Form entnommen aus: *Rille-Pfeiffer, Christiane* (2007): Geburtenentwicklung und Kinderwunsch im europäischen Vergleich. Eine Analyse der Länder Österreich, Schweden und Spanien (Teil1), Working Paper des Österreichischen Instituts für Familienforschung Nr. 61, S.14-27.

Konservative (oder korporatistische) Wohlfahrtsregime sind durch eine Erwerbszentrierung und Beitragsfinanzierung gekennzeichnet. Die soziale Absicherung des Einzelnen ist an eine vorhergehende Erwerbstätigkeit, aber auch an den Familienstatus gekoppelt. Angestrebt wird weniger eine Gleichheit aller BürgerInnen, sondern vielmehr die Beibehaltung der sozialen Differenzierung. Das Ausmaß staatlicher Interventionen ist vergleichsweise groß, wobei überwiegend finanzielle Transferleistungen zum Tragen kommen. Sie sind zumeist temporärer Natur und orientieren sich am Prinzip der Bedürftigkeit. Dazu zählen laut *Esping-Andersen* kontinentaleuropäische Staaten wie Deutschland, Österreich oder Belgien.

Liberalen Wohlfahrtsstaaten sind geprägt durch eine sehr eingeschränkte staatliche Einflussnahme und durch vergleichsweise niedrige Sozialstandards. Die sozialen Sicherungssysteme stellen primär auf die Armutsbekämpfung ab und nicht auf die Umverteilung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. Dieser Regime-Typ ist gekennzeichnet durch ein geringes Ausmaß an Transferleistungen, die in der Regel sowohl einkommens- als auch bedarfsgeprüft sind. Beispiele sind in Europa Großbritannien und Irland.

Staats- und familienbasierte gemischte Wohlfahrtsstaaten können als Mischform zwischen korporatistischem und liberalem Modell gesehen werden. Es existieren sowohl Bereiche, die durch staatliche Sozialfürsorge gekennzeichnet sind, als auch Bereiche, in denen ein eher bescheidenes soziales Engagement seitens des Staates gegeben ist. Die soziale Absicherung der BürgerInnen basiert weitgehend auf dem familialen Netzwerk. Länder, die zu jenem wohlfahrtsstaatlichen Typ gerechnet werden, sind die meisten südeuropäischen Staaten, aber auch Frankreich weist Elemente dieses Modells auf.

Der Ansatz von *Esping-Andersen* (1990) wurde speziell von Frauenforscherinnen als zu eng geführt kritisiert, da er die wohlfahrtsstaatliche Geschlechterpolitik weitgehend unberücksichtigt lässt. Gerade – so die Argumentation – die Veränderungen im Geschlechtsrollenverständnis und als Ausdruck davon in der weiblichen Erwerbsbeteiligung habe doch enormen Veränderungsdruck auf die Wohlfahrtsstaaten erzeugt.

„Die Annahmen, die sich auf die Art und Weise beziehen, in der die Regimetypen und wohlfahrtsstaatliche Geschlechterpolitik miteinander zusammenhängen, erweisen sich allerdings als problematisch. Tatsächlich variieren die Geschlechterpolitiken nicht systematisch mit den Wohlfahrtsregimen, sondern die Differenzen liegen teilweise quer dazu. So waren etwa Norwegen und die Niederlande, deren Wohlfahrtsstaaten von Esping-Andersen als sozialdemokratische Wohlfahrtsregime charakterisiert werden, lange Zeit durch eine relativ niedrige Erwerbsbeteiligung von Frauen gekennzeichnet. [...] Umgekehrt weist Frankreich traditionell eine hohe Erwerbsquote von Frauen auf, obwohl der Wohlfahrtsstaat als „konservatives Wohlfahrtsregime“ charakterisiert wird und dementsprechend die Erwerbsbeteiligung von Frauen eher gering ausfallen müsste.“ (Pfau-Effinger, 2001: 490)

So schlägt *Pfau-Effinger* (2001) die Erweiterung des theoretischen Rahmens von *Esping-Andersen* um die geschlechtspolitische Dimension vor. Sie geht davon aus, dass in einer Gesellschaft „geschlechtskulturelle Modelle“ existieren, in denen sich die Geschlechter-Arrangements – also die in der Familie und im Erwerb vorherrschende Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern – einer Gesellschaft widerspiegeln. Überdies würden jene Modelle aber auch die Grundlage für die Entwicklung der Geschlechterpolitik eines Staates darstellen. In Westeuropa identifiziert *Pfau-Effinger* (1996) die folgenden geschlechtskulturellen Modelle:

1. das familienökonomische Modell
2. das Modell der männlichen Versorgerehe
3. das egalitär-individualistische Modell
4. das egalitär-familienbezogene Modell.

Das familienökonomische Modell basiert auf vorindustriellen Produktionsweisen, in denen Frauen ganz selbstverständlich in den Arbeits- und Produktionsprozess eingebunden waren. Der Übergang zur modernen Industriegesellschaft und die damit verbundene Trennung zwischen Produktions- und Reproduktionssphäre hat die Verbreiterung eines neuen geschlechtskulturellen Modells, nämlich das der männlichen Versorgerehe, nach sich gezogen. Dieses Modell geht von klaren Zuständigkeitsbereichen der Geschlechter aus: Männern wird die außerhäusliche Erwerbsarbeit zugeschrieben, Frauen der private Bereich, d.h. die Hausarbeit und die Kindererziehung. Einen gänzlich konträren Ansatz verfolgt das egalitär-individualistische Modell: Es beruht auf der gleichwertigen und vollzeitigen Einbindung beider Geschlechter in die Erwerbsarbeit. Insofern gelten die Betreuung und Erziehung der Kinder auch weitgehend als Aufgaben des Wohlfahrtsstaates. Das egalitär-familienbezogene Modell zielt zwar ebenfalls auf die Gleichstellung der Geschlechter ab, jedoch wird die Kindererziehung als Aufgabe der Familie gesehen, für die Männer und Frauen zu gleichen Teilen verantwortlich sind (vgl. *Pfau-Effinger*, 1996).

Der Einfluss des Wohlfahrtsstaates auf die Familienentwicklung und das generative Verhalten wird zumeist im Zusammenhang mit der Altersvorsorge diskutiert. Ein Argumentationsstrang wird daran festgemacht, dass durch den Ausbau des Wohlfahrtsstaates Kinder ihre Vorsorgefunktion nahezu verloren haben. Das Sozialversicherungssystem würde mit abnehmenden Zukunftsinvestitionen in Form von Kindern einhergehen und dadurch die Tendenz zur Kinderlosigkeit bzw. zu einer niedrigen Kinderzahl verstärken (*Koslowski*, 1990). Für die These, dass in modernen Gesellschaften die Fertilität von der Alterssicherung beeinflusst wird, gibt es kaum empirische Nachweise. Daher gehen die meisten

Forschungsarbeiten davon aus, dass die Effekte derart langfristiger Überlegungen auf die Familienplanung nur gering sein können. Vielmehr werde die Entscheidung, Kinder zu bekommen, durch die Unterstützungssysteme innerhalb der Phase der aktiven Elternschaft beeinflusst (*Opielka*, 1997). Womit die Frage nach den Auswirkungen von Familienpolitik auf das generative Verhalten aufgeworfen wird.

Eine für vergleichende Analysen grundlegende Typologie verschiedener Familienpolitiken wird von *Gauthier* (1996) vorgeschlagen. Sie unterscheidet fünf familienpolitische Modelle, wobei gewisse Parallelitäten zum Modell von *Esping-Andersen* gegeben sind:

1. das *pro-natalistische* Modell: Familienpolitik wird als Bevölkerungspolitik begriffen, die zum Ziel hat, das Geburtenverhalten positiv zu beeinflussen. Dementsprechend sind die politischen Interventionen so gestaltet, dass kinderreiche Familien durch Transferzahlungen unterstützt werden. Um für Frauen eine möglichst gute Vereinbarkeit von Erwerbsleben und Familie zu gewährleisten, wird die Bereitstellung von Kinderbetreuung als zentrale Aufgabe des Staates angesehen (z.B. Frankreich).
2. das *pro-traditionelle* Modell: Familienpolitik wird im Sinne der Unterstützung eines bestimmten Familienmodells, nämlich der Kernfamilie verstanden. Der Familienlastenausgleich ist daher gut ausgebaut und stellt großzügige monetäre Leistungen bereit. Hinsichtlich der Erwerbstätigkeit von Müttern existiert eine Präferenz von konsekutiven Lösungen (Erwerbsphase – Familienphase – Erwerbsphase) im Gegensatz zur gleichzeitigen Vereinbarkeit von Familie und Erwerb (z.B. Deutschland, Österreich).
3. das *pro-egalitäre* Modell: Übergeordnetes Ziel ist die Gleichheit der Geschlechter und die Unterstützung einer Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern gleichermaßen. Familienpolitik wird als Geschlechterpolitik ausgestaltet. Daher ist das System der institutionellen Kinderbetreuung gut ausgebaut und für die Phase, in der die Erwerbskarriere aufgrund der Kinderbetreuung unterbrochen wird, sind auch die Transferzahlungen großzügig (z.B. Schweden, Dänemark).
4. das *nicht-interventionistische* Modell: Familie wird als Privatangelegenheit angesehen, insofern wird von staatlicher Seite relativ wenig interveniert. Das bezieht sich sowohl auf die monetären Unterstützungsleistungen als auch auf die Bereitstellung von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie. Familienpolitik zielt überwiegend darauf ab, bedürftige Familien zu unterstützen und Armut zu bekämpfen. Daher sind auch die finanziellen Transfers für Familien mit niedrigem Einkommen relativ gut ausgebaut (z.B. Großbritannien, Irland).

5. das *hybride* Modell: Familienpolitik ist nur in rudimentären Formen vorhanden, eine klare Ausrichtung ist nicht erkennbar. Grundlegende Prämisse ist ein traditionelles Familienverständnis und die große Bedeutung von privaten Netzwerken und Unterstützungsleistungen (z.B. Italien, Spanien).

Kaufmann (1995) identifiziert vier Formen der politischen Intervention, mit denen Wohlfahrtsstaaten Einfluss auf das Familienleben nehmen. Der Wohlfahrtsstaat stellt seinen Bürgern sozialpolitische Güter zur Verfügung - die da sind: Rechtsansprüche, Geldleistungen, infrastrukturelle Dienstleistungen und personenbezogene staatliche Dienstleistungen. Dementsprechend hat der Staat folgende Instrumente zur Sicherstellung ebendieser Ansprüche zur Hand: rechtliche, ökonomische, ökologische und pädagogische Interventionen. Die europäischen Wohlfahrtsstaaten unterscheiden sich deutlich in der Kombination dieser unterschiedlichen Formen von politischer Einflussnahme, woraus sich unterschiedliche nationale Profile im Bereich der Familienpolitik ergeben (vgl. *Strohmeier*, 2006). Jene familienpolitischen Länder-Profile sind jedoch gleichermaßen Ausdruck des herrschenden Familien- und Geschlechtsrollenbildes und beinhalten durch die Gewichtung der jeweiligen Handlungsfelder auch eine Bewertung individueller Verhaltensmuster.

Zunächst stellt sich die ganz allgemeine Frage, inwieweit von staatlicher Seite auf das Familienleben Einfluss genommen werden kann - oder anders ausgedrückt: Kann individuelles Verhalten durch familienpolitische Maßnahmen gesteuert werden? Das wissenschaftliche Meinungsspektrum bezüglich der direkten Einflussnahme von Familienpolitik ist sehr breit gefächert. Während in einigen Arbeiten kausale Zusammenhänge zwischen Familienpolitik und etwaigen Effekten verworfen wurden, gehen andere ForscherInnen davon aus, dass Wirkungen meistens verspätet und möglicherweise in anderen Bereichen auftreten können. Aber es existieren auch Studien, die einen eindeutigen Zusammenhang zwischen den seitens der Politik gesetzten Maßnahmen und den beabsichtigten Auswirkungen zu erkennen glauben.

Kaufmann (1995) als einer der Skeptiker hinsichtlich der Steuerungsmöglichkeiten von Familienpolitik spricht in diesem Zusammenhang von Familien als „politikresistenten“ sozialen Gebilden, in die hinein von außen kaum und, wenn ja, nur mit sehr ungewissen Aussichten auf die Erreichung der beabsichtigten Effekte eingegriffen werden kann. Das bedeutet aber auch, dass die tatsächlichen *Auswirkungen* einer familienpolitischen Maßnahme keineswegs mit den ursprünglichen *Absichten* identisch sein müssen.

Ein anderer Ansatz zur Erklärung des Zusammenhangs zwischen Familienpolitik und Fertilitätsentscheidungen wird von *Taskinen* (2000) angeboten. Sie meint, dass zumindest drei grundlegende Annahmen getroffen werden müssen, wenn man davon ausgeht, dass familienpolitische Maßnahmen einen Einfluss auf das generative Verhalten haben. Es wird also angenommen, dass

1. im Lebensplan ein Kind vorgesehen ist
2. bei der Familienplanung rational gehandelt wird
3. externe Faktoren bei der Familienplanung berücksichtigt werden.

Würde man jene Grundannahmen nicht explizit machen, wäre die alternative Erklärung dazu, dass die Einflussnahme der Familienpolitik auf unbewusster Ebene erfolgt. *Taskinen* stellt fest, dass die Familienplanung zumeist eher der Empfängnisverhütung als der Empfängnisförderung dient und ortet ein analoges Muster für einen Teilbereich der Familienpolitik, nämlich die institutionelle Kinderbetreuung:

„It seems that day-care arrangements work the same way. One cannot conclude that good day care would tempt people to have more children – to be sure, nobody will have children in order to put them into Kindergarten. What is obvious, however, is that lacking day-care facilities do prevent families to put their childbearing intentions into practice.“ (Taskinen, 2000: 6)

Das bedeutet nichts anderes, als dass man von einer *indirekten* Wirkung der Familienpolitik ausgehen kann. Auch wenn familienpolitische Maßnahmen nicht automatisch das gewünschte Verhalten fördern, so wird beim Fehlen von Familienpolitik das gewünschte Verhalten verhindert.

Die empirische Forschungsliteratur zum Einfluss von Familienpolitik auf das generative Verhalten ist umfangreich. Anhand von Länderbeispielen wird der Versuch unternommen, in den jeweiligen gesellschaftlichen Entwicklungen Belege für die Wirksamkeit familienpolitischer Maßnahmen zu finden. Vorweg ist festzuhalten, dass Ländervergleiche zu den unterschiedlichen Familienpolitikprofilen oftmals eine schwierige Angelegenheit sind. Man kann sehr leicht vor dem Problem stehen, dass Indikatoren, welche die Situation in einem Land sehr genau abbilden und damit höchste Relevanz haben, in einem anderen Land eine vergleichsweise untergeordnete Bedeutung haben.

„Grundsätzlich stellt sich aber hier die Frage, inwieweit unterschiedliche nationale familienpolitische Profile bruchlos auf andere Länder übertragen werden können und in welchem Maße das Angebot an und die Nachfrage nach Leistungen und Maßnahmen der Familienpolitik durch unterschiedliche Staats- und Gesellschaftsmerkmale einschließlich unterschiedlicher kultureller Traditionen geprägt sind, die das Wirkungsfeld der Politik prägen [...]“ (Strohmeier, 2006)

Die Studien zu den Auswirkungen der Familienpolitik auf die Fertilität sind zahlreich und können hier nur exemplarisch behandelt werden. Besonders für die skandinavischen Staaten – allen voran Schweden - ist die empirische Forschung breit angelegt. So stellt beispielsweise *Neyer* (2006a) fest, dass die Elterngeldpolitik der nordischen Länder zu einer Angleichung des Geburtenverhaltens in den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen (primär bezogen auf die Bildungsschichten) beigetragen hat. Sie kommt zu der Überzeugung, dass Familienpolitik die sozialen Unterschiede im Fertilitätsverhalten verringern (oder vergrößern) kann und ebenso einen Einfluss auf die zeitliche Planung von Geburten hat.

Die hier angedeuteten „Timing-Effekte“ von Familienpolitik werden ebenfalls ausführlich diskutiert. Gemeint ist damit, dass familienpolitische Maßnahmen einen bereits vorhandenen Kinderwunsch in zeitlicher Hinsicht beeinflussen können. Die Geburt eines (weiteren) Kindes wird also vorverlegt oder aufgeschoben. Gerade Schweden zielt mit seiner Familienpolitik auf jene Timing-Effekte ab. Durch das einkommensabhängige Elterngeld wird ein Anreiz für potentielle Eltern geschaffen, sich mit der Familiengründung Zeit zu lassen bis sie im Erwerbsleben Fuß gefasst und damit den Anspruch auf diese Lohnersatzleistung erworben haben. Weiters ist die in Schweden in den 1980er Jahren eingeführte „Geschwindigkeitsprämie“ zu nennen. Hierdurch wurde das Leistungsniveau des Elterngeldes nach der Geburt eines zweiten oder weiteren Kindes an das Gehalt vor der Geburt des vorherigen Kindes gekoppelt und somit etwaige Lohneinbußen gemildert, die sich aus der Erwerbsreduktion aufgrund Kinderbetreuung ergeben. Vorausgesetzt wird, dass die weiteren Kinder jeweils im Abstand von maximal 30 Monaten zur Welt kommen. Diverse Studien beschäftigen sich mit jener politischen Maßnahme und stellen eine messbare Wirkung auf das Geburtenverhalten fest (vgl. *Hoem*, 1993; *Andersson et al.*, 2006).

Was die Ausgaben eines Staates für Familien angeht, hat *Kaufmann* (1995) eine interessante Feststellung gemacht. Er hat eine signifikante Korrelation zwischen der Geburtenrate und den staatlichen Ausgaben für Familie in den Mitgliedsländern der EU entdeckt. Das bedeutet, je höher die Sozialausgaben für Familien, desto höher ist auch die Fertilität. Umgekehrt konnte er jedoch keinen statistischen Zusammenhang zwischen Geburtenrate und allgemeinen Sozialausgaben der Wohlfahrtsstaaten nachweisen. Dies würde die oben erwähnte These untermauern, dass ausschließlich familienspezifische Unterstützungsleistungen Auswirkungen auf das generative Verhalten haben.

3.2.2 Normen und Werte als Rahmen für individuelles Verhalten

Gesellschaftliche Vorgaben darüber, wie die Lebensgestaltung der Menschen auszusehen hat, stecken den Rahmen für individuelles Verhalten. Gleichzeitig bestimmt und modifiziert

das individuelle Verhalten aber auch die bestehenden Normen und Werte. Das bedeutet, dass zwischen gesellschaftlichen Wertestrukturen und den Verhaltensweisen von Individuen eine Wechselwirkung existiert, die bei der Interpretation von individuellem Verhalten zu berücksichtigen ist. Dies gilt auch und gerade im Zusammenhang mit Fertilitätsentscheidungen und der Frage des Kinderwunsches, kommen doch hier sehr fest in der Gesellschaft verankerte Wertvorstellungen zum Tragen.

Wie *Schenk* (2002) beschreibt, ist die Thematik „Kinderwunsch“ historisch sehr jungen Datums. Während in vorindustrieller Zeit Kinder eine Selbstverständlichkeit waren und ganz zwangsläufig zur weiblichen Normalbiographie gehörten, ist die Familiengründung heutzutage zu einem bewussten Reflexionsprozess geworden. Das bedeutet, dass sich auch der Normen- und Wertekontext verändert hat.

„Die Frage nach den Motiven, dem Für und Wider des Kinderwunsches gehört in die Jetzt-Zeit, wo alles reflektiert werden kann und immer häufiger reflektiert wird, weil es auch Alternativen gibt. [...] Der Kinderwunsch ist für uns überhaupt erst zum Thema geworden, seit das eheliche Zusammenleben ohne Kinder möglich ist – das heißt, seit es gesellschaftlich akzeptiert wird und manchmal auch als eine attraktive Alternative erscheint.“ (Schenk, 2002: 47)

Die zentrale Ursache für diese Veränderung im Umgang mit der Frage des Kinderwunsches und den damit zusammenhängenden, veränderten Wertvorstellungen liegt in der heutzutage bestehenden Möglichkeit der Dauerverhütung. Sie ist für die meisten Menschen in unserer Gesellschaft mittlerweile zum Normalzustand geworden ist. Dies stellt eine historisch neue Situation dar, gegenüber der generellen Empfängnisbereitschaft der Frau in früheren Zeiten. Diese unterschiedlichen Bedingungen ziehen auch jeweils unterschiedliche Reflexionsprozesse nach sich: Während früher darüber nachgedacht wurde, warum ein Kind zu einem bestimmten Zeitpunkt ungünstig wäre, stehen nunmehr die Fragen im Vordergrund, ob, wann und warum, man sich ein Kind wünscht (vgl. *Schenk*, 2002).

Werthaltungen bezüglich des Kinderwunsches beziehen sich zunächst auf den allgemeinen Wert von Kindern und dem Leben mit Kindern. Auch hier haben sich die Vorstellungen im Laufe der Geschichte ganz klar verändert. Die starke Kindzentrierung und die damit gestiegenen Ansprüche an Elternschaft und die Voraussetzungen für die Familiengründung sind wohl das für die vorliegende Fragestellung bedeutsamste Charakteristikum der Gegenwart. Ebendieser Funktionswandel von Kindern und die Veränderung des Selbstverständnisses von Eltern werden in der Forschungsliteratur auch als Erklärungsansatz für die niedrige Fertilität herangezogen:

„Kaufmann führt die gegenwärtig geringe Geburtenhäufigkeit auf die Wirksamkeit eines Normenkomplexes „verantwortete Elternschaft“ zurück. Dieser beinhaltet nach Kaufmann einerseits die Erziehungsverantwortung der leiblichen Eltern, jedoch andererseits die Norm, Kinder nur dann zur Welt zu bringen, wenn man glaubt, dieser Verantwortung tatsächlich gerecht zu werden, und zwar auch in ökonomischer Sicht.“ (Nave-Herz, 2002: 34)

Damit in Zusammenhang steht auch die Frage nach der idealen Kinderzahl. Die Forschung differenziert hier zwischen der als gesellschaftlich ideal erachteten und der persönlich gewünschten Kinderzahl. Durch diese beiden Indikatoren kommen einerseits die gesellschaftlichen und andererseits die persönlichen Werthaltungen zum Ausdruck. Gewissermaßen als Gradmesser für deren Gültigkeit wird in der Forschung die tatsächlich realisierte Kinderzahl in Beziehung zu jenen Werten gesetzt. Bislang deuteten alle Forschungsergebnisse auf die Gültigkeit der „Zwei-Kind-Norm“ als gesellschaftliche Richtschnur hin. Das bedeutet, dass prinzipiell zwei Kinder als gesellschaftliche und persönliche Idealvorstellung angesehen werden. Dies gilt auch, wenn die schlussendlich realisierte Kinderzahl unter jener als persönlich ideal erachteten Zahl von 2 Kindern liegt, d.h. der Kinderwunsch höher ist als die tatsächliche Kinderzahl. Neuere Forschungen kommen jedoch zu dem interessanten Ergebnis, dass sich vor allem im deutschsprachigen Raum der Kinderwunsch der Realität anzupassen scheint – also ebenfalls unter den Wert von 2 Kindern sinkt.

„The below-replacement ideals prevalent among young Austrians and Germans may or may not be a sign of the future in low-fertility populations. But it is notable that for the first time people's stated preferences have deviated from the two-child ideal that has held such sway since the end of the baby boom. It is hard to imagine that this reconceptualization of family life will be without any consequences, just as it is hard to imagine that low fertility can persist indefinitely without being accompanied by a change in ideals.“ (Goldstein et al., 2002: 20)

Ein ganz anderer Bereich des für den Kinderwunsch relevanten Wertekontextes umschreibt alle jene Werte und Normen im Zusammenhang mit der Mutter- und Vaterrolle. Ganz eng damit in Verbindung stehen Fragen der Aufteilung von häuslicher und außerhäuslicher Arbeit, d.h. die Aufteilung von Betreuungspflichten und Erwerbstätigkeit. Wenngleich eine Aufweichung der diesbezüglich bestehenden Werte und Normen in der jüngeren Vergangenheit festzustellen ist, gehört jener Bereich sicherlich zu den am stärksten institutionalisierten Wertekontexten im Zusammenhang mit dem generativen Verhalten (vgl. Kapella & Rille-Pfeiffer, 2007).

3.2.3 Der Übergang zum Erwachsenwerden und der Familienbildungsprozess

Das Erwachsenwerden ist ein vielschichtiger, höchst individueller Prozess, der jedoch gesellschaftlichen Ausdruck findet in bestimmten Lebensereignissen. Das sind in der Regel

der Abschluss der Ausbildung, das Eingehen einer Partnerschaft, der Auszug aus dem Elternhaus und die Gründung eines eigenen Haushaltes sowie der Beginn einer Erwerbstätigkeit. Die Familiengründung ist selbstverständlich ebenfalls zu den zentralen Lebensereignissen zu zählen, die den Übergang vom Jugendlichen zum Erwachsenen markieren. Sie ist also gleichzeitig Teil des Ganzen *und* die zu erklärende Variable.

Im Mittelpunkt der folgenden Überlegungen stehen nicht die genannten Teilaspekte und ihre Auswirkungen auf das generative Verhalten *für sich*, sondern die Wechselwirkung zwischen den verschiedenen Lebensbereichen aus einem prozessorientierten Blickwinkel. Dabei gehe ich von folgenden Annahmen aus: Erstens, die meisten Lebensereignisse stehen in Verbindung zueinander und beeinflussen sich gegenseitig. Zweitens, generative Entscheidungen sind immer auch in die Dynamik des Lebenslaufes eingebettet. Der theoretische Hintergrund dieser Überlegungen liegt in den Ansätzen der Biographie- und Lebenslauforschung begründet (vgl. Voges, 1987).

Gerade die Schwelle vom Jugendlichen zum Erwachsenen stellt einen biographischen Zeitraum dar, der von zentraler Bedeutung für die Analyse des generativen Verhaltens ist. Das bedeutet, dass in diesem Lebensabschnitt für Jugendliche Bedingungen existieren, die das Eintreten der relevanten Lebensereignisse mehr oder weniger wahrscheinlich machen. Diese Bedingungen sind einerseits im Individuum selbst begründet, werden aber andererseits auch von der Gesellschaft vorgegeben. Aus soziologischer Sicht geht es daher um die Frage, welche gesellschaftlichen Umstände den Familienbildungsprozess erleichtern und welche eher hemmend wirken.

Charakteristisch für Lebensereignisse im Allgemeinen ist, dass sie oftmals an gewisse Altersstrukturen gebunden sind und die Biographie eines Menschen steuern. Dass Biographie dabei auch gesellschaftliches Konstrukt und Orientierungsmuster ist, verdeutlicht folgendes Zitat:

„Die [...] sich verändernde Ordnung der Sozialwelt enthält auch Präskripte biographischer Art. Sie drücken aus, was im Leben von Gesellschaftsmitgliedern nacheinander kommen muss oder soll, welche biographischen Bereiche gleichzeitig durchlebt werden können, und sie beinhalten generelle Deutungsperspektiven, z.B. Entwicklungsschemata oder Konzeptionen eines sinnvollen Lebens. [...] „Biographie“ formuliert die Erwartung einer Gesamtgestalt, die zwischen Lebensanfang und Lebensende einen durchgeformten Sinnzusammenhang konstituiert – eine Erwartung, die empirisch allerdings nicht immer eingelöst werden kann.“ (Fischer/Kohli, 1987: 28ff.)

Methodisch gesprochen ergibt sich daher der Zusammenhang zwischen dem Prozess des Erwachsenwerdens und dem generativen Verhalten in zweierlei Hinsicht. Zunächst geht es um die Frage, ob und wenn ja, in welcher Abfolge die einzelnen Lebensereignisse auftreten,

die den Übergang ins Erwachsenenleben markieren. Weiters ist die zeitliche Platzierung im Lebenslauf des Individuums von Relevanz, d.h. wie alt ist das Individuum beim jeweiligen Statusübergang. Diese beiden Aspekte – bezeichnet als Quantum und Timing – sind es ja auch, die in der wissenschaftliche Diskussion zur Geburtenentwicklung dominieren.

Kennzeichnend für die gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre sind Veränderungen im „Normalprogramm“ des Lebenslaufes. Das bedeutet, dass sowohl die als normal und folgerichtig angesehene Abfolge von Lebensereignissen als auch deren zeitliches Eintreten zunehmend aufgeweicht wird. Dies hat zunächst einmal Auswirkungen auf den gesamten Prozess des Erwachsenwerdens, aber auch auf den Familienbildungsprozess im Speziellen. Die wesentlichen zeitlichen Veränderungen im Familienzyklus sind primär darin zu sehen, dass die Gründung einer Familie zunehmend in ein höheres Alter verschoben wird und von jüngeren Kohorten in alternativer Form oder gar nicht vollzogen wird. Dementsprechend gab es zeitliche Verschiebungen in allen anderen Lebensbereichen. So haben sich beispielsweise die Ausbildungszeiten von jungen Menschen verlängert, der Erwerbseinstieg findet später statt und der Auszug aus dem Elternhaus ist ein Lebensereignis, das kaum – im Gegensatz zu früher – vor dem 20. Lebensjahr erfolgt. Das Erwachsenwerden scheint also heutzutage ein Projekt zu sein, das sich bis weit in das dritte Lebensjahrzehnt hineinzieht.

Wie sehen nun aber – abgesehen von der zeitlichen Verschiebung – die Veränderungen in den anderen Lebensbereichen an der Schwelle zum Erwachsenwerden aus?

Fischer & Kohli (1987) orteten schon Ende der 1980er Jahre zwei weitere Bereiche, in denen Verschiebungen stattgefunden haben: erstens beim Erwerbsleben und zweitens auf normativer Ebene. Die bisher geltende und um das Erwerbsleben organisierte Dreiteilung des Lebenslaufes (Vorbereitungs-, Aktivitäts- und Ruhephase) verliert zunehmend an Gültigkeit. Durch neue Arbeitszeitmodelle und die vermehrte Entkoppelung von *Berufsausbildung* und *Berufsausübung* werden vormals selbstverständliche Sequenzen im Lebenslauf in Frage gestellt. Diese Entwicklung hat sich in den letzten Jahren sogar verstärkt. Es ist zur Normalität geworden, dass sich im individuellen Lebenslauf Phasen der Erwerbslosigkeit oder der geringfügigen Beschäftigung bzw. Teilzeitbeschäftigung mit Phasen der Vollzeit-Erwerbstätigkeit abwechseln. Die lange Zeit selbstverständliche Erwartung, dass eine abgeschlossene Ausbildung auch zu einer dazugehörigen Erwerbstätigkeit führt, erfüllt sich ebenfalls zunehmend weniger. Umschulungen oder ein Arbeitsplatz, der wenig mit der ursprünglichen Ausbildung zu tun hat, sind fixer Bestandteil der heutigen Lebensläufe. Tiefgreifende Veränderungen wurden von *Fischer & Kohli* (1987) aber auch in Bezug auf

gesellschaftliche Normen festgestellt. Die bislang relativ strengen Altersnormen mit den an sie gebundenen Lebensstilen (Haushalts- und Lebensgemeinschaftsform, Freizeitverhalten, Kleidung etc.) haben an Bedeutung verloren. Bestehende gesellschaftliche Vorgaben darüber, welcher Lebensstil in welchem Lebensalter sozial erwünscht bzw. überhaupt akzeptiert ist, wurden aufgeweicht. Das Alter ist also nicht mehr automatisch ausschlaggebend für die individuelle Lebensführung. Damit fällt eine Orientierungshilfe zur Lebensführung weg, die das einzelne Individuum bislang zwangsläufig übernehmen konnte bzw. musste. Dieser Umstand, der im Rahmen der Individualisierungsdebatte als „riskante Freiheit“ (Beck & Beck-Gernsheim, 1994) bezeichnet wurde, bedeutet für den Einzelnen zwar die Zunahme an Optionen, bringt aber gleichermaßen den Entscheidungszwang mit sich.

„Die biographischen Konzepte, die der einzelne im Laufe seines Lebens realisieren kann, haben sich derartig vervielfältigt, dass selbst in grundlegenden Bereichen permanent eine Wahl getroffen werden muss. Elementare Fragen der sozialen Lebenspraxis sind immer weniger institutionell zwingend geregelt und werden somit immer weniger selbstverständlich im Lebensvollzug „gelöst“, sondern sind durch entscheidungsfähige und entscheidungsnotwendige Handlungsalternativen gekennzeichnet.“ (Fischer & Kohli, 1987: 40)

Für unsere Fragestellung bedeutet dies, dass sich für junge Menschen beim Übergang zum Erwachsenwerden eine Fülle solcher biographischer Fragen stellt. Wie lange möchte ich im elterlichen Haushalt wohnen? Lebe ich allein oder in einer Lebensgemeinschaft? Welche Ausbildung wähle ich? Wie kann ich meinen Lebensunterhalt verdienen? Möchte ich eine Partnerschaft eingehen? Sind in dieser Verbindung Kinder geplant? Auch wenn die Klärung all dieser Fragen in der Regel nicht ausschließlich als bewusster individueller Entscheidungsprozess abläuft, so wird in dieser Lebensphase von heutigen jungen Menschen die Thematisierung der eigenen Lebensplanung zunehmend gefordert.

3.2.4 Bildung als Indikator für Fertilitätsentscheidungen

Der Einfluss von Bildung auf das generative Verhalten ist in der wissenschaftlichen Literatur nicht eindeutig geklärt. Es ist zwar allgemein anerkannt, dass ein Zusammenhang zwischen beiden Bereichen existiert. Aber in welche Richtung dieser geht und wie dies zu interpretieren ist, darüber scheiden sich die Geister.

„Aus der Tatsache, dass die sich widersprechenden Ergebnisse zum Teil mit denselben Datensätzen, aber mit unterschiedlichen mathematischen Modellen gefunden werden, kann man schließen, dass zusätzlich zu der theoretischen Diskussion noch erhebliche methodische Probleme zu berücksichtigen sind, die bis heute ebenfalls nicht abschließend geklärt sind.“ (Huinink, 2000b: 222)

Wie *Huinink* betont, wird darüber hinaus in vielen Arbeiten nicht berücksichtigt, dass es unterschiedliche Aspekte von Bildung gibt. Das bedeutet, dass die Auswirkungen einer mehr oder weniger langen Bildungsbeteiligung und den daran gekoppelten Bildungsabschlüssen in der wissenschaftlichen Analyse zu trennen sind von Effekten des erreichten Bildungsniveaus und den damit zusammenhängenden Faktoren.

So wirkt sich die Dauer der *Bildungsbeteiligung* ganz entscheidend auf das Alter bei der Familiengründung aus. Der Eintritt in familiäre Lebensformen während der Ausbildungsphase ist eher die Ausnahme. Das kann primär auf drei Faktoren zurückgeführt werden: zunächst stellt sich für junge Menschen in der Ausbildung ein zeitliches Problem, das eine Vereinbarung von ausbildungsbezogenen Anforderungen und Anforderungen einer Elternschaft schwierig macht. Auch sind junge Menschen während der Ausbildungsphase meist noch von ihren Eltern in ökonomischer Hinsicht abhängig. Die finanzielle Eigenständigkeit stellt jedoch eine wichtige Voraussetzung für die Familiengründung dar. Hinzu kommt, dass – sowohl für junge Männer als auch für junge Frauen – die Sicherung des eigenen Lebensunterhaltes zu einer gesellschaftlichen Erwartung geworden ist. Daher ist nach Abschluss der Ausbildung die Schaffung einer eigenständigen ökonomischen Grundlage durch den Eintritt ins Erwerbsleben vordergründiges Ziel von jungen Menschen. Als letzter Punkt ist jener Umstand zu nennen, dass die Ausbildungsphase für junge Menschen eine Zeit der „relativen Unsicherheiten“ ist; d.h. es bestehen vielfach noch keine klaren Vorstellungen darüber, wie man das eigene Leben gestalten möchte. Dies betrifft gerade auch Fragen der Lebensgemeinschaft und des Kinderwunsches (vgl. *Huinink*, 2000b).

Die zeitlich aufschiebende Wirkung der Bildungsbeteiligung – d.h. das höhere Alter beim Verlassen des Bildungssystems - zieht auch Effekte nach sich, welche die Partnerwahl betreffen. Dies hängt mit den in der Gesellschaft nach wie vor geltenden *Homogamie-Normen* zusammen. Sie besagt, dass potentielle PartnerInnen primär nach jenen Eigenschaften und jenem Status ausgewählt werden, die der eigenen Situation möglichst entsprechen. Dies kommt natürlich auch hinsichtlich des Bildungsniveaus zum Tragen. So sind beispielsweise Ehen, in denen Frauen höher gebildet sind als ihre Männer vergleichsweise selten. Das führt dazu, dass sich gerade für höher gebildete Frauen mit zunehmendem Alter die Chancen auf dem Heiratsmarkt verschlechtern. Als Folge davon bleibt ein Teil jener Frauen ledig und kinderlos, obwohl dies ursprünglich nicht geplant war. Hier geht es also um Effekte, die durch das Zusammenspiel von längerer Bildungsbeteiligung und Bildungsniveau hervorgerufen werden.

Von zentraler Bedeutung ist das *Bildungsniveau* aber auch in Bezug auf die Handlungsmöglichkeiten und verfügbaren Ressourcen zur individuellen Lebensgestaltung. Mit steigendem Bildungsniveau sind meist auch höherer beruflicher Status und höheres Einkommen verbunden. Damit werden in direkter und indirekter Weise auch Familienbildungs- und Fertilitätsentscheidungen beeinflusst. Ob es sich hierbei um eine positive oder negative Beziehung zwischen Bildungserfolg und Geburtenneigung handelt, ist empirisch nicht geklärt.

Die familienökonomische Theorie nach *Becker* (1991) geht beispielsweise von einer negativen Beziehung aus, d.h. je höher der Bildungsabschluss einer Person, desto niedriger ihre Neigung zur Elternschaft bzw. zu einer höheren Kinderzahl. Basierend auf der Annahme, dass mit zunehmender Bildung die Chancen auf ein höheres Erwerbseinkommen steigen, bedeutet die Elternschaft gerade für Frauen hohe Opportunitätskosten (direkte und indirekte Kosten). Der Wille die Opportunitätskosten, die sich durch die Kinderbetreuung ergeben, möglichst gering zu halten, führt nach *Beckers* Argumentation dazu, dass sich Paare mit höherem Bildungsniveau gegen eine Familiengründung entscheiden bzw. diese aufschieben und eher weniger Kinder haben.

Erklärungsversuche anderer Art liefern jene Ansätze, welche die gesellschaftliche Modernisierung und ihre Auswirkungen in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen stellen. Zwar konstatieren die VertreterInnen der Individualisierungsthese und des Normen- und Wertewandels ebenfalls – zumindest für Frauen - eine negative Beziehung zwischen dem Bildungsniveau und der Geburtenneigung, jedoch läuft die Argumentation in eine andere Richtung. Sie gehen davon aus, dass die verstärkte Partizipation von Frauen im Ausbildungs- und Erwerbssystem eine Veränderung der weiblichen Geschlechtsrollen und damit die Abkehr von Ehe und Elternschaft bewirken (vgl. *Beck-Gernsheim*, 1997; *Ott*, 1992). Verwiesen wird hierbei auf die gängige Praxis der innerfamiliären Arbeitsaufteilung, bei der Frauen den Großteil der Kinderbetreuung und Haushaltsführung leisten und auch im Falle einer Geburt diejenigen sind, die aus dem Erwerbsleben aussteigen. Ehe und Elternschaft stellen daher Konzepte der Lebensführung dar, die der beanspruchten Selbstbestimmung und Eigenständigkeit von Frauen entgegenstehen. Frauen mit einem höheren Bildungsabschluss werden es daher – so lautet die Schlussfolgerung – vermeiden, in ein durch die Elternschaft begründetes ökonomisches Abhängigkeitsverhältnis zu ihrem Partner zu geraten. Nach *Beck-Gernsheim* (1997) ergibt sich daraus ein Spannungsfeld für Frauen, das so zu charakterisieren ist:

„Im ausgehenden 20. Jahrhundert ist das Verhältnis von Frau, Familie und Kind in Bewegung geraten – durch Veränderungen im Leben der Frau wie durch Veränderungen in der

Erziehung. Das Ergebnis dieser Entwicklungen ist freilich nicht, dass der Kinderwunsch einfach verschwindet. Die neue Wirklichkeit ist weit komplizierter: Auf der einen Seite wird die soziale Definition der Frau über Familie und Kind zunehmend brüchig. Aber andererseits gewinnt die Beziehung zum Kind auch neue emotionale Bedeutung, als Verheißung von Nähe, Zärtlichkeit, Wärme.“ (Beck-Gernsheim, 1997: 176)

Aber nicht nur auf struktureller Ebene (höherer beruflicher Status und höheres Einkommen) wird das Bildungsniveau relevant, sondern auch als Bestimmungsfaktor für individuelle Wertorientierungen und das Anspruchsniveau zur Lebensführung. Dies kommt ebenso in den Erwartungen und Ansprüchen an die eigene Rolle als PartnerIn oder Elternteil zum Ausdruck. Huinink (2000b) stellt die These auf, dass mit steigendem Bildungsniveau auch die Bedeutung der emotionalen Aspekte von Partnerschaft und Elternschaft zunimmt und dies positive Effekte hinsichtlich der Geburtenneigung hat. Als Folge des höheren Anspruchsniveaus, so die Schlussfolgerung, kommt es zu einem Polarisierungseffekt: Einerseits steigt – gerade aufgrund der hohen Erwartungen – die Wahrscheinlichkeit für einen Verzicht auf Ehe und Elternschaft. Andererseits steigen aber auch die Investitionen in bereits existierende familiäre Beziehungen, vor allem in Hinblick auf die Schaffung von optimalen Entwicklungsbedingungen für die Kinder. Das beinhaltet auch die Präferenz, sein Kind nicht als Einzelkind aufwachsen zu lassen und ihm die Erfahrung einer Geschwisterbeziehung zu ermöglichen. Diese Polarisierungsthese würde sowohl den relativ hohen Anteil der unverheirateten und kinderlosen Personen als auch den höheren Anteil an Paaren mit mehr als einem Kind in den höheren Bildungsgruppen erklären.

Neben den zahlreichen Erklärungsansätzen, die eine negative Korrelation zwischen dem Bildungsniveau und der Geburtenneigung feststellen, existiert eine vergleichsweise geringe Anzahl an Forschungsarbeiten, die einen gegenteiligen Effekt beschreiben. Theoretisch ließe sich eine positive Beziehung zwischen den Auswirkungen des Bildungsabschlusses und der Familienbildung so formulieren:

„Eine gute Ausstattung mit materiellen, sozialen und kulturellen Ressourcen ist einer an modernen Standards orientierten Gestaltung einer Paargemeinschaft und Elternschaft förderlich. Sie garantiert eine nachhaltige Lösung des Ressourcenproblems und ermöglicht, verschiedene Restriktionen einer familialen Bindung zu entschärfen. Man kann also einen Einkommenseffekt auf die Nutzung von nicht am Markt realisierbaren und nicht durch Marktgüter substituierbaren Vorteilen postulieren, die mit engen Primärbeziehungen einhergehen.“ (Huinink, 2000b: 218)

Interessant ist, dass empirische Belege für einen eindeutig positiven Zusammenhang zwischen Bildung und Familiengründung bislang fehlen. Zwar wird der generell negative Effekt hinterfragt und durch vergleichende Länderstudien relativiert. Diesbezügliche Forschungsarbeiten beschäftigen sich vor allem mit den nordischen Ländern und dem

Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland. Damit kann zumindest festgestellt werden, dass die These von der negativen Auswirkung des Bildungsniveaus auf die Entscheidung für Kinder nicht für jedes europäische Land Gültigkeit hat (vgl. *Neyer*, 2006b). Diese Aussage bezieht sich jedoch ausschließlich auf Frauen.

Viele Forschungsarbeiten, die sich mit dem generativen Verhalten beschäftigen, stellen ganz automatisch auf das weibliche Bildungsniveau ab. Dies ist ein generelles Charakteristikum der Thematik rund um die Fertilität und spiegelt sich zum Teil auch in den Daten der amtlichen Statistik wieder.¹ Die meisten Studien, welche die Frage nach dem Einfluss des Bildungsniveaus auf den Kinderwunsch und die Geburtenneigung nach Geschlechtern getrennt beleuchten, gehen von einer negativen Korrelation bei Frauen und einer positiven bei Männern aus (vgl. *Eckhard/Klein*, 2006).

Ein Aspekt, der an dieser Stelle noch beleuchtet werden soll, bezieht sich auf den Einfluss der Ausbildung des Partners auf das generative Verhalten. *Kreyenfeld* (2002) hat beispielsweise für Westdeutschland festgestellt, dass die Entscheidung der Frauen hinsichtlich eines zweiten Kindes stärker durch das Bildungsniveau des Partners bestimmt ist als durch das eigene Bildungsniveau. Diese Ergebnisse machen deutlich, dass es bei einer fundierten Analyse der Einflussfaktoren des generativen Verhaltens notwendig ist, zusätzlich eine partnerbezogene Betrachtungsweise mit einzubeziehen.

3.2.5 Partnerschaft und Geschlechtsrollen

Sinkende Geburtenraten wurden in der Vergangenheit auch als Folge der Auflösung der Institution Ehe interpretiert. Mit der abnehmenden Verbindlichkeit der Ehe und der gestiegenen Unsicherheit der Beziehungen von Frauen und Männern sah man gleichermaßen der Basis für Elternschaft schwinden. Dass jedoch gerade der Anteil der unehelichen Geburten im Zeitverlauf zunimmt, widerspricht dieser Theorie.

In den letzten Jahrzehnten fand in den meisten europäischen Ländern ein grundlegender Bedeutungswandel von Heirat und Ehe statt. Die Ehe als alleinige Lebensform, in der Kinder großgezogen werden, hat zunehmend an Bedeutung verloren. Wie in zahlreichen Untersuchungen immer wieder bestätigt wird, heutzutage eine nichteheliche Lebensgemeinschaft überwiegend dann in eine Ehe umgewandelt, sobald ein Kind geplant wird oder bereits unterwegs ist (vgl. *Vaskovics* 1995; *Lauterbach* 1999). Diese mit dem Begriff "kindorientierte Ehegründung" beschriebene Entwicklung setzte Mitte der 1970er Jahre ein.

¹ So gibt es eine Reihe von statistischen Indikatoren, die nur für Frauen erfasst werden (wie z.B. das Alter bei der Geburt, die Anzahl der Kinder).

Als einer der Gründe wird die zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz der nichtehelichen Lebensgemeinschaft genannt. Das bedeutet, dass es heute also zwei gleichermaßen akzeptierte Lebensformen für junge Leute gibt, die jedoch einen unterschiedlichen Gründungsanlass haben. Die Bildung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft ist vornehmlich an eine emotionale Partnerbeziehung gekoppelt, während die Eheschließung primär auf eine emotionale *kindorientierte* Partnerbeziehung zurückgeht (vgl. Nave-Herz, 1997, Matthias-Bleck, 1997).

Doch nicht nur der Zusammenhang zwischen Lebensform und Fertilitätsentscheidung ist von Bedeutung. Ebenso relevant für die gegenständliche Forschungsfrage sind die Qualität der Partnerschaft und die Geschlechtsrollenbilder innerhalb der Partnerschaft. Gerade Männer orientieren sich bei der Frage des Kinderwunsches sehr stark an ihrer Partnerin. Dies wurde bei einer Untersuchung unter ostdeutschen Männern deutlich:

„Wenn Männer eine Familienorientierung der Partnerin erleben und diese positiv bewerten, nehmen sie diesen Bereich nicht mehr in dem Maße in ihre Selbstdefinition auf, sondern "überlassen" ihn gewissermaßen der Partnerin. Sie bewegen sich dann, um in einem Bild zu sprechen, im sicheren "familiären Fahrwasser" der Beziehung und berichten dabei doch etwas distanzierter über "sich selbst als zukünftigen Vater" [...] Wenn beides gegeben ist, d.h. die Akzeptanz der Wünsche der Partnerin und die Akzeptanz von Familie an sich, entwickelt sich auch eine eigene Absicht.“ (von der Lippe & Fuhrer, 2003: 20)

Für die innerfamiliäre Arbeitsaufteilung bietet die familienökonomische Theorie nach Becker (1991) ebenfalls einen Erklärungsansatz an. Durch die Tatsache, dass immer häufiger die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung als Optimierungsstrategie innerhalb der Familie aufgegeben werde, würden auch die Kosten für die Kindererziehung steigen und damit die Entscheidung gegen Kinder fallen (siehe Kapitel 3.2.6).

3.2.6 Erwerbstätigkeit und Mutterrolle als zu vereinbarende Konzepte

Seit über zwei Jahrzehnten beschäftigt die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit Politik und Wissenschaft gleichermaßen. Der Diskurs war in seinen Anfängen überwiegend geleitet durch die Beschäftigung mit *best-practice*-Modellen zur Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben. In den letzten Jahren ist die Diskussion jedoch um einige Facetten reicher geworden, so auch um die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit und generativem Verhalten.

Die aktuelle Forschungsliteratur ist durch zwei Charakteristika gekennzeichnet: Erstens ist sie größtenteils im empirischen Bereich angesiedelt, theoretische Konzepte zur Erklärung des Zusammenhangs von Erwerbsbeteiligung und Fertilität gibt es nur wenige. Zweitens geht es in

den meisten Forschungsarbeiten um die *weibliche* Erwerbstätigkeit und deren Auswirkungen auf die Familiengründung. Die männliche Erwerbstätigkeit als Einflussgröße bleibt im Allgemeinen unberücksichtigt, wenngleich – wie Andersson et al. (2004) feststellen – eine stärkere Einbeziehung durchaus vonnöten wäre.

„Die Befunde einiger neuerer empirischer Studien unterstreichen die Notwendigkeit die Erwerbssituation von Männern in Analysen zur Familiengründung explizit zu berücksichtigen. Eine wesentliche Rolle kommt hier berufsbiographischen Unsicherheiten – z.B. durch Arbeitslosigkeit – zu, die sich negative auf die Heiratswahrscheinlichkeit sowie den Übergang zur Elternschaft auswirken können. In einer Situation, in der Männer ihre Vorsorgefunktion u.U. nur noch eingeschränkt erfüllen können und in der der Anteil ihres Arbeitseinkommens am Haushaltseinkommen sinkt, wächst die Bedeutung des (relativen) Einkommens der Frau – mit einem möglicherweise dann positiven Nettoeffekt auf die Fertilitätsentwicklung.“ (Andersson et al., 2004: 5)

In jenen wenigen Arbeiten, die sich mit beiden Geschlechtern befassen, wird meist für Frauen ein negativer und für Männer ein positiver Zusammenhang festgestellt. Die diesbezüglichen Argumentationen werden im Laufe der folgenden Ausführungen deutlich.

Die sicherlich am häufigsten rezipierten theoretischen Ansätze sind die ökonomischen Theorien zum generativen Verhalten, allen voran das Grundlagenwerk von Gary S. Becker (1991). Vereinfacht gesagt, gehen jene Konzepte davon aus, dass die Nachfrage nach Kindern im Wege der Nutzenmaximierung einer Familie bestimmt wird. Es wird unterstellt, dass Paare die Entscheidung für oder gegen Kinder unter Berücksichtigung aller durch Kinder entstehenden Kosten und Erträge treffen. Wobei die Definition von Kosten und Erträgen sehr breit angelegt ist und beispielsweise auch die Opportunitätskosten (entgangene Gewinne) oder den psychischen Nutzen beinhalten. Zur Nutzenmaximierung innerhalb der Familie gehört laut familienökonomischer Theorie auch die – biologisch determinierte – geschlechtsspezifische Arbeitsaufteilung zwischen Frau und Mann. Durch die Spezialisierung der Frau auf die Kindererziehung und Hausarbeit einerseits und die des Mannes auf die außerhäusliche Erwerbsarbeit andererseits könne für das familiäre System der maximale Nutzen erzielt werden. Diese Argumentation setzt voraus, dass Frauen durch Erwerbsarbeit ein geringeres Einkommen erwirtschaften können als Männer. In den letzten Jahrzehnten ist jedoch die traditionelle Rollenverteilung durch die zunehmende Bildungs- und Erwerbsbeteiligung von Frauen aufgeweicht worden. Frauen investieren nunmehr weniger in haushaltsspezifisches, sondern verstärkt in marktspezifisches Humankapital und können höhere Einkommen erzielen. Damit einhergehend ist auch der Wert der Zeit für Frauen gestiegen und ein entgangenes Einkommen bedeutet für sie oftmals hohe Opportunitätskosten. Diese indirekten Kosten werden im Falle der Kinderbetreuung schlagend, da sich in der Logik der ökonomischen Theorien Erwerbsarbeit und

Kinderbetreuung ausschließen. Die Opportunitätskosten sind daher der Maßstab für Fertilitätsentscheidungen, wobei gilt: Je höher die Opportunitätskosten, desto eher fällt die Entscheidung gegen (weitere) Kinder. Damit wird klar, dass die familienökonomischen Theorien von einem negativen Zusammenhang zwischen weiblicher Erwerbsbeteiligung und Fertilität ausgehen. Wesentlich ist, dass in jener Argumentationslogik das Bildungsniveau, die Erwerbsbeteiligung und das Erwerbsbeinkommen als einander bedingende Faktoren betrachtet werden und sich somit für alle drei Größen eine negative Korrelation ergibt. Demgegenüber wird für Männer ein positiver Zusammenhang unterstellt. Basierend auf der Annahme, dass mit steigender Kinderzahl die Kosten größer werden und daher ein höheres Einkommen seitens des Mannes erwirtschaftet werden muss. Dies setzt eine höhere Erwerbsbeteiligung bzw. einen höheren Erwerbsumfang voraus (vgl. *Becker*, 1991).

In der soziologischen Literatur wurden zwar gewisse theoretische Überlegungen zum Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit und generativem Verhalten angestellt, die jedoch nicht als Theorie gelten können. Prinzipiell geht es um die Annahme, dass sich die Rolle als Mutter nicht mit der Rolle einer erwerbstätigen Frau vereinbaren lässt und dass eine parallele Verwirklichung beider Rollen eine reduzierte Produktivität der Arbeitsleistung mit sich bringen würde (vgl. *Brewster et al.*, 2000). Diese Unvereinbarkeits-Theoreme gehen daher ebenfalls von einem negativen Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit und Fertilität aus.

Der empirische Zusammenhang zwischen weiblichem Erwerbsverhalten und Fertilität gilt als unbestritten. Dies basiert größtenteils auf dem Befund, dass die Erwerbsbeteiligung von Müttern geringer ist als die von kinderlosen Frauen bzw. dass erwerbstätige Frauen weniger Kinder haben als nicht erwerbstätige - oder anders ausgedrückt, dass erwerbstätige Frauen eine geringere Übergangsrate zu einem (weiteren) Kind haben als nicht erwerbstätige Frauen. Zu diesen Fragestellungen ist vor allem die international vergleichende Forschungsliteratur explosionsartig angewachsen. Während also die *prinzipielle Korrelation* zwischen Erwerbstätigkeit und Fertilität empirisch gut abgesichert ist, existieren bei näherer Betrachtung vergleichsweise wenige Arbeiten zum *kausalen Einfluss* der Erwerbstätigkeit auf Fertilitätsentscheidungen. Zwar wird in den meisten Forschungsarbeiten der festgestellte Zusammenhang – mehr oder weniger explizit - als kausal interpretiert, allerdings ohne weiteren Beleg für die Kausalitätsannahme. *Schröder* (2006) hat sich mit der interessanten Frage beschäftigt, inwieweit es sich hierbei lediglich um einen korrelativen Zusammenhang handelt oder ob tatsächlich ein Kausaleffekt zwischen Erwerbsbeteiligung und generativem Verhalten besteht, d.h. die Ursache für die niedrige Fertilität in der Erwerbstätigkeit begründet

liegt. Sie führt in ihrer Arbeit indirekte Kausalitätstests durch und kommt dabei zu folgendem Ergebnis:

„Nicht die Erwerbsbeteiligung scheint der Auslöser dafür zu sein, dass nicht erwerbstätige Frauen eher Kinder bekommen als erwerbstätige. Die Ursache scheint vielmehr darin zu liegen, dass Frauen mit starker Kindorientierung bzw. Frauen, die sich konkret für ein Kind entschieden haben, sich eher in die Nichterwerbstätigkeit selektieren als Frauen, die eine geringe Kindorientierung haben bzw. noch nicht den konkreten Entschluss gefasst haben, in der nächsten Zeit ein Kind zu bekommen.“ (Schröder, 2000: 32)

Anhand obiger Ausführungen wird deutlich, dass die Frage der Kausalität im Zusammenhang mit Fertilitätsentscheidungen eine schwierig zu klärende ist und dass es sich hierbei weniger um den Einfluss einer einzigen Variablen handelt, sondern vielmehr das Ergebnis des Zusammenwirkens verschiedener Faktoren darstellt. Dies würde auch erklären, warum gerade in jüngerer Zeit jene Studien zunehmen, die einen positiven Effekt der Erwerbstätigkeit von Frauen auf die Familiengründung feststellen. So kommen einige AutorInnen zu dem Schluss, dass man keinen universalen Zusammenhang – weder positiv noch negativ annehmen kann (vgl. *Bernhardt, 1993; Kreyenfeld, 2001*). Vielmehr sei es bei einer Wirkungsanalyse notwendig, vor allem bestehende Rollenbilder, individuelle Vorstellungen über die eigene Erwerbstätigkeit, aber auch die vorhandenen institutionellen Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit zu berücksichtigen.

So schlägt *Bernhardt* (2000) folgende Typologie vor, um Fertilitätsentscheidungen von Frauen im Zusammenhang mit Erwerbstätigkeit nachzeichnen zu können:

1. *Karriere-Strategie*: Frauen, die eine Erwerbskarriere verfolgen, werden ihre Fertilität einschränken, d.h. sie werden entweder kinderlos bleiben oder nur ein Kind haben.
2. *Vereinbarkeits-Strategie*: Frauen, die zwar nach einer kontinuierlichen Erwerbsbiographie streben, in der Kleinkindphase aber gewisse Einschränkungen in Kauf nehmen, werden in einem familienfreundlichen Umfeld eine höhere Anzahl Kinder haben.
3. *Haushaltsführungs-Strategie*: Frauen, die nach der Geburt des ersten Kindes zu arbeiten aufhören oder für mehrere Jahre aus dem Erwerb aussteigen, werden mehr Kinder haben als Frauen mit einer ununterbrochenen Erwerbsbiographie.

3.2.7 Finanzielle und materielle Voraussetzungen für Elternschaft

Die wissenschaftlichen Arbeiten zum Zusammenhänge zwischen der materiellen Situation und dem Übergang zur Elternschaft sind vergleichsweise spärlich. Das Einkommen wird primär als Korrelat von Ausbildung und Erwerbstätigkeit gesehen und auch in diesem Kontext

analysiert. Als theoretische Konzepte liegen daher wiederum primär die familienökonomischen Theorien in der Tradition von *Gary Becker* zugrunde. Diese konstatieren einen negativen Effekt des Einkommens auf die Neigung zur Elternschaft. Verkürzt wird davon ausgegangen, dass sich der ökonomische Status der Eltern auch auf die antizipierten Erwartungen hinsichtlich der Kinder auswirkt, d.h. je höher der ökonomische Fortschritt der Eltern, desto mehr wird auch für die Kinder erwartet und dementsprechend in die Ausbildung der Kinder investiert. Mit steigender Kinderzahl verstärkt sich dieser Effekt. Nach der familienökonomischen Argumentation erhöhen sich damit gerade für Frauen in höheren Einkommensschichten die Kosten durch Kinder. Dies kann in zweierlei Hinsicht geschehen: entweder durch die Notwendigkeit, Fremdbetreuung für die Kinder zuzukaufen oder durch gestiegene Opportunitätskosten (Wegfall des Einkommens) im Falle der Eigenbetreuung.

Empirische Studien zum Zusammenhang zwischen materiellen Voraussetzungen und der Fertilitätsentscheidung sind ebenfalls rar. Die meisten Forschungsarbeiten diskutieren dieses Thema primär unter dem Fokus der finanziellen Benachteiligung von Familien und der Zunahme der Armutsgefährdung durch eine steigende Kinderzahl. Dabei werden drei Konzepte herangezogen: die Kinderkosten (siehe *Becker*), das Äquivalenzeinkommen und der direkte Zusammenhang zwischen Einkommen und Kinderzahl.

Bei der Betrachtung des Äquivalenzeinkommens geht es darum, Haushalte mit und Haushalte ohne Kinder in ihrer Einkommenssituation zu vergleichen. Neben den allgemeinen Feststellungen, dass Haushalte von Alleinerziehenden und kinderreichen Familien über ein vergleichsweise geringeres Haushaltseinkommen verfügen als kinderlose Paare oder Familien mit einem Kind, gibt es eine an den Lebensphasen orientierte Argumentation (*Eggen*, 1997). Der Autor definiert sechs Lebenszyklusphasen für Paare mit und ohne Kinder, wobei im Folgenden nur die für die gegenständliche Fragestellung relevanten ersten beiden Phasen beschrieben werden.

1. Gründungsphase (Ehedauer < 3 Jahre, Ehefrau < 35 Jahre; ältestes Kind < 3 Jahre)
2. Aufbauphase (Ehedauer 3 bis < 10 Jahre, Ehefrau < 40 Jahre; ältestes Kind < 10 Jahre)
3. Stabilisierungsphase
4. Konsolidierte Phase
5. Umorientierungsphase
6. Ältere Ehepaare.

Aufgrund dieser Unterteilung kommt *Eggen* nun zu folgendem Ergebnis: Vor allem in der Gründungs- und Aufbauphase können Paare mit Kindern auf ein geringeres Einkommen

zurückgreifen als Paare ohne Kinder. Diese Unterschiede können erst in der konsolidierten Phase ausgeglichen werden.

Der direkte Zusammenhang zwischen Einkommen und Kinderzahl wird über die Auswertung der Nettohaushaltseinkommen vorgenommen. In ihrer ländervergleichenden Analyse kommt *Hülkamp* (2005) zu einem interessanten Ergebnis. Als Basis für ihre Überlegungen zieht sie eine von *Kuijsten et al.* (1994) vorgeschlagene Differenzierung der europäischen Staaten nach den jeweiligen familienpolitischen Interventionsformen heran. Hierbei wird unterschieden zwischen ökonomischen Interventionen, d.h. direkte und indirekte Einkommenstransfers, und ökologischen Interventionen, d.h. der Bereitstellung von sozialen Dienstleistungen, vor allem im Bereich der institutionellen Kinderbetreuung. Darauf beziehend findet *Hülkamp* in ihren Daten drei Muster, die den Zusammenhang zwischen Einkommen und Fertilität beschreiben:

„[...] so geht in Staaten, welche weder eine ökonomische noch ökologische Intervention aufweisen, ein höheres Einkommen häufiger mit Kinderlosigkeit, einer geringeren Fertilitätsrate und weniger Mehrkindfamilien einher als in Haushalten mit geringerem Einkommen. In Ländern mit ökologischer Intervention sind hingegen in wohlhabenderen Einkommensklassen häufiger Familien mit mehr Kindern und eine höhere Fertilitätsrate zu finden. Kinderlosigkeit ist dort ein Phänomen der untersten Einkommensklasse. Staaten mit ökonomischer Intervention weisen keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen Einkommen und Kinderzahl auf.“ (Hülkamp, 2005: 86)

Der Vollständigkeit halber seien auch jene Studien erwähnt, welche sich mit dem Zusammenhang zwischen dem allgemeinen Wohlstandsniveau einer Bevölkerung und ihrem Fertilitätsverhalten beschäftigen. Als zugrunde liegende Erklärungsmodelle werden hier zum größten Teil bevölkerungstheoretische Ansätze herangezogen. Diese sehr umstrittenen Konzepte gehen – verkürzt gesagt - davon aus, dass mit der Entwicklung des allgemeinen Wohlstandes auch die Fertilität steigt.

3.3 Mehrebenenansätze zur Erklärung des generativen Verhaltens

Die theoretischen Ansätze zur Erklärung des generativen Verhaltens und der Familienentwicklung sind zahlreich. Nahezu jede Wissenschaftsdisziplin, die menschliches Verhalten im weitesten Sinne zum Gegenstandsbereich hat, hat zumindest eine Theorie generativen Verhaltens hervorgebracht. So existieren biologische, ökonomische, demographische, soziologische und psychologische Konzepte, um das menschliche Verhalten hinsichtlich der Fortpflanzung und der Familienbildung zu analysieren. Wenngleich die Schwerpunktsetzung innerhalb der einzelnen Disziplinen naturgemäß sehr unterschiedlich ist, so lassen sich die jeweiligen Ansätze dennoch zu drei Grundmodellen zusammenfassen:

1. Theorien auf der *Mikroebene* argumentieren nahezu ausschließlich vom Individuum ausgehend ohne dabei gesellschaftliche Einflüsse zu berücksichtigen. Hier sind u.a. zu nennen: die mikroökonomisch fundierte Theorie der „New Home Economics“ von *Gary S. Becker* oder die „Relative Einkommenstheorie“ von *Richard A. Easterlin* sowie der gesamte Bereich der (sozial-)psychologischen Theorien, wie z.B. der „Value of Children-Ansatz“ von *Hofman & Hofman* und Modelle in der Tradition der Rational-Choice-Theorie.
2. Bei Theorien, die auf der *Makroebene* angelegt sind, stehen demgegenüber strukturelle Bedingungen im Zentrum der Erklärung. Da individuelles Verhalten als Variable des Wandels von gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen begriffen wird, nehmen jene Theorien kaum Bezug auf individuelle Entscheidungsmöglichkeiten. Hier beispielsweise anzuführen sind: die Theorie vom „Zweiten demografischen Übergang“ nach *Dirk van de Kaa* oder die von *Ulrich Beck* entwickelte und von anderen WissenschaftlerInnen weitergeführte „Individualisierungsthese“.
3. Als Folge der Kritik an der eingeschränkten Sichtweise von Mikro- und Makromodellen und mit dem Anspruch, einen Brückenschlag zwischen diesen beiden Ebenen zu bewirken, ist der dritte theoretische Ansatz zur Erklärung des generativen Verhaltens entstanden. Die so genannten *Mehrebenenmodelle* haben den Anspruch, die wechselseitigen Beeinflussungen von individuellen Entscheidungsprozessen und gesellschaftlichen Strukturen zu erklären (wie z. B. das „Mehrebenenmodell zum generativen Verhalten“ nach *Johannes Huinink*).

Wie bereits erläutert, sind die Mehrebenenmodelle als theoretischer Ausgangspunkt für die vorliegende Arbeit zu sehen. Im Folgenden werden jene Ansätze skizziert, die den Rahmen für die eigenen Überlegungen darstellen.

3.3.1 Ein Mehrebenenkonzept des demographischen Wandels nach J. Huinink

Der Ansatz von *Johannes Huinink* wurde bereits als Beispiel für die wissenschaftliche Position angeführt, deren VertreterInnen von einer generativen *Entscheidung* ausgehen (siehe Kapitel 3.1.2.1). Daher wird im Folgenden auf die schon erläuterten Prämissen nicht mehr eingegangen, vielmehr stehen die allgemeinen Grundlagen seines Ansatzes im Vordergrund der Ausführungen.

Die von *Huinink* entwickelte Mehrebenentheorie des demographischen Wandels ist im Kontext seines Mehrebenenmodells der gesellschaftlichen Entwicklung zu sehen. Über eine handlungstheoretische Fundierung konstruiert er ein allgemeines Modell zur Erklärung von

gesellschaftlicher Entwicklung und von sozialen Prozessen. Als eine Dimension dieser Entwicklung betrachtet er dabei den demographischen Wandel und das generative Verhalten.

„Die Gründung partnerschaftlicher und familialer Lebensgemeinschaften beziehungsweise die Gestaltung der individuellen Lebensverhältnisse, in welcher Lebensform auch immer, vollziehen sich als Teil individueller Handlungsprozesse. Diese ereignen sich wiederum in je spezifischen gesellschaftlichen und sozialräumlich differenzierten Kontexten. Individuelle Attribute, Merkmale des sozialen Kontextes, der sozialen Netzwerke sowie der institutionellen Regelungen spielen dabei also eine bedeutsame Rolle.“ (Huinink, 1995: 34)

Die Ausgangsprämisse für das Mehrebenenmodell von Johannes Huinink ist also die Annahme einer Wechselwirkung von gesellschaftlichen Strukturen und individuellen Entscheidungsprozessen. Er argumentiert, dass die gesellschaftliche Entwicklung ein auf mehreren Ebenen stattfindender Prozess ist, der auf den Vollzug individueller Handlungen zurückzuführen ist. Den Hintergrund individueller Handlungen bilden kulturelle, soziale, ökonomische, politische Vorgaben einerseits und persönliche Präferenzen, Wertorientierungen und Emotionen andererseits. Im Bestreben eine subjektiv optimale Lebensgestaltung zu realisieren, bewegt sich der Einzelne im Rahmen seiner individuellen Ressourcen (d.h. Humankapital, ökonomische Voraussetzungen, psychisches und soziales Kapital).

Individuelles Handeln verändert jedoch nicht nur auf der Makroebene – gewissermaßen als „aggregierte“ Handlungen aller Individuen – die gesamtgesellschaftlichen Bedingungen, sondern gestaltet auch – vereinfacht ausgedrückt – den individuellen Lebenslauf. Die lebenslaufbezogene Auswirkungen sind an den unterschiedlichen Zustandswechseln im biographischen Status ablesbar. Die Erklärung gesellschaftlicher Entwicklung ist für *Huinink* daher nicht ohne eine biographische bzw. lebensverlaufsbezogene Perspektive möglich. Als Konsequenz daraus bettet er sein allgemeines Handlungsmodell in ein Konzept der Lebensverlaufsforschung ein (*Huinink*, 1995).

Zunächst ist wesentlich, einige von *Huinink* verwendete Begriffsdefinitionen zu erläutern. Vom handlungstheoretischen Konzept ausgehend, ist interessant, was unter Handeln zu verstehen ist und wie sich für *Huinink* der Zusammenhang zwischen Handeln und Entscheidung darstellt.

„Ich werde Handeln als zielverfolgendes, intentionales menschliches Verhalten begreifen. Dabei wird nicht unterstellt, daß dem jeweiligen Handlungsakt immer auch bewusste Entscheidungen vorangegangen sein müssen. [...] Die Entscheidung zu oder die Selektion einer Handlungsalternative orientiert sich dabei an einem „Metaprinzip“ der Optimierung subjektiver individueller Wohlfahrt oder individuellen Wohlergehens.“ (Huinink, 1995: 59)

Zielführend scheint vor allem die Einführung des Begriffes „dialogisches Handeln“. Hierunter versteht *Huinink* ein auf die Befriedigung des Bedürfnisses nach persönlicher

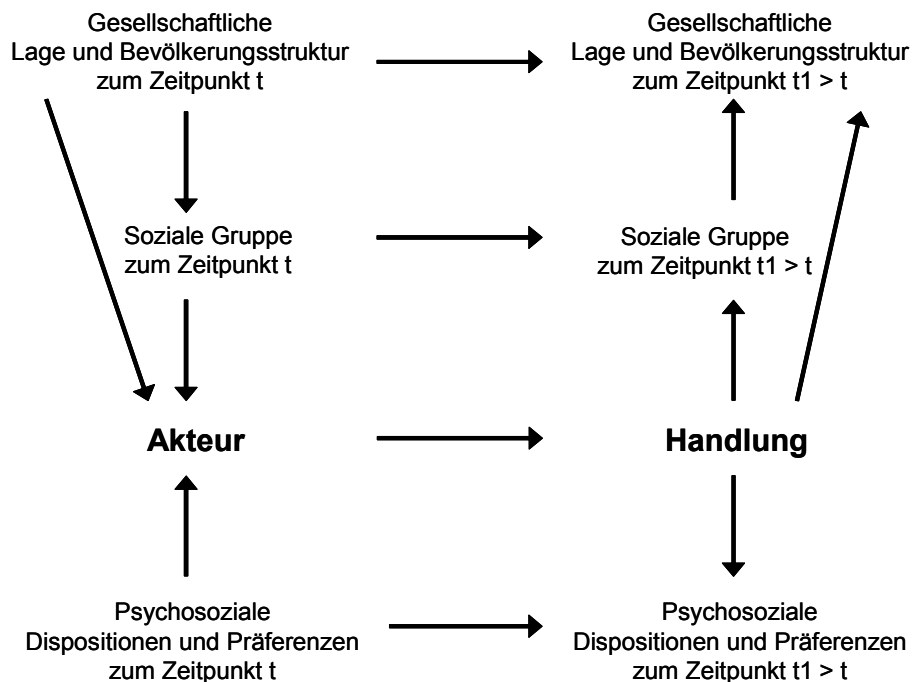
Fundierung ausgerichtetes Handeln, das eine direkte Interaktion voraussetzt und nicht strategischen oder instrumentellen Kalkülen am anderen unterliegt (Huinink 1995: 92). Mit persönlicher Fundierung ist das Grundbedürfnis des Menschen nach Entwicklung und Sicherung authentischer persönlicher Identität gemeint. Die Befriedigung des Bedürfnisses nach persönlicher Fundierung ihrerseits stellt die Grundvoraussetzung für die Handlungsfähigkeit des Individuums dar, kann jedoch nur sozial vermittelt werden.

Diese Überlegungen sind vor allem für die Frage nach der Rationalität und des Entscheidungscharakters von generativem Verhalten von Interesse. Unter Zuhilfenahme des Konzepts der „beschränkten Rationalität“ (siehe 3.1.2.1) schlussfolgert Huinink:

„Die Gründung familialer Lebensgemeinschaften ist aber kaum als rationale Handlung zu verstehen, so lange man nur der Logik des instrumentellen Nutzenkalküls folgt. Es gibt andere systematische Dimensionen individueller Handlungslogik, die unter dem Gesichtspunkt individueller Rationalität zu beachten sind und die kaum als Dimension irrationaler Regungen und Wünsche der Akteure zu begreifen sind. Die Erklärung dialogischen Handelns ist in einem Konzept beschränkt-rationalen Handelns konzeptualisierbar.“ (Huinink, 1995: 149f.)

Huininks Mehrebenenmodell geht von der Annahme aus, dass gesellschaftlicher Wandel durch die Wechselbeziehung zwischen Individuen („Akteure“) und den gesellschaftlichen Strukturen („situationale Bedingungen des Handelns“) zustande kommt. Die Akteure sind in soziale Beziehungsstrukturen (wie z.B. soziale Gruppen, soziale Organisationen, sozialräumliche Kontexte) eingebunden. Den übergeordneten Rahmen für individuelles Handeln bilden die strukturellen Bedingungen, also die sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Gegebenheiten in der Gesellschaft. Die psychosozialen Dispositionen und Präferenzen bestimmen die Präferenzstruktur des Individuums, welche die Bewertung der in einer Handlungssituation zur Verfügung stehenden Optionen beeinflusst. Diese – hier nur kurz skizzierten – Zusammenhänge können graphisch folgendermaßen veranschaulicht werden:

Abbildung 1: Das Mehrebenenmodell nach Huinink



Quelle: Huinink, 2000a: 348;

3.3.2 Die biographische Fertilitätstheorie nach H. Birg

Die von *Herwig Birg* Anfang der 1990er Jahre entwickelte „biographische Theorie der demographischen Reproduktion“ ist für die vorliegende Arbeit insofern von Interesse, als sie eine Verbindung herstellt zwischen dem gesellschaftlichen Wandel einerseits und der individuenbezogenen Logik von Lebensläufen sowie den dahinter stehenden Entscheidungsprozessen andererseits.

Die biographische Fertilitätstheorie ist im Überlappungsbereich zwischen Soziologie und Ökonomie angesiedelt. Mikroökonomische Prämissen aufgreifend geht sie davon aus, dass generatives Verhalten als Individualitätsverhalten aufzufassen ist. Als logische Konsequenz muss die Wissenschaft daher zur theoretischen Erklärung auf der Ebene des Individuums (Mikroebene) ansetzen. Die gesellschaftliche Ebene spielt insofern eine Rolle, als der Industrialisierungs- und Modernisierungsprozess zu einer erheblichen Erweiterung des biographischen Spektrums geführt hat (*Birg et al.*, 1991; *Birg*, 1992).

Ganz grundsätzlich geht der biographische Ansatz also von einer individualistischen Perspektive aus. Er trifft die Annahme, dass das handelnde Individuum während seines

Lebens zwischen Alternativen auswählt. Die zur Auswahl stehenden Alternativen sind jedoch nicht frei wählbar, sondern als Ergebnis der individuellen Biographie in ihrer Gesamtheit zu sehen. Die individuelle Wahl wird sowohl von biographieinternen Faktoren als auch von biographieexternen Vorgaben determiniert (*Birg*, 1992). Diese Annahme verweist auf eine Grundthese der biographischen Fertilitätstheorie, dass es nämlich... [Zitat]

„[...] zwischen der beobachtbaren äußeren Lebensgeschichte eines Individuums und seiner im Inneren erfahrenen Lebensgeschichte eine Einheit gibt, die in Zusammenhängen zwischen der Innen- und Außenwelt zum Ausdruck kommt.“ (Birg et al., 1991: 8)

Dies bedeutet, dass sich für *Birg* drei verschiedene Möglichkeiten biographischer Zusammenhänge ergeben: die innere biographische Kohärenz (innere Erlebnis- und Sinnzusammenhänge eines Individuums), die äußere biographische Kohärenz (Zusammenhänge der äußeren Lebensdaten) und die biographische Kohärenz als Entsprechung der inneren und äußeren biographischen Kohärenz.

In der biographischen Betrachtungsweise wird der Lebenslauf als eine Aneinanderreihung verschiedener Sequenzen (Ausbildungsphase, Erwerbstätigkeit, Elternschaft usw.) auf einem zeitlichen Kontinuum betrachtet. Der individuelle Lebenslauf ist geprägt durch eine bestimmte Abfolge dieser Sequenzen, die ihn von anderen Lebensläufen – mehr oder weniger stark – unterscheidet. Die Phase der Familiengründung wird aus Sicht der biographischen Fertilitätstheorie als eine sequenzielle Phase unter vielen alternativen Lebensoptionen gesehen.

Der Argumentation *Birgs* folgend beinhaltet das generative Verhalten von Individuen biographische Festlegungen, die langfristig binden bzw. nicht mehr zu revidieren sind. Mit der Entscheidung für Kinder werden die „Wahlmengen künftiger Entscheidungssituationen“ dauerhaft eingeschränkt (*Birg* 1992:199) – oder anders ausgedrückt, es verringern sich die Optionen für die weitere Lebensgestaltung. Da Individuen grundsätzlich versuchen, das Risiko verminderter Entscheidungsalternativen so gering wie möglich zu halten, besteht die Tendenz zur Vermeidung langfristiger biographischer Festlegungen. In diesem Kontext führt *Birg* den Begriff der biographischen Opportunitätskosten ein. Dieser wird als Erklärungsansatz für die Kinderlosigkeit sowie die Tendenz des Aufschiebens des Kinderwunsches herangezogen.

Die Fertilitätstheorie wird daher im Rahmen einer allgemeinen Theorie des Lebenslaufs entwickelt – unter der Annahme, dass die Entscheidung für oder gegen ein Kind als ein Element des Lebenslaufs im Zusammenhang mit anderen biographisch bedeutsamen langfristigen Festlegungen betrachtet wird.

Birg möchte mit seiner biographischen Fertilitätstheorie Erklärungen für die – zu einem bestimmten Zeitpunkt gegebenen – Unterschiede im generativen Verhalten zwischen verschiedenen Regionen einerseits und zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen andererseits anbieten. Er verfolgt das Ziel...[Zitat]

„[...] theoretische Hypothesen über die spezifische Logik biographischer Handlungen zu bilden und daraus Schlussfolgerungen im Hinblick auf das generative Verhalten zu bilden und die Richtung seiner Veränderungen abzuleiten.“ (Birg et al. 1991: 12)

4. Die Modellentwicklung

Für die Konzeption eines Modells zur Erklärung des Fertilitätsverhaltens sind aus Sicht der vorliegenden Arbeit zwei Aspekte bedeutsam. Erstens gehe ich davon aus, dass das generative Verhalten einen dyadischen Entscheidungsprozess darstellt, dessen Dynamik es nachzuzeichnen gilt. Zweitens verorte ich die den Entscheidungsprozess beeinflussenden Faktoren sowohl auf der Mikro- als auch auf der Makroebene. Die Relevanzstrukturen bei der Fertilitätsentscheidung sind daher als ebenenübergreifend und aus einer am Individuum orientierten Perspektive zu beschreiben. An die im vorigen Kapitel skizzierten theoretischen Positionen der aktuellen Forschungsliteratur anknüpfend unternehme ich den Versuch, diese beiden Annahmen in einem Modell umzusetzen.

4.1 Theoretische Grundannahmen

Im Folgenden werden die in der wissenschaftlichen Literatur vorhandenen theoretischen Positionen für das eigene Modell argumentiert und ausgebaut. Die Grundlage hierfür stellt zunächst die begriffliche Abgrenzung zwischen generativem Verhalten einerseits und Kinderwunsch andererseits dar. Darauf aufbauend wird begründet, warum die jeweiligen theoretischen Positionen (siehe jeweiliges Unterkapitel) als Grundlage für die eigene Arbeit gewählt wurden.

4.1.1 Zur Begriffsklärung

Die Problematik hinsichtlich der theoretisch schwer abgrenzbaren Begriffe im Zusammenhang mit dem generativen Verhalten und die daraus resultierende uneinheitliche und unklare Verwendung in der Forschungsliteratur wurden ausführlich dargestellt. Nun steht demzufolge eine eigene Positionierung im Sinne einer Darlegung der im Rahmen der vorliegenden Arbeit verwendeten Definitionen an. Als die zentralen Kategorien für die Analyse sind das „generative Verhalten“ und der „Kinderwunsch“ zu nennen.

Unter generativem Verhalten soll – in Anlehnung an *Brüderl et al.* (2003) – grundsätzlich jener Bereich individuellen und dyadischen Handelns und Verhaltens in der reproduktiven Lebensphase verstanden werden, der die menschliche Fortpflanzung betrifft. Damit wird zunächst vorausgesetzt, dass hier sowohl Handlungsmuster zum Tragen kommen, die mit einem subjektiven Sinn verbunden sind, als auch Verhaltensweisen, die nicht als absichtsvolles und sinnhaftes Handeln interpretiert werden können. Eine inhaltliche

Erweiterung erfährt diese Definition dahingehend, dass in der vorliegenden Arbeit von der Prämisse ausgegangen wird, dass die Dimension des Handelns – und zwar im Sinne des *begrenzt-rationalen* Handelns – im Vordergrund steht. Diese Annahme bildet die Voraussetzung, dass es im Rahmen des generativen Verhaltens überhaupt zu Entscheidungssituationen kommen kann. Daher erschiene es im Zusammenhang mit der vorliegenden Arbeit sinnvoller, von generativem *Handeln* zu sprechen. Um die – wenn auch untergeordnete – Dimension des Verhaltens jedoch nicht unberücksichtigt zu lassen, wird der Ausdruck „generatives Verhalten“ beibehalten.

Das individuelle generative Verhalten findet als Geburtenentwicklung eines Landes auf gesellschaftlicher Ebene seinen Niederschlag und stellt somit einen Teilbereich des demographisch relevanten Verhaltens dar.

Der Kinderwunsch ist das zweite Konzept, auf das in der vorliegenden Arbeit Bezug genommen wird. Der Definition von *Gloger-Tippelt et al.* (1993) folgend, spreche ich vom Kinderwunsch als einem Bündel von Motiven und Intentionen zu Schwangerschaft, Geburt und Elternschaft, das in einer Person repräsentiert ist. Diese Motive werden beeinflusst von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, den soziodemographischen Merkmalen und den individuellen Wertorientierungen. Der Kinderwunsch beinhaltet gewissermaßen die Wunsch- und Planungskomponente des generativen Verhaltens und kann somit als ein Teilaspekt des generativen Verhaltens betrachtet werden. Die Realisierung bzw. Nicht-Realisierung des Kinderwunsches findet Ausdruck im generativen Verhalten. Der Kinderwunsch stellt jedoch keine stabile Größe dar, sondern repräsentiert immer eine Momentaufnahme. Veränderungen in den Werthaltungen oder Lebensumständen können auch zu Veränderungen des Kinderwunsches führen.

4.1.2 Zur Entscheidungsproblematik

An die Position der „Entscheidungs-BefürworterInnen“ anknüpfend, geht die Arbeit davon aus, dass das generative Verhalten das Ergebnis einer Entscheidung darstellt. Dazu ist eine Klärung des hier verwendeten Entscheidungsbegriffes notwendig. Der Begriff der Entscheidung impliziert nicht zwingend ein Rationalitätsprinzip im Sinne eines einfachen Kosten-Nutzen-Kalküls. In Anlehnung an *Huinink* (1995) und die Konzepte der „begrenzten Rationalität“ und des „dialogischen Handelns“ (siehe 3.1.2.1 und 3.3.1) wird der Entscheidungsbegriff in der vorliegenden Arbeit weiter gefasst. Um etwas als Entscheidung definieren zu können, muss nicht unbedingt die Voraussetzung der Rationalität im klassischen Sinne erfüllt sein. Denn der in ökonomischen Modellen verwendete Rationalitätsbegriff kann menschliches Handeln und Entscheiden kaum in adäquater Weise abbilden. Und zwar

deshalb, weil eine umfassende und rationale Bewertung einer Situation hinsichtlich einer möglichen Nutzenmaximierung die menschlichen Kapazitäten der Kognition und Informationsverarbeitung übersteigen würde (vgl. *Huinink*, 1995: 62). Kein Individuum kann in einer Entscheidungssituation alle möglicherweise wichtigen Parameter abrufen und somit über die vollständige Information für seine Entscheidung verfügen. Es scheint zielführender, Entscheidungen nicht ausschließlich am Prinzip der Rationalität festzumachen und als entweder rational oder nicht-rational einzustufen. Vielmehr sollte als Definitionskriterium für Entscheidung die individuelle Handlungslogik herangezogen werden. Nach *Huinink* (2000a: 349) soll die *Logik individuellen Entscheidens und Handelns* als Version des *rationalen Handelns* davon ausgehen, dass vom Individuum in einer Entscheidungssituation diejenige Handlungsalternative gewählt wird, die subjektiv als die beste Lösung zur Realisierung seines situationalen Handlungszieles erachtet wird. Um also von einer Entscheidung sprechen zu können, müssen Handlungsalternativen vorhanden sein, die gesehen werden, dem Individuum zur Verfügung stehen und vergleichend bewertbar sind (vgl. *Burkart*, 2002). Der Modus der Bewertung soll jedoch nicht das Ziel der Nutzenmaximierung (d.h. Rationalität) sein, sondern die sich aus der Situation ergebende individuelle Handlungslogik.

Die zweite Vorannahme bezüglich des Entscheidungsbegriffes bezieht sich auf den Prozesscharakter von biographischen Entscheidungen. So ist die Fertilitätsentscheidung nicht als punktuell Einzelereignis zu verstehen, sondern als Prozess, der über die reproduktive Lebensphase von Individuen hinweg stattfindet. Denn ebenso wie sich der Kinderwunsch im Laufe des Lebens wandelt (vgl. *Gloger et al.*, 1993), so stehen vorläufig getroffene Fertilitätsentscheidungen immer wieder zur Disposition. Daher ist es folgerichtiger und terminologisch eindeutiger, eine Prozesshaftigkeit zu implizieren. Erweitert man die Perspektive um den Aspekt der Partnerschaft, so wird der Prozesscharakter noch deutlicher. Interpretiert man nämlich generatives Verhalten nicht nur als individuelles Verhalten, sondern auch als Verhalten innerhalb der Partnerschaft, so geht es um partnerschaftliche Kommunikation und Interaktion.

Ausgehend von der Annahme, dass generatives Verhalten immer auch ein dyadisches Verhalten – also das aufeinander abgestimmte Verhalten zweier Menschen – ist, haben wir es daher zusammenfassend mit einem individuellen und dyadischen Entscheidungsprozess zu tun. Dabei scheint die Entscheidung des Individuums der Entscheidung des Paares vorgeschaltet zu sein (vgl. *Borchardt & Stöbel-Richter*, 2004).

Die hier skizzierten Überlegungen bilden den Rahmen für die Herangehensweise bei der Klärung der Frage, inwieweit generatives Verhalten als Ergebnis eines Entscheidungsprozesses zu sehen ist. Darauf aufbauend wird nun die Argumentation für die

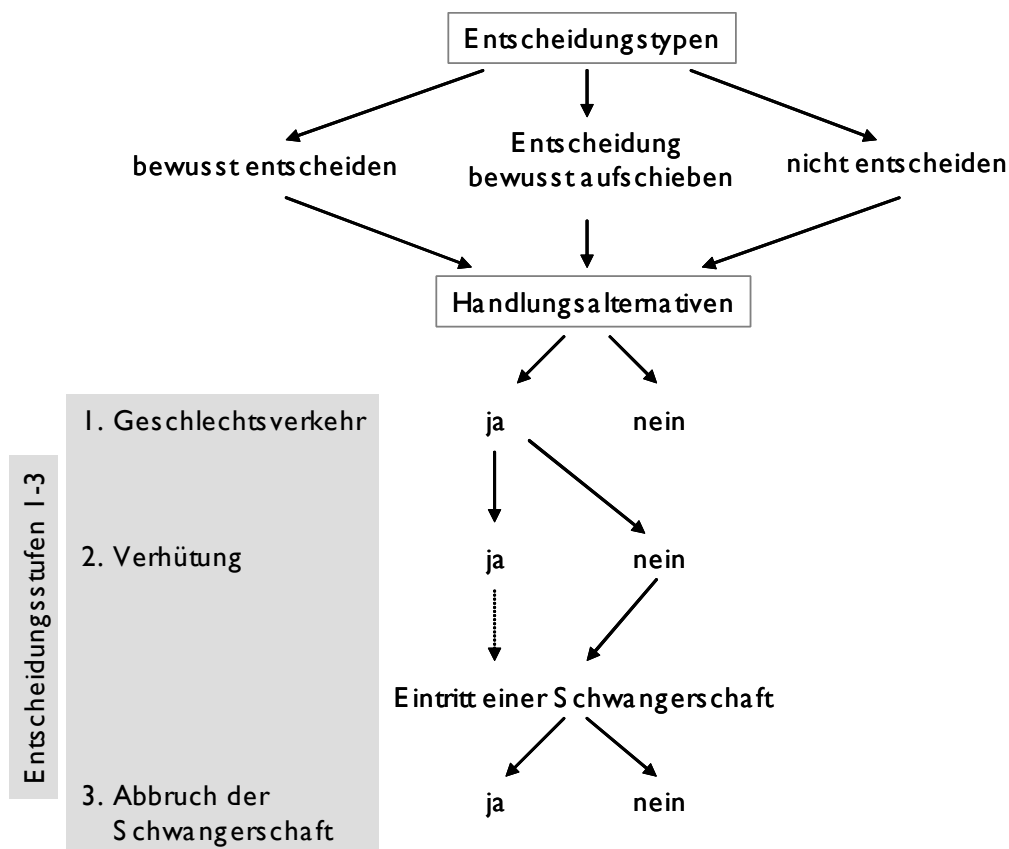
Bestätigung dieser Annahme geführt, wobei zwei Ausgangsprämissen zugrunde gelegt werden:

Erstens, das Wissen über den Zusammenhang zwischen dem Geschlechtsverkehr und einer möglichen Elternschaft kann als allgemeine Wissensgrundlage hinsichtlich des generativen Verhaltens angenommen werden. Dieses Wissen besitzt einen hohen Internalisierungsgrad, was eine völlige Ausblendung aus dem individuellen Bewertungskontext in der Entscheidungssituation unwahrscheinlich erscheinen lässt. Es kann also davon ausgegangen werden, dass generatives Verhalten auf Basis dieses Wissens stattfindet.

Zweitens, von Entscheidung kann immer dann gesprochen werden, wenn dem Individuum verschiedene Handlungsoptionen offen stehen. In den allermeisten Fällen ist dies auch im Zusammenhang mit dem generativen Verhalten zutreffend, denn das Individuum kann sich – vereinfacht gesagt – immer zwischen Handeln oder Nicht-Handeln entscheiden. Was dies im generativen Prozess konkret bedeutet, wird im Folgenden zu erläutern sein.

In Anlehnung an das Stufenmodell des menschlichen Reproduktionsprozesses von *Hass* (1974) und an das Entscheidungsmodell im Fertilitätsverhalten von *Leip* (2004) können im Zusammenhang mit dem generativen Verhalten drei verschiedene Entscheidungsstufen identifiziert werden. Diese sind an den unterschiedlichen Phasen des generativen Entscheidungsprozesses festgemacht und sind – aufgrund der zunehmenden Komplexität der Entscheidung – auch qualitativ unterschiedlich zu bewerten. Es handelt sich hierbei um die Entscheidungsstufen im Zusammenhang mit dem Geschlechtsverkehr, der Verhütung und der Schwangerschaft. Dabei haben die Individuen immer drei Handlungsalternativen – nämlich: die Entscheidung zu treffen, die Entscheidung bewusst offen zu lassen (d.h. aufzuschieben) oder die Entscheidung nicht zu treffen (d.h. nach außen zu verlagern, dem Schicksal zu überlassen). Wir können also von zwei aktiven Formen des Entscheidens ausgehen und vom Nicht-Entscheiden. Als zugrunde liegende Mechanismen bei der Entscheidungsfindung sind die Prinzipien „Verantwortung Übernehmen“ einerseits und „Abwehr“ andererseits. Reagieren Individuen nach dem Prinzip Verantwortung, treffen sie die Entscheidung aktiv. Ist der Handlungsmodus die Abwehr, so wird die Entscheidung nicht aktiv getroffen, sondern nach außen verlagert und so an das Individuum herangetragen. Diese Überlegungen auf den generativen Prozess umgelegt, ergibt sich das folgende Schaubild:

Abbildung 2: Ein Entscheidungsmodell des generativen Verhaltens



Die Abbildung verdeutlicht den einfachsten Typus des generativen Entscheidungsprozesses, d.h. etwaige Vorannahmen den Kinderwunsch betreffend werden nicht berücksichtigt. Nimmt man das Konzept des Kinderwunsches in die Überlegungen auf, so erhöht sich die Komplexität des Entscheidungsprozesses, da berücksichtigt werden muss, ob ein Entscheidungsdruck hinsichtlich der Realisierung des vorhandenen Kinderwunsches besteht bzw. ob es bei der Realisierung Probleme gibt. Es geht also zunächst um die Darstellung der grundsätzlichen Struktur des Entscheidungsprozesses. Bewusst ausgeblendet werden die inneren und äußeren Faktoren, die jenen Prozess beeinflussen.

4.1.3 Zum Mehrebenenkonzept

Um Fertilitätsentscheidungen in adäquater Weise nachzeichnen und interpretieren zu können, müssen – wie bereits erläutert – die Erklärungsmodelle mehrdimensional sein. Die ausschließliche Betrachtung aus der Makroperspektive ist ebenso inadäquat wie ein nur auf der Ebene des Individuums ansetzendes Modell. Dies resultiert aus der Tatsache, dass individuelles Verhalten *Ebenen überschreitend* ist; d.h. individuelles Verhalten kommt in der

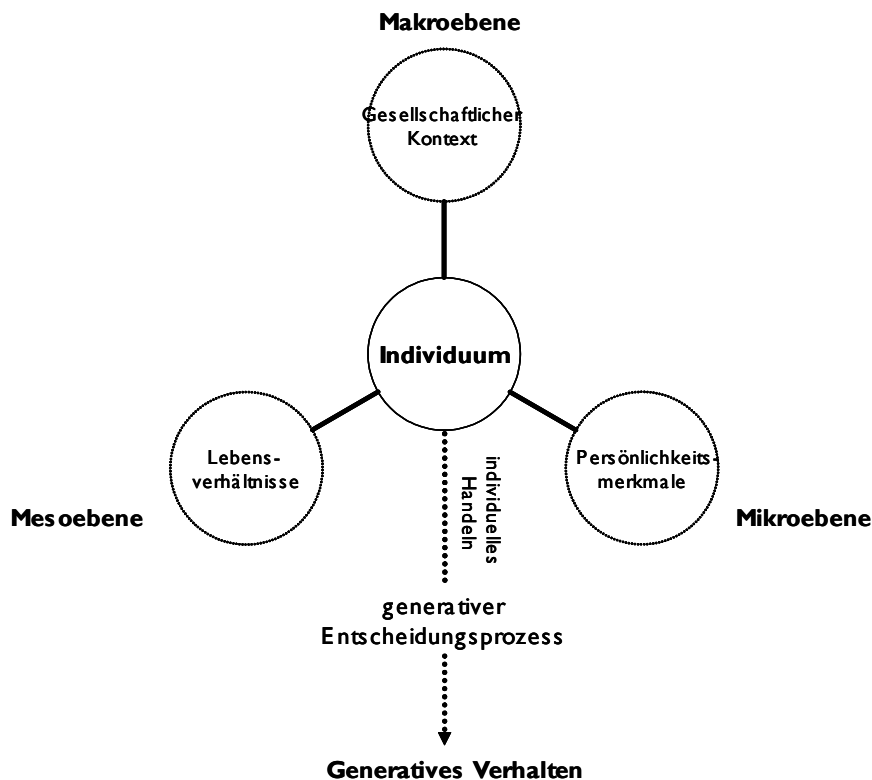
Regel aufgrund des gleichzeitigen Zusammenwirkens unterschiedlicher Faktoren zustande, die ihrerseits auf verschiedenen Ebenen liegen. Die - in der Forschungslogik der jeweiligen Fachdisziplinen begründete - Referenz auf entweder die Mikro- oder die Makroebene dient also in erster Linie dazu, die Komplexität des Forschungsgegenstandes zu reduzieren und ihn dadurch für die eigene Disziplin besser beforschbar zu machen. Auch wenn dies vom methodologischen Standpunkt aus eine folgerichtige Herangehensweise ist, so können damit eben nur Antworten für Teilaspekte geliefert werden. Eine umfassende Erklärung generativer Entscheidungen impliziert einen sowohl ebenen- als auch disziplinenübergreifenden Ansatz.

Der soziologischen Forschungsausrichtung folgend, geht es in der vorliegenden Arbeit um die Erklärung einer gesellschaftlichen Entwicklung, nämlich der Geburtenentwicklung. Diese ist Ausdruck des individuellen generativen Verhaltens und setzt sich daher aus den aggregierten Fertilitätsentscheidungen von Individuen zusammen. Daraus ergibt sich für die Modellbildung eine am Individuum orientierte Argumentation. Das Individuum ist in seinem generativen Entscheidungsprozess beeinflusst durch unterschiedliche Faktoren, die auf der Makro-, der Meso- und der Mikroebene liegen. Der gesellschaftliche Kontext (d.h. die sozialen, kulturellen, politischen und ökonomischen Gegebenheiten) ist ebenso relevant wie die eigenen Lebensverhältnisse (z.B. die Lebensform, die berufliche und die materielle Situation) und die individuellen Persönlichkeitsmerkmale (z.B. psychosoziale Disposition, Präferenzen, individuelle Werthaltungen). Durch sein Handeln gestaltet das Individuum den generativen Entscheidungsprozess, der als eine Aneinanderreihung von verschiedenen Einzelentscheidungen zu verstehen ist. Diese stellen in ihrer Gesamtheit betrachtet das generative Verhalten eines Individuums dar.

Die Trennung in Makro-, Meso- und Mikroebene ist für die theoretische Einordnung der jeweiligen Einflussgrößen von Bedeutung, für die Erklärung des Entscheidungsprozesses an sich ist die Ebenendifferenzierung allerdings nicht relevant. Wesentlich für die Analyse sind vielmehr einzelne Indikatoren, die als potentielle Einflussfaktoren herangezogen werden können. Insofern werden zwei theoretische Modelle vorgestellt: Ein allgemeines in Ebenen gegliedertes Modell zur Erklärung des generativen Verhaltens und ein die einzelnen Einflussfaktoren beschreibendes Modell, welches die Basis für die konfigurationell vergleichende Analyse darstellt (siehe Kapitel 4.2).

Die folgende Abbildung skizziert das allgemeine Mehrebenenmodell:

Abbildung 3: Ein Mehrebenenmodell zur Erklärung des generativen Verhaltens



Das Individuum bei seinem generativen Entscheidungsprozess ist eingebettet in den gesellschaftlichen Kontext (Makroebene), welcher den übergeordneten Rahmen für individuelles Handeln bildet und den Handlungsspielraum absteckt. Für die vorliegende Arbeit relevant sind hier vor allem der gesamtgesellschaftliche Normen- und Wertekontext, aber auch die wohlfahrtsstaatlichen Voraussetzungen. Überdies beeinflussen die eigenen Lebensverhältnisse (Mesoebene) den Entscheidungsprozess. Dabei geht es um Fragen im Zusammenhang mit der Partnerschaft sowie um die berufliche und materielle Situation. Zuletzt kommen bei Fertilitätsentscheidungen natürlich auch Persönlichkeitsmerkmale (Mikroebene) zum Tragen. Diese Dimension kann im Rahmen der vorliegenden Arbeit jedoch nicht berücksichtigt werden (siehe 4.2).

4.2 Die Beschreibung des Modells (*)

Bei der Erklärung des generativen Verhaltens kann nicht von einem einfachen Ursache-Wirkungsprinzip ausgegangen werden. Vielmehr scheint es sich um das Zusammenspiel unterschiedlichster Faktoren zu handeln, die für das Individuum bzw. das Paar bei seinen Fertilitätsentscheidungen relevant werden. Insofern muss das generative Verhalten als Summe unterschiedlicher Einflussgrößen verstanden werden. Aus der Sicht des Individuums lassen sich die jeweiligen Faktoren jedoch nicht bestimmten Ebenen zuordnen. Das bedeutet, dass jene Einflussfaktoren sowohl im emotionalen als auch im kognitiven Bereich liegen und sowohl im Individuum bzw. Paar selbst als auch in gesellschaftlichen Gegebenheiten begründet sind. Wie schon angedeutet, ist die Trennung nach Ebenen zwar eine wichtige Voraussetzung für die wissenschaftliche Bearbeitung, für das Individuum in seinen Entscheidungen ist sie jedoch nicht relevant. Um also den Entscheidungsprozess aus individueller Sicht nachzeichnen zu können, werden die Einflussfaktoren nicht als auf verschiedenen Ebenen liegend verstanden, sondern als ineinander übergreifend („diffundierend“). Das theoretische Modell weist daher keine Differenzierung nach Ebenen auf, sondern bildet die Charakteristik der sich überlappenden Ebenen ab.

Das im Rahmen der vorliegenden Arbeit vorgeschlagene Modell stellt einen ersten Versuch dar, einige mögliche Faktoren in ihrer Wechselbeziehung greifbar zu machen. Die Erklärung, in welcher Form sie miteinander zusammenhängen – oder anders ausgedrückt welche Kausalstrukturen sich auffinden lassen – wird Aufgabe der konfigurationell vergleichenden Analyse sein. Es existieren natürlich auch weitere Einflussgrößen, die ebenfalls zu berücksichtigen wären, wie z.B. individuelle biographische Entwicklungen oder Persönlichkeitsmerkmale. Die Integration von Persönlichkeitstheorien und damit die Anreicherung des Modells um den psychologischen Blickwinkel muss jenen WissenschaftlerInnen überlassen bleiben, die sich in diesem Bereich spezialisiert haben. Auch wenn also jene Faktoren, die in der Persönlichkeit des Individuums begründet sind, nicht systematisch in die Analyse aufgenommen werden können, so lassen sich aus der Paardynamik in den Interaktions-Interviews dennoch gewisse Hinweise auf Persönlichkeitsmerkmale ablesen.

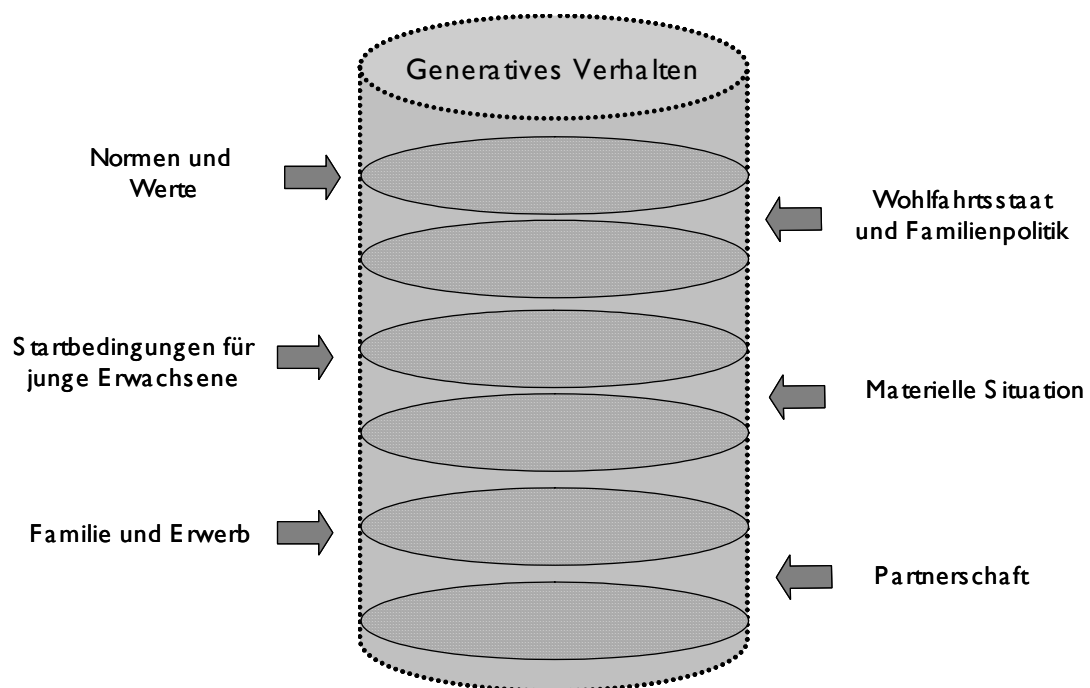
(*) Textpassagen sowie die Abbildung wurden im Wortlaut oder in abgewandelter Form entnommen aus: *Rille-Pfeiffer, Christiane* (2007): Geburtenentwicklung und Kinderwunsch im europäischen Vergleich. Eine Analyse der Länder Österreich, Schweden und Spanien (Teil1), Working Paper des Österreichischen Instituts für Familienforschung Nr. 61, S.6-8.

All jene Faktoren, die Eingang in das vorliegende Modell gefunden haben, wurden anhand der im vorigen Kapitel dargestellten Forschungsliteratur zur Fertilitätsentwicklung und zum Kinderwunsch identifiziert. Es handelt sich hierbei um:

- den gesellschaftlichen Normen- und Wertekontext,
- die wohlfahrtsstaatlichen und familienpolitischen Rahmenbedingungen,
- die strukturell gegebenen Startbedingungen für junge Erwachsene,
- die materielle Situation,
- die Vereinbarkeitsmöglichkeiten von Familien- und Erwerbsleben,
- die Partnerschaft.

Die nachfolgende Abbildung stellt die graphische Umsetzung des entwickelten Modells dar.

Abbildung 4: Ein mögliches Indikatorenmodell zum generativen Verhalten



Zur Erklärung von Fertilitätsentscheidungen – und hierbei speziell der Frage, warum der Zeitpunkt der ersten Geburt zunehmend in ein späteres Lebensalter verlagert wird – erscheint der Faktor Startbedingungen für junge Erwachsene sehr bedeutsam. Denn die Bedingungen, die junge Menschen am Übergang ins Erwachsenenalter vorfinden, d.h. wie leicht oder schwer, es ihnen beispielsweise fällt, in der Arbeitswelt Fuß zu fassen oder eine eigene Wohnung zu finanzieren, bestimmen den Prozess der Familiengründung vor allem auch in

zeitlicher Hinsicht. Auch wenn jener Indikator als theoretisch wichtig eingestuft wird, musste er aufgrund der zu geringen Informationsdichte in den Interviews aus der Analyse ausgeschlossen werden.

5. Die Situation in Österreich, Schweden und Spanien (*)

Das folgende Kapitel widmet sich der Beschreibung der Ist-Situation in den drei Ländern Österreich, Schweden und Spanien hinsichtlich des generativen Verhaltens und möglicher fertilitätsbezogener Einflussfaktoren. Dies geschieht anhand der Darstellung der wichtigsten Indikatoren zur Geburtenentwicklung (Geburtenzahlen, Fertilitätsraten, Gebäralter etc.) und der wichtigsten Indikatoren, die möglicherweise einen Einfluss auf die Geburtenentwicklung haben (Erwerbsquoten, Arbeitslosenraten, Bildungsabschluss, Alter beim Auszug aus dem Elternhaus etc.)

Das hierbei verwendete statistische Datenmaterial wurde einerseits mithilfe der EUROSTAT Datenbank berechnet und andererseits bestehenden Datenbasen (ISSP 2002, FFS Standard Country Reports, OECD Family Data Base) entnommen. Die Datenlage ist jedoch in den untersuchten Ländern nicht für alle Indikatoren gleich gut, d.h. es liegen teilweise keine vollständigen Zeitreihen vor bzw. sind keine aktuellen Daten zu bestimmten Indikatoren vorhanden. Daher wird in den Darstellungen ausschließlich auf jene Jahrgänge Bezug genommen, für die valide Daten in allen Ländern vorhanden sind.

Wenngleich der Schwerpunkt auf der Beschreibung der aktuellen Situation liegt, wird – wenn immer es die Datenlage erlaubt – eine Betrachtungsweise über die letzten Jahrzehnte hinweg miteinbezogen. Denn gerade die Geburtenentwicklung stellt einen Untersuchungsgegenstand dar, bei dem mittel- und langfristige Effekte zum Tragen kommen. Dies setzt voraus, dass eine aussagekräftige Analyse über einen längeren Beobachtungszeitraum hinweg angelegt sein muss.

5.1 Zahlen zur Geburtenentwicklung

Die Untersuchung der Geburtenentwicklung setzt die Kenntnis bestimmter Fertilitätsindikatoren sowohl für die gegenwärtige Situation als auch für vergangene Perioden voraus. Der folgende Abschnitt ist der Erklärung und Darstellung ebendieser Indikatoren gewidmet. Einen ersten Überblick über die Ist-Situation² in den drei Ländern gibt vorweg eine Übersichtstabelle der zentralen Kennziffern zum generativen Verhalten.

(*) Textpassagen sowie Tabellen und Abbildungen wurden im Wortlaut oder in abgewandelter bzw. ergänzter Form entnommen aus: *Rille-Pfeiffer, Christiane* (2007): Geburtenentwicklung und Kinderwunsch im europäischen Vergleich. Eine Analyse der Länder Österreich, Schweden und Spanien (Teil1), Working Paper des Österreichischen Instituts für Familienforschung Nr. 61, S.27-61.

² Um eine möglichst hohe Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wird für die einzelnen Indikatoren immer jenes Jahr herangezogen, in dem für alle drei Länder Daten vorliegen.

Tabelle 2: Fertilitäts-Kennziffern in Österreich, Schweden und Spanien

	Jahr/Kohorte	Österreich	Schweden	Spanien
Lebendgeborene	2006	77.914	105.913	482.957
Gesamtfertilitätsrate <i>Total Fertility Rate (TFR)</i>	2006	1,40	1,85	1,38
Kohortenfertilitätsrate <i>Cohort Fertility Rate (CFR)</i>	1965	1,64	1,99	1,59
Durchschnittliches Gebäralter	2006	29,2	30,5	30,9
Gebäralter bei der ersten Geburt	2005	27,2	28,7	29,3
Anteil kinderloser Frauen (%)	1965	21	13	14
Anteil nichtehelicher Geburten (%)	2006	37,2	55,5	28,4

Quelle: EUROSTAT Datenbank 2008 - eigene Berechnungen;

5.1.1 Geburtenzahlen

Die rohen Geburtenzahlen, d.h. die Anzahl der Lebendgeborenen pro Jahr, stellen den einfachsten Indikator zur Beschreibung des generativen Verhaltens dar. In der folgenden Tabelle werden längerfristige Entwicklungstrends der letzten Jahrzehnte in den drei zu untersuchenden Ländern aufgezeigt. Dabei ist zu beachten, dass die gewählten Fünfjahres-Schritte grundsätzliche Trends abbilden und jährliche Schwankungen nicht erfassen. Zeitlicher Ausgangspunkt ist das Jahr 1960. Aufgrund der nicht für alle Länder verfügbaren Daten können keine früheren Zeitpunkte miteinbezogen werden, auch wenn für Österreich gerade die Entwicklung von den 1950er zu den 1960er Jahren als historisch einmaliger Situation („Goldenes Zeitalter der Familie“) interessant wäre.

Insgesamt ist zunächst festzustellen, dass die Entwicklung in allen drei Ländern recht unterschiedlich verlaufen ist. Zwar können zwischen Österreich und Schweden gewisse Parallelen gezogen werden, was den *zeitlichen* Verlauf betrifft. Das *Ausmaß* der Veränderungen ist jedoch verschieden. In beiden Ländern kam es nach einem Aufwärtstrend der Geburtenzahlen bis zur Mitte der 1960er Jahre zu einem rund 20 Jahre andauernden Geburtenrückgang. Dabei ist die Entwicklung für Österreich massiver verlaufen. Ab Mitte der 1980er Jahre stiegen die Geburten wiederum an und erreichten zu Beginn der 1990er Jahre ihren relativen Höchstwert. In Schweden war der Geburtenzuwachs allerdings wesentlich höher als in Österreich, d.h. von 1985 bis 1990 stiegen die Geburten in Schweden um 26% und in Österreich um 4%. Danach setzte wiederum ein gegenläufiger Trend ein und die Geburten sanken bis zum Jahr 2000. Seither sind in Österreich die Geburten auf diesem Niveau relativ stabil geblieben. In Schweden ist in den letzten Jahren jedoch eine neuerliche Geburtensteigerung zu verzeichnen. Die Entwicklung in Spanien hingegen divergiert fast über

den gesamten Verlauf hinweg. Hier setzte der – in Österreich und Schweden schon in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre beginnende - Geburtenrückgang verspätet Mitte der 1970er Jahre ein und verlief dafür sehr drastisch. Von 1975 bis 1995 halbierte sich die Anzahl der Lebendgeborenen nahezu. Seit 1995 hat sich der Trend wieder umgekehrt und die Geburten steigen stetig – und zwar in höherem Maße als dies gegenwärtig in Schweden der Fall ist.

Tabelle 3: Lebendgeborene pro Jahr, in Tausend

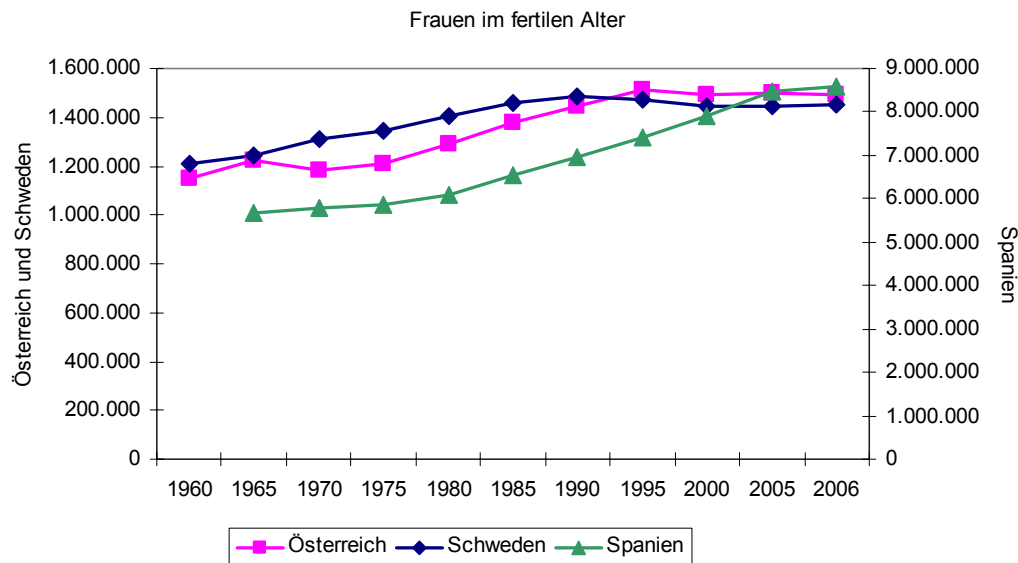
	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006
Österreich	125,9	129,9	112,3	93,8	90,9	87,4	90,5	88,7	78,3	78,2	77,9
Schweden	102,2	122,8	110,2	103,6	97,1	98,5	123,9	103,4	90,4	101,3	105,9
Spanien	660,1	673,6	661,1	669,4	571,0	456,3	401,4	363,5	397,6	465,6	482,9

Quelle: EUROSTAT Datenbank 2008 - eigene Berechnungen;

Die Darstellung der Zahl der Lebendgeborenen hat rein deskriptiven Charakter und dient im Ländervergleich der besseren Einordnung der jeweiligen Größenverhältnisse. Bei der Betrachtung dieses Indikators ist es jedoch wichtig, sich auch die Gruppe der potentiellen Mütter, d.h. die Frauen im fertilen Alter (d.h. zwischen 20 und 44 Jahren) anzusehen.

Wie der nachstehenden Abbildung zu entnehmen, ist die Population der Frauen im fertilen Alter in Österreich bis Mitte der 1990er Jahre gestiegen, was als Effekt der geburtenstarken Jahrgänge der Nachkriegs-Kohorten zu sehen ist. Seither nimmt die Zahl der gebärfähigen Frauen leicht ab bzw. ist über den Zeitraum 2000 bis 2006 relativ konstant geblieben. In Schweden hat die Zahl der Frauen im fertilen Alter etwas früher zu sinken begonnen, in den letzten fünf Jahren hat die Entwicklung jedoch einen ähnlichen Verlauf wie in Österreich genommen. Anders in Spanien: Hier steigt die Zahl der gebärfähigen Frauen seit 1965 kontinuierlich an. Dies ist als Effekt der in Spanien zeitlich verschobenen Entwicklung – d.h. des um rund 10 Jahre später als in den mittel- und nordeuropäischen Ländern eingetretenen Geburtenrückgangs der 1970er Jahre – zu sehen.

Abbildung 5: Frauen im fertilen Alter (20-44 Jahre), zweiachsige Darstellung



Quelle: EUROSTAT Datenbank 2008 - eigene Berechnungen;

5.1.2 Fertilitätsraten

Die zentralen Maßzahlen zur Messung der Fertilität werden grundsätzlich in Perioden- und Kohortenmaßzahlen unterschieden. Periodenmaße messen die Fertilitätsverhältnisse in einer bestimmten Periode (= Jahr) und sind daher Querschnittsbetrachtungen. Dementsprechend anfällig sind sie auch gegenüber Effekten, die nur in der jeweiligen Untersuchungsperiode auftreten. Um den Einfluss von diesen Periodeneffekten auszuschalten, werden Kohortenmaßzahlen herangezogen. Diese messen die Fertilität nach Kohorten (= Geburtsjahrgängen) und stellen somit eine Längsschnittanalyse dar.

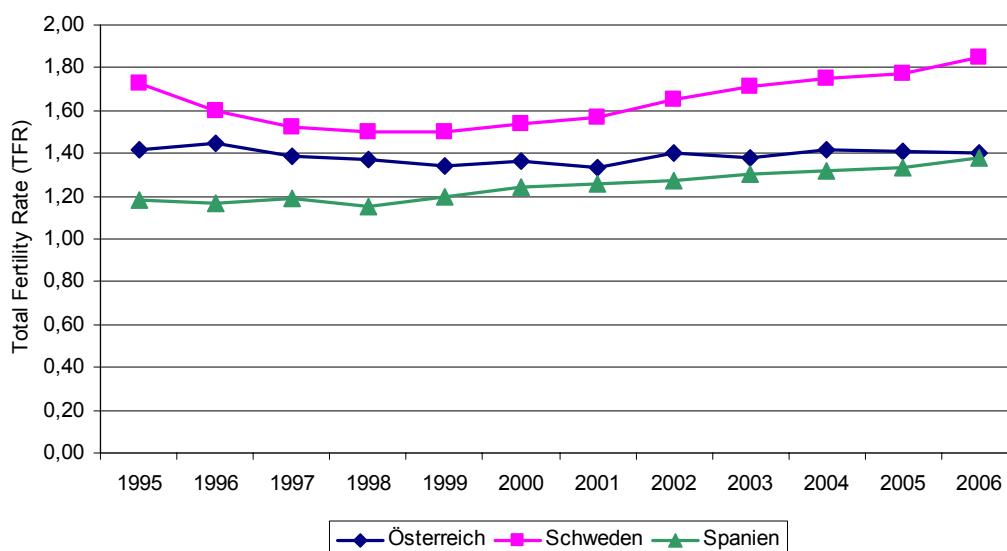
Im Folgenden werden die Gesamtfertilitätsrate (TFR) als Periodenmaßzahl und die Kohortenfertilitätsrate (CFR) als Kohortenmaßzahl zur Beschreibung herangezogen.

5.1.2.1 Gesamtfertilitätsrate (TFR)

Die Gesamtfertilitätsrate gibt an, wie viele Kinder eine Frau durchschnittlich bekommen würde, wenn sie sich während ihrer gesamten reproduktiven Phase (vom 20. bis zum 44. Lebensjahr) den altersspezifischen Geburtenraten des Untersuchungsjahres entsprechend verhielte. Bei der TFR handelt es sich um ein *theoretisches* Maß, das - durch Addition der altersspezifischen Fertilitätsziffern eines Kalenderjahrs - die Kinderzahl einer hypothetischen Geburtskohorte berechnet.

Die folgende Abbildung zeigt die Entwicklung der TFR in den letzten Jahrzehnten für Österreich, Schweden und Spanien. Während noch in den 1960er Jahren alle drei Länder über dem Bestandserhaltungsniveau lagen, sank die TFR bis zum heutigen Tag deutlich unter den Wert von rund 2 Kindern pro Frau. Lediglich in Schweden gab es zu Beginn der 1990er Jahre eine TFR, die kurzfristig wieder über dem Bestandserhaltungsniveau lag. Insgesamt ist der Verlauf in Schweden durch eine vergleichsweise geringere Amplitude gekennzeichnet als in den beiden anderen Ländern. In Österreich kam es seit 1965 zu einem deutlichen Rückgang der durchschnittlichen Kinderzahl pro Frau. Ein Effekt, der Mitte der 1980er Jahre gebremst wurde und seither – zwar auf niedrigem Niveau - aber relativ stabil bleibt. Die dramatischsten Entwicklungen sind in Spanien zu erkennen. Hier setzte der extreme Rückgang der TFR Mitte der 1970er Jahre ein – also um rund 10 Jahre später als in Österreich oder Schweden. Damit wurde Spanien von einem Land mit einer der höchsten Fertilitätsraten in Europa zum europäischen Schlusslicht in der Fertilitätsentwicklung – ein Umstand, mit dem die meisten Länder Südeuropas konfrontiert waren. Seit der Jahrtausendwende ist eine allgemeine Erholung der TFR in allen drei Ländern festzustellen. Am deutlichsten fällt diese Entwicklung in Schweden aus: Hier ist von 2000 bis 2006 die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau von 1,54 auf 1,85 angestiegen - in Österreich von 1,36 auf 1,40 und in Spanien von 1,24 auf 1,38.

Abbildung 6: Gesamtfertilitätsrate (TFR) von 1960 bis 2006



Quelle: EUROSTAT Datenbank 2008 - eigene Berechnungen;

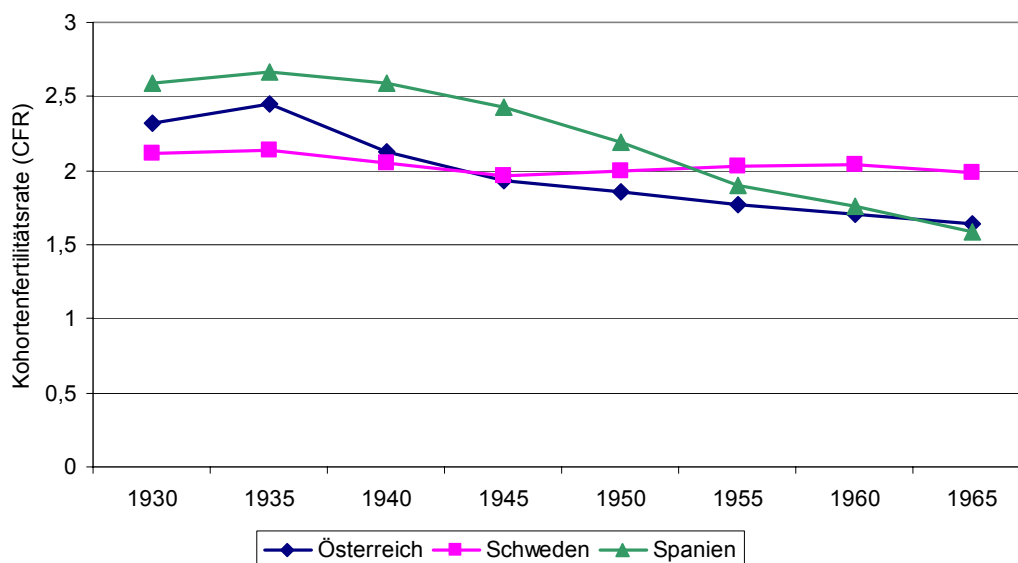
Von *Lutz et al.* (2005) wurde die Verwendung eines Fertilitätsindikators vorgeschlagen, der die Gesamtfertilitätsrate um den Tempo-Effekt bereinigt, d.h. die verzerrenden Einflüsse, die durch das Aufschieben von Geburten entstehen, weitestgehend ausschaltet. Dieser um den Tempo-Effekt bereinigte Indikator nennt sich *Period Average Parity* (PAP) und beschreibt den AutorInnen zufolge das tatsächliche Maß bzw. Niveau der Geburten. Dieses liegt – eben weil um die zeitliche Komponente des Kinderhabens bereinigt – höher als die TFR. Für die 3-Jahres-Periode zwischen 2003 und 2005 wurde ein Mittelwert der PAP berechnet, der für Österreich bei 1,64, für Schweden bei 1,96 und für Spanien bei 1,39 liegt (*Vienna Institute for Demographie*, The European Demographic Data Sheet 2008 online).

5.1.2.2 Kohortenfertilitätsrate (CFR)

Die Kohortenfertilität misst die Zahl der *tatsächlich* geborenen Kinder pro Frau eines Geburtsjahrgangs. Streng genommen kann sie jedoch erst bestimmt werden, wenn die reproduktive Phase eines Jahrgangs abgeschlossen ist, d.h. für Frauen, die älter als 40 bzw. 45 Jahre sind. Hier handelt es sich dann um die endgültige Kinderzahl. Wird die CFR für Frauen geschätzt, die ihre reproduktive Phase noch nicht abgeschlossen haben, so geschieht dies unter Verwendung jener Fruchtbarkeitsziffern, die bei den vergangenen Geburtskohorten beobachtet wurden. Die CFR errechnet sich aus der Summe der altersspezifischen Fertilitätsziffern eines Geburtsjahrgangs. Die Interpretation der CFR ist – verglichen mit der TFR - weniger problematisch, da es sich um empirische, eindeutig interpretierbare Werte handelt. Allerdings ist eine Betrachtung der CFR nicht gegenwartsbezogen, da sich die Aussagen zum Geburtsverhalten überwiegend auf Zeiträume beziehen, die zwei bis drei Jahrzehnte zurückliegen.

Die nachstehende Abbildung veranschaulicht die Kohortenfertilitätsrate der Geburtsjahrgänge 1930 bis 1965. Während in Schweden die Kohortenfertilität der nach 1935 geborenen Jahrgänge nur geringfügig zurückgegangen ist, kann man in Österreich und Spanien ein vergleichsweise deutliches Absinken der Fertilitätsraten für die zwischen 1935 und 1965 geborenen Frauen feststellen.

Abbildung 7: Kohortenfertilitätsrate (CFR) der Jahrgänge 1930 bis 1965



Quelle: EUROSTAT Datenbank 2008 - eigene Berechnungen;

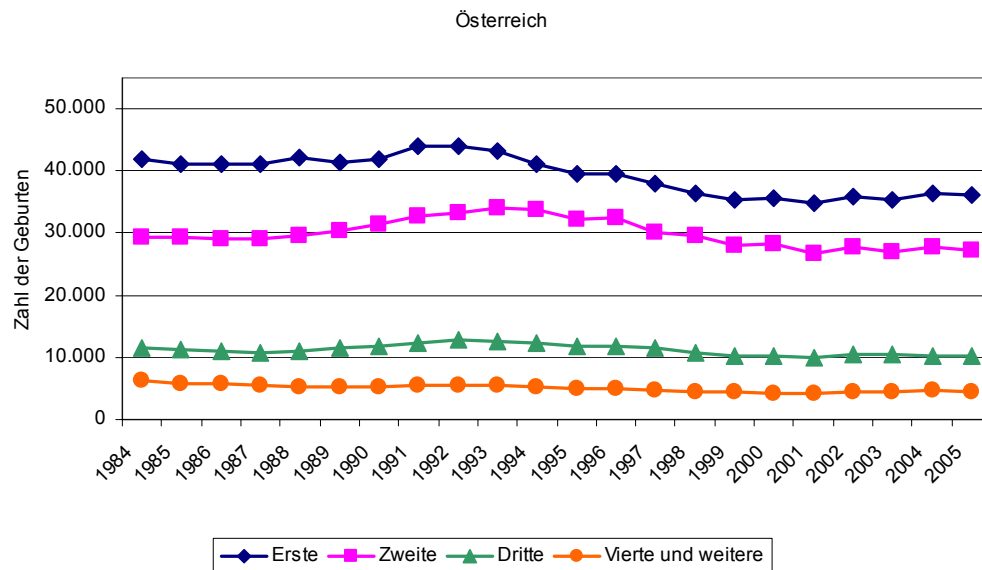
5.1.3 Geburtenfolge

Bei der Beschreibung der Geburtenentwicklung und speziell des Geburtenrückgangs ist eine paritätsspezifische Betrachtungsweise von zentraler Bedeutung, d.h. es geht um die Frage, wie sich die ersten, zweiten, dritten oder weiteren Geburten entwickelt haben.

Im Folgenden ist für alle drei Länder im Zeitverlauf die Anzahl der Lebendgeborenen nach der Geburtenfolge ausgewiesen. Da für Österreich valide Daten erst ab 1984 verfügbar sind, beginnen die Zeitreihen auch für die anderen Länder erst mit diesem Jahr.

Österreich war in den letzten 20 Jahren weniger großen paritätsspezifischen Schwankungen unterworfen wie Schweden und Spanien. In Österreich sind erste und zweite Geburten über die letzten Jahre vergleichsweise stabil geblieben, während in Schweden und Spanien ein deutlicher Zuwachs dieser Geburten zu verzeichnen ist.

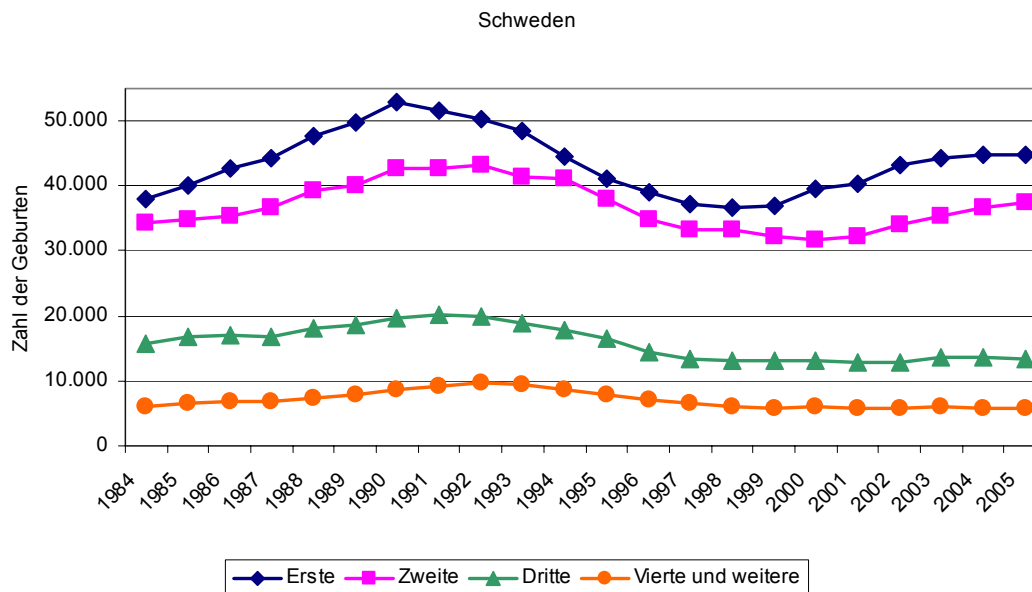
Abbildung 8a: Lebendgeborene nach der Geburtenfolge, Österreich 1984-2005



Quelle: EUROSTAT Datenbank 2008 - eigene Berechnungen;

Die folgende Abbildung verdeutlicht die in Schweden stark ausgeprägte wellenartige Entwicklung der Geburten in den letzten 20 Jahren. Während die Trendumkehr Anfang der 1990er Jahre über alle Paritäten hinweg in ähnlicher Form verlaufen ist, scheinen die jüngsten Entwicklungen für erste und zweite Geburten anders zu verlaufen als für dritte und vierte bzw. weitere Geburten. Letztere sind seit 2000 relativ stabil geblieben, während erste und zweite Geburten doch deutlich zugenommen haben.

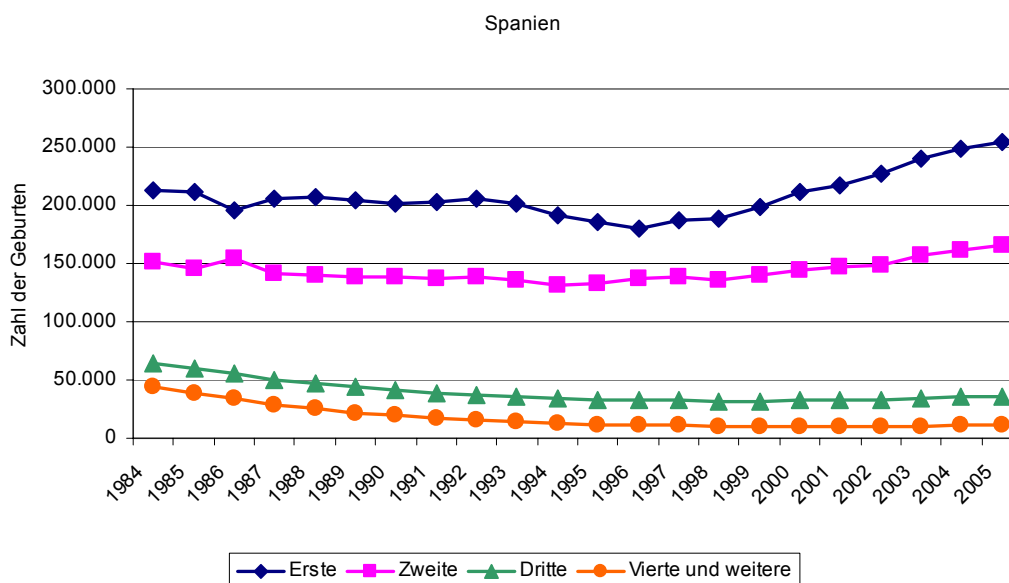
Abbildung 6b: Lebendgeborene nach der Geburtenfolge, Schweden 1984-2005



Quelle: EUROSTAT Datenbank 2008 - eigene Berechnungen;

In Spanien gab es seit Mitte der 1980er Jahre einen kontinuierlichen Rückgang der dritten und weiteren Geburten. Erst Mitte der 1990er Jahre stoppte dieser Abwärtstrend und die Geburten pendelten sich auf niedrigem Niveau ein. Der Geburtenanstieg der letzten Jahre ist auch in Spanien am deutlichsten an den ersten und zweiten Geburten festzumachen.

Abbildung 6c: Lebendgeborene nach der Geburtenfolge, Spanien 1984-2005



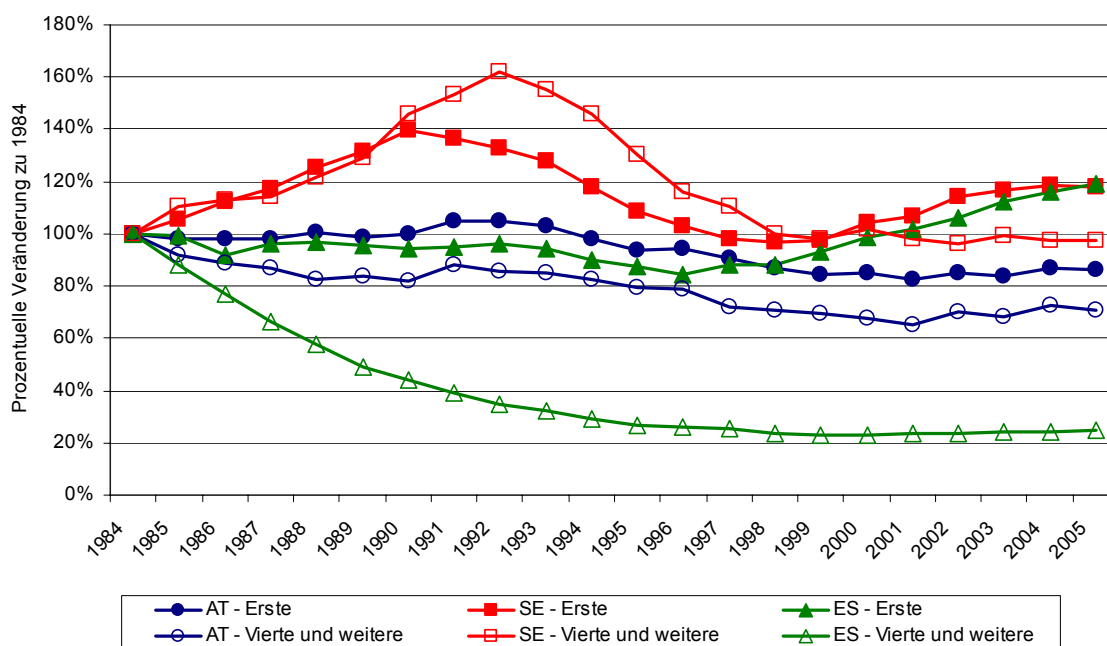
Quelle: EUROSTAT Datenbank 2008 - eigene Berechnungen;

Neben dieser allgemeinen Darstellung ist auch die prozentuelle Veränderung innerhalb der Paritäten von Interesse. Als Referenzzeitpunkt gilt wiederum 1984³, d.h. es wird die Veränderung der einzelnen Jahre im Vergleich zu 1984 dargestellt. Um einen direkten Vergleich zwischen den untersuchten Ländern zu ermöglichen, werden alle Länder in einer Abbildung dargestellt. Wobei es sinnvoll erscheint, nur die „Extremwerte“, d.h. die Geburten erster Ordnung und die Geburten vierter bzw. weiterer Ordnung, darzustellen.

Die vorher gezeigten Ergebnisse werden in der nachstehenden Abbildung noch deutlicher: Während in Österreich und Spanien die ersten Geburten bis Mitte der 1990er Jahre vergleichsweise geringen Schwankungen unterworfen waren, ist in Schweden zunächst ein Anstieg um rund 40% zu verzeichnen, gefolgt von einem radikalen Absinken auf den Ausgangswert von 1984 und einem neuerlichen Anstieg um etwa 20%. Letzterer entspricht auch der Entwicklung in Spanien: Seit Ende der 1990er Jahre sind in Spanien die ersten Geburten in nahezu gleichem Ausmaß wie in Schweden angestiegen. In Österreich hingegen liegen jene Geburten nach wie vor unter dem Wert von 1984. Betrachtet man nun die Geburten höherer Ordnung, so kann festgestellt werden: Eine komplett gegensätzliche Entwicklung haben Schweden und Spanien bis Anfang der 1990er Jahre durchgemacht. Während in Schweden die vierten und weiteren Geburten in enormem Ausmaß zugenommen haben (in etwa 60% gegenüber 1984), sind jene Geburten in Spanien in einem ähnlichen Ausmaß zurückgegangen – und auf diesem niedrigen Niveau verblieben (rund 80% niedriger als 1984). In Österreich sind die vierten und weiteren Geburten über den gesamten Zeitraum hinweg in geringerem Ausmaß gesunken als in den beiden anderen Ländern. Gemeinsames Merkmal aller drei Länder hinsichtlich der Geburten höherer Ordnung ist der relativ stabile Verlauf seit 2000.

³ Dieser Zeitpunkt wurde gewählt, da ab 1984 für alle drei Länder verlässliche Daten verfügbar sind.

Abbildung 9: Prozentuelle Veränderung gegenüber dem Jahr 1984



Quelle: EUROSTAT Datenbank 2008 - eigene Berechnungen;

5.1.4 Kinderlosigkeit

Die Differenzierung der Geburten nach der Geburtenfolge einerseits und die Darstellung des Anteils der kinderlosen Frauen, lassen Rückschlüsse auf die Bestimmungsfaktoren der Geburtenentwicklung zu. Es können Aussagen darüber gemacht werden, ob der Geburtenrückgang bzw. der Geburtenzuwachs durch Veränderungen im Anteil an kinderlosen Frauen und/oder durch den Rückgang bzw. Zuwachs an ersten, zweiten, dritten und weiteren Geburten bedingt ist.

Die folgende Abbildung stellt einen Ländervergleich der Geburtskohorten 1940 bis 1965 an. Interessant sind hierbei die doch sehr unterschiedlichen Verläufe in den einzelnen Ländern. Während in Schweden der Anteil der Kinderlosen in den jeweiligen Geburtskohorten mit nahezu stabil ist, steigt in Österreich die Zahl der Kinderlosen in den jüngeren Kohorten deutlich an. In Spanien ist über die Kohorten hinweg ebenfalls eine ansteigende Tendenz zu erkennen, durchbrochen jedoch durch einzelne Jahrgänge, die wiederum zu einem etwas geringeren Anteil kinderlos bleiben.

Im zahlenmäßigen Vergleich sind unter den 1940 in Österreich geborenen Frauen 12% zeitlebens kinderlos geblieben. Demgegenüber liegt der Anteil der 1965 in Österreich geborenen kinderlosen Frauen bei 21% - also nicht ganz doppelt so hoch. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Fertilität dieser Frauen nahezu abgeschlossen ist, d.h. die

Prozentwerte werden sich nur mehr marginal nach unten verschieben. In Spanien sind ähnlich gelagerte Veränderungen hinsichtlich der Kinderlosigkeit zu verzeichnen: Hier haben 8% der 1940 geborenen Frauen keine Kinder, verglichen zu 14% der Geburtskohorte 1965. Wie schon festgestellt, sind in Schweden über die Geburtsjahrgänge hinweg keine Veränderungen hinsichtlich der Kinderlosigkeit von Frauen auszumachen: Der Anteil der kinderlosen Frauen liegt sowohl für die 1940 als auch für die 1965 Geborenen bei rund 13%.

Tabelle 4: Anteil der kinderlosen Frauen nach Geburtskohorte (1940-1965)

	1940	1945	1950	1955	1960	1965
Österreich	11,9	12,4	12,6	15,0	16,6	20,8
Schweden	13,1	12,2	12,9	12,8	13 ⁴	13 ⁴
Spanien	8,0	6,1	10,1	10,7	10	14

Quelle: EUROSTAT Datenbank 2008 - eigene Berechnungen; Volkszählung 2001: Werte für Ö 1940-1955;

5.1.5 Gebäralter

Ein weiterer Indikator zur Beschreibung des generativen Verhaltens ist das Alter der Frauen bei der Geburt ihrer Kinder. Zunächst ist in diesem Zusammenhang das durchschnittliche Gebäralter heranzuziehen, das alle Geburten mit einschließt. Hierbei spielt jedoch die Geburtenfolge und der Geburtenabstand eine Rolle: Liegen die Geburten einer Frau weit auseinander, erhöht sich dementsprechend auch das durchschnittliche Gebäralter. Für die Fragestellung, wann der Familienbildungsprozess von jungen Leuten beginnt, empfiehlt sich daher eher die Analyse des durchschnittlichen Gebäralters von Frauen bei der ersten Geburt. Im Folgenden werden beide Indikatoren für Österreich, Schweden und Spanien dargestellt⁵.

Als grundsätzliche Tendenz lässt sich für alle Länder eine U-förmige Kurve festmachen. D.h. nach einer Periode, in der das durchschnittliche Gebäralter zurückgegangen ist, werden die Frauen bei der Geburt ihrer Kinder wieder älter. Diese Trendumkehr fand in den einzelnen Ländern jedoch zu unterschiedlichen Zeitpunkten statt. Während in Österreich und Schweden dieses Phänomen bereits Mitte der 1970er Jahre zu beobachten war, ist dies für Spanien noch eine Phase der Geburten in jüngeren Jahren. Erst Mitte der 1980er Jahre beginnt das

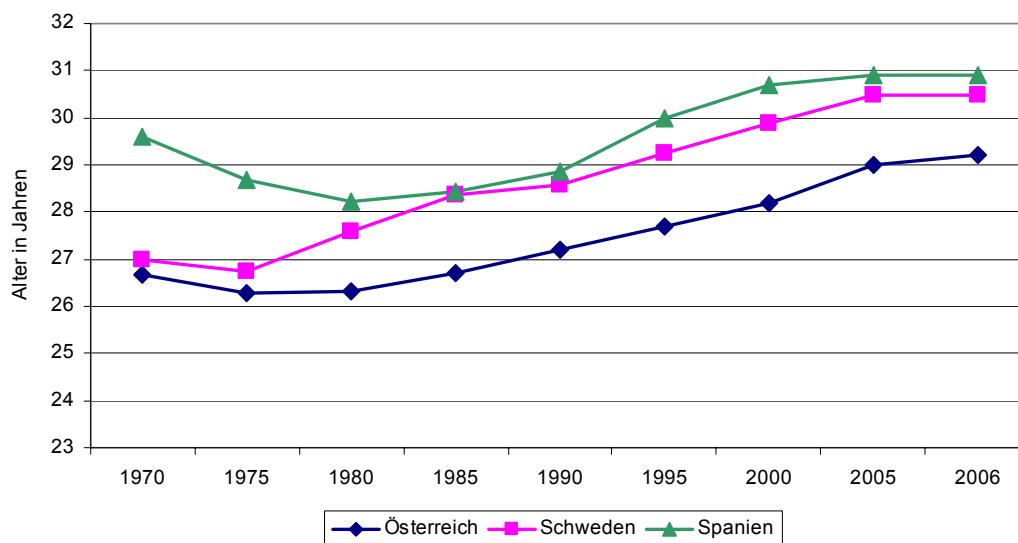
⁴ Die Jahrgänge 1960-65 in Schweden und Spanien werden gerundet dargestellt, da aufgrund einer ab diesem Zeitpunkt von EUROSTAT veränderten Darstellungsform keine erste Dezimale vorliegt.

⁵ Für Österreich und Spanien sind die Datenreihen aufgrund fehlender Daten unvollständig. Gerade hinsichtlich des Gebäralters bei ersten Geburten existieren vergleichbare Daten für Österreich erst ab 1985.

durchschnittliche Gebäralter zu steigen – allerdings in schnellerem Tempo als in den beiden anderen Ländern.

Österreich hat seit 1965 bis in die Gegenwart das niedrigste durchschnittliche Gebäralter aller drei Länder. Obwohl Schwedische Frauen generell in späterem Alter ihre Kinder bekommen als Frauen in Österreich, so ist seit Mitte der 1980er Jahre eine ähnliche Entwicklung hinsichtlich des durchschnittlichen Anstiegs des Gebäralters zu erkennen. Am ältesten waren bzw. sind die Frauen bei der Geburt ihrer Kinder in Spanien, was zumindest bis Mitte der 1980er Jahre durch die höhere Kinderzahl pro Frau zu erklären ist. Der Einfluss des Geburtenabstands kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abgeschätzt werden. Es erscheint jedoch plausibel, das auch seither in Spanien anhaltend höhere Gebäralter mit dem „zweiten demographischen Übergang“, der – wie schon an anderer Stelle erwähnt - in Spanien verspätet eingesetzt hat, in Verbindung zu bringen.

Abbildung 10: Durchschnittliches Gebäralter der Frauen



Quelle: EUROSTAT Datenbank 2008 - eigene Berechnungen;

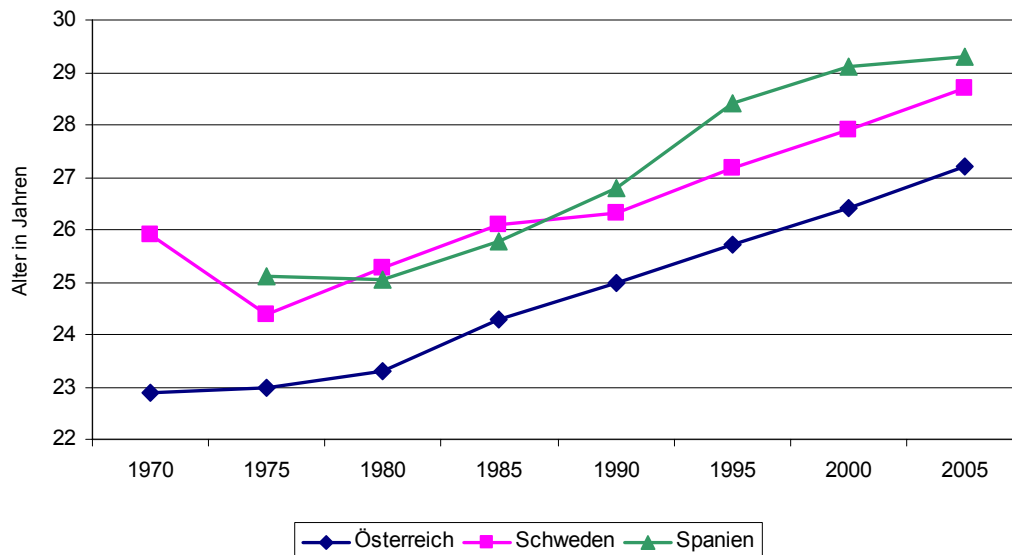
Hinsichtlich des Erstgebäralters stellt sich eine deutlich schlechtere Datenlage dar als für das durchschnittliche Gebäralter. So liegen für Österreich international homogenisierte Daten erst ab 1985⁶ und für Spanien erst ab 1975 vor. Insofern dient die folgende Abbildung eher der Darstellung eines Trends als der dezimalgenauen Betrachtung.

Wie nach der Analyse des durchschnittlichen Gebäralters nicht anders zu erwarten, zeigt sich ab Mitte der 1970er Jahre ein für alle drei Länder geltender Anstieg des Erstgebäralters.

⁶ Auch weichen im Falle Österreichs die internationalen Daten für 1995 und 2000 von der amtlichen Statistik ab.

In Österreich und Spanien ist es bis zum Jahr 2005 um mehr als 4 Jahre angestiegen, in Schweden um rund 2,5 Jahre.

Abbildung 11: Durchschnittliches Alter der Frauen bei der ersten Geburt



Quelle: EUROSTAT Datenbank 2008 - eigene Berechnungen; BMUJF (1999): Werte Österreich 1970-1980

5.1.6 Nichteheliche Geburten

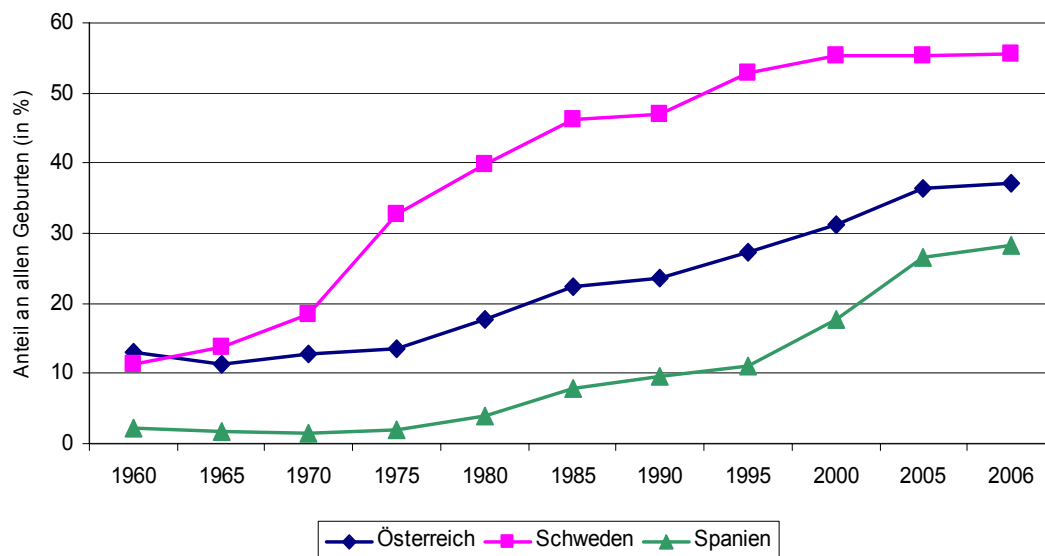
Die Verteilung zwischen ehelichen und nichtehelichen Geburten dient ebenfalls als Maßzahl des generativen Verhaltens. Dies ergibt sich aus dem veränderten gesellschaftlichen Bild von Elternschaft bzw. aus der sich mehr und mehr auflösenden zwangsläufigen Koppelung von Ehe und Elternschaft.

Die Entwicklung der nichtehelichen Geburten – anteilig an allen Geburten - wird in der folgenden Abbildung verdeutlicht. Es ist ein sehr eindeutiges Bild erkennbar: In allen drei Ländern haben sich die nichtehelichen Geburten seit Beginn der 1960er Jahre vervielfacht. Am eindrucksvollsten ist dieser Trend in Schweden zu erkennen. Ausgehend von einem niedrigeren Wert als Österreich (nämlich rund 11% verglichen mit 13% in Österreich) ist der Anteil von nichtehelichen Geburten auf rund 55% im Jahr 2006 angestiegen. Der Wert für Österreich liegt bei rund 37%. Auch in Spanien haben nichteheliche Geburten einen enormen Zuwachs erfahren. Zu Beginn der 1960er Jahre waren diese Geburten mit rund 2% ein nahezu nicht existierendes Phänomen. Dies ist auch bis Mitte der 1970er Jahre so geblieben.

Danach hat in Spanien dieselbe Entwicklung wie in den anderen Ländern stattgefunden und der Anteil der nichtehelichen Geburten ist auf rund 28% im Jahr 2006 gestiegen.

Bezogen auf den Ausgangswert von 1960 haben sich also im jeweiligen Betrachtungszeitraum die nichtehelichen Geburten in Spanien mehr als versiebenfacht, in Schweden verfünffacht und in Österreich nahezu verdreifacht.

Abbildung 12: Anteil der nichtehelichen Geburten an allen Geburten



Quelle: EUROSTAT Datenbank 2008 - eigene Berechnungen;

5.2 Fertilitätsbezogene Einflussfaktoren

Im Rahmen der vorliegenden Studie wurden zunächst auf theoretischer Ebene mögliche Einflussfaktoren für das generative Verhalten aufgezeigt. Als Basis für die Einstufung als fertilitätsrelevanter Indikator dienten einerseits die bestehende Forschungsliteratur und andererseits eigene, noch nicht empirisch überprüfte Überlegungen.

5.2.1 Wohlfahrtsstaatliche Gestaltungsprinzipien

Wie im theoretischen Teil beschrieben, gehören die wohlfahrtsstaatlichen Rahmenbedingungen wohl zu den zentralsten Einflussgrößen der Fertilitätsentwicklung. Im Folgenden werden die unterschiedlichen Wohlfahrtssysteme in Österreich, Schweden und Spanien in ihren Grundzügen kurz beschrieben. Ausgehend von den 1950er Jahren als dem

„Goldenen Zeitalter der Familie“ wird die Entwicklung der letzten Jahrzehnte nachgezeichnet und für die Forschungsfrage relevante Eckdaten zur Familienpolitik dargestellt.

Österreich

In der wissenschaftlichen Literatur wird Österreich zu den konservativ-traditionellen Typen von Wohlfahrtsstaaten gerechnet. Die sozialstaatlichen Leistungen sind stark arbeitsmarktgebunden, d.h. Voraussetzungen hierfür werden durch Einzahlung in die Sozialversicherung erworben, die ihrerseits auf einer Erwerbstätigkeit basiert. In Österreich existieren seit den 1950er Jahre politische Strategien zur Kompensation von sozialen Nachteilen, die aus der Elternschaft resultieren. Als Ergebnis kann das Konzept des *Familienlastenausgleichs* und die Einführung des *Familienlastenausgleichsfonds* (FLAF) im Jahr 1955 gewertet werden. Damit zielte der Staat sowohl auf eine horizontale Umverteilung von Personen ohne Kinder zu Personen mit Kindern als auch auf eine vertikale Umverteilung von Familien mit höherem Einkommen zu Familien mit niedrigem Einkommen ab. Lange Zeit standen primär die ökonomischen Interventionen im Vordergrund staatlicher Einflussnahme. Die Familienpolitik der 1960er Jahre ging von drei Grundprämissen aus: erstens, von dem Familienmodell der Kernfamilie; zweitens, von der zwangsläufigen Verbindung von Ehe und Familie; drittens, von einer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. Dementsprechend wurde die Unterstützung der „Versorger-Ehe“ zur familienpolitischen Ausrichtung.

Die heutige Familienpolitik in Österreich soll das Zusammenleben in Familien, vor allem zur Versorgung und Erziehung der Kinder fördern. Österreich gehört im Bereich der monetären Familienförderung zu den Spitzenreitern in Europa, wobei das staatliche Steuer- und Transfersystem nach wie vor überwiegend auf dem traditionellen Familienmodell basiert. Während Leistungen aus dem Familienlastenausgleichsfonds vom Bund geregelt werden, liegt die Verantwortlichkeit hinsichtlich sozialer Dienstleistungen bei den einzelnen Bundesländern und den Gemeinden. So auch das System der institutionellen Kinderbetreuung, wodurch sich große regionale Unterschiede im Angebot von Kinderbetreuung ergeben. Die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie ist in den letzten Jahren vermehrt in den Fokus familienpolitischer Überlegungen gerückt. Diesbezügliche staatliche Interventionen sind vorwiegend im Bereich der monetären Transferleistungen angesiedelt und weniger in der Bereitstellung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

Schweden

Schweden galt lange Zeit als Prototyp des modernen Wohlfahrtsstaates. Dies resultierte aus der Tatsache, dass im schwedischen Modell die Universalität als oberstes Gestaltungsprinzip angesehen wird. Das bedeutet, als Adressat für Sozialleistungen gilt die gesamte Wohnbevölkerung und nicht einzelne Gruppen. Gleichmaßen ist es Ziel, möglichst weitgehend auf bedarfsabhängige und als stigmatisierend erachtete Fürsorgeleistungen im Rahmen der Sozialhilfe zu verzichten. Im schwedischen Modell haben präventive Maßnahmen Vorrang gegenüber reinen Transferleistungen. Die Sozialpolitik ist im Sinne einer Gleichstellungspolitik konzipiert und stellt in erster Linie darauf ab, eine Erwerbstätigkeit für Frauen und Männer gleichermaßen sicherzustellen. So wird seit Ende der 1960-er Jahre die Frauenerwerbstätigkeit durch gezielte Maßnahmen aktiv gefördert. Nach ebendiesen Prämissen ist auch die schwedische Familienpolitik ausgestaltet. Das zugrunde liegende Familienmodell ist ein egalitäres Modell, bei dem es zentrales Anliegen ist, beiden Elternteilen und Alleinerziehenden eine Vollzeiterwerbstätigkeit zu ermöglichen. Als Reaktion auf die Frauenbewegung wurden seit den 1960er Jahren die familienpolitischen Maßnahmen ausgeweitet. So kam es zur Einführung der Elternversicherung als eigener Bestandteil der Krankenversicherung und dem Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen. Das gut ausgebaute System öffentlicher Kinderbetreuung soll sicherstellen, dass Mütter nach der Geburt eines Kindes im Erwerb bleiben können.

Die schlechten, wirtschaftlichen Entwicklungen in Schweden seit Mitte der 1970er Jahre und die darauf folgende schwere Krise in den 90er Jahren machten Kürzungen von Sozialleistungen notwendig. Diese kritische Phase hat die politische und wissenschaftliche Diskussion losgetreten, inwieweit das schwedische Modell und damit der universalistische Wohlfahrtsstaat an seine Grenzen gestoßen sei und nunmehr hinterfragt werden müsse.

Spanien

Das diktatorische Regime unter Franco hat den spanischen Wohlfahrtsstaat nachhaltig geprägt. Die Sozialpolitik stand vor allem im Dienste der Stabilisierung des Systems. Der Widerspruch zwischen ökonomischer Modernisierung einerseits und politischer Repression andererseits wirkten sich auch auf das heutige System der sozialen Sicherheit aus (vgl. Schmid, 2002). Wie in der Literatur vielfach festgestellt, ist der spanische Wohlfahrtsstaat der Prototyp des postautoritären Wohlfahrtsregimes. Er ist gekennzeichnet durch einen fundamentalen Entwicklungsbruch, nämlich der Übergang von einer fast 40jährigen Diktatur zur heutigen Staatsform. Dass der Versuch einer allumfassenden Demokratisierung von

Wirtschaft, Staat und Gesellschaft nicht ohne Probleme vonstatten gegangen ist, zeigt das Zitat „Der junge spanische Wohlfahrtsstaat ist in die Krise geraten, bevor es ihn überhaupt richtig gegeben hat.“ (*Schmid*, 2002). Die Entwicklung des sozialen Sicherungssystem in Spanien ist gegenwärtig noch nicht abgeschlossen. Auf Basis der demokratischen Verfassung des Jahres 1978 hat sich erst in den 1980er Jahren das moderne System sozialer Sicherung in Spanien etabliert.

Das spanische Sozialversicherungssystem der Gegenwart ist ein Mischsystem aus Beitrags- und Universalmodell; d.h. die Leistungen orientieren sich einerseits an den eingezahlten Beiträgen und folgen andererseits den Prinzipien der Subjekt- und Bedarfsorientierung sowie der Umverteilung. Der spanische Wohlfahrtsstaat ist geprägt durch niedrige Sozialausgaben und eine geringe Entwicklung des öffentlichen Sektors sozialer Dienstleistungen. Ebenso war bis dato die spanische Familienpolitik nur rudimentär entwickelt. Lange Zeit wurde keine Notwendigkeit für etwaige Interventionen von staatlicher Seite gesehen, funktionierte doch das familiäre Netzwerk ausgezeichnet. Erst die veränderten demographischen Gegebenheiten gaben Anlass zum Umdenken. So wurde jüngst ein Maßnahmenpaket beschlossen, das die staatliche Unterstützung für Chancengleichheit im Beruf ausweitet und bessere Bedingungen für Mütter und Väter hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familienleben und Erwerbstätigkeit vorsieht.

Nach diesem kurzen Überblick über die sozial- und familienpolitischen Ausrichtungen in Österreich, Schweden und Spanien werden im Folgenden nun einzelne Indikatoren der wohlfahrtsstaatlichen Gestaltungsprinzipien im Vergleich dargestellt. Ausgewählt wurden die Sozialausgaben für Familien und Kinder, die Regelungen zum Mutterschaftsurlaub sowie die Betreuungsquoten von unter 6jährigen Kindern.

Betrachtet man die staatlichen Ausgaben für den Sozialschutz im Bereich Familie und Kinder, so zeigen sich in den drei untersuchten Ländern sehr unterschiedliche Ausgabenniveaus. Wenngleich im Zeitraum von 1990 bis 2005 die Sozialausgaben um 0,8 Prozentpunkte erhöht wurden, so ist die Familienförderung in Spanien mit 1,1% des Bruttoinlandsprodukts von allen drei Ländern am niedrigsten. In etwas niedrigerem Ausmaß wurde seit 1990 in Österreich die Familienförderung angehoben und beträgt nun 3,0%. In Schweden hingegen wurden die Sozialleistungen für Familie und Kinder gekürzt – und zwar von 3,9% auf 3,0% des BIP.

Gemessen als Prozentanteil an den Sozialleistungen insgesamt macht die Familienförderung in Österreich 10,7%, in Schweden 9,8% und in Spanien 5,6% aus. Im Zeitverlauf betrachtet hat sich von 1990 bis 2005 in Österreich anteilmäßig eine geringe

Veränderung (+0,3%) ergeben, während in Schweden bezogen auf alle Leistungen des Sozialschutzes für Familien deutlich weniger ausgegeben wird (-2,4%). In Spanien hat sich der prozentuelle Anteil von Familienförderung an allen Leistungen mehr als verdreifacht (+3,9%).

Tabelle 5: Ausgaben für Familie und Kinder, in % des Bruttoinlandsprodukts (BIP)

	in % des BIP		in % an Leistungen insgesamt	
	1990	2005	1990	2005
Österreich	2,6	3,0	10,4	10,7
Schweden	3,9	3,0	12,0	9,8
Spanien	0,3	1,4	1,7	5,6

Quelle: EUROSTAT Datenbank 2008 - eigene Berechnungen;

Was die Regelungen zum Mutterschaftsurlaub angeht, so gibt die nachstehende Abbildung Auskunft über die Situation in Österreich, Schweden und Spanien. Generell zeigt sich, dass alle drei Länder in ähnlicher Form die Phase rund um die Geburt eines Kindes in ihren familienpolitischen Programmen berücksichtigen (vgl. *Escobedo*, 2008; *Chronholm et al.*, 2008; *Rille-Pfeiffer*, 2008). Während sich in Schweden der Anspruch aus dem Mutterschaftsurlaub und der Elternzeit zusammensetzt, existieren sowohl in Österreich als auch in Spanien 16 Wochen Mutterschaftsurlaub. Einzig in Spanien ist der Anspruch an eine vorangehende Pflichtversicherung geknüpft. Hinsichtlich der Höhe der Geldleistung haben Österreich und Spanien wiederum gleiche Regelungen; d.h. die Gehaltsfortzahlung beträgt im Mutterschaftsurlaub 100%. In Schweden werden 80% bezahlt.

Tabelle 6: Regelungen zum Mutterschaftsurlaub 2005/2006

	max. Dauer (Wochen)	Anspruchs- Voraussetzungen	Höhe der Geldleistung
Österreich	16 (24) ¹	Keine	100%
Schweden	7 (+60 Tage) ²	Keine	80% (min. € 19 /Tag)
Spanien	16 (18) ³	180 Tage Versicherung in letzten 5 Jahren	100%

¹ bei Früh- und Mehrlingsgeburten sowie Kaiserschnitt; ² aus dem Anspruch der Elternzeit;

³ bei Mehrlingsgeburten ab dem dritten Kind;

Quelle: OECD Family Data Base;

Die Betreuungssituation von Vorschulkindern variiert in den untersuchten Ländern vor allem für die unter 3jährigen Kinder. In Österreich werden nur rund 4% der Kinder in diesem Alter außerfamilial betreut, während es in Schweden rund 40% und in Spanien rund 21% sind. Auch für die 3jährigen Kinder zeigen sich deutliche länderspezifische Unterschiede, d.h. der Anteil der Kinder, die in Schweden oder Spanien betreut werden, ist in etwa doppelt so hoch als in Österreich. Interessant ist, dass Spanien hierbei mit rund 96% die höchste Betreuungsquote aufweist. Bei den 4jährigen Kindern steigt auch in Österreich der Anteil derer, die sich in einer außerfamilialen Betreuung befinden, auf 82%.

Tabelle 7: Betreuungsquoten für Kinder unter 6 Jahren, 2004

in %	Unter 3 Jahre	3 Jahre	4 Jahre	5 Jahre
Österreich	4,1	45,9	82,1	93,1
Schweden	39,5	82,5	87,7	89,7
Spanien	20,7	95,9	100	100

Quelle: OECD Family Data Base;

5.2.2 Der Normen- und Wertekontext

Dass Normen und Werte einen Einfluss auf das individuelle Verhalten haben und gewissermaßen den Rahmen für Verhaltensweisen abstecken, wurde bereits auf

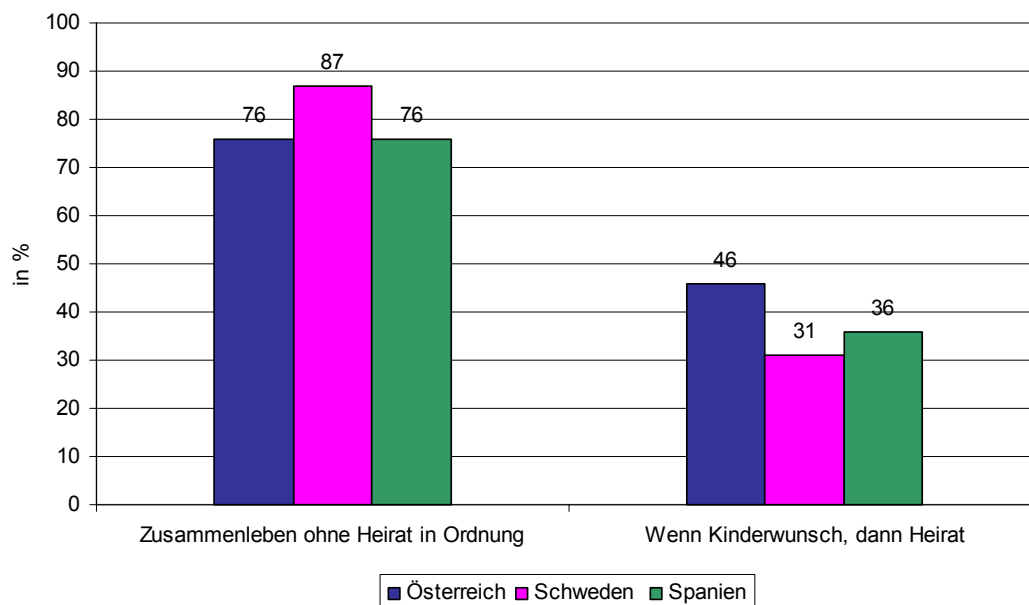
theoretischer Ebene diskutiert. Die Darstellung empirischer Daten zum Thema Familienwerte und Geschlechtsrollen sind Inhalt der weiteren Ausführungen.

Im Folgenden werden einige Ergebnisse des 2002 durchgeführten „*International Social Survey Program*“ (ISSP) und der 2006 durchgeführten Erhebung des *Eurobarometer* veranschaulicht.

Zunächst geht es um die Einstellungen zu Ehe und Partnerschaft in den drei untersuchten Ländern. Die Akzeptanz, dass ein Paar zusammenlebt, ohne die Absicht zu heiraten, ist in allen drei Ländern gegeben – am deutlichsten jedoch in Schweden.

Zur Aussage, dass man heiraten sollte, wenn man sich Kinder wünscht, ist die Zustimmung in Österreich am höchsten. Deutlich geringer (um 10 Prozentpunkte) ist der Anteil derer, die sich hierzu positiv äußern in Spanien. In Schweden ist der geringste Prozentsatz der Befragten dieser Ansicht.

Abbildung 13: Einstellungen zu Ehe und Partnerschaft – %-Anteil an Zustimmung



Quelle: ISSP 2002; entnommen aus Wernhart & Neuwirth 2007, S.36 und 38

Legende: Es wurden alle Nennungen „stimme zu“ und „stimme sehr zu“ addiert.

Die konkreten Fragen lauteten:

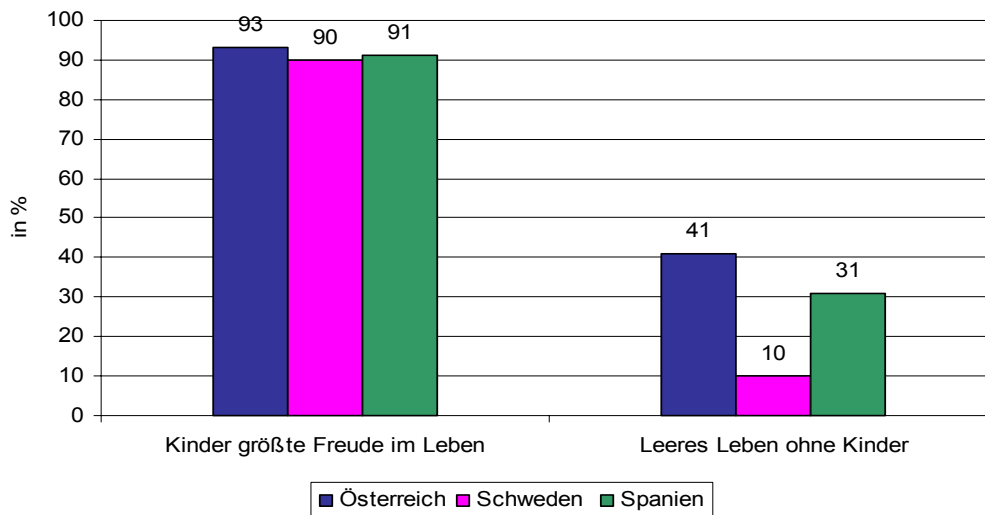
„Es ist in Ordnung, dass ein Paar zusammenlebt, ohne die Absicht zu heiraten.“

„Menschen, die Kinder wollen, sollten heiraten.“

Die grundsätzlich positive Einstellung gegenüber Kindern und die Zustimmung, dass Kinder die größte Freude im Leben sind, hat eine überzeugende Mehrheit in allen drei Ländern. Dass hingegen das Leben ohne Kinder leer ist, bejahen in Österreich viermal so

viele Personen wie in Schweden. Spanien liegt hierbei in der Mitte. So heterogen das Antwortverhalten bei der ersten Frage ist, so unterschiedlich ist es in diesem zweiten Fall.

Abbildung 14: Einstellungen zu Kindern – %-Anteil an Zustimmung



Quelle: ISSP 2002; entnommen aus Wernhart & Neuwirth 2007, S.43 und 44

Legende: Es wurden alle Nennungen „stimme zu“ und „stimme sehr zu“ addiert.

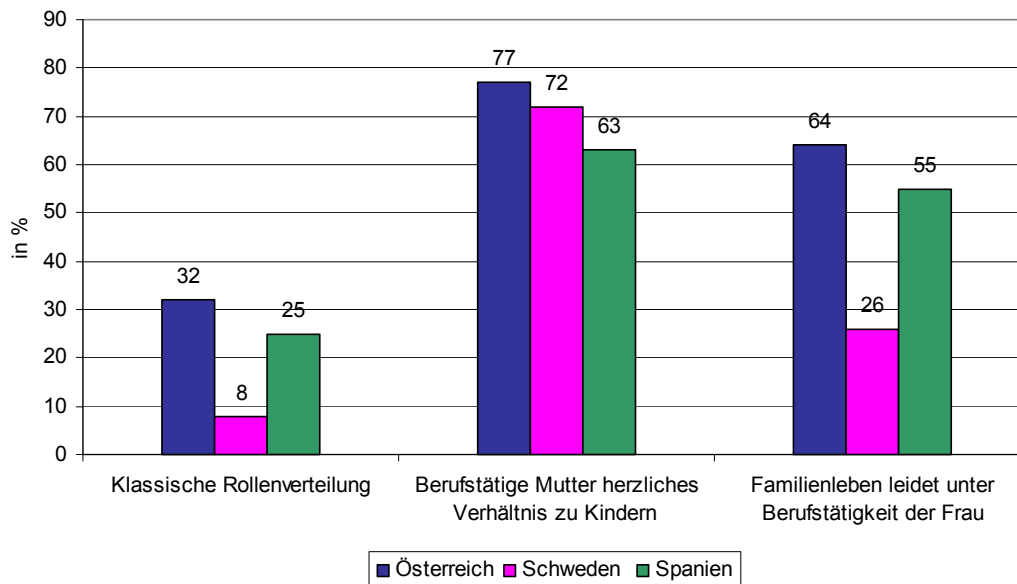
Die konkreten Fragen lauteten:

„Zu beobachten wie Kinder groß werden, ist die größte Freude im Leben..“

„Menschen, die nie Kinder gehabt haben, führen ein leeres Leben.“

Was die Einstellungen zur Berufstätigkeit von Frauen und die Rollenverteilung betrifft, gibt es deutliche Unterschiede in den drei untersuchten Ländern. Am uneinigsten sind sich die Befragten bei der Frage nach der Rollenaufteilung zwischen Mann und Frau sowie der Frage, inwieweit das Familienleben unter der Vollzeit-Berufstätigkeit der Frau leidet. Die in Österreich befragten Personen nehmen in jenen beiden Fragen die konservativste Position ein. Die geringste Zustimmung zu jenen Aussagen ist in Schweden zu finden.

Abbildung 15: Einstellungen zur Berufstätigkeit von Frauen – %-Anteil an Zustimmung



Quelle: ISSP 2002; entnommen aus Wernhart & Neuwirth 2007, S.24, 29 und 30

Legende: Es wurden alle Nennungen „stimme zu“ und „stimme sehr zu“ addiert.

Die konkreten Fragen lauteten:

„Die Aufgabe des Mannes ist es, Geld zu verdienen, die der Frau, sich um Haushalt und Familie zu kümmern.“

„Eine berufstätige Mutter kann ein genauso herzliches und vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Kindern haben wie eine nicht berufstätige Mutter.“

„Alles in allem: Das Familienleben leidet darunter, wenn die Frau voll berufstätig ist.“

5.2.3 Der Übergang zum Erwachsenwerden

Gegenstand des folgenden Kapitels ist die Länder vergleichende Analyse jenes Lebensabschnittes, in dem der Übergang vom Jugendlichen zum Erwachsenen vollzogen wird. In dieser Phase des Lebens werden die Voraussetzungen für eine mögliche Familiengründung geschaffen bzw. der Familienbildungsprozess bereits begonnen. Ausgehend von einer Chronologie des Lebenslaufes (vgl. Voges, 1987), impliziert dies, dass auch andere Lebensereignisse mehr oder weniger zeitgleich stattfinden. Dazu zählen die Beendigung der Ausbildung und der Eintritt ins Erwerbsleben sowie das Verlassen des elterlichen Haushalts und die Bildung einer Lebensgemeinschaft. Die nachfolgenden Ausführungen gehen der Frage nach, inwieweit länderspezifische Unterschiede in jenen Statusübergängen im Lebenslauf von jungen Menschen nachgewiesen werden können.

In der Forschungsliteratur wird konstatiert, dass sich bei jüngeren Geburtskohorten der Prozess des Erwachsenwerdens ganz allgemein zeitlich hinauszögert (vgl. *Family and Fertility*

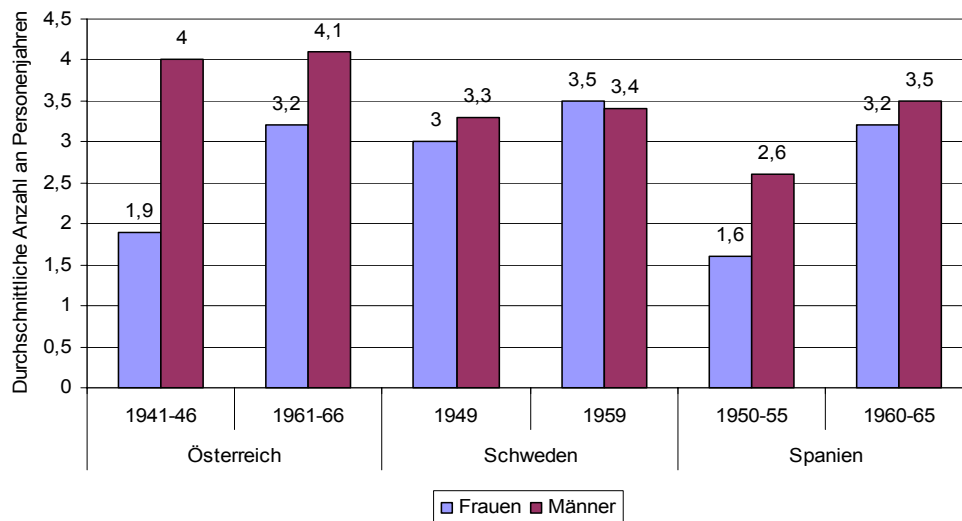
Surveys). Dieser *Postponement*-Effekt der jüngeren Generationen wird meist ursächlich mit dem längeren Verbleib von jüngeren Menschen im Ausbildungssystem in Zusammenhang gebracht. Durch die zeitliche Verschiebung eines Lebensereignisses, nämlich der Beendigung der Ausbildung, würden auch die anderen Statusübergänge zu einem späteren Zeitpunkt im Lebenslauf stattfinden. Bei genauerer Untersuchung zeigt sich jedoch, dass dieser aufschiebende Effekt nicht für alle Ereignisse des Erwachsenwerdens gleichermaßen gilt und dass sich die drei untersuchten Länder diesbezüglich durchaus unterscheiden.

Die zentralen gesellschaftlichen Bezugssysteme, mit denen Jugendliche und junge Menschen an der Schwelle zum Erwachsenenalter konfrontiert sind, sind der Ausbildungsbereich und die Arbeitswelt. Sie liefern die strukturellen Ausgangsbedingungen für den Prozess des Erwachsenwerdens. Auf die Unterschiede in den Bildungs- und Erwerbssystemen in Österreich, Schweden und Spanien soll hier nicht näher eingegangen werden, da deren Beschreibung in den dementsprechenden Kapiteln erfolgt. Im Zusammenhang mit der Frage, ob junge Menschen heutzutage „später erwachsen“ werden, ist zunächst die Untersuchung der Verweildauer in jedem dieser Systeme von Interesse.

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf Daten aus den *Family and Fertility Surveys* (FFS) der UNECE, in denen erstmals international vergleichbare biographische Daten erhoben wurden. Zur Erfassung eines möglichen *Postponement*-Effekts dient der Vergleich zwischen Geburtskohorten. In Ermangelung direkt vergleichbarer Geburtskohorten in den untersuchten Ländern, wurde primäres Augenmerk auf einen Geburtenabstand von zumindest 10 Jahren gelegt. Die jüngste Kohorte sollte dabei in etwa in den 1960er Jahren geboren sein.

Abbildung 16 stellt die durchschnittliche Anzahl der im Alter zwischen 15 und 30 Jahren in Ausbildung verbrachten Jahre dar. Im Kohortenvergleich zeigt sich, dass in allen drei Ländern die jüngere Generation länger in Ausbildung gewesen ist als die älteren Vergleichskohorten. Dabei fallen die Unterschiede in Österreich und Spanien recht deutlich aus, in Schweden deutlich geringer. Auch sind hier kaum geschlechtsspezifische Unterschiede gegeben. Demgegenüber sind Männer in Österreich und Spanien bis zu doppelt so lange in der Ausbildung gewesen als Frauen. Dieser starke Effekt in Österreich kann nur teilweise auf die im Vergleich zu den beiden anderen Ländern doch älteren Personen zurückgeführt werden. Denn die Diskrepanz zwischen Frauen und Männern ist zwar in den jüngeren Geburtskohorten wesentlich geringer geworden, bleibt jedoch bestehen. Über alle Länder hinweg haben die Geburtskohorten der nach 1959 Geborenen zwischen ihrem 15. und 30 Lebensjahr zumindest 3 Jahre in Ausbildung verbracht.

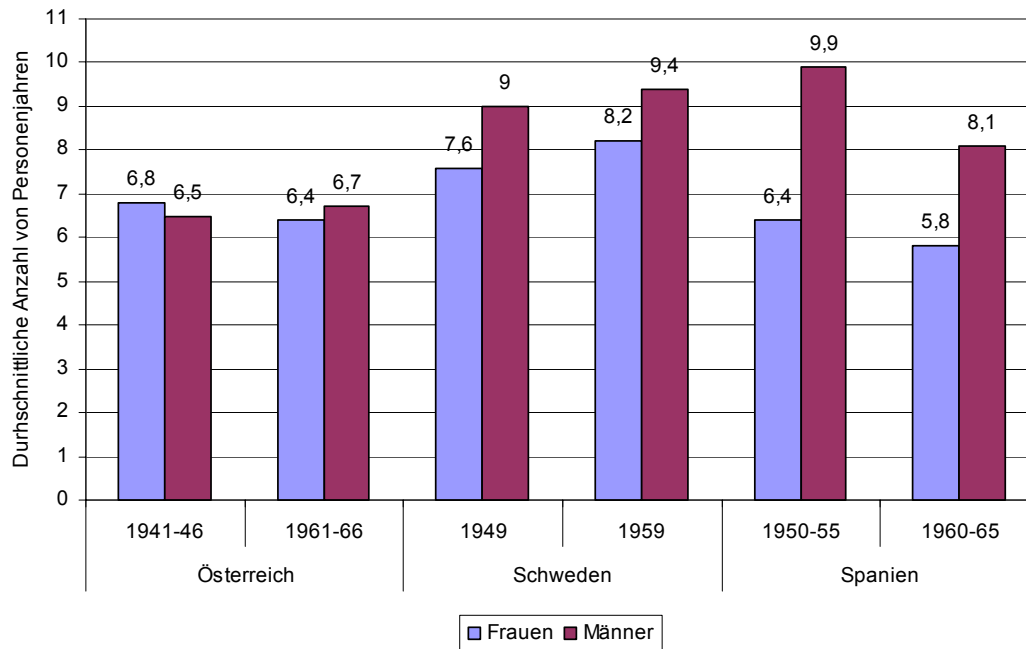
**Abbildung 16: Durchschnittliche Anzahl an Personenjahren in der Ausbildung
(zwischen 15 und 30 Jahren), nach Geburtsjahrgängen**



*Quelle: UNECE/PAU: FFS Standard Country Reports Austria, Spain and Sweden;
Datenerhebung in Österreich 1995/96, in Schweden 1992/93 und in Spanien 1995*

Analog zur Verweildauer in der Ausbildung wird nun die durchschnittliche Anzahl der im Erwerb verbrachten Jahre untersucht. Hier ergibt sich folgende Problematik. Prinzipiell gelten als Hinweise für das spätere Erwachsenwerdens – im Gegensatz zur Ausbildung - kurze Verweildauern. Da hier auch jene Jobs angeführt wurden, die während der Ausbildung angenommen wurden, kann eine niedrige Anzahl an Jahren sowohl einen Postponement-Effekt als auch eine „joblose“ Ausbildungszeit reflektieren. Insgesamt zeigt sich für Österreich, Schweden und Spanien ein wenig einheitliches Bild. Der Kohortenvergleich ergibt für Österreich und Schweden keine kürzeren Verweildauern im Erwerb, für Spanien hingegen schon. Der bisherigen Argumentation folgend, könnte dies folgendermaßen gedeutet werden: In Österreich und Schweden wird das verspätete Eintreten ins Erwerbsleben durch den Umstand verdeckt, dass die meisten jungen Leute neben ihrer Ausbildung erwerbstätig sind. In Spanien existiert diese Praxis in weit geringerem Ausmaß, sodass der Postponement-Effekt des Erwerbseintritts der jüngeren Generationen offensichtlich ist. Ein Blick über die untersuchten Länder hinweg zeigt, dass die jüngeren Geburtskohorten im Alter zwischen 15 und 30 Jahren zumindest 5,5 Jahre erwerbstätig waren.

**Abbildung 17: Durchschnittliche Anzahl an Personenjahren im Erwerb
(zwischen 15 und 30 Jahren)**



*Quelle: UNECE/PAU: FFS Standard Country Reports Austria, Spain and Sweden;
Datenerhebung in Österreich 1995/96, in Schweden 1992/93 und in Spanien 1995*

Die detaillierte Analyse der Statusübergänge ist für die gegenständliche Fragestellung ebenfalls von Bedeutung. Zunächst geht es darum, eine prozentmäßige Einordnung hinsichtlich des Lebensalters vorzunehmen, zu dem die einzelnen Ereignisse stattfinden. So zeigt die nachfolgende Tabelle den Anteil jener Personen, die bis zum Alter von 25 Jahren die ausgewählten Lebensereignisse aufweisen. Am eindeutigsten - und für alle drei Länder - lässt sich in der Kohortenbetrachtung der aufschiebende Effekt für die Geburt des ersten Kindes feststellen. Auch die Bildung der ersten Lebensgemeinschaft wurde von den jüngeren Kohorten in ein etwas späteres Lebensalter verlagert. Was die anderen Ereignisse betrifft, so zeigt sich ein deutlich differenzierteres Bild. Einerseits sind die Effekte wesentlich geringer und andererseits kommen sowohl länderspezifische als auch geschlechtsspezifische Unterschiede zum Tragen. Der Eintritt ins Erwerbsleben hat für die jüngere Generation in Spanien etwas verspätet stattgefunden, in Österreich und Schweden ist nur für junge Männer ein aufschiebendes Verhalten erkennbar. Hinsichtlich des Auszugs aus dem Elternhaus ist wiederum nur in Spanien bei den jüngeren Kohorten eine eindeutig aufgeschobene Entwicklung festzustellen. Während in Schweden die jüngeren und älteren Kohorten ungefähr im selben Alter den elterlichen Haushalt verlassen haben, sind in Österreich die jüngeren

Kohorten – vor allem die Frauen - sogar früher von Zuhause ausgezogen als dies die um 15-20 Jahre ältere Vergleichsgruppe getan hat. Als einziger Statusübergang, der bei den jüngeren Geburtskohorten in Spanien nicht zu einem späteren Zeitpunkt stattgefunden hat, ist die Beendigung der Ausbildung zu nennen. In Österreich ist lediglich ein aufschiebender Effekt bei den jungen Männern zu beobachten gewesen; bei den Frauen gab es nahezu keine Unterschiede im Verhalten der jüngeren und älteren Generation. Demgegenüber ist es in Schweden unter den jüngeren Frauen sogar zu einem entgegengesetzten Effekt gekommen, d.h. die jüngeren Schwedinnen haben ihre Ausbildung früher beendet als die älteren.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass von der jüngeren Generation nicht der gesamte Prozess des Erwachsenwerdens in ein höheres Lebensalter verlagert wird, sondern nur einzelne Teile davon. Mit Ausnahme von Spanien, wo sich der Postponement-Effekt auf alle Ereignisse außer der Ausbildung bezieht, wird in Österreich und Schweden vorwiegend der Familienbildungsprozess aufgeschoben. Für diese Entwicklung (zumindest ab den Geburtskohorten 1940) können die längeren Ausbildungszeiten als der zentrale Erklärungsfaktor für die spätere Familiengründung nicht herangezogen werden.

Tabelle 8: Ausgewählte Lebensereignisse - Anteil jener Personen in %, bei denen bis zum Alter von 25 Jahren das jeweilige Ereignis eingetreten ist, nach Geburtskohorten 1941-66

		Beendigung der Ausbildung		Auszug aus Elternhaus		Erster Job		Erste Lebensgem.		Erste Geburt	
<i>Kohorten</i>		1961-66	1941-46	1961-66	1941-46	1961-66	1941-46	1961-66	1941-46	1961-66	1941-46
Österreich	F	99,7	99,3	87,6	82,8	91,7	89,9	80,8	83,6	60,9	71,4
	M	96,5	98,8	71,3	70,8	89,4	91,3	64,1	63,5	31,7	44,5
<i>Kohorte</i>		1959	1949	1959	1949	1959	1949	1959	1949	1959	1949
Schweden	F	78,5	74,4	97,8	97,3	94,0	94,0	84,1	87,7	45,4	62,4
	M	80,6	86,5	93,7	93,4	92,4	94,0	68,7	73,7	27,0	39,7
<i>Kohorten</i>		1960-65	1950-55	1960-65	1950-55	1960-65	1950-55	1960-65	1950-55	1960-65	1950-55
Spanien	F	89,8	84,8	72,0	78,1	80,4	82,5	69,9	76,1	46,1	58,2
	M	92,1	84,0	50,4	62,1	94,8	96,2	46,7	56,3	20,3	36,1

Quelle: UNECE/PAU: FFS Standard Country Reports Austria, Spain and Sweden;

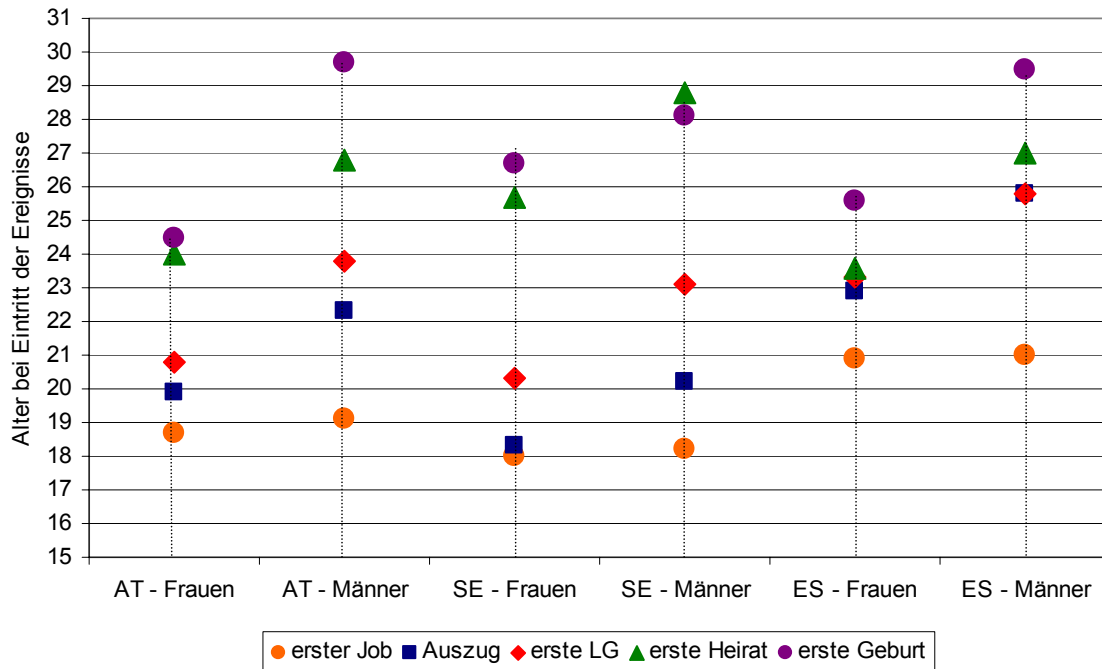
Datenerhebung in Österreich 1995/96, in Schweden 1992/93 und in Spanien 1995

Ein weiterer, wichtiger Punkt ist die zeitliche Verortung der einzelnen Ereignisse in den Lebensläufen. Sie gibt darüber Aufschluss, in welcher Abfolge und welchem zeitlichen Abstand jene Schritte im individuellen Lebenslauf realisiert werden. Dadurch lässt sich auch

feststellen, in welchem Alter der Familienbildungsprozess begonnen wird. Denn der Zeitpunkt der ersten Geburt lässt gewisse Rückschlüsse auf die Anzahl der potentiellen weiteren Kinder zu. So würde ein höheres Erstgebäralter, eine niedrigere Wahrscheinlichkeit für eine höhere Anzahl von weiteren Kindern implizieren.

Dieser Frage wird in der folgenden Abbildung nachgegangen, wobei hier aufgrund unrealistischer Zahlen die Ausbildungsbiographie ausgespart wird (vgl. *Liefbroer*, 2005). Bezug genommen wird auf die Geburtskohorten der Jahre 1958-62. Dabei zeigt sich ein relativ heterogenes Bild. Am augenfälligsten ist zunächst, dass in allen drei Ländern die untersuchten Übergänge in den Biographien der Männer deutlich später stattfinden als in jenen der Frauen. Mit Ausnahme des Eintritts ins Erwerbsleben gilt dies gleichermaßen für alle Statusübergänge. Des Weiteren leicht ersichtlich ist die in Österreich und Schweden gegebene zeitliche Trennung zwischen den Ereignissen, welche die Familienbildung im engeren Sinne (d.h. Heirat und Geburt) markieren und den anderen deutlich früher stattfindenden Ereignissen. Besonders offensichtlich ist dies in Schweden, wo zwischen der Bildung der ersten Lebensgemeinschaft und der ersten Heirat im Durchschnitt fünf Jahre liegen. In Spanien ist diese Teilung der biographischen Dimensionen nicht gegeben. Hier fallen der Auszug aus dem Elternhaus, die Bildung der ersten Lebensgemeinschaft und die erste Heirat zusammen. Zeitlich abgehoben sind als erster Statusübergang der Beginn einer ersten Erwerbstätigkeit und als letzter die Geburt des ersten Kindes. Auch wenn in Spanien die erste Lebensgemeinschaft vergleichsweise spät eingegangen wird, so folgen die Statusübergänge der Familienbildung zeitlich rascher aufeinander als dies in Österreich oder Schweden der Fall ist.

Abbildung 18: Mittleres Alter beim Eintritt einzelner Lebensereignisse, nach Geburtskohorten 1958-62



Quelle: Liefbroer (2005) basierend auf den FFS-Daten– eigene Darstellung;

Interessant ist in diesem Zusammenhang die genauere Betrachtung des zeitlichen Abstands zwischen einerseits der ersten Erwerbstätigkeit bzw. der Bildung der ersten Lebensgemeinschaft und andererseits der Geburt des ersten Kindes. Die nachfolgende Tabelle macht das bereits Gesagte noch etwas deutlicher. Der Eintritt ins Erwerbsleben und die Geburt eines Kindes sind zeitlich relativ weit auseinander liegende Ereignisse im Lebenslauf eines jungen Menschen. Während bei den Frauen der Abstand zwischen den beiden Statusübergängen bei rund 7-8 Jahren liegt, vergehen bei den Männern rund 10-11 Jahre zwischen dem ersten Job und dem ersten Kind. Bei österreichischen Frauen ist die Zeitspanne um ein bis eineinhalb Jahre kürzer als bei schwedischen oder spanischen Frauen. Die Männer weisen in allen drei Ländern ein homogenes Bild auf.

Anders sieht es bezüglich der Zeitspanne zwischen dem Beginn der ersten Lebensgemeinschaft und der Geburt des ersten Kindes aus. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede werden kleiner, wohingegen die länderspezifischen Unterschiede zunehmen. So variieren die Abstände zwischen diesen beiden Ereignissen von 1,5 Jahren (Spanische Frauen) bis 5,2 Jahren (Schwedische Männer). Insgesamt lassen junge Menschen in Schweden am meisten Zeit zwischen der ersten Lebensgemeinschaft und der Geburt ihres

ersten Kindes vergehen – nämlich rund 5 Jahre. Wie bereits festgestellt, liegen die Ereignisse in Spanien mit rund 2 Jahren zeitlich enger beisammen.

Tabelle 9: Dauer zwischen erstem Erwerbseintritt bzw. erster Lebensgemeinschaft und der Geburt des ersten Kindes, nach Geburtskohorten 1958-62

	Österreich		Schweden		Spanien	
	<i>in Jahren</i>					
1. Erwerb						
>> Geburt 1. Kind	6,8	10,4	8,4	10,9	8,0	10,7
1. Lebensgemeinschaft						
>> Geburt 1. Kind	3,1	3,8	4,9	5,2	1,5	2,3

Quelle: Liefbroer (2005) basierend auf den FFS-Daten;

5.2.4 Bildungsbeteiligung und Bildungsniveau

Die Vergleichbarkeit der Bildungssysteme in verschiedenen Ländern stellt grundsätzlich eine Schwierigkeit dar. Durch die von der UNESCO eingeführte Klassifizierung von Schultypen bzw. Schulsystemen nach dem ISCED-Standard⁷ und deren laufende Anpassung an Veränderungen in den einzelnen Ländern wurde der Versuch einer weitgehenden Homogenisierung unternommen. Alle Datenproblematiken konnten damit jedoch nicht aus dem Weg geräumt werden und so stellt das Wissen um die Besonderheiten der jeweiligen Bildungssysteme eine wichtige Interpretationshilfe bei der Analyse dar.

In Österreich, Schweden und Spanien ist die öffentliche Schulbildung kostenlos. Die allgemeine Schulpflicht dauert in Österreich und Schweden neun Jahre (vom 6. bis zum 15. Lebensjahr bzw. vom 7. bis zum 16. Lebensjahr) und in Spanien zehn Jahre (vom 6. bis zum 16. Lebensjahr). Während nach der Schulpflicht in Österreich neben weiterführenden Schulen auch die Möglichkeit zu einer zweigleisigen Ausbildung in Berufsschule und Betrieb (duales System der Berufsausbildung) besteht, muss in Schweden und Spanien die Wahl getroffen werden zwischen einer Berufsausbildung oder weiterführenden Schulen.

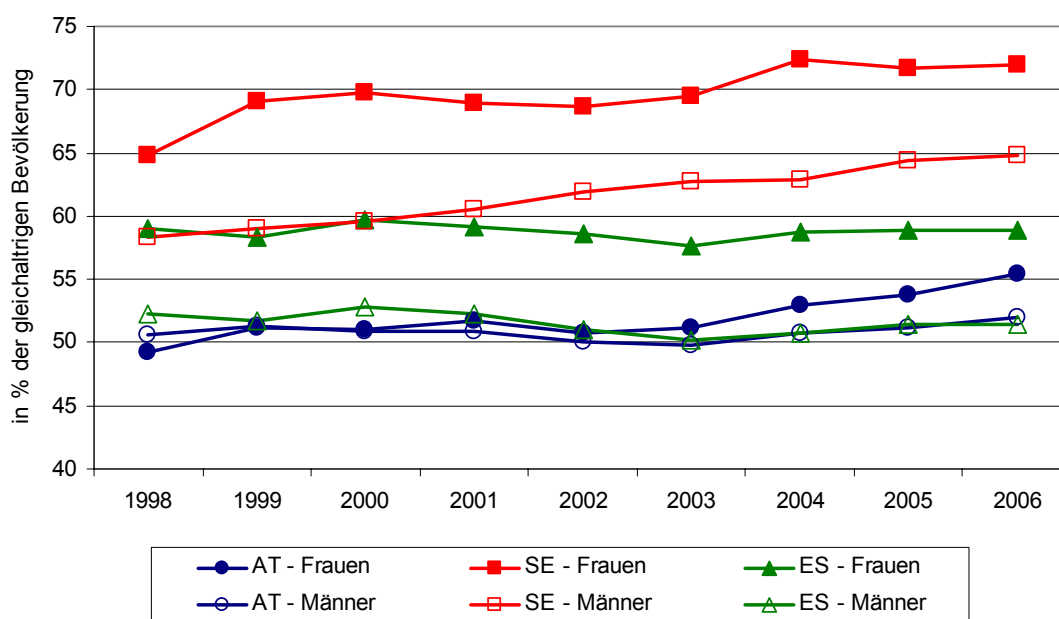
Nach dieser kurzen Beschreibung der Bildungssysteme geht es nun um die Bildungsbeteiligung von jungen Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren in Österreich,

⁷ ISCED bedeutet *International Standard Classification of Education*. Die Klassifizierung wurde erstmals in den 1970er Jahren verwendet. Es wird allgemein zwischen 7 Bildungsstufen unterschieden, wobei 0 die vorschulische und 6 die universitäre Ausbildung umfasst. Um den Veränderungen in den jeweiligen

Schweden und Spanien. Leider existieren vergleichbare Daten nur bis zum Jahr 1998 zurück, was das Aufzeigen eines längerfristigen Trends kaum möglich macht.

In Österreich ist die Teilnahme am Bildungssystem im Vergleich zu den anderen beiden Ländern am niedrigsten. Sie schwankt im gesamten Untersuchungszeitraum zwischen 49 und 56%. Eine ähnlich niedrige Bildungsbeteiligung haben nur junge Männer in Spanien. Der eindeutig höchste Anteil an in Ausbildung befindlichen Personen ist unter jungen Frauen in Schweden zu finden. Hier sind im Jahr 2006 72% in Ausbildung. Während in Österreich die Bildungsbeteiligung von jungen Frauen und Männern im Alter von 15-24 Jahren anteilmäßig in etwa gleich ist, haben Frauen sowohl in Schweden als auch in Spanien eine rund 7-10 Prozentpunkte höhere Bildungsbeteiligung als Männer aufzuweisen.

Abbildung 19: Bildungsbeteiligung im Alter von 15-24 Jahren (ISCED 1-6)



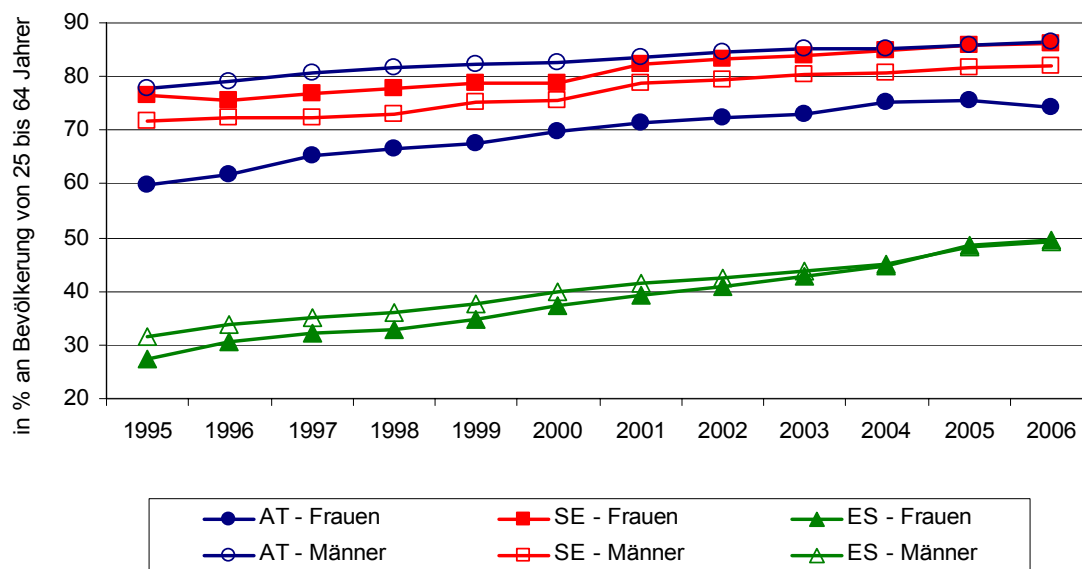
Quelle: EUROSTAT Datenbank 2008 - eigene Berechnungen;

Neben der Bildungsbeteiligung ist natürlich auch das höchste erreichte Bildungsniveau von Bedeutung für die gegenständliche Fragestellung. Hier geht es nicht nur um die jungen Menschen in einem Land, sondern um das generelle Bildungsniveau. Insofern wird auf die Bevölkerung im Alter zwischen 25 und 64 Jahren Bezug genommen. Streng genommen müsste hier eine Einschränkung auf die Bevölkerung im fertilen Alter vorgenommen werden. Dies ist jedoch aus datentechnischen Gründen nicht möglich.

Bildungssystemen Rechnung zu tragen, wurden im Laufe der Zeit zusätzliche Untergliederungen eingeführt.

Die nachfolgende Abbildung zeigt den Anteil der 15- bis 64jährigen Personen mit Matura von 1995 bis 2006. Dabei wird das große Bildungsgefälle zwischen Spanien und den beiden anderen Ländern ersichtlich. Dies mag möglicherweise auch zum Teil auf einen Generationeneffekt zurückzuführen sein. In Spanien haben im Jahr 2006 rund 49% der Personen einen Maturaabschluss; die Zahlen für Österreich und Schweden liegen zwischen 74% (österreichische Frauen) und 87% (österreichische Männer). In allen drei Ländern ist im Zeitverlauf eine deutliche Zunahme des Anteils an Personen mit Matura zu verzeichnen. Dieser Trend ist bei Frauen ausgeprägter als bei Männern.

Abbildung 20: Anteil von Personen im Alter von 25 bis 64 Jahren, die zumindest einen höheren Sekundarabschluss erreicht haben ("Maturaniveau")



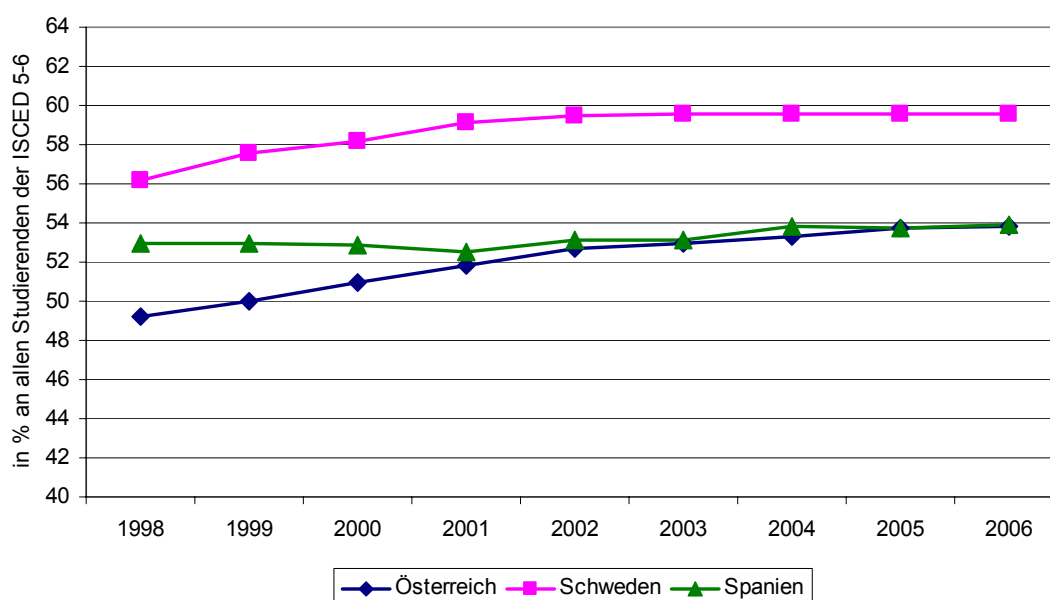
Quelle: EUROSTAT Datenbank 2008 - eigene Berechnungen;

Die in den letzten Jahren stark gestiegene Bildungsbeteiligung von Frauen ist in der Diskussion über die Geburtenentwicklung ein vieldiskutierter Aspekt. Wie schon an anderer Stelle beschrieben, läuft die Argumentation größtenteils auf den Zusammenhang zwischen höherem Bildungsabschluss und dadurch steigenden Opportunitätskosten der Kindererziehung im Falle einer Elternschaft hinaus.

Daher stellt sich die Frage nach der Bildungsbeteiligung von Frauen im tertiären Ausbildungsbereich. Zu diesem Zweck wird im Folgenden der Anteil der weiblichen Studierenden in universitätsnahen Ausbildungsgängen (ISCED 5), wie z.B. Akademien oder Fachhochschulen, oder an Universitäten (ISCED 6) zwischen 1998 und 2006 dargestellt.

In Spanien ist in den letzten 10 Jahren das Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen Studierenden relativ stabil geblieben, während in Österreich und in Schweden der Anteil von Frauen im tertiären Bildungsbereich kontinuierlich angestiegen ist. Insgesamt ist in Schweden der Anteil an weiblichen Studierenden vergleichsweise am größten. Im Jahr 2006 lag er bei knapp 60%; in Österreich und Spanien studierten im selben Jahr 54% Frauen. Nimmt man also den gesamten tertiären Bereich zusammen (d.h. Akademien, Fachhochschulen und Universitäten), so haben junge Frauen anteilmäßig junge Männer bereits überholt. Dies hängt mit dem höheren Anteil von Frauen in Akademien zusammen. Es ist jedoch die Tendenz erkennbar, dass in den nächsten Jahren auch im universitären Bereich der Frauenanteil den Männeranteil übersteigen wird.

Abbildung 21: Weibliche Studierende (ISCED 5-6), in % an allen Studierenden dieser Stufe



Quelle: EUROSTAT Datenbank 2008 - eigene Berechnungen;

5.2.5 Eheschließungen und Ehescheidungen

Der folgende Abschnitt widmet sich jenen fertilitätsrelevanten Indikatoren und ihren Ausprägungen in den drei zu untersuchenden Ländern, die im Zusammenhang mit der Eheschließung und der Bildung von Lebensgemeinschaften einerseits und der Ehescheidung andererseits stehen.

Zunächst wird die einfachste Maßzahl zur Beschreibung des Heiratsverhaltens – nämlich die Zahl der Eheschließungen pro Jahr - herangezogen. Dieser Indikator ist – wie auch die Zahl der Lebendgeburten – relativ großen Verzerrungseffekten unterworfen und hat nur

bedingte Aussagekraft. Gerade im Ländervergleich ist jedoch die größenmäßige Einordnung der einzelnen Länder ein wichtiger Punkt. Daher finden sie auch Eingang in die folgenden Ausführungen.

Wenngleich in unregelmäßigem Verlauf, so ist doch in allen drei Ländern der prinzipielle Trend des Rückgangs an Eheschließungen über die letzten Jahrzehnte hinweg deutlich zu erkennen. Ebenfalls festzustellen sind die mehr oder weniger starken Schwankungen von einer Fünfjahres-Periode zur nächsten. Daher sei nochmals betont, dass es hier primär um die Feststellung eines Entwicklungstrends geht und nicht um eine prozentmäßige Festlegung.

Tabelle 10: Eheschließungen pro Jahr, in Tausend

	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006
Österreich	58,5	56,7	52,8	46,5	46,4	44,9	45,2	42,9	39,2	39,2	36,9
Schweden	50,1	60,0	43,3	44,1	37,6	38,3	40,5	33,6	39,9	44,4	45,6
Spanien	236,9	228,3	248,2	271,3	220,7	199,7	220,5	200,7	216,5	209,1	211,9 ^s

Quelle: EUROSTAT Datenbank 2006 - eigene Berechnungen; ^s = Schätzung EUROSTAT

Während sich in Spanien die unstete Entwicklung bezogen auf die Zahl der Eheschließungen auch seit dem Jahr 2000 fortsetzt, ist vor allem in Schweden zwischen 2001 und 2005 ein kontinuierlicher Aufwärtstrend in den Eheschließungen zu verzeichnen. Für Österreich gilt dies ebenfalls, jedoch in geringerem Ausmaß.

Ein um Effekte der Altersstruktur bereinigter Indikator ist die Gesamterstheiratsrate (TFMR - Total First Marriage Rate)⁸ die im Folgenden beschrieben wird⁹. Der Rückgang der Heiratsneigung in Österreich und Schweden seit 1965 und in Spanien seit 1975 ist in der Abbildung ersichtlich. Mit Ausnahme von Spanien liegt die Gesamterstheiratsrate für Frauen insgesamt etwas höher als die der Männer.

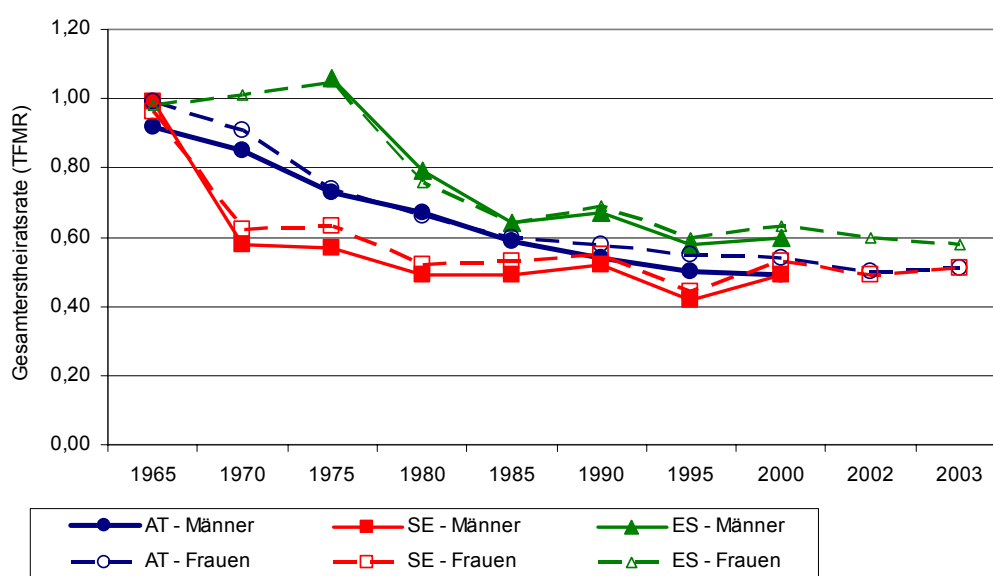
Von 1965 bis 1995 sank in Österreich die TFMR für Frauen von 0,99 auf 0,55 und in Schweden von 0,96 auf 0,53. Damit hat sich die Erstheiratshäufigkeit von Frauen nahezu halbiert. In Spanien kam es bei den Frauen zu einer ähnlichen Entwicklung, jedoch in etwas schwächerem Ausmaß. Hier lag im Jahr 1965 die Erstheiratshäufigkeit von Frauen bei 0,98;

⁸ Summe aller altersspezifischen Erstheiratsraten bis zum 50. Lebensjahr

⁹ Für die männliche Population in Spanien liegen vergleichbare Daten erst ab 1975 vor; die Daten nach 2000 beziehen sich nur auf die weibliche Gesamterstheiratsrate.

bis 1995 ist sie auf 0,63 gesunken. Hinsichtlich des Heiratsverhaltens von Männern zeigt sich ein analoges Bild: in Österreich ist die TFMR für Männer von 0,92 auf 0,50 gefallen, in Schweden von 0,99 auf 0,42 und in Spanien von einem noch höheren Ausgangswert (1,06 im Jahr 1975) auf 0,58 im Jahr 1995. Seit Ende der 1990er Jahre scheint jedoch in allen drei Ländern das rapide Absinken der Gesamterstheiratsrate etwas gebremst. Bezogen auf die weibliche Gesamterstheiratsrate seit 2000 ist de facto in Schweden und Österreich eine leicht ansteigende Tendenz der Erstheiratshäufigkeit zu verzeichnen.

Abbildung 22: Gesamterstheiratsrate (TFMR) für Frauen und Männer



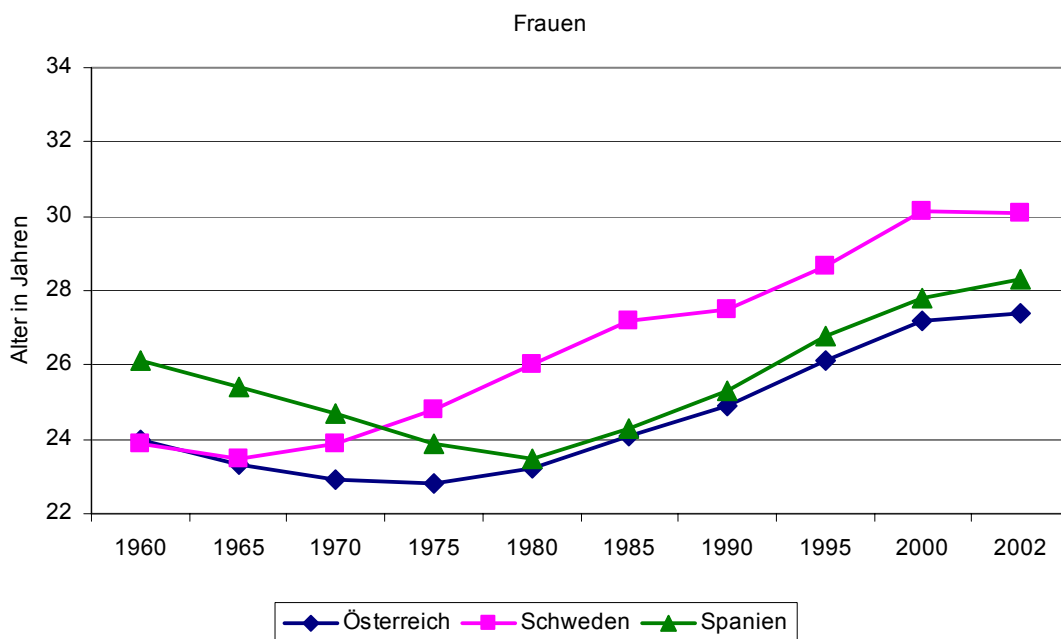
Quelle: EUROSTAT Datenbank 2008 - eigene Berechnungen; Council of Europe 2004: TFMR für Frauen ab 2000;

Wann gehen nun junge Menschen in Österreich, Schweden und Spanien eine eheliche Lebensgemeinschaft ein? Zunächst lässt sich für alle drei Länder gleichermaßen festhalten, dass Frauen durchschnittlich um zwei bis zweieinhalb Jahre früher heiraten als dies Männer tun. In Österreich liegt das durchschnittliche Erstheiratsalter am niedrigsten: 2002 haben Frauen mit 27,4 und Männer mit 29,9 Jahren zum ersten Mal geheiratet. Die dementsprechenden Werte für Schweden liegen bei 30,1 für Frauen und 32,5 für Männer; für Spanien bei 28,3 für Frauen und 30,2 für Männer.

Analog zu den das Gebäralter betreffenden Entwicklungen zeigt sich auch bei der Eheschließung der Trend zum zeitlichen Aufschub in ein höheres Lebensalter. Wiederum existieren jedoch Länderunterschiede, was den Beginn dieser Entwicklung betrifft. Hier setzt - nach einer langen Periode, in der junge Frauen und Männer zunehmend früher geheiratet

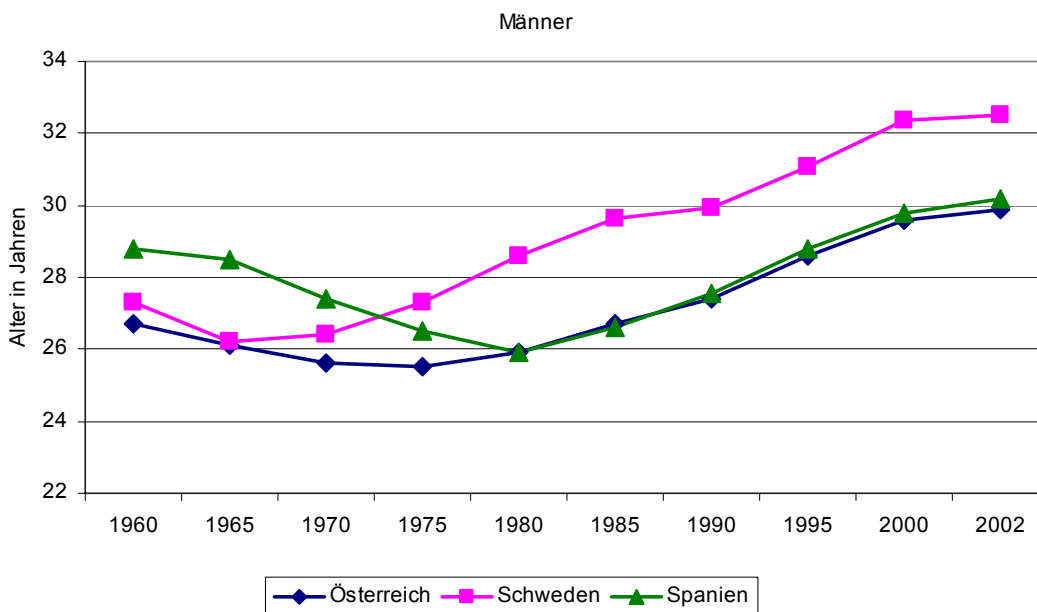
haben – die Trendumkehr 1980 ein. Zu diesem Zeitpunkt ist die Entwicklung in Schweden schon seit rund 15 Jahren im Gange. Interessant ist, dass in Österreich der Anstieg des Erstheiratsalters zwar um einige Jahre früher als in Spanien, aber dennoch deutlich später als in Schweden eingesetzt hat. Generell ist für jenen Indikator eher Schweden als Sonderfall zu betrachten als Spanien. Während seit Beginn der 1980er Jahre die Entwicklung auf einem deutlich höheren Niveau stattfindet, stellt sich der Verlauf in Österreich und Spanien nahezu identisch dar. Lediglich in den letzten Jahren ist das Ersteheschließungsalter für Frauen in Spanien etwas deutlicher gestiegen als in Österreich.

Abbildung 23a: Durchschnittliches Erstheiratsalter für Frauen



Quelle: EUROSTAT Datenbank 2008 - eigene Berechnungen;

Abbildung 23b: Durchschnittliches Erstheiratsalter für Männer



Quelle: EUROSTAT Datenbank 2008 - eigene Berechnungen;

5.2.6 Erwerbstätigkeit

Der Stellenwert der Erwerbstätigkeit im Zusammenhang mit der Fertilitätsentwicklung wurde bereits ausführlich beschrieben. Gemeinsames Merkmal der diesbezüglichen Forschungsliteratur ist die Annahme, dass die Teilnahme am Erwerbsleben und die Elternschaft zwei Lebensaufgaben sind, die gegensätzlichen Logiken gehorchen und daher schwer zu vereinbaren sind.

Während die theoretischen Arbeiten die Auswirkungen der Erwerbsbeteiligung sowohl für Frauen als auch Männer thematisieren, wird in den empirischen Forschungsarbeiten vielfach ausschließlich auf Frauen Bezug genommen. In einer Gesellschaft, in der die Vereinbarkeitsfrage von Elternschaft und Erwerbstätigkeit jedoch zu einer zwischen den Partnern zu lösenden Angelegenheit geworden ist, greift eine ausschließlich an den Frauen orientierte Betrachtung zu kurz. In den folgenden Ausführungen werden die Indikatoren zur Erwerbstätigkeit für beide Geschlechter dargestellt.

Die Überblickstabelle zeigt für das Jahr 2005 die Beschäftigtenquote, die Zahl der Teilzeitbeschäftigten und die Arbeitslosenquote für die Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren. Die Beschäftigtenquote liegt für Männer in allen drei Ländern auf demselben Niveau (rund 75%). Die weibliche Beschäftigung liegt außer in Schweden deutlich darunter: in Österreich bei 62% und in Spanien bei 51%. Teilzeitbeschäftigt sind überwiegend Frauen:

österreichische und schwedische Frauen arbeiten zu rund 39% Teilzeit, in Spanien sind es 24%. Die Vergleichswerte der Männer liegen hingegen bei rund 5% (Spanien), rund 6% in Österreich und rund 12% in Schweden. Damit ist die Zahl der teilzeitbeschäftigten Männer in Schweden mehr als doppelt so hoch als in den beiden anderen Ländern. Von Arbeitslosigkeit betroffen sind besonders spanische Frauen. Deren Arbeitslosenquote liegt bei 12%, während der Anteil an arbeitslosen Frauen in Österreich bei rund 6% und in Schweden bei rund 8% liegt. In Österreich und Schweden sind Männer in einem ähnlichen Ausmaß wie Frauen mit Arbeitslosigkeit konfrontiert. Insgesamt hat Österreich die niedrigsten Arbeitslosigkeitsquoten im Ländervergleich. Mit Ausnahme der deutlich höheren Arbeitslosigkeit von spanischen Frauen liegen Spanien und Schweden auf ungefähr gleichem Niveau.

Tabelle 11: Kennziffern zur Erwerbstätigkeit

	Jahr	Österreich		Schweden		Spanien	
<i>nach Geschlecht</i>		F	M	F	M	F	M
Beschäftigtenquote (15-64) <i>in % der gleichaltrigen Bevölkerung</i>	2005	62,0	75,4	70,4	74,4	51,2	75,2
Teilzeitbeschäftigte <i>in % der Beschäftigten</i>	2005	39,3	6,1	39,6	11,5	24,2	4,5
Arbeitslosenquote <i>in % aller Erwerbspersonen</i>	2005	5,5	4,9	7,7	7,9	12,2	7,0

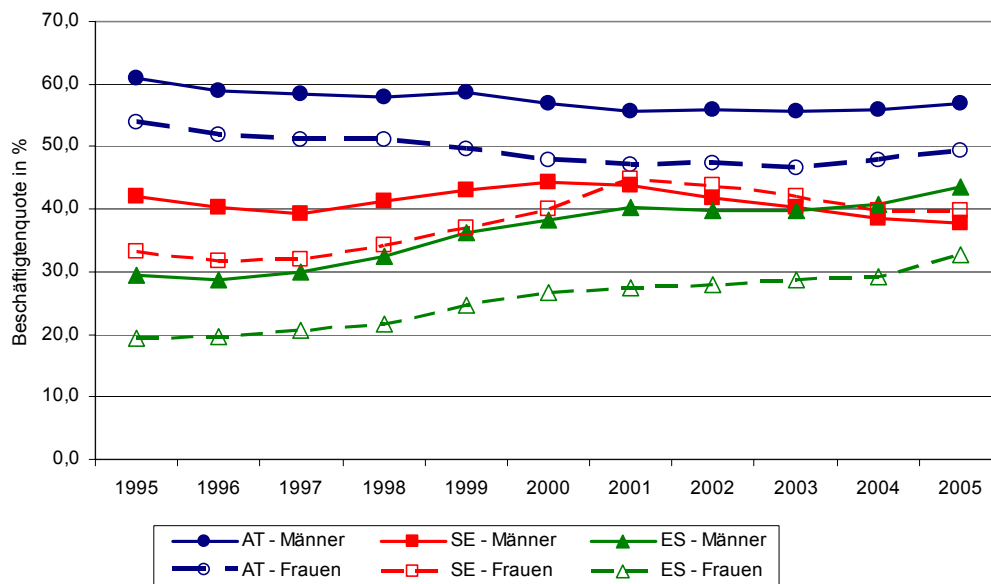
Quelle: EUROSTAT Datenbank 2006 - eigene Berechnungen;

Die anschließende Betrachtung im Zeitverlauf gibt weiteren Aufschluss über die Verhältnisse in den untersuchten Ländern. Dabei wird der Zeitraum von 1995 bis 2005 betrachtet und auf die Gruppe der 15- bis 24jährigen Personen fokussiert.

Hierbei sind ganz gravierende länderspezifische Unterschiede festzustellen. Im Jahr 2005 variieren die Beschäftigtenquoten von jungen Menschen von 57% (österreichische Männer) bis 33% (spanische Frauen). Trotz dieser großen Spannweite ist im Zeitverlauf eine gewisse Nivellierungstendenz über die Länder hinweg zu erkennen, denn die Länderunterschiede betrugen im Jahr 1995 noch bis zu 40%.

Junge Männer sind in Österreich und Spanien zu einem größeren Anteil beschäftigt als Frauen im selben Alter. In Schweden hingegen hat sich dies in den letzten fünf Jahren geändert: 15- bis 24jährige Frauen haben eine um rund zwei Prozentpunkte höhere Beschäftigtenquote als gleichaltrige Männer.

Abbildung 24: Beschäftigtenquote der Personen im Alter von 15 bis 24 Jahren in % der gleichaltrigen Bevölkerung, nach Geschlecht



Quelle: EUROSTAT Datenbank 2008 - eigene Berechnungen;

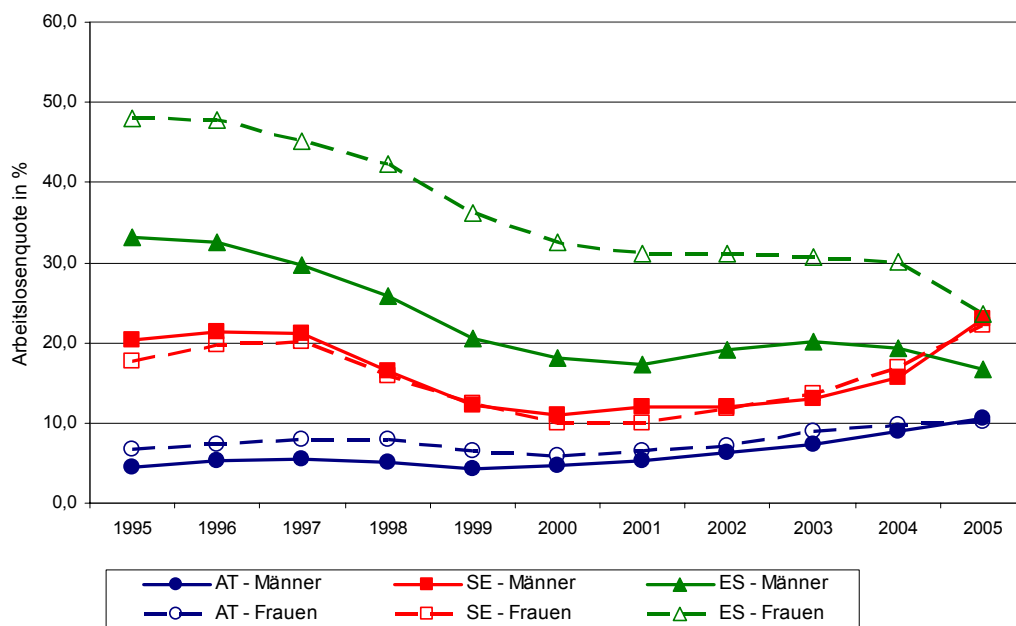
Wie sieht nun die Situation von jenen jungen Menschen aus, die sich nicht mehr in Ausbildung befinden und auch nicht beschäftigt sind? Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit stellt einen Faktor dar, der negative Auswirkungen auf die Familiengründung hat. Wenn jungen Menschen die Verortung im Erwerbssystem nicht gelingt, wird sich für sie die Frage der Elternschaft fürs Erste nicht stellen.

Insofern ist für die gegenständliche Fragestellung die Untersuchung der länderspezifischen Arbeitslosenquoten von Personen im Alter von 15 bis 24 Jahren von Relevanz. Wie Abbildung 25 zeigt gab es zwischen 1995 und 2000 eine äußerst positive Entwicklung – vor allem in Spanien: hier ist die Arbeitslosenquote von jungen Menschen um 15 Prozentpunkte zurückgegangen. Aber auch in Schweden ist in dieser Periode ein Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. In Österreich sind die Quoten auf niedrigem Niveau stabil geblieben. Der Beginn des neuen Jahrtausends hat eine Trendumkehr mit sich gebracht: In allen drei Ländern ist die Arbeitslosigkeit von 15- bis 24jährigen Personen wieder leicht angestiegen. Im Gegensatz zu Österreich und Schweden ist von 2004 auf 2005 in Spanien die Arbeitslosenquote wieder gesunken.

Über die gesamte Untersuchungsperiode hinweg waren junge Menschen in Spanien am meisten von Arbeitslosigkeit betroffen – und hier vor allem junge Frauen, deren Arbeitslosenquote 1995 bei 48% lag. Die außerordentlich positive Entwicklung der letzten

zehn Jahre hat dazu geführt, dass im Jahr 2005 Spanien und Schweden bei der Jugendarbeitslosigkeit gleichauf gelegen sind bzw. dass junge Männer in Schweden in höherem Ausmaß von Arbeitslosigkeit betroffen sind als in Spanien. Mit rund 10% hat Österreich nach wie vor die vergleichsweise geringste Arbeitslosenquote von 15 bis 24jährigen Personen zu verzeichnen.

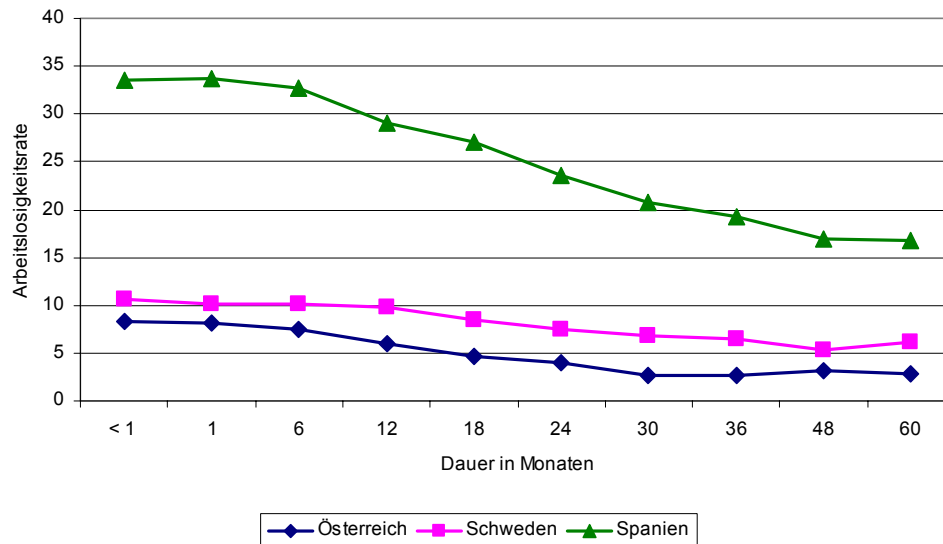
Abbildung 25: Arbeitslosenquote von Personen im Alter von 15 bis 24 Jahren in % aller gleichaltrigen Erwerbspersonen, nach Geschlecht



Quelle: EUROSTAT Datenbank 2008 - eigene Berechnungen;

Ausgehend von der These, dass die zeitlich rasche Aufeinanderfolge zwischen Ausbildungsende und Beginn einer Erwerbstätigkeit eine die Familiengründung begünstigende Voraussetzung ist, wird im Folgenden die Arbeitslosenquote nach Beendigung der Erstausbildung im Monaten dargestellt.

**Abbildung 26: Arbeitslosigkeitsrate nach Beendigung der ununterbrochenen
Erstausbildung, in Monaten**



Quelle: EUROSTAT Datenbank 2008 - eigene Berechnungen;

5.2.7 Einkommenssituation und Armutsgefährdung

Der nächste Abschnitt widmet sich der Frage, in welchen finanziellen Verhältnissen die Menschen in Österreich, Schweden und Spanien leben. Um den Ländervergleich von finanziellen Indikatoren überhaupt möglich zu machen, muss auf eine international vergleichbare Einheit Bezug genommen werden. Zur Darstellung von volkswirtschaftlichen Größen wie etwa dem Bruttoinlandsprodukt werden im Allgemeinen Kaufkraftstandards (KKS) als Einheit verwendet. Die Einkommensgrößen privater Haushalte werden bei Eurostat mit der Konsumkomponente der KKS umgerechnet, die als Kaufkraftkonsumstandards (KKKS) bezeichnet werden.

Als zentrale Indikatoren zur Beschreibung der finanziellen Situation werden im Folgenden das Primäreinkommen, das verfügbare Einkommen und die Armutsgefährdungsquote vor und nach sozialen Transfers herangezogen. Das *Primäreinkommen* von privaten Haushalten ist definiert als der Saldo des erwirtschafteten Einkommens abzüglich der zu zahlenden Zinsen. Das *verfügbare Einkommen* errechnet sich als die Summe von Primäreinkommen, monetären Transfers und Sozialleistungen abzüglich der zu zahlenden Steuern, Sozialbeiträge und anderen Transfers. Als *armutsgefährdet* gelten jene Personen, die weniger als 60% des medianen Nettoäquivalenzeinkommens zur Verfügung haben. Die Armutsgefährdungsquote stellt dementsprechend den Prozentanteil jener Personen an der gesamten Bevölkerung dar, deren verfügbares Äquivalenzeinkommen unter dieser Armutsgefährdungsschwelle liegt.

Die folgende Tabelle zeigt die oben beschriebenen finanziellen Indikatoren für die Jahre 2003 bzw. 2004. Österreich liegt sowohl bezüglich des Primäreinkommens als auch des verfügbaren Einkommens an erster Stelle. Während in Spanien das Primäreinkommen niedriger als in Schweden ist, dreht sich die Situation für das verfügbare Einkommen um. Dies ist primär auf die hohe Steuerquote in Schweden zurückzuführen.

Was prekäre Einkommensverhältnisse betrifft, so ist die höchste Armutsgefährdungsquote vor sozialen Transfers in Schweden festzustellen. Jedoch zeigen hier auch die großzügig gewährten Sozialleistungen die größte Wirkung. Während die Armutsgefährdungsquote vor sozialen Transfers bei 30% liegt, sinkt sie nach sozialen Transfers auf 11%. Im Vergleich dazu sind 25% (vor sozialen Transfers) respektive 20% (nach sozialen Transfers) der Spanier armutsgefährdet. Auch in Österreich zeigen die staatlichen Unterstützungen Wirkung und reduzieren die Armutsgefährdungsquote von 25% auf 13%.

Tabelle 12: Kennziffern zur finanziellen Situation

	Jahr	Österreich	Schweden	Spanien
Primäreinkommen <i>in KKKS je Einwohner</i>	2003	18.324 ¹⁰	15.982	14.645
Verfügbares Einkommen <i>in KKKS je Einwohner</i>	2003	16.279 ¹¹	12.512	12.885
Armutsgefährdungsquote vor sozialen Transfers <i>in %</i>	2004	25	30	25
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers <i>in %</i>	2004	13	11	20

Quelle: EUROSTAT Datenbank 2008 - eigene Berechnungen;

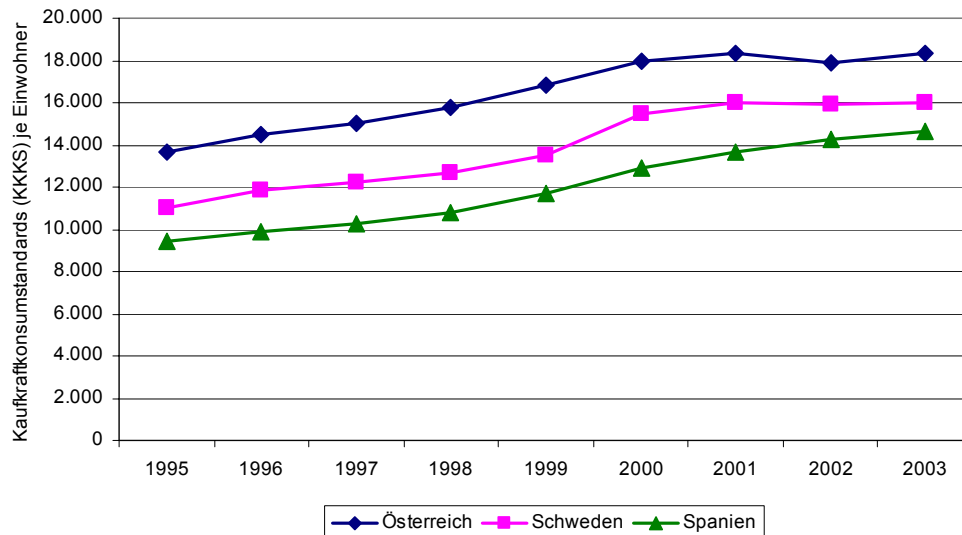
Betrachtet man die Primäreinkommen und die verfügbaren Einkommen im Zeitverlauf, so ist seit 1995 in allen drei Ländern eine positive Entwicklung zu erkennen. Auch wenn das Primäreinkommen den Ausgangspunkt für das verfügbare Einkommen darstellt, so liefert eine Gegenüberstellung jener beiden Einkommen Informationen hinsichtlich der staatlichen Interventionen – und zwar sowohl hinsichtlich des Abgabenniveaus als auch hinsichtlich der Transferleistungen.

Die Primäreinkommen sind über den gesamten Zeitverlauf hinweg in Österreich am höchsten und in Spanien am niedrigsten. Die Spannweite der Werte lag 1993 zwischen 9.400 KKKS und 13.700 KKS je Einwohner; 2003 zwischen 14.600 KKKS und 18.300 KKS je

¹⁰ Schätzung Eurostat

Einwohner. Sind in Österreich in der Referenzperiode die Primäreinkommen um rund 34% gestiegen, waren es in Schweden 45% und in Spanien sogar 55%.

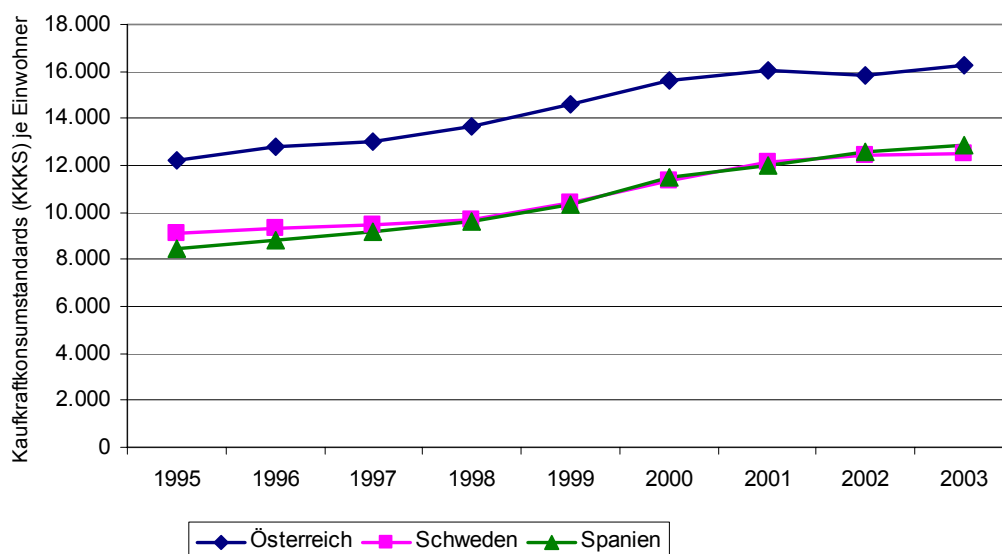
Abbildung 27: Primäreinkommen, in Kaufkraftkonsumstandards (KKKS) je Einwohner



Quelle: EUROSTAT Datenbank 2008 - eigene Berechnungen;

Für die verfügbaren Einkommen privater Haushalte zeigt sich ein ähnliches Bild. In Spanien ist auch das verfügbare Einkommen am deutlichsten angestiegen, und zwar um rund 53%. Ebenfalls analog zu den Primäreinkommen ist in Österreich die Entwicklung verlaufen (Anstieg um rund 33%). In Schweden hingegen ist der Zuwachs an verfügbarem Einkommen (rund 37%) deutlich geringer ausgefallen als bei den Primäreinkommen (s.o.45%).

Abbildung 28: Verfügbares Einkommen, in Kaufkraftkonsumstandards (KKKS) je Einwohner



Quelle: EUROSTAT Datenbank 2008 - eigene Berechnungen;

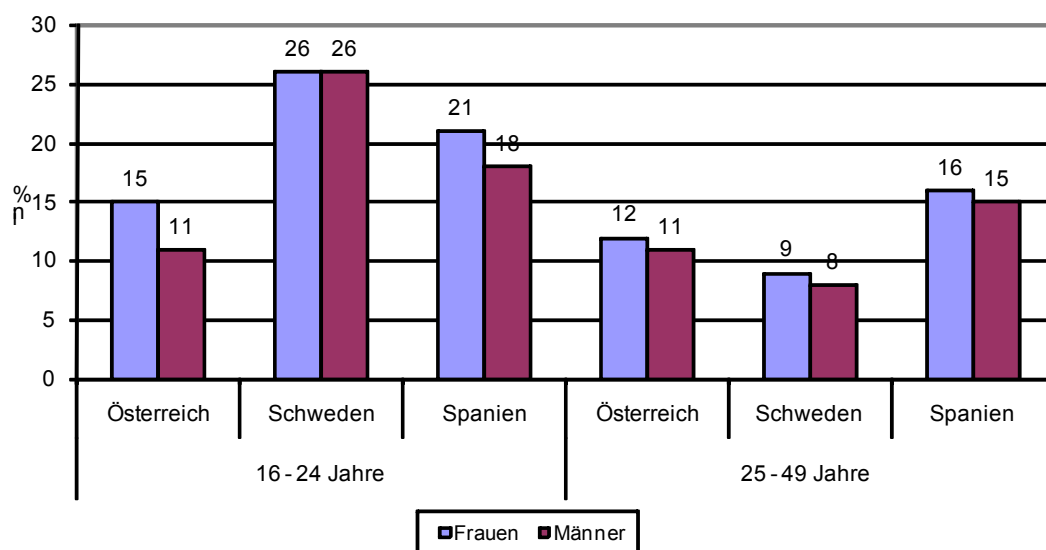
In der folgenden Abbildung wird die Armutsgefährdungsquote nach dem Alter aufgeschlüsselt. Bezogen auf die Fragestellung werden Personen im fertilen Alter verglichen – d.h. zwischen 16 und 24 Jahren einerseits und 25 und 49 Jahren andererseits.

Ganz klar zu erkennen ist die in allen drei Ländern gegebene höhere Armutsgefährdung der jüngeren Altersgruppen. Dies kann durch mehrere Faktoren erklärt werden: zunächst befinden sich die jüngeren Personen noch zu einem höheren Anteil in Ausbildung und haben kein eigenes Erwerbseinkommen. Transferzahlungen spielen in diesen Altersgruppen sicherlich eine größere Rolle. Die höhere Armutsgefährdung von jüngeren Menschen reflektiert aber auch die an den Lebenszyklus angepasste Einkommensentwicklung einer Person. Das Einkommen nimmt mit dem Einstieg ins Erwerbsleben zu, erreicht seinen höchsten Wert in etwa im Alter von 50 Jahren und sinkt bei Beginn des Ruhestandes wiederum ab.

Im Ländervergleich sind in Schweden die 16- bis 24jährige Personen mit 26% dem vergleichsweise größten Armutsrisiko ausgesetzt, in Österreich dem geringsten (Frauen: 15%, Männer 11%). In Spanien haben Frauen im selben Alter zu 21% ein unter der Armutsschwelle liegendes Einkommen und Männer zu 18%. Insgesamt sind Frauen – unabhängig von Alter und Land - zu einem höheren Prozentsatz von Armutsgefährdung betroffen als Männer.

Auch ist in Österreich der altersspezifische Unterschied in der Armutsgefährdungsquote deutlich geringer als in den beiden anderen Ländern. In Schweden sind Personen im Alter von 16 bis 24 Jahren dreimal so häufig von Armut bedroht als Personen von 25 bis 49 Jahren.

Abbildung 29: Armutsgefährdungsquote^a nach Alter, 2004



^a Grenze: 60% des medianen Äquivalenzeinkommens nach Sozialleistungen

Quelle: EUROSTAT Datenbank 2008 - eigene Berechnungen;

6. Empirische Analyse des Kinderwunsches mit QCA

Die von *Charles Ragin* entwickelte *Qualitative Comparative Analysis (QCA)* wurde für die vorliegende Arbeit als Auswertungsmethode aufgrund ihrer Mittelposition zwischen quantitativen und qualitativen Methoden sowie der Fokussierung auf mittlere Fallzahlen gewählt. Beide Voraussetzungen scheinen zur Umsetzung des zugrunde gelegten theoretischen Konzepts zielführend. Da das ursprüngliche Anwendungsgebiet dieser relativ neuen Methode die vergleichende Politikwissenschaft ist, wurde sie bis dato in geringem Ausmaß auf sozialwissenschaftliche Fragestellungen angewandt. So ist es nicht weiter verwunderlich, dass zur Thematik des generativen Verhaltens kaum QCA-basierte Arbeiten existieren. Noch schlechter sieht die Forschungslage im Zusammenhang mit dem Kinderwunsch aus: Hier hat bisher offenbar überhaupt keine wissenschaftliche Auseinandersetzung auf Basis der QCA stattgefunden.

Die vorliegende Arbeit unternimmt den Versuch, diese Lücke zu schließen und mittels qualitativ vergleichender Analyse den Kinderwunsch von Paaren zu untersuchen. Vorweg sollen in einer kurzen Einführung die grundlegenden Annahmen und Berechnungsmodelle der QCA-Methode skizziert werden. Im Anschluss daran wird das Auswertungskonzept für die Analyse der Kinderwunsch-Studie vorgestellt sowie die Durchführung der Analyse erläutert. Der Darstellung der erzielten Ergebnisse ist der letzte Abschnitt gewidmet, wobei es sich hierbei um den eher technischen Teil der Ergebnisdiskussion handelt. Die inhaltlich-interpretative Diskussion erfolgt im nächsten Kapitel.

6.1 Einführung in die Qualitative Comparative Analysis (QCA)

Die QCA stellt eine Methode zum systematischen qualitativen Fallvergleich dar. Die mathematische Grundlage liegt in der Booleschen Algebra bzw. in der Fuzzy-Algebra, die beide sehr eng mit der Mengenlehre und der Aussagenlogik verknüpft sind. Verkürzt gesagt, geht es um die Zugehörigkeit von Elementen zu Mengen und darauf aufbauende logische Beziehungen. Ausgehend von der Prämisse, dass sozialwissenschaftliche Theoriebildung weitgehend durch Verbalisierung mengentheoretischer Beziehungen geschieht, wurde QCA als Werkzeug für die fallorientierte Hypothesenentwicklung und Hypothesenprüfung konzipiert.

6.1.1 Crisp-Set-QCA und Fuzzy-Set-QCA

Die ursprüngliche Version von QCA (Crisp-Set-QCA) setzt die Dichotomisierung, d.h. die klare Zuordnung der Anwesenheit bzw. Abwesenheit von Eigenschaften, voraus. Die zu analysierenden Fälle werden nach ihrer Vollmitgliedschaft oder Nicht-Mitgliedschaft in einer dieser Mengen qualifiziert. Sozialwissenschaftliche Phänomene lassen sich jedoch nur selten in einer inhaltlich sinnvollen Weise durch Dichotomien ausdrücken. Um diesem Problem zu begegnen, wurden neben den Crisp-Sets (klassische Mengen) so genannte Fuzzy-Sets (unscharfe Mengen) eingeführt. Sie haben die Eigenschaft, dass es nicht nur vollständige Mengenmitgliedschaften gibt, sondern auch Abstufungen der Mitgliedschaft möglich sind. Konkret bedeutet das, dass Fuzzy-Sets als Mitgliedswert von Fällen in einem theoretischen Konzept jeden Wert im Intervall zwischen 0 (absolute Nicht-Mitgliedschaft) und 1 (absolute Mitgliedschaft) zulassen.

„Fuzzy-Mengen zeichnen sich also dadurch aus, dass ihre Abgrenzungen zu ihrer Umwelt nicht trennscharf sind, sondern verschiedene Zustände der Elemente (sprich: Untersuchungsfälle) zulassen. [...] Neben den beiden Endpunkten der Fuzzy-Skala (0 und 1) gibt es einen dritten qualitativen Anker, nämlich den so genannten Indifferenzpunkt (0,5), an dem wir nicht wissen, ob der interessierende Fall tendenziell eher der Vollmitgliedschaft oder der absoluten Nicht-Mitgliedschaft zuzurechnen ist.“ (Schneider & Wagemann 2007, S.177)

Die vorliegenden Analysen basieren auf ebenjener mit Fuzzy-Mengen arbeitenden Version von QCA. Da der Entscheidungsprozess für ein Kind ein vielschichtiges und oftmals nicht eindeutiges Phänomen darstellt, erscheint es wenig sinnvoll, die einzelnen Kausalbedingungen in dichotomen Werten darzustellen. So können beispielsweise die Werthaltungen gegenüber einem Leben mit Kindern kaum in „absolut vorhanden“ oder „absolut nicht vorhanden“ eingestuft werden. Hierbei gibt es in den empirischen Daten klarerweise graduelle Unterschiede, die im theoretischen Konzept und daher in der Zuordnung der einzelnen Werte ihren Niederschlag finden müssen. Dasselbe gilt auch für den zu erklärenden Outcome, d.h. es ist nicht immer klar zu sagen, ob die Entscheidung für oder gegen ein Kind gefallen ist. Die Empirie zeigt hierbei, dass es unterschiedliche Strategien gibt, sich dem Outcome anzunähern. So wird beispielsweise die Entscheidung auf einen späteren Zeitpunkt aufgeschoben oder die Entscheidung wurde zwar getroffen, die Realisierung wird jedoch vertagt.

6.1.2 Die Sichtweise von Kausalität

Das zentrale Merkmal von QCA ist es, komplexe Kausalbeziehungen auf Basis mengentheoretischer Überlegungen darstellen zu können. Hinsichtlich der kausalen Relevanz

von Bedingungen zur Erklärung eines bestimmten Ergebnisses können daher Antworten auf die folgenden drei Fragen gegeben werden:

1. Spielt eine bestimmte Bedingung eine kausale Rolle oder hat sie keinen kausalen Effekt?
2. Wenn ein kausaler Effekt bei einer Bedingung festgestellt werden kann, handelt es sich dann um eine notwendige oder eine hinreichende Bedingung?
3. Wenn eine Bedingung zwar als kausal identifiziert worden ist, aber sie weder hinreichend noch notwendig ist, in welchen Kombinationen mit anderen Bedingungen muss sie auftreten, um Teil einer hinreichenden oder notwendigen Bedingung zu sein.
(Schneider & Wagemann 2007, S.80ff.)

Auf QCA basierende Analysen stellen also grundsätzlich darauf ab, Faktoren (oder Kombinationen von Faktoren) herauszuarbeiten, die zum Zustandekommen eines zu erklärenden Phänomens beitragen. Ziel ist es hierbei, jene Kombination von Faktoren zu finden, die möglichst einfach sämtliche Untersuchungsfälle beschreibt. Die diesbezüglich kürzeste Kombination von Bedingungen, d.h. die nicht mehr weiter zu vereinfachende Lösungsformel, gilt dann als die optimale Lösung.

Der zu analysierende Fall wird als Kombination (Konfiguration) unterschiedlicher Faktoren (Bedingungen) verstanden. Die Bedingungen eines Falles bedingen sich ihrerseits gleichermaßen wie sie den Fall selbst bestimmen. Insofern kann jede einzelne Bedingung am besten im Gesamtkontext des Falles verstanden und interpretiert werden.

„Diese Ausrichtung steht in deutlichem Kontrast zu den zentralen Anliegen des konventionellen quantitativen Ansatzes, bei dem es in der Hauptsache darum geht, den „Netto-Effekt“ einer jeden unabhängigen Variablen (sprich, nur eines Aspektes eines Falles) zu untersuchen, um auf der Grundlage der fallvergleichenden Analyse die abhängige Variable zu erklären. Diese Konzentration auf den „Netto-Beitrag“ führt dazu, dass besonderes Gewicht darauf gelegt wird, die einzelnen Aspekte eines Falles eher kontextfrei zu betrachten – andernfalls wäre es schlicht unmöglich einen sinnvollen „Netto-Beitrag“ zu errechnen. Das Hauptaugenmerk der konventionellen quantitativen Forschung – die Berechnung des „Netto-Beitrages“ widerspricht dem Prinzip, das für die Einzelfall-Analyse zentral ist, nämlich dass die Wichtigkeit einer Bedingung oder eines Aspektes mit dem Fallkontext zusammenhängt.“
(Schneider & Wagemann 2007: 14f.)

6.1.3 Notwendige und hinreichende Bedingungen

Die Analyse notwendiger und hinreichender Bedingungen zum Zustandekommen eines bestimmten Resultats bildet das Grundgerüst einer QCA-Analyse. Dies trägt dem Umstand Rechnung, dass gerade in den Sozialwissenschaften Hypothesen weit verbreitet sind, die

notwenige und hinreichende Bedingungen thematisieren. Zusammengefasst geht es daher um folgende Fragen:

1. Welche Bedingungen sind *notwendig* für das zu erklärende Phänomen?
2. Welche Bedingungen sind *hinreichend* für das zu erklärende Phänomen?

Zunächst muss geklärt werden, wann eine Bedingung als notwendig und wann sie als hinreichend angesehen wird.

Eine Bedingung ist dann *notwendig*, wenn sie immer dann vorliegt, wenn auch das Ergebnis vorliegt. Es darf also kein Fall auftreten, bei dem das Ergebnis vorliegt, die Bedingung aber nicht. Ziel der Analyse notwendiger Bedingungen ist es festzustellen, ob es Fälle gibt, bei denen das Ergebnis vorliegt, die Bedingung jedoch nicht (d.h. es wird überprüft, ob es unzulässige Fälle gibt). Existieren unzulässige Fälle, dann ist die Bedingung nicht notwendig. Ist dies jedoch nicht der Fall, dann kann die Bedingung als notwendig interpretiert werden. Jene Fälle, in denen das Ergebnis nicht vorliegt, sind nicht relevant für den Test einer notwendigen Bedingung.

Eine Bedingung ist dann *hinreichend*, wenn sie für jeden Fall zu dem zu untersuchenden Ergebnis führt. Es darf also kein Fall auftreten, bei dem die Bedingung vorliegt, das Ergebnis aber nicht. Ziel der Analyse hinreichender Bedingungen ist es festzustellen, ob es Fälle gibt, bei denen die Bedingung zwar vorliegt, das Ergebnis jedoch nicht. Wenn dem so ist, dann muss die Bedingung als nicht hinreichend klassifiziert werden. Trifft dies jedoch nicht zu, dann kann die Bedingung als hinreichend eingestuft werden. Jene Fälle, in denen die Bedingung nicht vorliegt, sind nicht relevant für den Test einer hinreichenden Bedingung.

Tabelle 13: Notwendige und hinreichende Bedingungen

Analyse einer Bedingung als ...	Bedingung (X)	Outcome (Y)	Bewertung
notwendig	0	0	zulässig (wenig relevant)
	0	1	nicht zulässig
	1	0	zulässig (wenig relevant)
	1	1	Zulässig
hinreichend	0	0	zulässig (wenig relevant)
	0	1	zulässig (wenig relevant)
	1	0	nicht zulässig
	1	1	Zulässig

Quelle: Schneider & Wagemann 2007, S. 34 und S.38.- eigene Darstellung

6.1.4 Wahrheitstafeln

Das der formalen Logik entstammende Konzept der Wahrheitstafel stellt ebenfalls ein zentrales Element im Rahmen einer QCA-Analyse dar. Dies bedeutet, dass QCA-Daten in Wahrheitstafeln erfasst werden.

Vorweg ist zum besseren Verständnis auf den Unterschied zwischen einer Wahrheitstafel und einer herkömmlichen Datenmatrix einzugehen. Während in einer Datenmatrix jede Zeile einen Fall abbildet, repräsentiert jeweils eine Zeile einer Wahrheitstafel eine logisch mögliche Kombination (= Konfiguration) von Bedingungen.

Die Wahrheitstafel wird systematisch nach notwendigen und hinreichenden Bedingungen bzw. Kombinationen von Bedingungen untersucht. Ziel ist es, die in einer Wahrheitstafel enthaltenen Aussagen (d.h. den Wahrheitsgehalt einer Wahrheitstafel) zu minimieren, um so die optimalen Lösungsterme herauszuarbeiten.

Der hier üblicherweise zur Anwendung kommende Algorithmus zur Minimierung von hinreichenden Bedingungen, nennt sich Quine-McClusky-Algorithmus. Seine Funktionsweise wird im Folgenden kurz dargestellt:

„Zunächst wird von maximaler Komplexität ausgegangen. D.h. es werden alle 2^k logisch möglichen Schnittmengen der k Bedingungen, sprich jede Wahrheitstafelzeile daraufhin untersucht, ob sie zum Outcome führen. Es wird dann versucht, all jene Schnittmengen, die dieses Kriterium erfüllen und somit hinreichend für das Outcome sind, in verkürzter und somit weniger komplexer, aber logisch äquivalenter Weise darzustellen.“ (Schneider & Wagemann, 2007: 64)

6.1.5 Konsistenz und Abdeckung

Mithilfe dieser beiden Parameter kann die Güte der Analyse quantitativ bewertet werden, d.h. es können Aussagen über die Genauigkeit und Stärke der einzelnen Bedingungen gemacht werden. Gleichzeitig können aber auch Abweichungen von deterministischen Kausalstrukturen erfasst werden. Da Konsistenz- und Abdeckungsmaß als Wahrscheinlichkeiten interpretiert werden können, sind sie als probabilistische Maßzahlen zu qualifizieren.

„Es ist in den Sozialwissenschaften eher unwahrscheinlich, deterministische Aussagen treffen zu können. Um in QCA ‚possibilistische‘ Abweichungen der empirischen Beobachtungsdaten von formal-logischen Strukturen möglich zu machen, wurden die Parameter der Konsistenz und der Abdeckung entwickelt. Beide Parameter existieren sowohl für die Evaluation notwendiger als auch hinreichender Bedingungen.“ (Schneider & Wagemann 2007: 100)

Beim Konsistenzmaß handelt es sich um einen Parameter, der angibt, welcher Prozentsatz der Fälle durch die Lösungsformel korrekt beschrieben wird. Für die Konsistenz werden alle vorhandenen Fälle zu denjenigen Fällen in Relation gesetzt, die mit der Kausalaussage übereinstimmen. Es kann abgelesen werden, wie gut die Erklärung ist.

Das Abdeckungsmaß beschreibt, wie viele Einzelfälle im Verhältnis zur Gesamtzahl der Fälle durch eine Lösungsformel erklärt werden. Im Mittelpunkt des Interesses steht dabei die Frage, welchen Beitrag die einzelnen Pfade zur Gesamterklärung leisten. Dabei interessieren nur jene Fälle, in denen das Ergebnis auch tatsächlich vorliegt, die also tatsächlich erklärt werden sollen. Der Koeffizient der Abdeckung zeigt auf, wie viel des zu erklärenden Phänomens tatsächlich erklärt werden kann.

6.1.6 Begrenzte empirische Vielfalt

Empirische Daten sind nicht immer eins zu eins in einer Wahrheitstafel abzubilden. Das bedeutet, dass nicht für alle Kombinationen von kausalen Bedingungen empirische Evidenz gegeben ist, d.h. dass für alle Kombinationen auch tatsächlich beobachtete Fälle vorhanden sind. Dieses Phänomen wird als begrenzte empirische Vielfalt bezeichnet.

Wie *Schneider & Wagemann* (2007) darstellen, gibt es drei verschiedene Strategien mit jener Problematik umzugehen:

1. die computergestützte Simulation des sparsamsten Ergebnisses
2. die ausschließliche Verwendung von Konfigurationen mit empirischer Evidenz
3. die Einbeziehung von Gedankenexperimenten.

„Alle drei Strategien haben ihre spezifischen Vorteile und Nachteile und führen mitunter zu stark unterschiedlichen Ergebnissen. ‚Begrenzte empirische Vielfalt‘ tritt als Grundproblem vergleichender Sozialwissenschaften auch bei der Verwendung anderer Methoden systematischer Fallvergleiche und in statistischen Analysen auf. Leider ist es hier nicht immer möglich, sie als solche zu identifizieren, geschweige denn, Abhilfe zu schaffen. Daher stellt ein bewusster Umgang basierend auf theoretischen Argumenten, die beste Strategie dar.“
(Schneider & Wagemann 2007: 115)

6.1.7 Kalibrierung der Fuzzy-Sets

Die Bewertung von Fällen, d.h. die Vergabe von Fuzzy-Mitgliedswerten, erfolgt durch die/den ForscherIn und beruht auf deren/dessen theoretischem Vorwissen kombiniert mit der empirischen Evidenz. Das Auffinden von Zuordnungsregeln, also die Kalibrierung, muss an das theoretische Konzept des jeweiligen Forschungsinhaltes angebunden sein. Das bedeutet nichts anderes, als dass die Kalibrierung ursächlich mit der Definition des zu messenden

Konzepts und dem jeweiligen Forschungskontext verknüpft ist (vgl. *Schneider & Wagemann* 2007). Es handelt sich bei Fuzzy-Werten also um forschungsimmanente und nicht um allgemein gültige Indikatoren. Als Grundlage für die Kalibrierung bieten sich laut *Ragin* (2006) folgende Wissensbereiche an:

1. Standards allgemeinen sozialen Wissens
2. allgemein akzeptierte wissenschaftliche Erkenntnisse
3. ExpertInnen-Wissen der/des ForscherIn.

Die Quantifizierung von Fuzzy-Werten kann unterschiedlich erfolgen. Wesentlich ist jedoch, dass die gewählten Werte im Intervall zwischen 0 und 1 auch eine verbale Entsprechung haben. Daher erscheint es wenig sinnvoll, nach zwei oder mehr Kommastellen zu untergliedern. *Ragin* (2000) schlägt die folgende Differenzierung vor:

Tabelle 14: Verallgemeinerte Fuzzy-Skala nach Ragin

Fuzzy-Mitgliedswert	Element ist ... enthalten
1	völlig
0.9	nahezu völlig
0.8	größtenteils
0.6	mehr enthalten als nicht
0.4	mehr nicht enthalten als
0.2	größtenteils nicht
0.1	nahezu völlig nicht
0	völlig nicht

(zit. nach *Schneider & Wagemann* 2007: 178)

Es fällt auf, dass in der vorgeschlagenen Skala 0.5 als Wert ausgespart wird. Dies hängt damit zusammen, dass bei jenem Wert – dem so genannten Indifferenzpunkt – nicht klar ist, ob eine Bedingung vorliegt oder nicht. Insofern macht es wenig Sinn, jenen Wert in das Analyseschema aufzunehmen.

6.1.8 Boolesche Verknüpfungen und die Notation in QCA

Die Boolesche Algebra geht davon aus, dass sich alle Elemente einer Gesamtheit nach ihren Eigenschaften in Klassen zuordnen lassen. Diese Klassifizierung wird notiert in logischen Ausdrücken, welche mit so genannten Booleschen Verknüpfungen erstellt werden können. Dazu werden im Prinzip drei Operatoren verwendet, die nicht mit den allgemeinen arithmetischen Ausdrücken verwechselt werden dürfen:

1. Das logische UND (Boolesche Multiplikation)

2. Das logische ODER
3. Das logische NICHT (Boolesche Negation).

Werden zwei in einem logischen Ausdruck enthaltene Aussagen mit dem logischen UND (notiert mit $*$) verbunden, so bedeutet dies:

→ $A * B$ ist dann wahr, wenn sowohl die Aussage A als auch die Aussage B wahr ist.

Die Verknüpfung von Aussagen mit dem logischen ODER (notiert mit $+$) meint folgendes:

→ $A + B$ ist dann wahr, wenn A oder B wahr ist; und zwar auch dann, wenn beide Aussagen gleichzeitig vorliegen.

Das logische NICHT (notiert mit $\neg$ oder einem Kleinbuchstaben) drückt aus, dass die negierte Aussage dann wahr ist, wenn die Aussage falsch ist:

→ a ist dann wahr, wenn A falsch ist.

Die Notation von QCA hat die hier vorgestellten Schreibweisen übernommen, verwendet bei der Negation jedoch die Unterscheidung in Klein- oder Großbuchstaben. D.h. wahre Aussagen werden also mit Großbuchstaben angegeben (A) und falsche Aussagen mit Kleinbuchstaben (a).

6.2 Inhaltsanalytische Strukturierung

Die qualitative Studie „Kinderwunsch von Paaren“ stellt die empirische Datenbasis für die konfigurationell vergleichende Analyse mit QCA dar. Um sich an die durchgeführten Interviews inhaltlich anzunähern und einen ersten Einblick in die Daten zu erlangen, werden die Interviews mittels einer inhaltsanalytisch orientierten Herangehensweise einer ersten Strukturierung unterzogen.

Vorweg seien einige Bemerkungen zur Beschreibung der InterviewpartnerInnen gemacht. Die notwendige Voraussetzung zur Bearbeitung der Fragestellung „Entscheidungsprozess beim Kinderwunsch“ bestand darin, Paare zu interviewen, bei denen zumindest einer der Partner über ein (weiteres) Kind nachdenkt, also einen Kinderwunsch hat. Wir haben es also mit Paaren zu tun, bei denen das Thema Familiengründung bzw. Familienerweiterung eine gewisse Relevanz hat. Nicht berücksichtigt wurden demgegenüber Paare, für die der Kinderwunsch absolut kein Thema ist. Dies mag als Einschränkung für die gesamte Fragestellung „Kinderwunsch und Geburtenentwicklung“ gesehen werden.

Es handelt sich hierbei um Personen mit eher höherer Bildung meist aus dem städtischen Milieu. Daher liegt auch die Vermutung nahe, dass sich diese Kriterien auf den

Entscheidungsfindungsprozess im Sinne einer hohen Bereitschaft zur Kommunikation und Interaktion auswirken. Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die wichtigsten soziodemographischen Merkmale der InterviewpartnerInnen¹²:

Tabelle 15: Soziodemographische Merkmale aller interviewten Personen (n=60)

	in %	Österreich	Schweden	Spanien
Alter der Frau	<= 25	5		10
	26-30	42	20	10
	31-35	37	60	55
	>=36	16	20	25
Alter des Mannes	<= 25			5
	26-30	32	11	10
	31-35	47	47	25
	>=36	21	42	60
Kinder	0	26	15	20
	1	42	35	25
	2	21	35	30
	3+	11	15	25
Wohnregion	Städtisch	100	70	100
	Ländlich		30	
Einkommen	Alleinverdiener	53	35	47
	Doppelverdiener	47	65	53

Das Interpretationsverfahren der inhaltlichen Strukturierung sieht vor, dass vorab Themen definiert werden, anhand derer die Bearbeitung der Interviews erfolgt. Für die Strukturierung der Kinderwunsch-Interviews werden die folgenden Kategorien festgelegt:

1. Übergang zur Elternschaft (zum ersten Kind, zu weiteren Kindern)
2. Argumentationsmuster von Frauen und von Männern
3. Motive für und gegen ein Kind.

Zur Veranschaulichung inhaltlicher Aspekte werden im Folgenden auch einzelne Interviewpassagen dargestellt. Dabei werden Zitate aus englischen Transkripten (d.h. die in Schweden und Spanien geführten Interviews) in die deutsche Sprache übersetzt.

¹² Leider wurden die Informationen zum Bildungsstand der Befragten nur sehr lückenhaft erhoben, weshalb die Bildung in der Tabelle nicht aufgeführt werden kann.

6.2.1 Kinderlose Paare: Übergang zur Erstelternschaft?

Als ein zentrales Merkmal kann festgehalten werden, dass Paare ohne Kinder ihren Kinderwunsch anders diskutieren als Paare, die bereits Kinder haben. Die Diskussion von kinderlosen Paaren wird aufgrund der fehlenden Erfahrung auf einem eher allgemeinen und theoretischen Niveau geführt. Daher spielen auch emotionale Aspekte und die Werte-Ebene eine große Rolle, d.h. der Kinderwunsch wird primär im Zusammenhang mit eigenen Wertvorstellungen über Familie und Kinder im allgemeinen, aber auch mit dem Stellenwert, den Familie in der eigenen Lebensplanung spielt, diskutiert. Für die meisten kinderlosen Paare gehören Kinder zu einer Partnerschaft und komplettieren das eigene Leben. Der ideelle Wert von Kindern ist von zentraler Bedeutung und bestimmt die Diskussion.

„F: Ich glaube, es ist sehr wichtig, Kinder zu haben.“

M: Man sagt: „Einen Baum zu pflanzen, ein Buch zu schreiben und ein Kind zu zeugen.“ [...] Für uns ist es offensichtlich, dass wir zufriedener sein würden. Man macht viele neue Erfahrungen, obwohl man auch viele Sorgen haben kann. Aber insgesamt, glaube ich, dass man zufrieden ist. Ich genieße es sehr, wenn ich mit den Kindern von anderen Leuten spiele und das ist ja nur für kurz, und dann stell' dir vor, dass es deine eigene Familie ist“

(Interview ESP 1)

Die angeführten Argumente – sowohl für als auch gegen ein Kind – zielen darauf ab, ein für das Paar ideales Konzept von Elternschaft und partnerschaftlicher Aufgabenteilung zu entwickeln. Es soll die „perfekte Situation“ für die Familiengründung geschaffen werden und das gegenseitige Einverständnis der Partner ist dabei von zentraler Bedeutung. Insofern verläuft die Diskussion in den meisten Fällen weniger kontroversiell als bei Paaren mit Kindern. Die Paarebene spielt also beim Übergang zur Erstelternschaft eine stärkere Rolle als bei der Entscheidung für ein weiteres Kind. Dabei wird ein Kind zum Teil auch als Bindeglied für die Partnerschaft gesehen.

„F: Ich finde, die Privatheit haben wir jetzt eh zehn Jahre lang gehabt und ich sehe es eher als völlig neue Aufgabenstellung an die Beziehung auch. Also wirklich so ein neues Sinnbild unserer Beziehung wird geschichtet, weil wir haben jetzt eh schon alles durch. Nein, ich finde, es ist wirklich eine volle Bereicherung für die Beziehung auch, und das Kind schläft ja irgendwann einmal.“

(Interview AUT 3)

Da von den meisten kinderlosen InterviewpartnerInnen Kinder als wichtiger Wert im Leben und als persönliche Bereicherung gesehen werden, steht weniger die Frage nach dem „ob überhaupt“ als nach dem „wann“ im Mittelpunkt der Diskussionen. Das heißt, dass über den idealen Zeitpunkt für die Familiengründung verhandelt wird. Zum einen müssen die Rahmenbedingungen passen, wobei hier sowohl finanzielle und materielle Gegebenheiten als

auch Karriere-Überlegungen eine Rolle spielen. Zum anderen ist es kinderlosen Paaren aber auch wichtig, offene Fragen in der Partnerschaft bezüglich der im Falle der Familiengründung zu leistenden Kinderbetreuung und der Vereinbarkeitsoptionen von Familien- und Erwerbsleben zu klären. Solche Diskussionen können teilweise auch dazu führen, dass der Zeitpunkt für Kinder als zu früh angesehen und der Kinderwunsch zunächst aufgeschoben wird. Wenn also die Entscheidung gegen ein Kind fällt, liegt dies meist nicht an der prinzipiell negativen Einstellung gegenüber Kindern, sondern an den als ungeeignet empfundenen Rahmenbedingungen für die Familiengründung.

„F: Über den Zeitpunkt haben wir schon geredet. So über die Jahre willst du früher als ich, dass das Kind zur Welt kommt. Du hast einmal gesagt, 2 Jahre und für mich ist aber der Punkt vor 30 nicht, dann bist du aber über 30.“

(Interview AUT 8)

Bei der Wahl des richtigen Zeitpunktes für das erste Kind ist für viele Paare die abgesicherte Lebenssituation von großer Bedeutung. Wenn gute Startbedingungen vorhanden sind, würde man sich einerseits selbst sicherer fühlen und andererseits dem Kind auch etwas bieten können.

„M: Es wäre ideal, wenn man gewisse Zustände noch vorher herstellen kann, z.B. das man finanziell von der Wohnung ein bisschen mehr abgezahlt hat, und solche Sachen. Ich weiß, dass man unflexibel wird, finanziell und von der Zeit her. Und man muss sich dann umstellen, wenn das Kind da ist und da ist es ideal, wenn man ein bisschen einen Startvorsprung hat.“

(Interview AUT 2)

6.2.2 Paare mit Kindern: (k)ein weiteres Kind?

Für Paare mit Kindern geht es grundsätzlich weniger um den „richtigen“ Zeitpunkt, sondern um die Frage, ob überhaupt weitere Kinder gewünscht werden. Hier gibt es allerdings eine Einschränkung: Für Paare mit einem Kind steht meist fest, dass ein zweites Kind gewünscht wird. Basierend auf der Einstellung: „Mein Kind soll nicht als Einzelkind aufwachsen“ beherrscht hier die Frage nach dem richtigen Zeitpunkt die Diskussion. Das zentrale Argument hierbei ist der Abstand zwischen den Geschwistern. Dieser soll idealerweise nicht zu groß sein, damit sich die Kinder als Spielpartner haben.

Sind bereits Kinder vorhanden, wird die Diskussion der Paare eindeutig realitätsbezogener. Es existieren bereits eigene Erfahrungen über das Leben mit Kindern, wodurch die Argumente primär an der Organisation des familiären Lebensalltags orientiert sind. Aber auch materielle Aspekte, wie die Wohnbedingungen und die finanziellen Voraussetzungen, rücken stärker in den Vordergrund der Diskussion – speziell bei Paaren mit zwei und mehr Kindern. Gleichzeitig werden auch widersprüchliche Gefühle hinsichtlich der Entscheidung für ein

weiteres Kind thematisiert. Einerseits empfindet man ein weiteres Kind als Bereicherung, andererseits stellt sich auch die Frage, inwieweit man sich für die Veränderungen, die ein weiteres Kind nach sich ziehen würde, gewappnet fühlt.

„F: Na ja, ich wusste sehr genau, dass ich ein Kind haben wollte und es ist auch wahr, dass...auch wenn ich vorher gesagt habe, dass ich sehr glücklich sein würde über ein weiteres Kind...ich auch verunsichert bin, weil ich so viele Schwierigkeiten sehe. Ich sehe, dass es ziemlich viel Arbeit sein würde und ich mich frage, ob wir genug Energie für diese Aufgabe hätten. Weil es bedeutet schon eine ganze Menge Risiko, aber andererseits würde es mich sehr glücklich machen.“

(Interview ESP 2)

In diesem Zusammenhang steht für Paare, deren Kinder bereits etwas älter sind, vor allem auch die Frage im Vordergrund, ob man „wieder von vorne anfangen“ möchte. Diesbezügliche Bedenken beziehen sich sowohl auf den persönlichen Freiraum als auch auf die materiellen Lebensbedingungen.

„M: Ich weiß nicht, ich glaube...Es ist einfach zuviel. Ich bin faul geworden. Wir haben jetzt große Kinder und es wäre mühsam, wieder von ganz vorne zu beginnen. Alles passt momentan so gut. Nein... wir haben ein Haus, das für zwei Kinder reicht und wir haben ein Auto, das für zwei Kinder reicht. Ich habe das Gefühl, das unser ganzes Leben auf zwei Kinder ausgerichtet ist.“

(Interview SWE 2)

In der Regel stellen Paare mit Kindern bei der Frage nach einem weiteren Kind nicht so schnell Einigkeit her. Häufig favorisiert einer der Partner die Idee eines weiteren Kindes und der andere Partner bremst die Entscheidung – in den meisten Fällen ist dies der Mann.

Geht es beispielsweise um die Entscheidung zum zweiten Kind, so wird meist das Argument angeführt, dass Geschwister für die Entwicklung des ersten Kindes wichtig sind. Bei dritten und weiteren Kindern spielt die eigene Herkunftsfamilie oftmals eine Rolle. Wenn also einer oder beide Partner aus kinderreichen Familien stammen und es die finanzielle Situation erlaubt, wird durchaus die Entscheidung für ein drittes oder viertes Kind getroffen. Der Wunsch, sich mit einem Kind zu begnügen, wird zum Teil damit erklärt, dass mit einem Kind eine Vereinbarkeit von Familie und Erwerb noch halbwegs zu bewältigen ist. Jenen Paaren scheint die Situation mit zwei oder mehr Kindern kaum bzw. nicht mehr zu bewältigen. Mit einem Kind scheint aber auch in gewissem Sinne das Grundbedürfnis, ein Kind in die Welt zu setzen, befriedigt zu sein.

„M: ... wenn das jetzt schon so schwierig ist mit einem Kind, wie wird es dann erst mit einem zweiten sein. ... Ich war früher gewohnt, dass ich mich nach der Arbeit für eine Stunde oder halbe auf das Sofa gelegt habe, um einen klaren Kopf zu bekommen. Und das war vor allem in der ersten Zeit sehr gewöhnungsbedürftig, dann habe ich mich auch gefragt, wie schaut das dann mit einem zweiten Kind aus. ... Aber ich denke mir, man wächst auch in diese Rolle hinein. ... Sie hat mir am Ende gesagt, ich muss mich entscheiden, entweder ein zweites

Kind oder sie geht zurück (Frau kommt aus Spanien). Ich hätte ja auch auf stur schalten können und sagen: okay, wenn es so ist, dann geh zurück. Aber ich habe mir dann überlegt, was mir dann wirklich mehr wert ist.“

(Interview AUT 5)

6.2.3 Weibliche und männliche Argumentationsmuster

In den meisten Fällen werfen die Frauen die Frage nach einem (weiteren) Kind zuerst auf. Sie sind also diejenigen, welche die Kommunikation und Interaktion über die Familiengründung einleiten, besonders im Zusammenhang mit dem ersten Kind. Ist der Kinderwunsch bei Frauen stark ausgeprägt, so besteht die Tendenz, die Partner davon überzeugen zu wollen.

„M: Ja, zumindest zu 75 Prozent oder sogar noch mehr, ist sie diejenige, die entscheidet. Sie überredet einen immer, außer wenn man radikal ist, und wenn man sagt, dass man wirklich unter keinen Umständen möchte...aber ich bin nicht radikal. Ja, ich wollte schon, aber es war kein unbedingter Wunsch oder Bedürfnis. Im Gegenteil...ich glaube, für Frauen ist es wichtiger, weil ihnen die Zeit davon läuft. Männer können Kinder haben bis...man denke nur an Picasso.“

(Interview ESP 9)

Die Überzeugungsarbeit kann durchaus auch auf eine implizite Weise erfolgen: D.h. die Frau spricht ihren Kinderwunsch nicht direkt an, sondern führt den Partner in verschiedenen Situationen an das Thema heran und beobachtet seine Reaktion. Dieses Verhaltensmuster ist besonders ausgeprägt bei den Paaren in Spanien, während in Österreich und Schweden meist eine explizite Kommunikation über den Kinderwunsch geführt wird. Dies wird jedoch primär von den Frauen forciert. Bei ihnen ist ein höherer Diskussionsbedarf über die Thematik Kinderwunsch festzustellen als bei den Männern. Dies trifft auch dann zu, wenn das Thema Kinder zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum relevant ist und die Diskussion daher auf einem eher hypothetischen Niveau geführt wird.

Männer sind nicht prinzipiell gegen Kinder, erachten aber oftmals die Frage für ihre momentane Lebenssituation als (noch) nicht relevant. Der Kinderwunsch bei Männern entwickelt sich in vielen Fällen erst durch die Partnerschaft. Daher tendieren sie dazu, die Entscheidung aufzuschieben. Männer argumentieren stärker mit finanziellen und materiellen Gründen und empfinden diese auch öfter als Frauen dem Kinderwunsch entgegenstehend. Für sie ist es wichtig, den Kindern etwas bieten und die Familie finanziell absichern zu können. An erster Stelle steht hierbei eine gute Ausbildung für die Kinder, aber auch die Ermöglichung von Freizeitaktivitäten.

„M: Heutzutage ist Stabilität relativ. Ein drittes Kind zu haben, bedeutet weniger die Kosten für Essen und Wohnen als das, was du ihnen bieten möchtest. Ich meine, sie mit Essen und

Kleidung zu versorgen, auch wenn wir weniger Geld hätten, würde nicht das Problem sein. Aber wenn du sie in eine Privatschule geben möchtest, Aktivitäten außerhalb der Schule, irgendeinen Sport machen lässt, dann ist das ein Hindernis. Das sind hohe Kosten und das muss man berücksichtigen. “

(Interview ESP 5)

Wenn Frauen einem (weiteren) Kind negativ gegenüber stehen, spielen materielle Gründe eine eher untergeordnete Rolle. Sie fokussieren stärker auf das zeitliche Argument oder die Tatsache, keine Unterstützung bei der Betreuung zu haben. Mögliche Auswirkungen auf die Partnerschaft werden auch überwiegend von den Frauen in die Diskussion eingebracht.

„F: Die Frage ist, dass ein weiteres Kind die Arbeit vervielfachen würde und ich glaube, das ist ein Faktor, der einen vielleicht abhalten könnte, die Entscheidung zu treffen. [...] Ich glaube, dass zuviel Arbeit negative Auswirkungen auf die Partnerschaft hat, dass wir weniger Zeit für uns haben, dass wir müder sind. “

(Interview ESP 2)

Wenn Männer einen Kinderwunsch haben, dann bringen sie auch emotionale Argumente in die Diskussion ein. Die wichtigsten Motive sind hierbei positive Erfahrungen in der Herkunftsfamilie und positive Geschwisterbeziehungen sowie der Wunsch, in den Kindern weiterzuleben. Männer schätzen sich selbst als den realistischeren Partner in der Diskussion ein, was von den Frauen bestätigt wird.

In vielen Interviews ist die Dominanz der weiblichen Partner zu erkennen. Dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass Männer oftmals nicht die endgültige Entscheidung treffen wollen. Dabei werden folgende Argumente angeführt: Viele Männer empfinden die aktuelle Lebenssituation als (noch) nicht geeignet für ein Kind, daher neigen Männer zum Aufschieben der Entscheidung. Gleichzeitig ist jedoch auch die Haltung erkennbar, dass Frauen als diejenigen, welche die Arbeit zu leisten haben, wahrgenommen werden. Durch die Schwangerschaft und die erste Zeit nach der Geburt sei primär die Frau betroffen, sodass es nur legitim sei, wenn sie die endgültige Entscheidung trifft. Männer beziehen sich in der Diskussion hierbei auf das Konzept von Mutterschaft als „natürliche Sache“. Diese Argumentation wird jedoch auch von vielen Frauen unterstützt. Sie sehen Männer ebenfalls als weniger betroffen von der Entscheidung zum Kind.

„F: Für mich, ich entscheide es, weil ich bin jetzt zu Hause, mein Mann arbeitet weiter, hat einen besseren Job und ich glaube, wenn, dann entscheide ich es.

M: Glaubst Du?

F: Weil, wenn ich es nicht möchte, kann ich es verhindern. [...] Du hast beim ersten Kind entschieden und ich entscheide beim zweiten. “

(Interview AUT 14)

Das zentrale Unterscheidungsmerkmal bezüglich der Frage nach der Dominanz ist der Umstand, ob es um die grundsätzliche Entscheidung oder um den geeigneten Zeitpunkt geht. Wenn Übereinstimmung zwischen den Partnern darüber herrscht, ob ein (weiteres) Kind gewünscht ist, dann sind Männer und Frauen einig darüber, dass die Frau die letztendliche Entscheidung über den Zeitpunkt treffen sollte. Dies spiegelt den Umstand wider, dass Männer im Falle eines Kinderwunsches sich nicht über den Zeitpunkt im Klaren sind und aufschieben würden. Daher würden die meisten die Entscheidung der Frau über den Zeitpunkt akzeptieren.

6.2.4 Motive für ein Kind

Das Hauptargument, das in der Diskussion der Paare für ein (weiteres) Kind genannt wird, lässt sich als positive Grundhaltung gegenüber Kindern zusammenfassen. Kinder haben große Bedeutung für das eigene Leben und werden auch ganz allgemein als zentraler Wert für ein erfülltes Leben erachtet. Die Argumentation ist dabei – wie unten zitiert – oftmals ganz simpel.

„M: ...die Entscheidung dafür war, ja ich meine diese positive Grundhaltung, dass man Kinder mag, und dass es nett ist, wenn man Kinder hat, und dass Kinder nett sind.“

(Interview AUT2)

Die Entscheidung für Kinder ist auch von der persönlichen Vorstellung über Familie und das Leben mit Kindern getragen. Im Idealbild der meisten Paare beinhaltet Familie nicht nur ein Kind, sondern mehrere Kinder. Ein Leben mit mehreren Kindern symbolisiert dabei Lebendigkeit, Trubel und gemeinsame Mahlzeiten.

„M: Ich möchte große Sonntag-Mittagessen erleben mit einer großen und lauten Familie. Das ist die Art von Bild, das stärker ist als meine Ängste, ob ich imstande sein werde, die Miete zu bezahlen oder einen Job habe. Es gibt so viele Leute, die sich über all das den Kopf zerbrechen anstatt den Gedanken zu genießen, Kinder zu haben.“

(Interview SWE 4)

Die positive Einschätzung einer großen Familie steht oft auch im Zusammenhang mit den Erfahrungen in der eigenen Herkunftsfamilie. Wird die Beziehung zu den Eltern und den Geschwistern als positiv erlebt, so möchte man den Kindern dieselben Erfahrungen ermöglichen. Als zweiter Argumentationsstrang wird die Wichtigkeit von Geschwisterkindern für die anderen Kinder thematisiert. Meist geht es darum, dass das bereits vorhandene Kind nicht als Einzelkind aufwachsen soll. Dabei geht es einerseits darum, dass das Kind einen Spielgefährten haben soll, und andererseits, dass soziales Verhalten in der Geschwisterbeziehung gelernt werden soll.

Der Einfluss von Anderen (Familie, Freunde etc.) wird als eher gering angesehen. Der Kinderwunsch wird grundsätzlich als eine sehr persönliche Sache erlebt, bei der Einmischungen von außen kaum akzeptiert werden. Wenn jedoch das soziale Umfeld stärker kindorientiert wird bzw. befreundete Paare Kinder bekommen, wird ein gewisser Einfluss auf die eigene Situation erlebt.

Während bei den Motiven für ein Kind eher emotionale und ideelle Gründe angeführt werden, spielt bei der Überlegung zur konkreten Realisierung des Kinderwunsches und der Wahl des Zeitpunktes die abgesicherte Lebenssituation die zentrale Rolle in der Diskussion.

6.2.5 Motive gegen ein Kind

Die Nichterfüllung des Kinderwunsches scheint – wie oben beschrieben – nicht mit einer negativen Grundeinstellung gegenüber Kindern erklärbar zu sein, sondern ist auf andere Faktoren zurückzuführen. Hier werden primär ungünstige Rahmenbedingungen angeführt. An erster Stelle steht hierbei eine schlechte Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die meisten der interviewten Frauen möchten ihre Erwerbstätigkeit aufrechterhalten. Gleichzeitig möchten sie jedoch möglichst viel Zeit mit ihren Kindern verbringen.

Vielfach werden die Arbeitsteilung zwischen den Partnern und die Übernahme der Karenz intensiv diskutiert, um damit auch die Positionen in der Partnerschaft zu bestimmen. Offensichtlich werden Geschlechtsrollenkonflikte über die Diskussion des Kinderwunsches ausgetragen. Noch nicht definierte Rollen bei der Hausarbeit und der (bevorstehenden) Kinderbetreuung werden in diesem Zusammenhang verhandelt.

„F: Da gibt es schon eine ziemlich extreme Ansicht von mir: Ich sag einfach, so leid es mir tun würde, aber wenn wir das mit der Karenz nicht gemeinsam machen, das heißt: du gehst die halbe Zeit oder einen Teil und ich gehe die halbe Zeit, dann möchte ich eigentlich auf den Kinderwunsch verzichten. Da bin ich beinhart, das war der Punkt, wo wir eigentlich immer wieder gestritten haben. Weil du das zu extrem gefunden hast.“

M: „Wobei mein Einwand kein prinzipieller war, dass ich gesagt habe, ich will nicht in Karenz gehen ... sondern ich einfach immer so argumentiert habe, ich gehe nur dann in Karenz, wenn es mir von der Jobsituation möglich ist.“

(Interview AUT3)

Ein weiterer Aspekt im Diskussionsprozess von kinderlosen Paaren sind Veränderungen in der bisherigen Lebensführung. Es werden z.B. Einschnitte im Freizeitverhalten und in den sozialen Kontakten, die sich durch Kinder ergeben, diskutiert. Allerdings befürchten Paare grundsätzliche Einschränkungen aufgrund der durch Kinder veränderten Zeitstruktur. Es bleibt weniger Zeit für Freunde, die Partnerschaft und sich selbst. Dies wird in aller Regel als eine negative Entwicklung empfunden.

6.3 Konfigurationell vergleichende Analyse

Nach der Einführung in die QCA-Methode und der inhaltsanalytischen Strukturierung der Datengrundlage ist die Durchführung der konfigurationell vergleichenden Analyse der nächste Schritt. Diese wird computerbasiert mithilfe der von *Ragin* entwickelten Software fs/QCA2.2 durchgeführt. Die einzelnen, formalen Arbeitsschritte und die Interpretation des Lösungsterms werden im Folgenden dargestellt. Im letzten Unterkapitel ziehe ich ein Fazit, inwieweit die theoretischen Überlegungen in der Analyse umgesetzt werden konnten.

6.3.1 Auswahl der Analyseeinheiten

Da für die vorliegende Arbeit auf bereits bestehendes Datenmaterial zurückgegriffen wird – d.h. also keine eigene Erhebung durchgeführt wird – ergeben sich für die Analyse gewisse Grenzen. Für die vorliegende Untersuchung bedeutet dies, dass rund die Hälfte der geführten Interviews nicht in die QCA-Auswertung einbezogen werden konnten. Zum einen wurden die zu untersuchenden Bedingungen in den Interviews nicht oder in nur unzureichender Weise thematisiert. Damit fehlte die Grundlage für die Zuordnung der Fuzzy-Werte. Zum anderen wurde in manchen Interviews die Entscheidung für bereits geborene Kinder nachgezeichnet und nicht für noch gewünschte Kinder. Dies traf vor allem bei Familien mit drei oder mehr Kindern zu, die eigentlich keinen Kinderwunsch mehr hatten. Diese Vorgehensweise beim Interview – also auch die Entscheidung für die bereits geborenen Kinder zu thematisieren – war konzeptionell so vorgesehen und macht bei der inhaltsanalytischen Auswertung Sinn. Für die QCA-Analyse hingegen ergeben sich Probleme dahingehend, dass das Ergebnis (= Kind) ja bereits feststeht und damit immer nur der Wahrscheinlichkeitswert 1 vergeben werden kann. Es kann also nicht analysiert werden, welche Bedingungen gegeben sein müssen, damit das Ergebnis *nicht* eintritt.

Schließt man nun all jene problematischen Fälle aus und gewahrt gleichzeitig die Gleichverteilung unter den drei Vergleichsländern, so kommt man auf 9 Interviews pro Land (also insgesamt 27 Interviews), welche die Grundlage der Auswertung bilden.

Die nunmehr auf 27 verringerte Anzahl an tatsächlichen Untersuchungsfällen wirft nun eine methodische Problematik für die Analyse auf. Für die Arbeit mit QCA – oder genauer gesagt dem zugrunde liegenden Wahrheitstafel-Algorithmus – müssen im Idealfall 2^k unterschiedliche Fälle vorliegen (k meint dabei die Anzahl der als kausal zu untersuchenden Bedingungen). Für die vorliegende Analyse, die mit sechs Bedingungen arbeitet (siehe Indikatoren des theoretischen Modells), sind also idealerweise 2^6 Fälle (d.h. 64 Fälle) notwendig. War diese Voraussetzung mit den ursprünglichen 60 Interviews gegeben, so trifft dies nach den

vorgenommenen inhaltlichen Einschränkungen und der damit verbundenen Verringerung an Untersuchungsfällen nicht mehr zu. Um ein annähernd ideales Verhältnis zwischen Fallzahl und Bedingungen gewährleisten zu können, muss die Anzahl der zu untersuchenden Bedingungen reduziert werden. Statt der ursprünglich vorgesehenen sechs Indikatoren werden also nur fünf in die Analyse einbezogen. Nun sind 2^5 (d.h. 32 Fälle) die ideale Voraussetzung, was mit 27 Fällen annähernd gegeben ist.

6.3.2 Entwicklung von kausalen Bedingungen

Die auf Kausalität zu prüfenden Bedingungen sind die Operationalisierung der Indikatoren des zu Beginn entwickelten theoretischen Modells zur Erklärung von Fertilitätsentscheidungen (siehe Kapitel 3.2). Für jeden Indikator wurde eine Hypothese gebildet und darauf aufbauend die dementsprechende Bedingung formuliert, welche dann Eingang in die Analyse fand. Zu betonen ist, dass es sich hierbei um *eine* mögliche Hypothese bzw. Bedingung handelt. Es gäbe natürlich noch eine Fülle anderer Möglichkeiten, die gewählten Indikatoren zu operationalisieren.

Wie unter 4.2 beschrieben, musste der Indikator „Startbedingungen für junge Erwachsene“ aus dem Modell genommen werden, um das für eine solide QCA-Analyse notwendige Verhältnis zwischen Untersuchungsfällen und Bedingungen sicherstellen zu können. Auch wenn die Güte der Analyse als vordergründig einzustufen ist, so erscheint jener Einflussfaktor theoretisch sehr bedeutsam. Insofern wurden die vorab formulierten Hypothesen und Bedingungen im Folgenden ebenfalls angeführt.

Auf Basis der im Modell identifizierten Indikatoren wurden folgende Hypothesen gebildet, die zur Erklärung von generativen Entscheidungen relevant sein könnten:

Tabelle 16: Hypothesen auf Basis des theoretischen Modells

Indikatoren	Hypothese	
Normen und Werte	H1	Eine positive Grundhaltung gegenüber einem Leben mit Kindern begünstigt die Entscheidung für Kinder.
Familie und Erwerb	H2	Eine egalitäre Aufgabenteilung in der Partnerschaft begünstigt die Entscheidung für Kinder.
Partnerschaft	H3	Die Qualität der Partnerschaft (gemessen an den Konflikten beim Entscheidungsprozess) hat einen Einfluss auf die Entscheidung für Kinder.
Materielle Situation	H4	Materielle Sicherheit begünstigt die Entscheidung für Kinder.
Wohlfahrtsstaat und Familienpolitik	H5	Staatliche Unterstützung für Familien begünstigt die Entscheidung für Kinder.
Startbedingungen für junge Erwachsene	H6	Gute strukturelle Voraussetzungen für junge Erwachsene begünstigen die Entscheidung für Kinder.

Um die Voraussetzungen für eine QCA-Analyse zu erfüllen, wurden den Hypothesen entsprechend konkrete Bedingungen und ein Ergebnis spezifiziert. Das Ergebnis, das erklärt werden soll, lautet „Entscheidung für ein Kind“. Die als kausal angenommenen Bedingungen werden im Folgenden dargestellt:

Tabelle 17: Kausale Bedingungen für die fsQCA

Ergebnis	Bedingungen
Entscheidung für ein Kind	Das Paar hat eine positive Einstellung gegenüber einem Leben mit Kindern. (H1)
	Es existiert eine egalitäre Aufgabenteilung zwischen den Partnern. (H2)
	Die Diskussion des Paares lässt auf eine konfliktarme Beziehung schließen. (H3)
	Das Paar erlebt sich als materiell abgesichert. (H4)
	Im jeweiligen Land existiert ein hohes Maß an staatlicher Unterstützung für Familien. (H5)
	Im jeweiligen Land ist der Prozess des Erwachsenwerdens als strukturell schwierig einzustufen. (H6)

Wie schon darauf hingewiesen, musste die Zahl der Indikatoren und damit der zu untersuchenden Kausalbedingungen von sechs auf fünf reduziert werden. Es wurde die

Analyse daher nur mit den Indikatoren 1-5 durchgeführt, der sechste Indikator „Startbedingungen für junge Erwachsene“ wird ausgeschlossen.

Die geführten Interviews wurden daraufhin untersucht, ob sich Informationen zu den Bedingungen 1-4 herausfiltern lassen, d.h. ob die Paare zu diesen vier Themen diskutiert haben. Wurden nicht alle vier, sondern nur einzelne Bedingungen thematisiert, wurde das jeweilige Interview als Analyseeinheit ausgeschlossen.

Bei dem fünften Indikator handelt es sich primär um einen Indikator auf der Makroebene. Die für die Analyse benötigten Informationen werden dementsprechend aus dem sozialstatistischen Ländervergleich gezogen. Konkret bedeutet dies, dass die drei untersuchten Länder nach vorab definierten Kriterien bewertet werden.

6.3.3 Kalibrierung der Fuzzy-Sets

Die Einordnung und Beurteilung der aus den Interviews gewonnenen Informationen – oder anders ausgedrückt: die Zuordnung von Fuzzy-Werten – stellte den nächsten Analyseschritt dar. Um die Vergabe der Werte nachvollziehbar zu machen, ist die Entwicklung eines Zuordnungsschemas notwendig (Kalibrierung). Die von *Ragin* (2000) verallgemeinerte sprachliche Qualifizierung von Fuzzy-Werten erscheint für die vorliegende Fragestellung ausreichend differenziert und findet daher Verwendung. Hier seien nochmals die Abstufungen der Fuzzy-Skala angeführt:

Tabelle 18: Verwendete Fuzzy-Skala nach Ragin

Bedingung ist ...enthalten:	völlig	1
	nahezu völlig	0.9
	größtenteils	0.8
	mehr enthalten als nicht	0.6
	mehr nicht enthalten als	0.4
	größtenteils nicht	0.2
	nahezu völlig nicht	0.1
	völlig nicht	0

(zit. nach Schneider & Wagemann 2007: 178)

Aus den einzelnen Interviews wurden zunächst all jene Zitate extrahiert, die Informationen zu den Bedingungen 1-4 liefern. Auf Basis der jeweiligen Zitate erfolgte die Vergabe der Fuzzy-Werte dahingehend, dass pro Interview für jede Bedingung ein Wert vergeben wurde. Hier könnte man einwenden, dass es sich ja um Paar-Interviews handelt und dieser Wert nicht notwendigerweise die Meinung *beider* Partner widerspiegeln muss. Es hat sich jedoch

herausgestellt, dass sich bei der hier verwendeten Interviewform im Verlauf des Gespräches die Einzelmeinungen der Partner annähern. Dies ist bis zu einem gewissen Grad auch notwendig, um zu einer gemeinsamen Entscheidung zu kommen. In jenen – eher seltenen – Fällen, wo es sich um ein sehr kontroverses Gespräch handelt und keine Einigung gefunden wurde, gab es zwei verschiedene Vorgehensweisen. In Bezug auf das Resultat wurde die Meinung des dominanteren Partners bei der Wertevergabe herangezogen. In Bezug auf die Bedingungen wurde der Wert für jeden Partner notiert und dann daraus der mittlere Wert auf der Fuzzy-Skala ermittelt. Auch wenn die Zitate als expliziter Ausdruck eines potentiell zu vergebenden Wertes gewissermaßen die Basis bei der Wertevergabe darstellen, gilt es dennoch, den gesamten Interviewkontext mit zu berücksichtigen.

Für den fünften Indikator „Wohlfahrtsstaat und Familienpolitik“ erfolgte die Vergabe der Fuzzy-Werte auf andere Art. Hierbei handelt es sich um einen Indikator, bei dem weniger die subjektive Einschätzung der Interviewpartner relevant ist, sondern primär die tatsächlichen strukturellen Voraussetzungen interessieren. Bezugnehmend auf das zugrunde gelegte theoretische Modell kann man jenen Indikator also auf der Makroebene ansiedeln, während die anderen Indikatoren der Mikroebene zuzuordnen sind. Das heißt, es müssen andere Informationsquellen als die Paar-Interviews zur Wertevergabe herangezogen werden. Hier bieten sich die Ergebnisse des sozialstatistischen Ländervergleiches an, der sich einerseits auf die zu diesem Bereich vorhandene Literatur stützt und andererseits statistisches Datenmaterial einbezieht.

Der schwedische Wohlfahrtsstaat orientiert sich am Grundsatz der Geschlechtergleichheit und geht von einem egalitären Familienmodell aus. Die Familie als System steht nicht explizit im Fokus des politischen Interesses. Vielmehr erfolgt die Unterstützung von Familien über die Unterstützung der einzelnen Individuen. Es existiert insgesamt ein dichtes Netz an staatlichen Unterstützungsleistungen, wobei strukturelle Maßnahmen klaren Vorrang haben gegenüber reinen Transferleistungen. Schweden mit seinen universalistischen Prinzipien galt lange Zeit als der Prototyp des modernen Wohlfahrtsstaates. Gerade in den vergangenen Jahren scheint er jedoch an seine Grenzen gestoßen zu sein. Daher wird er auf der Fuzzy-Skala nicht mit 1 (Idealtypus), sondern mit 0,9 bewertet.

Die Wohlfahrtspolitik in Österreich ist überwiegend bedarfsabhängig ausgestaltet und setzt in weiten Bereichen für den Bezug von sozialstaatlichen Leistungen eine Erwerbstätigkeit voraus. Ausgehend vom traditionellen Familienmodell erfolgt die familienpolitische Intervention überwiegend über Barleistungen. Österreich liegt hinsichtlich der monetären Familienförderung im Spitzenfeld der europäischen Staaten. Im Vergleich zum

skandinavischen Modell weniger ausgebaut ist der Bereich der Infrastruktur und sozialen Dienstleistungen.

Spanien als junger Wohlfahrtsstaat ist gekennzeichnet durch einen gering entwickelten Sektor an öffentlichen Dienstleistungen. Aufgrund des starken familiären Netzwerkes wurde lange Zeit keine Notwendigkeit gesehen, im Bereich Familie staatlich einzugreifen. Dies erklärt, warum die Spanische Familienpolitik vergleichsweise schwach entwickelt ist. Auch wenn in den letzten Jahren deutliche Signale in Richtung Familienförderung gesetzt wurden, kann – im Vergleich zu Schweden und Österreich – nicht von einem hohem Maß an staatlicher Unterstützung von Familien gesprochen werden.

Aus den obigen Überlegungen ergibt sich für die Bedingung 5 („Wohlfahrtsstaat und Familienpolitik“) folgende Zuordnungsregel der Fuzzy-Werte:

Schweden: 0,9 (nahezu völlig)

Österreich: 0,8 (größtenteils vorhanden)

Spanien: 0,4 (mehr nicht als enthalten)

Für die Bedingungen 1-4 wird im Folgenden die Vorgehensweise bei der Zuordnung der Werte exemplarisch veranschaulicht:

Bedingung 1: Das Paar hat eine positive Einstellung gegenüber einem Leben mit Kindern.

>> Normen und Werte: 0,8 (größtenteils enthalten)

F: Es hat auch für mich so den höheren Aspekt... dass die Familie irgendwie weitergeht. So blöd es vielleicht auch klingt, aber es hat jetzt so eine natürliche Dimension für mich jetzt gekriegt. Und wenn ich mir denke: Ja, es ist sicher nett, wenn man alt ist und man hat Familie und hat vielleicht Kinder. Und auch, wenn ich nicht davon ausgehe, dass die sich um mich kümmern, wenn ich alt bin. Aber ich weiß nicht... es kommen alle diese Gedanken jetzt so... kriegen jetzt so ein bisschen Platz in meinem Leben.

M: Na ja, und es wäre schön, Kinder halt aufwachsen zu sehen und so. Eine interessante Erfahrung könnte man sagen, eine Bereicherung im Leben.

(Interview AUT4)

Bedingung 2: Es existiert eine egalitäre Aufgabenteilung zwischen den Partnern.

>> Familie und Erwerb: 0,4 (mehr nicht enthalten als enthalten)

F: Ja, also ich glaube...dass Du glaubst...wenn wir noch ein Kind hätten, würden wir die Diskussionen haben über viel Arbeiten und so. Wenn wir noch ein Kind hätten, glaubt Lars, dass er nicht zu lange in der Arbeit bleiben kann wie er will. Weil er glaubt, dass ich sonst nörgeln würde. [...]

M: Ich würde die Arbeitszeit reduzieren. Natürlich würde ich nicht Teilzeit arbeiten, aber ich könnte 40 Stunden pro Woche arbeiten.

I: Sie machen jetzt viele Überstunden?

M: Ja. Ich arbeite rund 50 bis 60 Stunden...oder zwischen 55 und 60 Stunden.

(Interview SWE 12)

Bedingung 3: Die Diskussion des Paares lässt auf eine konfliktarme Beziehung schließen.

>> Partnerschaft: 0,2 (größtenteils nicht enthalten)

M: Aber wir reden über Kinder, nicht darüber, was Du alles willst...wir reden nicht über Häuser. Ich möchte nicht e i n Haus, ich möchte drei – mit Garage, Swimming Pool, Tennis-Platz...

F: Ja, aber in Bezug auf Kinder...

M: Ja, aber Du redest über Dich selbst: Ich möchte dies, ich möchte das...aber was für einen Einfluss hat es auf Deine Kinder, ob das Haus gemietet ist oder ob man umziehen muss. [...]

M: Was wären die Bedingungen, die Du akzeptieren würdest?

F: Ich würde warten...

M Wenn Du solange wartest bis Deine ganzen Wünschen erfüllt sind, hast Du am Ende keine Kinder...[...]

F: Du sagst das alles so, als ob ich wegen meines Jobs keine Kinder haben könnte. Heißt das, Du glaubst, dass Frauen sich um die Kinder kümmern müssen?

(Interview ESP 11)

Bedingung 4: Das Paar erlebt sich als materiell abgesichert.

>> Materielle Situation: 0,8 (größtenteils enthalten)

F: Also, für mich ist es schon wichtig, dass einfach einmal diese ganze Umgebungssituation geklärt ist: Studium zu Ende und endlich eine Wohnung und es sind jetzt einmal ein paar Dinge erledigt an Ausbildung.[...]

M: Und es ist machbar und also ich versuche, dauern das Positive zu sehen und zu sagen: Also, ich verdiene nicht schlecht und ich weiß nicht... also wir haben damit... wir leben jetzt nicht in Zimmer Küche zusammen, also es ist die Umgebungsmöglichkeit.

F: Es ist sicher keine wirtschaftliche wegen Wohnung oder irgendwas.

(Interview AUT 4)

Für das zu erklärende Outcome, d.h. die Entscheidung für ein (weiteres) Kind, wird von dem/der ForscherIn ebenfalls ein Fuzzy-Wert vergeben. Dabei geht es ganz prinzipiell um die Einschätzung, ob ein Kind aus gegenwärtiger Sicht wahrscheinlich ist. Zugegebenermaßen handelt es sich dabei um eine Momentaufnahme, die sich natürlich auch verändern kann. Die Vergabe der konkreten Werte erfolgt nach folgender Regel:

- wenn ein Partner keinen Kinderwunsch hat und sich der andere unterordnet = 0
- wenn beide Partner einen Kinderwunsch haben, die Realisierung jedoch auf *unbestimmte* Zeit aufgeschoben wird (d.h. kein Plan vorhanden) = Werte von 0,1 bis 0,4
- wenn beide Partner einen Kinderwunsch haben, die Realisierung jedoch auf *bestimmte* Zeit aufgeschoben wird (d.h. Plan vorhanden) = Werte von 0,6 bis 0,8
- wenn konkrete Schritte gesetzt wurden bzw. die Frau bereits schwanger ist = 1
- Jene Fälle, in denen beide Partner keinen Kinderwunsch haben, sind für die Analyse irrelevant und wurden daher ausgeschlossen (siehe vorne).

Die Analyse beinhaltet auch die Untersuchung des negierten Ergebnisses (d.h. das Fehlen der Entscheidung für ein (weiteres) Kind. Hier geht es dann um die Frage, aus welchen Gründen explizit die Entscheidung dagegen getroffen wurde sowie warum die Realisierung des Kinderwunsches auf unbestimmte Zeit verschoben wird.

6.3.4 Zuordnung der Fuzzy-Werte und Rohdatentabelle

Nach der Zuordnung der einzelnen Werte zu den jeweiligen Fällen ergibt sich eine Datenmatrix, deren Zeilen jeweils einen einzelnen Fall charakterisieren. Durch die eingetragenen Werte werden für jeden Fall die jeweiligen Ausprägungen der Bedingungen und damit auch ihre Beziehung zueinander ersichtlich. Die nachfolgende Matrix stellt die Ausgangsbasis für die weitere Analyse dar:

Tabelle 19: Mitgliedswerte der untersuchten Fälle (Rohdatentabelle)

Country	VALUE	WORK-FAMILY	MATERIAL	PARTNER	POLICIES	OUTCOME
AT	1	0.9	0.9	0.9	0.8	0.8
AT	0.8	0.6	0.6	0.9	0.8	0.8
AT	0.8	0.6	0.9	0.2	0.8	0.8
AT	0.8	0.8	0.8	0.9	0.8	0.9
AT	1	0.4	0.6	0.2	0.8	0.8
AT	0.4	0.2	1	0.2	0.8	0.2
AT	0.9	1	0.2	0.6	0.8	0.6
AT	0.2	0.6	0.6	0.4	0.8	0.6
AT	0.8	0.1	0.8	0.9	0.8	0.6
ES	0.8	0.8	0.6	1	0.4	0.6
ES	0.9	0.2	0.8	0.8	0.4	0.4
ES	1	0.2	0.6	0.8	0.4	0.4
ES	0.2	0.4	0.2	0.8	0.4	0.4
ES	0.6	0.4	0.4	0.2	0.4	0.4
ES	0.8	0.2	0.2	0.8	0.4	0.2
ES	0.8	0.2	0.2	0.8	0.4	0.1
ES	0.8	0.6	0.6	0.8	0.4	0.2
ES	0.6	0.4	0.4	0.6	0.4	0.2
SW	0.8	0.6	1	0.9	0.9	1
SW	0.6	0.6	0.9	0.4	0.9	0.1
SW	0.6	0.4	0.8	0.2	0.9	0.2
SW	0.8	0.8	0.9	0.8	0.9	0.4
SW	0.2	0.6	0.2	0.6	0.9	0.2
SW	0.2	0.8	0.9	0.6	0.9	0.8
SW	0.8	0.4	0.8	0.6	0.9	0.2
SW	0.2	0.4	0.4	0.8	0.9	0.6
SW	0.8	0.8	0.8	0.8	0.9	0.8

Legende:

country = untersuchte Länder: AT (Österreich), ES (Spanien), SW (Schweden)

value = Das Paar hat eine positive Einstellung gegenüber einem Leben mit Kindern.

work-family = Es existiert eine egalitäre Aufgabenteilung zwischen den Partnern.

partner = Die Diskussion des Paares lässt auf eine konfliktarme Beziehung schließen.

material = Das Paar erlebt sich als materiell abgesichert.

policies = Wohlfahrtsstaat und Familienpolitik

outcome = Entscheidung für ein (weiteres) Kind

Bei Betrachtung des Outcome (d.h. Entscheidung zum Kind) fällt auf, dass in den Spanischen Interviews nur einmal ein Wert größer 0,5 vergeben wurde. Das heißt, dass nur in einem Interview, das in Spanien durchgeführt wurde, die Entscheidung zum Kind getroffen wurde. Für die weitere Interpretation ist dies ein zu berücksichtigender Umstand.

6.3.5 Analyse der notwendigen und hinreichenden Bedingungen

Der Fuzzy-Wahrheitstafel-Algorithmus ist ein Ansatz, der auf der Analyse von hinreichenden und notwendigen Bedingungen basiert, d.h. jede Zeile einer Wahrheitstafel wird danach bewertet, ob sie eine hinreichende Bedingung für das zu erklärende Ergebnis ist oder nicht – anders ausgedrückt, ob die Bedingung zum Ergebnis führt (d.h. $X \rightarrow Y$).

6.3.5.1 Notwendige Bedingungen

Zunächst wird überprüft, ob die einzelnen Bedingungen *notwendig* für das Zustandekommen des Ergebnisses sind. Zur Erinnerung: Eine Bedingung ist dann notwendig, wenn das Ergebnis ohne jene Bedingung nicht eintritt. Die Überprüfung geschieht mit Hilfe der Berechnung von Konsistenz- und Abdeckungsmaßen, welche die Güte und Relevanz der Analyse bewerten. Bezüglich ihrer Notwendigkeit getestet werden sowohl die Bedingungen als auch das Fehlen der Bedingungen. Um ein möglichst valides Ergebnis zu erhalten, sollten bei der Untersuchung der notwendigen Bedingungen nur hohe Konsistenzmaße (zumindest 0,9) akzeptiert werden (vgl. *Schneider & Wagemann, 2007*).

Für die vorliegende Fragestellung zeigt sich, dass die Bedingungen MATERIAL und POLICIES als notwendige Bedingungen einzustufen sind, da ihre Konsistenz über 0,9 liegt. Es existieren also (fast) keine Fälle¹³, in denen die Entscheidung zum Kind getroffen wird und sich das Paar als finanziell nicht abgesichert erlebt bzw. kein hohes Maß an staatlicher Unterstützung für Familien gewährleistet wird.

Die genauen Konsistenz- und Abdeckungswerte für die einzelnen Bedingungen und deren Negation sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

¹³ Wenn tatsächlich keine Fälle existieren, müsste die Konsistenz zu 100% gegeben sein.

Tabelle 20: Konsistenz und Abdeckung notwendiger Bedingungen für das Ergebnis ‚Entscheidung für ein (weiteres) Kind‘

Entscheidung für ein (weiteres) Kind (Outcome)	Bedingung (condition)	Konsistenz (consistency)	Abdeckung (coverage)
	VALUE	0.857143	0.626374
	WORK-FAM	0.819549	0.778571
	MATERIAL	0.902256	0.701754
	PARTNER	0.857143	0.651429
	POLICIES	0.969925	0.682540
	value	0.466165	0.704545
	work_fam	0.578947	0.592308
	material	0.496241	0.666667
	partner	0.503759	0.705263
	policies	0.421053	0.691358

Quelle: eigene Berechnungen

Anmerkung: Die Großbuchstaben bedeuten das Vorliegen der Bedingung, die Kleinbuchstaben das Fehlen der Bedingung (Negation).

Neben der Überprüfung, ob eine Bedingung notwendig für das Ergebnis ist, muss auch geklärt werden, ob eine Bedingung notwendig für das *Fehlen* des Ergebnisses (die Negation) ist. Für die vorliegende Fragestellung sollen also Anhaltspunkte dafür gefunden werden, welche Bedingungen notwendig sind, damit keine Entscheidung für Kinder zustande kommt. Auch wenn die sprachliche Formulierung in diesem Zusammenhang manchmal sehr umständlich erscheint, ist aus inhaltlicher Sicht unbedingt zu differenzieren zwischen dem Nicht-Zustandekommen eines Ergebnisses und dem negativen Ergebnis. Am Beispiel des vorliegenden Untersuchungsgegenstandes wird dies deutlich: Wenn Paare die Entscheidung für Kinder *nicht* treffen, so ist dies nicht gleichbedeutend mit der Entscheidung *gegen* Kinder. Im ersten Fall kommt die Entscheidung schlichtweg nicht zustande, während im zweiten Fall eine bewusste Entscheidung dagegen getroffen wurde.

Aus der nachstehenden Tabelle wird ersichtlich, dass keine der untersuchten Bedingungen bzw. deren Negation einen Konsistenzwert von $>0,9$ aufweist. Es kann daher die Aussage getroffen werden, dass keine einzige Bedingung als notwendige Voraussetzung für das Fehlen der Entscheidung für ein (weiteres) Kind berücksichtigt werden muss.

Tabelle 20a: Konsistenz und Abdeckung notwendiger Bedingungen für das Ergebnis ‚Fehlen der Entscheidung für ein (weiteres) Kind‘

'Fehlen der Entscheidung für ein (weiteres) Kind (Negation des Outcome)	Bedingung (condition)	Konsistenz (consistency)	Abdeckung (coverage)
	VALUE	0.810219	0.609890
	WORK-FAM	0.613139	0.600000
	MATERIAL	0.759124	0.608187
	PARTNER	0.795620	0.622857
	POLICIES	0.817518	0.592593
	value	0.503650	0.784091
	work_fam	0.773723	0.815385
	material	0.627737	0.868687
	partner	0.554745	0.800000
	policies	0.562044	0.950617

Quelle: eigene Berechnungen

Zusammenfassend hat die Analyse der notwendigen Bedingungen also ergeben, dass die finanzielle Absicherung und die hohe staatliche Unterstützung als notwendig für die Entscheidung zum Kind angesehen werden können.

6.3.5.2 Hinreichende Bedingungen

Die Erstellung der Wahrheitstafel aus der obigen Rohdatenmatrix macht deutlich, dass im empirischen Datenmaterial für 15 Konfigurationen empirische Evidenz zu finden ist. Für die restlichen 17 logisch möglichen Merkmalskombinationen existieren keine Fälle¹⁴. Auf das Problem der begrenzten empirischen Vielfalt wurde bereits an anderer Stelle hingewiesen. Hier ist die Anmerkung wichtig, dass in der mit Fuzzy-Sets arbeitenden QCA begrenzte empirische Evidenz durch diejenigen Merkmalskombinationen definiert wird, für die nicht genügend Fälle mit einer Mitgliedschaft von mehr als 0,5 gegeben sind.

Die nachstehenden Tabellen weisen die Wahrheitstabellen für das positive Ergebnis und die Negation des Ergebnisses aus. Jede Zeile repräsentiert eine Kombinationsmöglichkeit der fünf zu untersuchenden Bedingungen. Die Spalte „number“ gibt Auskunft über die Anzahl der Fälle, die sich durch die jeweilige Konfiguration charakterisieren lassen. In der Spalte

¹⁴ Für 5 Kausalbedingungen ergeben sich 2^5 logisch mögliche Kombinationen, also insgesamt 32.

„OUTCOME“ kann abgelesen werden, welche Merkmalskombination zu einem bzw. keinem positiven Ergebnis führt. Die Outcome-Werte wurden für jene Fälle gleich 1 gesetzt, deren Konsistenz größer als 0,8 (für die positive Entscheidung für Kind) bzw. 0,9 (für das Fehlen der Entscheidung für ein Kind) liegt. Auffällig ist, dass sich für die Negation des Outcome wesentlich höhere Konsistenzwerte ergeben als für das positive Outcome (siehe die folgenden beiden Tabellen).

Eine erste inhaltliche Interpretation könnte dahingehend lauten, dass die gewählten Bedingungen die Nicht-Entscheidung besser erklären als die Entscheidung.

Tabelle 21: Wahrheitstafel „Entscheidung für ein (weiteres) Kind“ und 5 Bedingungen

	VALUE	WORK-FAMILY	MATERIAL	PARTNER	POLICIES	Number	OUTCOME	consist
1	1	1	0	1	1	1	1	0.91071
2	0	0	0	1	1	1	1	0.89795
3	0	1	1	1	1	1	1	0.89473
4	1	0	0	0	0	1	1	0.87179
5	1	1	1	1	0	2	1	0.87037
6	0	0	0	1	0	1	1	0.86842
7	0	1	0	1	1	1	1	0.85714
8	1	1	1	1	1	6	1	0.85263
9	0	1	1	0	1	1	1	0.85185
10	1	0	1	1	0	2	1	0.83333
11	1	1	1	0	1	2	1	0.81538
12	1	0	1	1	1	2	1	0.81333
13	1	0	1	0	1	2	0	0.78461
14	0	0	1	0	1	1	0	0.77358
15	1	0	0	1	0	3	0	0.72222

Quelle: eigene Berechnungen

Tabelle 21a: Wahrheitstafel „Fehlen der Entscheidung für ein (weiteres) Kind“ und 5 Bedingungen

	VALUE	WORK-FAMILY	MATERIAL	PARTNER	POLICIES	number	Negation OUTCOME	consist
1	1	0	0	0	0	1	1	1.000000
2	1	0	0	1	0	3	1	0.981481
3	0	0	1	0	1	1	1	0.981132
4	0	1	0	1	1	1	1	0.979592
5	0	0	0	1	0	1	1	0.973684
6	1	0	1	1	0	2	1	0.962963
7	0	0	0	1	1	1	1	0.938776
8	1	1	1	1	0	2	1	0.925926
9	1	1	0	1	1	1	1	0.910714
10	0	1	1	0	1	1	1	0.907407
11	1	0	1	0	1	2	1	0.892308
12	1	1	1	0	1	2	1	0.892308
13	0	1	1	1	1	1	1	0.877193
14	1	0	1	1	1	2	1	0.853333
15	1	1	1	1	1	6	0	0.673684

Quelle: eigene Berechnungen

6.3.6 Die formale Darstellung des Lösungsterms

Die computerbasierte Reduktion der Wahrheitstafel erzeugt die gesuchte Lösungsformel, mit welcher das zu untersuchende Phänomen am einfachsten erklärt werden kann. Die von *Ragin* zur Verfügung gestellte Software *fs/QCA2.2* bietet als Algorithmus zur Berechnung den Quine-McClusky-Algorithmus an, der auch für die vorliegende Analyse verwendet wurde.

In Anlehnung an die von *Schneider & Wagemann* (2007) entwickelten „Code of Good Practice“ werden bei der Darstellung der Ergebnisse auch Teilergebnisse explizit gemacht. Die Autoren weisen darauf hin, dass die Transparenz hinsichtlich der Vorgehensweise gerade für eine Methodik, für die bislang noch kein Standardrepertoire an expliziten und impliziten Vorgehensregeln entwickelt wurde, besonders wichtig ist.

Zunächst erkennt man, dass fünf verschiedene Kombinationen von Bedingungen aufgeführt werden, welche den Lösungsterm zusammensetzen. Die mit einem Pluszeichen (Boolesches ODER) verbundenen Teilelemente der Lösung erfassen jeweils andere Fälle und sind daher nicht logisch äquivalent. Beim vorliegenden Analyseergebnis handelt es sich also

um eine so genannte äquifinale Lösung, d.h. das Ergebnis kommt in unterschiedlichen Fällen durch unterschiedliche Kausalkombinationen zustande.

Die beiden Zeilen am Ende des Computerausdruckes beschreiben die Gesamtabdeckung und Gesamtkonsistenz des Lösungsterms. Es zeigt sich, dass der Lösungsterm eine verhältnismäßig geringe Konsistenz (rund 76%) aufweist. Demgegenüber zeigt die hohe Gesamtabdeckung (rund 92%) an, dass er eine hohe Erklärungskraft besitzt, d.h. viele Fälle widerspiegelt. Vergewenwärtigt man sich nochmals, dass die Konsistenz einen Hinweis liefert, *wie gut* die Erklärung ist und die Abdeckung, *wie viel* des zu erklärenden Ergebnisses tatsächlich erklärt wird (vgl. *Schneider & Wagemann* 2007), so kann festgehalten werden: Mit der vorliegenden Analyse können viele Fälle erklärt werden, jedoch mit gewissen Einschränkungen, was die Güte der Erklärung betrifft (d.h. hohe Abdeckung mit niedriger Konsistenz).

Die drei Spalten an der rechten Seite beschreiben die Rohabdeckung (*raw coverage*), die Einzelabdeckung (*unique coverage*) und die Konsistenz (*consistency*) der einzelnen Erklärungsalternativen. Durch die Interpretation der Rohabdeckung lässt sich feststellen, welche Erklärungskraft gegeben wäre, wenn man nur den entsprechenden Pfad verwenden würde. Die Einzelabdeckung macht hingegen deutlich, wie viele Fälle durch den entsprechenden Pfad erklärt werden, die nicht schon durch andere Pfade erklärt werden. Durch die Einzelabdeckung kann man daher auch beurteilen, welchem Pfad empirisch mehr Gewicht zukommt als den anderen Pfaden.

Die ersten drei Pfade haben in etwa die gleiche, hohe Rohabdeckung, d.h. decken zwischen 71 und 76% des zu erklärenden Ergebnisses ab. Die Alleinabdeckung ist jedoch mit 3 bis 9% gering. Die Konsistenz ist für den ersten Pfad mit rund 78% geringer als für den zweiten und dritten Pfad (84 bzw. 85%). Die beiden zuletzt angeführten Erklärungsalternativen weisen zwar die relativ höchste Konsistenz auf, besitzen jedoch sowohl eine geringe Roh- als auch Einzelabdeckung, können also vergleichsweise wenige Fälle erklären.

Von besonderer Bedeutung scheint der Pfad WORK_FAM*MATERIAL*POLICIES zu sein. Die Kombination der drei Bedingungen ist zu 85% konsistent und deckt 76% des zu erklärenden Outcome ab, besitzt also eine hohe Erklärungskraft. Inhaltlich bedeutet jener Pfad, dass die Entscheidung für ein (weiteres) Kind meist dann getroffen wird, wenn wir die Kombination aus einer egalitären Aufgabenteilung zwischen den Partnern, einer als abgesichert erlebten finanziellen Situation und einem hohen Maß an staatlicher Unterstützung für Familien vorfinden.

Tabelle 22: Hinreichende Bedingungen für die „Entscheidung für ein (weiteres) Kind“

```

--- TRUTH TABLE SOLUTION ---
frequency cutoff: 1.000000
consistency cutoff: 0.813333

```

	raw coverage	unique coverage	consistency
	-----	-----	-----
VALUE*MATERIAL*PARTNER+	0.706767	0.090226	0.776859
WORK_FAM*MATERIAL*POLICIES+	0.759398	0.075188	0.848739
WORK_FAM*PARTNER*POLICIES+	0.714286	0.030075	0.840708
value*work_fam*material*PARTNER+	0.330827	0.015038	0.862745
VALUE*work_fam*material*partner*policies	0.255639	-0.000000	0.871795

```

solution coverage: 0.917293
solution consistency: 0.757764

```

Quelle: eigene Berechnungen mit fsQCA2.2

Wie schon bei den notwendigen Bedingungen festgestellt, besitzt auch der Lösungsterm der hinreichenden Bedingungen für die Negation des Ergebnisses eine höhere Konsistenz als für das positive Ergebnis (88% verglichen mit 76%). Demgegenüber werden mit der Formel jedoch weniger Fälle abgedeckt (75% gegenüber 92%). Schlussfolgernd kann man festhalten, dass die Erklärung für die Nicht-Entscheidung besser ist als jene für die positive Entscheidung, allerdings können weniger Fälle erklärt werden.

Auch die einzelnen Erklärungsalternativen weisen eine sehr hohe Konsistenz auf (alle über 91%), was die Güte der Analyse unterstreicht. So ist beispielsweise der Ausdruck VALUE*work_fam*material*policies zu 98% konsistent mit der in der Wahrheitstafel enthaltenen Information. Die Interpretation jenes Pfades bedeutet folgendes: Ist lediglich eine positive Grundhaltung gegenüber Kindern vorhanden und fehlen hingegen die anderen Bedingungen, so fehlt auch die Entscheidung zum Kind.

Tabelle 22a: Hinreichende Bedingungen für das Fehlen der „Entscheidung für ein (weiteres) Kind“

--- TRUTH TABLE SOLUTION ---

frequency cutoff: 1.000000

consistency cutoff: 0.907407

	raw	unique	
	coverage	coverage	consistency
	-----	-----	-----
VALUE*work_fam*material*policies+	0.416058	0.087591	0.982759
value*work_fam*material*PARTNER+	0.350365	0.014599	0.941177
value*MATERIAL*partner*POLICIES+	0.386861	0.080292	0.913793
VALUE*MATERIAL*PARTNER*policies+	0.430657	0.065693	0.936508
WORK_FAM*material*PARTNER*POLICIES	0.445255	0.029197	0.924242

solution coverage: 0.751825

solution consistency: 0.880342

Quelle: eigene Berechnungen mit fsQCA2.2

Aus methodischer Sicht können die beiden Wahrheitstabellen folgendermaßen interpretiert werden: Für den Fall des positiven Outcome wurde ein Lösungsterm errechnet, mit dem wir den Großteil der empirischen Daten – allerdings eher ungenau – erklären können, d.h. eine niedrige Konsistenz mit gleichzeitig hoher Abdeckung vorliegt. Die Lösungsformel für das Fehlen des positiven Outcome geht in die andere Richtung: Es können weniger Fälle erklärt werden, diese dafür ziemlich korrekt. Sie besitzt dementsprechend eine geringere Relevanz als die erste Formel, weist jedoch ein höheres Gütemaß auf.

6.3.7 Die Interpretation des Lösungsterms

Wie kommt es nun zur Entscheidung für ein Kind? Welche Faktoren sind hierbei ausschlaggebend? Die Klärung dieser Frage beinhaltet neben der inhaltlichen Beantwortung auch die Überprüfung des vorab entwickelten theoretischen Modells zur Erklärung von Fertilitätsentscheidungen. Dazu muss die Relevanz der im Modell enthaltenen Faktoren und ihre Beziehung zueinander bestimmt werden. In der Terminologie der qualitativen komparativen Analyse steht also die Frage nach der Kausalbeziehung zwischen einzelnen Bedingungen (Einflussfaktoren) und einem zu erklärenden Phänomen (Fertilitätsentscheidung) im Vordergrund. In diesem Zusammenhang sei nochmals an die zentrale Forschungsfrage der Analyse erinnert:

„Sind die im Modell berücksichtigten Faktoren für die Entscheidung für ein (weiteres) Kind ...“

a) notwendig und/oder

b) hinreichend?

6.3.7.1 Notwendige Bedingungen

Was die Frage betrifft, welche der fünf Faktoren für das Zustandekommen der Entscheidung als notwendig eingestuft werden können, so lässt sich folgendes Ergebnis festhalten:

Die Faktoren „Das Paar erlebt sich materiell als abgesichert“ (MATERIAL) und „Es existiert ein hohes Maß an staatlicher Unterstützung für Familien“ (POLICIES) sind notwendige Bedingungen hinsichtlich der Fertilitätsentscheidung. Ohne Vorhandensein der finanziellen und strukturellen Rahmenbedingungen ist es also unwahrscheinlich, dass die Entscheidung für ein (weiteres) Kind getroffen wird. Wie die Definition einer notwendigen Bedingung beschreibt, geht es ohne jene Bedingungen nicht, es kann jedoch sein, dass noch weitere Faktoren zur Erklärung gebraucht werden. Ob dies der Fall ist, wird erst in der Analyse der hinreichenden Bedingungen deutlich.

Wenngleich gewisse Vorsicht bei der länderspezifischen Betrachtung aufgrund der geringen Fallzahl (d.h. 9 Interviews pro Land) geboten ist, so wird der Zusammenhang zwischen „staatlicher Unterstützung“ und der Entscheidung für (weitere) Kinder besonders deutlich am Beispiel Spaniens: Hier ist eine relativ niedrige Familienförderung vorhanden und die empirischen Daten weisen überwiegend Fälle der Nicht-Entscheidung für ein Kind auf. Für Österreich und Schweden als Länder mit hoher staatlicher Unterstützung stellt sich der Zusammenhang zwischen Familienförderung und Entscheidung zum Kind jeweils unterschiedlich dar: Während in den österreichischen Interviews größtenteils die positive Fertilitätsentscheidung vorliegt, ist das Verhältnis zwischen Entscheidung und Nicht-Entscheidung bei schwedischen Paaren fast ausgewogen.

Was den zweiten Faktor „materielle Absicherung“ betrifft, so ist er primär im Kontext des Wohnens und der zu teuren Wohnungen zu sehen. Auch wenn diese Thematik vor allem in den Spanischen Interviews gegeben ist, so besitzt sie auch Relevanz für schwedische Paare. Letztere beklagen die Situation eher allgemein, d.h. diskutierten auch die Wohnungspolitik und die strukturellen Voraussetzungen, die es für Paare schwierig machen, eine gute, leistbare Wohnung zu finden.

Zusammenfassend handelt es sich bei den als notwendig identifizierten Bedingungen um die „hard facts“: die materielle Situation und die staatliche Förderung. In den untersuchten Ländern müssen also bestimmte Voraussetzungen gegeben sein, damit man als Paar die Familiengründung oder -erweiterung überhaupt in Erwägung zieht. Allerdings kann es

durchaus sein, dass trotz Vorhandensein jener Bedingungen, die Entscheidung nicht getroffen wird. Man könnte in diesem Falle auch von einem *indirekten* Effekt sprechen: Das Vorhandensein einer abgesicherten materiellen Situation und eine großzügige staatliche Familienförderung führt nicht automatisch zur Entscheidung für ein Kind – wenn diese Faktoren jedoch nicht vorhanden sind, wird die Fertilitätsentscheidung unwahrscheinlich.

6.3.7.2 Hinreichende Bedingungen

Bei dem mittels QCA-Analyse erzielten Ergebnis handelt es sich um ein äußerst komplexes Erklärungsmodell, in dem fünf verschiedene Kombinationen aus den als kausal angenommenen Bedingungen zusammenwirken. Bleibt man mit der Beschreibung nun auf der Ebene der einzelnen Bedingungen des Lösungsterms, so erkennt man, dass jede Bedingung zumindest in einer Teillösung vertreten ist. Dabei gibt es sowohl den Ansatz, dass das Vorhandensein der Bedingung in die Kausalbeziehung einfließt als auch dass deren Nicht-Vorhandensein zur Lösung beiträgt. Anders ausgedrückt, liefert somit jeder der untersuchten Faktoren einen Erklärungsanteil für die Gesamtlösung. Dies kann dahingehend interpretiert werden, dass jeder der untersuchten Faktoren für die Erklärung von Fertilitätsentscheidungen bedeutsam ist. Insofern wird durch die Analyse die Auswahl der Faktoren als methodisch sinnvoll und für das theoretische Modell als relevant bestätigt (siehe auch Kapitel 10).

Aus dem Gesagten wird jedoch gleichzeitig klar, dass keine der fünf Bedingungen für sich genommen als hinreichende Bedingung zum Zustandekommen der Entscheidung für ein (weiteres) Kind gelten kann. Die Einstufung einer Bedingung als hinreichend würde ja bedeuten, dass jene Bedingung alleine ausreicht, um das Zustandekommen des Ergebnisses zu erklären – und zwar ohne Einbezug weiterer Faktoren. Die nicht hinreichende Erklärungskraft der ausgewählten Faktoren zur Erklärung von Fertilitätsentscheidungen ist jedoch – wie oben erläutert – nicht auf die Irrelevanz der Bedingungen zurückzuführen, sondern auf die Komplexität des zu erklärenden Phänomens. Inhaltlich kann also festgehalten werden: Bei der Entscheidung für (weitere) Kinder handelt es sich um einen vielschichtigen Prozess, bei dem eine Reihe von verschiedenen Faktoren in unterschiedlicher Art und Weise zum Tragen kommt.

6.3.7.3 Die äquifinale Lösung als Ausdruck der Komplexität

Die Betrachtung der gesamten Lösungsformel lässt erkennen, dass der gefundene Term mit seinen fünf unterschiedlichen Pfaden eine äquifinale Lösung für die Erklärung der

Fertilitätsentscheidung beschreibt. Dies besagt, dass nicht nur eine Lösung existiert, sondern mehrere Wege zum selben Resultat führen.

Gerade die sozialwissenschaftliche Forschungspraxis weist eine Vielzahl sozialer Phänomene auf, die als Produkt äquifinaler und kombinatorischer Prozesse verstanden werden können (vgl. *Braumoeller*, 2003). Damit muss sich auch die Sichtweise von Kausalität im deterministischen Sinne erweitern.

Wie die bisher beschriebenen Ergebnisse der Analyse zeigen, hat sich die Möglichkeit, mit QCA die äquifinale Kausalität methodisch zu bearbeiten, als wesentliche Voraussetzung für die Beantwortung der vorliegenden Fragestellung herausgestellt. In diesem Zusammenhang muss eine methodische Bemerkung gemacht werden: Die Charakteristik eines Lösungsterms hängt immer auch mit der Anzahl der untersuchten Bedingungen und der beobachteten Fälle zusammen. Je mehr Bedingungen betrachtet werden, desto mehr Untersuchungsfälle sind notwendig, damit überhaupt ausreichende empirische Vielfalt möglich ist (d.h. damit kausale Beziehungen auch tatsächlich an empirischen Daten beobachtet werden können). Allerdings ist auch bei einer ausreichenden Fallzahl nicht immer garantiert, dass auch tatsächlich empirische Vielfalt gegeben ist. Dies ist dann der Fall, wenn es sich um eine sehr homogene Datenstruktur handelt. In der vorliegenden Analyse kann die Fallzahl zwar als ausreichend angesehen werden, die empirische Evidenz ist jedoch relativ niedrig. Auch wenn also das Verhältnis zwischen Bedingungen, Fallzahl und empirischer Evidenz nicht als idealtypisch bewertet werden kann, ist nicht anzunehmen, dass die komplexen Lösungsterme darauf zurückzuführen sind. Die Komplexität ergibt sich vielmehr aus dem Forschungsgegenstand selbst. Der bereits konstatierte Befund, dass es für Fertilitätsentscheidungen und den Kinderwunsch keine einfache Erklärung gibt, spiegelt die theoretischen Vorannahmen der gegenständlichen Studie wider.

6.3.7.4 Entscheidung versus Nicht-Entscheidung

Ein zentrales Ergebnis der Analyse bezieht sich auf die Unterscheidung zwischen dem Zustandekommen der Entscheidung für ein Kind und dem Nicht-Zustandekommen der Entscheidung, also dem Fehlen der Fertilitätsentscheidung. Interessanterweise besitzt nämlich die Analyse für das Fehlen der Entscheidung höhere mathematische Validität, gemessen am Konsistenzmaß des Lösungsterms. Gleichzeitig können mit der gefundenen Lösung jedoch weniger Fälle erklärt werden, d.h. die am Abdeckungsmaß abzulesende Relevanz des Lösungsterms ist geringer. Dies deutet vom inhaltlichen Standpunkt darauf hin, dass mit den gewählten Bedingungen die Nicht-Entscheidung von Paaren besser erklärt werden kann als die Entscheidung.

An dieser Stelle ist es notwendig, nochmals auf den wesentlichen Unterschied zwischen Nicht-Entscheidung und Entscheidung gegen Kinder hinzuweisen. Erstere bezieht sich auf den Umstand, dass Paare noch keine endgültige Entscheidung getroffen haben bzw. die Entscheidung zeitlich aufschieben. Die Entscheidung gegen Kinder beinhaltet den Umstand, dass bereits eine definitive Entscheidung getroffen wurde, die eben gegen Kinder ausgefallen ist. Es geht also einerseits um positive oder negative Fertilitätsentscheidungen und andererseits um das Fehlen von Fertilitätsentscheidungen.

Festzuhalten ist daher: Die durchgeführten Analysen liefern konsistentere Ergebnisse für das *Fehlen* einer positiven Fertilitätsentscheidung als für deren *Zustandekommen*. Vereinfacht gesagt, kann mit den vorliegenden Daten leichter erklärt werden, warum Paare die Entscheidung für Kinder aufschieben als warum Paare eine definitive Entscheidung treffen.

6.3.8 Fazit aus Modellbildung und Analyse

Den Analyseteil abschließend geht es nun darum, die angewandte Methodik und die erzielten Ergebnisse zu reflektieren. Dies geschieht im Hinblick auf die beiden Zielsetzungen der Arbeit, wonach geprüft werden sollte, inwieweit erstens das entwickelte Modell empirische Relevanz besitzt und zweitens QCA eine geeignete Methode zur Untersuchung des generativen Verhaltens darstellt. Von Interesse sind also die folgenden Fragen:

- Wie ist das entwickelte Modell nach empirischer Prüfung zu bewerten?
- Wo sind die Möglichkeiten und die Grenzen der angewandten Methodik anzusetzen?

6.3.8.1 Die Bewertung des theoretischen Modells

Als zentrales Ergebnis der durchgeführten Fallanalyse kann festgehalten werden, dass im Zusammenhang mit Fertilitätsentscheidungen und dem Kinderwunsch äußerst komplexe Kausalstrukturen wirksam werden. Diese kausalen Beziehungen ergeben sich sowohl zwischen den einzelnen Faktoren untereinander als auch zwischen den Faktoren und dem zu erklärenden Ergebnis.

Des Weiteren hat sich gezeigt, dass alle im Modell als kausal angenommenen Faktoren als empirisch relevant bestätigt worden sind. Insofern kann davon ausgegangen werden, dass das entwickelte Modell einen Erklärungsbeitrag zu den Ursachen des generativen Verhaltens liefern kann. Für die Erklärung von Fertilitätsentscheidungen müssen also berücksichtigt werden:¹⁵

¹⁵ Hier ist nochmals darauf hinzuweisen, dass aus jenen Themenbereichen jeweils nur eine Hypothese operationalisiert wurde. Klarerweise existiert eine Vielzahl anderer Hypothesen, deren Überprüfung ebenfalls interessant wäre.

- der gesellschaftliche Normen- und Wertekontext,
- die wohlfahrtsstaatlichen und familienpolitischen Rahmenbedingungen,
- die materielle Situation,
- die Vereinbarkeitmöglichkeiten von Familien- und Erwerbsleben,
- die Partnerschaft.

Wesentlich bei der Interpretation der Ergebnisse ist, dass sich die Bedeutung des einzelnen Faktors aus seinem Beitrag im Wechselspiel mit den jeweils anderen Bedingungen ergibt. Für sich genommen kann also keiner der untersuchten Faktoren die Fertilitätsentscheidungen der interviewten Paare *hinreichend* erklären, d.h. es müssen die anderen Faktoren zur Erklärung mit einbezogen werden. Es kann daher die vorab getroffene theoretische Annahme bestätigt werden, dass der Entscheidungsprozess vielschichtig ist und sowohl individuelle als auch strukturelle Einflussgrößen berücksichtigt werden müssen.

Einen Beitrag zum theoretischen Erkenntnisgewinn liefert auch die Unterscheidung zwischen hinreichenden und notwendigen Bedingungen. Dies lässt sich folgendermaßen erläutern: Ergänzt man die ursprüngliche Fragestellung „*Wodurch kommt die Entscheidung für ein Kind zustande?*“ durch die Frage „*Was darf keinesfalls fehlen, damit die Entscheidung zum Kind zustande kommt?*“, so differenziert man formal-logisch zwischen hinreichenden (erste Frage) und notwendigen (zweite Frage) Bedingungen. Versucht man nun eine Antwort auf die Frage nach möglicherweise *notwendigen* Bedingungen zu finden, so lassen sich zwei Faktoren identifizieren, die als notwendige Bedingungen für die Erklärung der Fertilitätsentscheidung gelten können: Es handelt sich hierbei um die Bedingungen „hohes Maß an staatlicher Unterstützung“ und „materielle Absicherung“. Sie stellen in diesem Sinne notwendige Voraussetzungen für eine positive Fertilitätsentscheidung dar – oder anders ausgedrückt: dürfen nicht fehlen, damit die Entscheidung zustande kommt. Dieses Ergebnis unterstreicht die Wichtigkeit der Unterscheidung zwischen hinreichenden und notwendigen Bedingungen. Denn diese beiden Konzepte führen zu jeweils unterschiedlichen Kausalaussagen, die – vereinfacht gesagt – einen direkten und indirekten Einfluss beschreiben. Möglicherweise liegt gerade in der fehlenden Differenzierung zwischen direkten und indirekten Wirkungen die bestehende Problematik für die Erklärung des generativen Verhaltens. Denn wenn nicht klar ist, ob eine Bedingung notwendig oder hinreichend für die Entscheidung zum Kind ist, können im Prinzip auch keine Aussagen über Ursache-Wirkungszusammenhänge gemacht werden. Es erschien interessant, jene Überlegungen auch am Beispiel anderer Phänomene im Bereich der sozialwissenschaftlichen Forschung zu beleuchten.

Die empirische Analyse hat also bestätigt, dass Fertilitätsentscheidungen einen hohen Grad an Komplexität aufweisen und multikausal zu erklären sind. Dieses Ergebnis spiegelt auch die Annahme wider, wonach jene theoretischen Ansätze als sinnvoll eingestuft werden können, welche mehrere verschiedene Faktoren einbeziehen und ebenenübergreifende Konzepte zugrunde legen. Die Relevanz aller fünf Faktoren lässt jedoch vermuten, dass noch weitere, im Modell nicht berücksichtigte Indikatoren bedeutsam sind. Als nächster Schritt wäre daher nahe liegend, weitere mögliche Einflussfaktoren zu identifizieren und auf ihre empirische Relevanz zu überprüfen. Diese Überlegung führt auch zu jenem Indikator, der aus methodischen Gründen aus der Analyse ausgeschlossen werden musste: den „Startbedingungen für junge Menschen“. Nichtsdestotrotz erscheinen die strukturellen Bedingungen, die junge Menschen am Übergang zum Erwachsenenalter vorfinden, für ihre Fertilitätsentscheidungen äußerst bedeutsam. Denn gerade im Zusammenhang mit der eigenen Familiengründung macht es durchaus einen Unterschied, wie leicht oder schwer es jungen Menschen fällt, in der Gesellschaft Fuß zu fassen.

Auch wenn der Einbezug neuer Faktoren in ein theoretisches Modell wünschenswert wäre, so muss dennoch auf die methodischen Grenzen hingewiesen werden, die sich für QCA-basierte Analysen durch die Erweiterung des Modells ergeben. Wird die Anzahl der in die Analyse integrierten Faktoren zu groß, ergeben sich methodische Probleme in zweierlei Hinsicht. Zum einen erhöht sich mit der Zahl der Bedingungen auch die für eine valide QCA-Analyse benötigte Fallzahl. Zum anderen besteht die Gefahr, dass das Modell zwar theoretisch fundiert ist, empirisch jedoch nicht mehr abgesichert werden kann. Anders ausgedrückt, wäre die Erhebung einer geeigneten Datenbasis kaum mehr möglich. Dies führt zu der prinzipiellen Frage: Wie viel Komplexität verträgt ein Modell, um nicht irrelevant zu werden? Die Beantwortung dieser Frage endet allerdings in einem Dilemma: Gerade in den Sozialwissenschaften haben wir es oftmals mit sehr komplexen Phänomenen zu tun, die durch zu starke Vereinfachung gar nicht erfasst werden können. Gleichzeitig ist die Reduktion von Komplexität jedoch eine notwendige Voraussetzung in der wissenschaftlichen Arbeit – und zwar sowohl für die Analyse als auch für die Interpretation.

6.3.8.2 Die QCA als Methode für die Untersuchung des generativen Verhaltens

Die QCA ist eine junge Methode, die in der Vergangenheit kontinuierlich weiterentwickelt wurde und auch gegenwärtig wird. Es handelt sich daher um eine Methode, die um Lösungen für eventuell auftretende Probleme bemüht ist und diese dann auch konzeptionell umsetzt. Zwar existiert gegenwärtig kein „Code of Good Practice“ (*Schneider & Wagemann, 2007: 266*) als Regelwerk für eine solide Analyse, die mathematisch-technischen Schritte der Analyse

sind jedoch klar definiert und standardisiert. Mit QCA können also – wie bei den meisten statistischen Methoden – grundsätzlich immer Ergebnisse (ob sinnvoll oder nicht) produziert werden. Diese Möglichkeit verleitet zu einem eher mechanischen Vorgehen, bei dem mit der vorhandenen Software „gerechnet“ wird. Gleichzeitig beruhen jedoch viele QCA-Analyseschritte ausschließlich auf der Einschätzung des/der Forschers/in. Dies hat der Methode vielfach den Vorwurf des teilweise willkürlichen und wenig nachvollziehbaren Vorgehens eingebracht. Hier wird deutlich, dass sich die QCA mit dem Vorhaben, einen Brückenschlag zwischen unterschiedlichen Logiken zu vollbringen, gleichzeitig auch in ein Spannungsfeld begibt: nämlich in das Spannungsfeld zwischen der (Schein-)Sicherheit statistischer Verfahren und der Verantwortung des/der Forschers/in. Insofern betont *Ragin* (2003, 2006) die theoriegeleitete Durchführung, die Explikation der Annahmen und den Rückbezug der Ergebnisse auf die untersuchten Fälle als zentrale Kriterien einer soliden QCA-Analyse.

Die konfigurationell vergleichende Analyse ist – wie bereits mehrmals erwähnt – eine Methode zur vergleichenden Fallanalyse, die zur Abbildung komplexer Kausalbeziehungen geeignet ist. Was bedeutet nun der Begriff der Kausalität? Wie *Elster* (1989) sehr treffend beschreibt, gibt es einen Abgrenzungsbedarf: Kausale Erklärungen müssen unterschieden werden

- von wahren kausalen Äußerungen
- von Behauptungen über Korrelationen
- von Behauptungen über Notwendigkeiten
- vom Geschichtenerzählen

(vgl. Elster, 1989)

In Anlehnung an *Elster* kann festgehalten werden, dass die mit QCA erzielten kausalen Erklärungen probabilistischer Natur sind. Das bedeutet nichts anderes, als dass keine deterministisch korrekten Aussagen (wenn X, dann immer Y) getroffen werden können. Vielmehr haben die Ergebnisse probabilistischen Charakter im Sinne: wenn X, dann ist Y wahrscheinlich. Die festgestellten Kausalbeziehungen sind daher als Wahrscheinlichkeiten zu formulieren und zu interpretieren. Dies muss dementsprechend auch bei der inhaltlichen Interpretation der Ergebnisse und deren sprachlicher Umsetzung einfließen. Gerade jener Punkt scheint jedoch eine gewisse Problematik zu beinhalten. Als Resultat einer Forschungsarbeit sollten idealerweise nicht nur die mathematisch-statistischen Lösungen angeführt werden, sondern die Relevanz der Ergebnisse für die jeweilige Fragestellung inhaltlich formuliert werden. Das „Herunterbrechen“ des Erkenntnisgewinns auf allgemein

verständliche Aussagen ist jedoch gerade mit dieser differenzierten Sichtweise von Kausalität ein schwieriges Unterfangen. Auch wenn die der QCA-Analyse zugrunde liegende, differenzierte Herangehensweise an Kausalität als äußerst bedeutsam eingeschätzt wird, so kann – speziell bei komplexen Lösungsformeln – die sprachliche Umsetzung der Analyseergebnisse problematisch sein. Diese Schwierigkeit hat sich auch für den Lösungsterm hinsichtlich der Fertilitätsentscheidung ergeben: Der hohe Grad an Komplexität jenes Phänomens kann zwar in der Analyse abgebildet werden, eine allgemein verständliche, inhaltliche Erklärung des Lösungsterms gestaltet sich hingegen schwierig.

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Die hier angewandte QCA-Technik trifft eine Reihe von Grundannahmen, die sich für die Beantwortung der gegenständlichen Fragestellung, d.h. der Erklärung von Fertilitätsentscheidungen, als bedeutsam erwiesen haben, wie z.B. die Unterscheidung zwischen hinreichenden und notwendigen Bedingungen oder die Analyse des Zustandekommens bzw. Nicht-Zustandekommens des zu erklärenden Phänomens. Aus einem methodischen Blickwinkel kann daher der Schluss gezogen werden, dass die fsQCA nach *Ragin* für das vorliegende Forschungsdesign ein sehr gutes Instrumentarium geboten hat.

7. Interpretation und Diskussion der Ergebnisse

Die inhaltliche Interpretation und Diskussion der Ergebnisse ist Gegenstand dieses Kapitels. Die Forschungsfragen, die es zu beantworten galt, waren sowohl auf der Paarebene (Mikroebene) als auch auf der gesellschaftlichen Ebene (Makroebene) angelegt. Die im Anschluss dargestellten Ergebnisse beziehen sich also einerseits auf den konkreten Entscheidungsprozess des Paares bezüglich des Kinderwunsches und andererseits auf den gesellschaftlichen Kontext der Geburtenentwicklung und des generativen Verhaltens.

7.1 Der Entscheidungsprozess des Paares beim Kinderwunsch

Wie sich Paare über die Frage „Kind ja oder nein?“ einigen, kommt in den qualitativen Paar-Interviews zum Ausdruck. Unter der – im theoretischen Teil argumentierten – Annahme, dass generatives Verhalten und damit die Realisierung des Kinderwunsches einen dyadischen Entscheidungsprozess darstellt, geht es darum, ebenjenen Prozess in seinem Ablauf zu verstehen. Dabei ist von Interesse, wie offen oder verdeckt die Diskussion geführt wird, welche Argumente angeführt werden, welche Rolle die weiblichen bzw. männlichen PartnerInnen spielen und welche Themenbereiche für die untersuchten Länder zentral sind. Vorweg seien nochmals die entwickelten Fragestellungen in Erinnerung gerufen. Sie stellen gleichzeitig die Gliederung der einzelnen Unterkapitel dar.

Forschungsfragen auf der Mikroebene:

- Wie und mit welchen Argumenten diskutieren Paare den Kinderwunsch?
- Wie sieht die Entscheidung des Paares aus?
- Welche Unterschiede gibt es zwischen Österreich, Spanien und Schweden in der Paar-Diskussion?

7.1.1 Die Diskussion des Paares: Ablauf und Argumente

Wie Paare ihren Kinderwunsch diskutieren, variiert ganz grundsätzlich je nachdem, ob und wie viele Kinder bereits vorhanden sind. Diese Feststellung bezieht sich in erster Linie auf die Diskussionsebene und die konkreten Argumente, die von den PartnerInnen angeführt werden.

So diskutieren Paare, die bereits Eltern sind, auf einer weitaus realitätsbezogeneren Ebene als (noch) kinderlose Paare. Der Lebensalltag mit Kindern bringt mit sich, dass über viele Aspekte der Elternschaft nicht mehr gemutmaßt werden muss, sondern dass diesbezüglich eigene Erfahrungen bestehen. In der Argumentation der Paare kommt dieser

Erfahrungsvorsprung in Bezug auf die Auswirkungen eines Kindes auf die eigene Lebensführung und die Partnerschaft am deutlichsten zum Ausdruck.

Während kinderlose Paare vielfach noch mit einer grundsätzlichen Rollendefinition in der Partnerschaft beschäftigt sind, besteht bei Paaren mit Kindern in diesem Punkt bereits Klarheit – auch wenn dies nicht immer als befriedigend erlebt wird. Kinderlose Paare argumentieren daher stärker auf der Paarebene als Paare mit Kindern (vgl. *Kapella & Rille-Pfeiffer, 2004*). Sie beziehen sich dabei über weite Bereiche auf ihre Vorstellungen und Absichten hinsichtlich der eigenen Lebensführung und im speziellen der Vereinbarkeit von Familie und Erwerb. Sie sind meist sehr bemüht, einen Konsens mit dem Partner über den idealen Zeitpunkt und die ideale Lebenssituation des Kinderhabens zu erreichen. Die Bemühungen der kinderlosen Paare, ein Einverständnis über das perfekte timing herzustellen, stellt möglicherweise auch eine Besonderheit der vorliegenden Stichprobe dar. Aufgrund der Tatsache, dass laut Forschungsdesign – um überhaupt über den Kinderwunsch sprechen zu können – zumindest für einen der Partner der Kinderwunsch ein Thema sein sollte, kann bei den ausgewählten Paaren ohne Kinder von einer relativ stabilen Partnerschaft ausgegangen werden. Diese Vermutung bestätigt sich insofern auch in den geführten Interviews, als dass die Konsensfindung ein zentrales Anliegen in der Diskussion der kinderlosen Paare darstellt und sich nahezu alle InterviewpartnerInnen prinzipiell eine Familiengründung mit dem Partner vorstellen können.

Auch wenn gewisse Aspekte immer wieder neu verhandelt werden, haben demgegenüber Paare mit Kindern die grundsätzliche Rollendefinition in der Partnerschaft weitgehend abgeschlossen und thematisieren diese in der Diskussion kaum. Die Abklärung der Rollen passierte oftmals jedoch nicht – wie von kinderlosen Paaren angestrebt – im Sinne einer bewussten und im gemeinsamen Konsens getroffenen Entscheidung, sondern hat sich aus dem veränderten Lebensalltag mit Kindern heraus ergeben. Der Ausspruch „Mit Kindern ist alles anders als man gedacht hat.“ beschreibt jene Situation sehr treffend.

Die in der Diskussion verwendeten Argumentationsstränge unterscheiden sich ebenfalls zwischen Paaren ohne Kinder bzw. Paaren mit Kindern.

Für kinderlose Paare stehen emotionale Aspekte und eigene Wertvorstellungen über ein Leben mit Kindern im Vordergrund. Die meisten Paare haben einen Kinderwunsch und argumentieren ihn mit dem grundsätzlichen Bedürfnis, in einer Familie leben zu wollen und daher auch Kinder zu haben. Elternschaft wird meist im Sinne einer Bereicherung des eigenen Lebens interpretiert. Dabei sind die Vorstellungen über den Lebensalltag mit Kindern

eher unkonkret bzw. – verglichen mit den Erfahrungen der interviewten Eltern – teilweise sogar unrealistisch.

Vor dem Hintergrund des stärkeren Realitätsbezugs bringt die Gruppe der Eltern ganz konkrete Argumente in die Diskussion ein und bezieht sich dabei überwiegend auf materielle oder finanzielle Faktoren sowie auf die Organisation des Alltags. Konkret geht es also zunächst primär darum, ob die finanziellen Voraussetzungen für ein weiteres Kind gegeben sind und ob die aktuellen Wohnverhältnisse ausreichen. Diese Fragen stellen sich vor allem für Paare, die über ein drittes oder weiteres Kind diskutieren. Es zeigt sich also auch in der vorliegenden Arbeit, dass das finanzielle Argument mit steigender Kinderzahl an Bedeutung gewinnt. Gleichzeitig scheint bei Mehrkind-Paaren in ihrer Entscheidung für ein weiteres Kind jene prinzipielle Werthaltung sehr stark zum Tragen zu kommen, wonach das Leben in einer großen Familie als erstrebenswertes Lebensziel erachtet wird. Diese Einstellung dürfte vor allem in positiven Erfahrungen mit den eigenen Geschwistern begründet sein.

In Bezug auf die Entscheidung für oder gegen ein *zweites* Kind ist die Diskussion etwas anders gelagert. Die meisten Paare mit einem Kind sind sich darüber einig, dass sie ein zweites Kind möchten. Die Motivlage ist für nahezu alle Paare gleich: Das erste Kind soll nicht als Einzelkind aufwachsen, sondern die Erfahrung einer Geschwisterbeziehung machen können. Bedeutsam sind hier sowohl die eigenen, von den Partnern gemachten Erfahrungen in der Herkunftsfamilie als auch die Vorstellungen darüber, welche Bedingungen als förderlich für die Entwicklung eines Kindes erachtet werden. Eine Geschwisterbeziehung wird insofern als wichtig für Kinder betrachtet, als Kinder soziales Verhalten im Umgang mit ihren Geschwistern lernen und jemanden zum Spielen haben. Betont wird von den Paaren aber auch der als eher negativ eingeschätzte Aspekt, dass ein Einzelkind „immer allein dasteht“. Zwei oder mehrere Kinder würden als Gegengewicht zu den Eltern ein eigenes Beziehungssystem auf der Kinderebene darstellen. Die Vorteile einer Geschwisterbeziehung werden jedoch nicht nur auf die Kindheit bezogen, sondern im Sinne der gegenseitigen Hilfeleistung auch für das Erwachsenenalter gesehen.

Bei jenen Paaren, die sich ein zweites Kind nicht vorstellen können, ist dies primär auf den stark ausgeprägten Wunsch nach einer Vereinbarkeit von Familie und Erwerb zurückzuführen. Ebenfalls relevant ist die Angst vor Einkommensverlusten und der Verschlechterung der eigenen Position im Job. Während mit einem Kind eine Erwerbstätigkeit für die Frau noch möglich ist, erscheint dies mit mehreren Kindern nicht realisierbar. Die Entscheidung für ein Kind wird von jenen Paaren daher auch als Strategie der individuellen Risikominimierung eingesetzt. Insgesamt ist die Diskussion über ein zweites Kind – verglichen mit Kindern anderer Parität – durch einen hohen Übereinstimmungsgrad zwischen den Partnern gekennzeichnet und für viele Paare nahezu selbstverständlich in ihrer Fertilitätsplanung.

Inwieweit die zweiten Kinder dann auch tatsächlich realisiert werden, kann aufgrund der vorliegenden Studie jedoch nicht beantwortet werden.

Die Diskussion hinsichtlich dritter, vierter oder weiterer Kinder wird sehr ambivalent geführt. Da es sich hierbei meist um Paare mit etwas größeren Kindern handelt, wird einerseits die Frage aufgeworfen, inwieweit man als Paar bereit ist, wieder „von vorne anzufangen“. Die meisten Abläufe in der Familie haben sich eingespielt und müssen nicht mehr diskutiert werden. Diverse Betreuungsaufgaben sind aufgrund der zunehmenden Selbstständigkeit der Kinder schon weggefallen, was den Freiraum der Eltern erhöht. Für ein weiteres Kind müsste das Paar die gewonnenen Freiheiten wieder aufgeben und den Familienalltag neu ordnen. Andererseits erinnert man sich – trotz mühsamer und schwieriger Situationen – auch gerne an die Zeit mit einem Kleinkind zurück. Gerade wenn der Abstand zum jüngsten Kind schon etwas größer ist, verstärkt sich bei manchen Paaren der Wunsch, noch ein Baby in der Familie zu haben.

Es kann insgesamt festgehalten werden, dass sich die Diskussion der Paare vor allem darin unterscheidet, ob bereits Kinder vorhanden sind und wenn ja, wie viele. Auch wenn diverse Argumente im Entscheidungsprozess thematisiert und gegeneinander abgewogen werden, so scheint die letztendlich ausschlaggebende Komponente die bereits realisierte Kinderzahl zu sein.

7.1.2 Das Ergebnis des Entscheidungsprozesses

Bei der vorliegenden Stichprobe handelte es sich um Paare, bei denen der Kinderwunsch zumindest für einen der Partner noch nicht abgeschlossen ist. Über Paare, die grundsätzlich keine Kinder wollen bzw. für die ein weiteres Kind absolut kein Thema ist, können daher keine Aussagen gemacht werden. Auch wenn dies eine inhaltliche Einschränkung für die Analyse darstellt, so scheint es sich jedoch um eine vergleichsweise kleine Gruppe von Paaren in der Altersgruppe von 20 bis 50 Jahren zu handeln, in deren Partnerschaft Kinder absolut kein Thema sind. Viel wahrscheinlicher ist, dass der Kinderwunsch über die Zeit hinweg immer wieder einmal für den einen oder den anderen Partner relevant wird. Daher kann davon ausgegangen werden, dass sich die Verzerrungen durch das gewählte Stichprobendesign in Grenzen halten.

Betrachtet man die Diskussion des Paares über den Kinderwunsch als Prozess der Entscheidungsfindung hinsichtlich des generativen Verhaltens, so stellt sich die Frage, ob und zu welcher Entscheidung die Paare kommen. Dabei lassen sich zwei grundlegende Dimensionen festmachen, entlang derer der Entscheidungsprozess verläuft: Das ist einerseits

die Frage, ob überhaupt (weitere) Kinder gewünscht sind und andererseits die Frage, wann der richtige Zeitpunkt für die Realisierung eines eventuell vorhandenen Kinderwunsches ist.

Während Paare, die bereits Kinder haben, über die grundsätzliche Frage nach einem weiteren Kind diskutieren, geht es bei den kinderlosen Paaren überwiegend um das „wann“, also den richtigen Zeitpunkt für ein Kind. Auch wenn nicht explizit darüber gesprochen wurde, existiert bei jenen Paaren offenbar ein Einverständnis zwischen den PartnerInnen, eigene Kinder zu wollen. Insofern wird nicht die grundsätzliche Bereitschaft für ein Kind thematisiert, sondern bereits die Rahmenbedingungen zur Umsetzung des Kinderwunsches. Die in Wertestudien (vgl. Höhn et al., 2008; Wernhart & Neuwirth, 2007) festgestellte, positive Grundeinstellung gegenüber Kindern ist also auch in der ausgewählten Stichprobe zu erkennen.

Interessant dabei ist, in welcher Form über den Zeitpunkt der Familiengründung gesprochen wird. In der Vorstellung von kinderlosen Paaren gibt es so etwas wie den „idealen Zeitpunkt“ für Kinder. Als ideal wird der Zeitpunkt dann bewertet, wenn die vom Paar selbst als wichtig erachteten Voraussetzungen gegeben sind, wobei die Ansprüche hierbei oftmals hoch gesteckt sind. So geht es um bestimmte finanzielle und materielle Voraussetzungen ebenso wie um die Akkordierung der biographischen Verläufe beider Partner – vor allem hinsichtlich der Erwerbstätigkeit. Wenn die Situation aktuell als nicht passend beurteilt wird, so fällt meist eine Entscheidung in Richtung Aufschieben des Kinderwunsches.

Innerhalb des Paares scheinen die Frauen in der Diskussion des Kinderwunsches der dominanteren Partner zu sein. Sie sind es, die das Thema zuerst einbringen und auch die Kommunikation darüber forcieren. Für die befragten Frauen dürfte die Frage nach einem (weiteren) Kind insgesamt höhere Relevanz besitzen als für die befragten Männer, insofern sind sie auch die treibende Kraft in der Diskussion.

Auffallend ist, dass es Männern schwerer zu fallen scheint als Frauen, eine definitive Entscheidung für Kinder zu treffen. Daher vertagen sie oftmals die Entscheidung auf einen späteren Zeitpunkt. Die Gründe, warum sich Männer aktuell nicht entscheiden können, liegen – sowohl bei den kinderlosen als auch bei den Vätern – fast immer in den als unpassend erachteten Rahmenbedingungen. Möglicherweise kommt hierbei implizit die Vorstellung zum Tragen, dass Männer hauptverantwortlich dafür sind, die idealen Bedingungen für Kinder herzustellen.

Wenn hingegen Frauen die Entscheidung für Kinder bremsen, dann ist dies meist im Kontext der weiblichen Erwerbstätigkeit zu sehen. Das bedeutet, dass – speziell für kinderlose

Frauen – eine eigene Erwerbstätigkeit wichtig ist in ihrer Entscheidung für oder gegen ein Kind.

Zusammenfassend kann die These aufgestellt werden, dass die hohen Ansprüche, die vor allem kinderlose Paare hinsichtlich der Voraussetzungen für die Familiengründung haben, die Entscheidung für Kinder erschweren. Das Konstrukt der „perfekten Situation“ erzeugt den Paaren Druck, der in der Strategie des Aufschiebens eines vorhandenen Kinderwunsches zum Ausdruck kommt.

7.1.3 Die Paar-Diskussion in Österreich, Schweden und Spanien

Unter *österreichischen* Paaren herrscht rege Diskussion über den Kinderwunsch. Der Entscheidungsprozess verläuft also eher explizit und reflektiert, was zum Teil auch durch den vergleichsweise großen Anteil an Personen mit universitärem Bildungsabschluss bedingt sein kann. Man kann grundsätzlich zwischen zwei Formen der Entscheidungsfindung unterscheiden: Zum einen versuchen viele Paare im Gespräch einen Konsens herzustellen und zu einer für beide befriedigenden Lösung zu gelangen. Zum anderen ist in manchen Interviews die eindeutige Dominanz eines Partners zu erkennen, wobei durchaus Druck auf den anderen Partner ausgeübt wird. Dies kann im Extremfall soweit gehen, dass das Weiterbestehen der Partnerschaft an die Entscheidung für ein weiteres Kind geknüpft wird.

Im Vergleich zu den beiden anderen Ländern herrscht eine vergleichsweise hohe Übereinstimmung hinsichtlich der Einstellungen unter den PartnerInnen – und zwar sowohl bezüglich der als relevant angesehenen Faktoren für den Kinderwunsch als auch der Normen und Werte. Männer fokussieren dabei eher auf die materiellen Voraussetzungen und sind meist zögerlicher als Frauen bezüglich der Entscheidung für ein (weiteres) Kind. Wenn Frauen die skeptischeren sind, dann primär aufgrund mangelnden Vertrauens in die Qualität der Partnerschaft oder auch in die Aufgabenteilung zwischen den Partnern. Männer nehmen deutlich öfter als Frauen in ihren Argumentationen auf die negativen Auswirkungen der Fertilitätsentscheidung Bezug– sowohl in materieller als auch emotionaler Hinsicht. Die positiven Auswirkungen der Entscheidung werden vor allem für die Familie als Ganzes thematisiert, für die Partnerschaft selbst werden die Auswirkungen eines (weiteren) Kindes eher negativ eingeschätzt.

Partnerschaft ist generell ein wichtiges Thema in den Interviews und wird von der österreichischen Paaren als einer der wichtigsten Faktoren für die Familienbildung angesehen. Beim Entscheidungsprozess sind die Einstellungen und Überlegungen des Partners für den jeweils anderen von großer Bedeutung. Es besteht der Wunsch, die Entscheidung gemeinsam zu treffen und eine gute Lösung für beide Partner zu finden. Die

etwaige Dominanz eines einzelnen Partners bei der Entscheidung für Kinder wird als eher problematisch angesehen.

Die interviewten Paare aus Österreich beschäftigt in ihren Diskussionen aber auch die Frage des Umfeldes, in dem die Kinder aufwachsen. Dies wird im Kontext möglicher Veränderungen der Wohnsituation diskutiert, wobei ein Haus mit Garten als ideale Voraussetzung für Kinder betrachtet wird.

Das Thema Arbeitsaufteilung in der Partnerschaft ist ebenfalls sehr präsent in den Interviews. Vor allem für kinderlose Paare gibt er auch Anlass für Diskussionen, da eine egalitäre Arbeitsaufteilung – im Falle der Realisierung des Kinderwunsches – als wünschenswert angesehen wird. Für kinderlose Frauen ist es wichtig, auch mit Kind weiterhin im Erwerbsleben bleiben können, weshalb von ihnen das Treffen einer klaren Regelung in der Diskussion eingefordert wird. Da viele der befragten Paare ursprünglich aus ländlichen Gebieten kommen und nun im städtischen Raum (Wien) leben, fehlt das verwandtschaftliche Netzwerk für die Kinderbetreuung. Dieses stellt in den Überlegungen der Paare – vor allem für die erste Zeit – eine zentrale Prämisse dar.

Die Diskussionen in den *schwedischen* Interviews werden ebenfalls sehr offen geführt. Auch in Schweden ist die Entscheidung für ein Kind primär von den Frauen bestimmt: Sie bringen das Thema „Kinder“ auf und konfrontieren die Männer mit ihren Vorstellungen. Die Reaktion der Männer liegt oftmals in der Abwehr und im Wunsch, die Entscheidung aufzuschieben.

Für die interviewten Frauen ist der Kinderwunsch deutlich geprägt vom Wunsch, das Leben komplett zu machen und ihre Rolle als Mutter wahrzunehmen. Die Familiengründung wird von schwedischen Paaren als natürliche, zum Leben gehörende Entwicklung thematisiert.

Die Erwerbstätigkeit und Möglichkeiten der Vereinbarkeit sind – wie auch in den beiden anderen Ländern – ebenfalls Thema der Interviews. Die meisten der interviewten Frauen sind erwerbstätig und möchten diese Situation auch nicht verändern. Die favorisierte Vorstellung ist die zeitweise Abwesenheit vom Arbeitsmarkt. Daher wird die Aufgabenteilung innerhalb der Partnerschaft zum wichtigen Diskussionsinhalt in den Interviews.

Für schwedische Männer sind die materiellen Voraussetzungen für den Kinderwunsch (Zeit, Geld und Wohnen) zentraler als für Frauen. Sie thematisieren die Kosten für Kinder und meinen, dass die guten staatlichen Unterstützungssysteme die Unsicherheit in ökonomischer Hinsicht reduziert. In dieselbe Richtung geht die Argumentation von Frauen, die durch die staatlichen Maßnahmen im Bereich der Vereinbarkeit das Gefühl haben, nach der Karenz den Einstieg ins Erwerbsleben wieder zu schaffen. Insgesamt sind also die strukturellen Faktoren, die mit der Sozialversicherung und den wohlfahrtsstaatlichen Leistungsprinzipien

zusammenhängen, vielfach Inhalt der Diskussion. Sie werden meist als Voraussetzung zur Realisierung des Kinderwunsches angesehen. Allerdings gibt es auch Kritik am System: So werden z.B. die Betreuungsplätze als zu knapp und die monetären Leistungen als zu gering eingestuft.

In den schwedischen Interviews nimmt im Zusammenhang mit den materiellen Voraussetzungen die Wohnsituation einen zentralen Wert ein. Ähnlich wie in Spanien wird die allgemeine Situation Wohnungen betreffend für problematisch befunden. Die Paare kritisieren, dass es schwierig ist, eine passende und auch leistbare Wohnung zu finden. Eine passende Wohnung wird jedoch als eine der zentralen Voraussetzungen für die Entscheidung zum Kind erachtet.

Eine Besonderheit unter den schwedischen Paaren ist der hohe Stellenwert der sozialen Umgebung, die bei der Fertilitätsentscheidung offenbar eine Rolle spielt. Die Einflüsse des sozialen Netzwerkes werden in Schweden sehr oft diskutiert, während in Österreich und Spanien eher die Einstellung vorherrscht, dass die Entscheidung für oder gegen Kinder eine persönliche Sache des Paares ist. Nicht nur die Herkunftsfamilie, sondern auch Freunde stellen Beispiele für wünschenswerte Lebensmodelle dar. Die Erfahrungen in der Herkunftsfamilie und die Geschwisterbeziehungen werden als Referenz für die eigenen Wünsche herangezogen.

Der Entscheidungsprozess verläuft in *Spanien* vergleichsweise implizit, d.h. viele Dinge bleiben unausgesprochen oder werden einfach vorausgesetzt. In Bezug auf die Fertilitätsentscheidungen sind spanische Frauen dominanter als ihre männlichen Partner. Sie sind diejenigen, die den Entscheidungsprozess entweder forcieren oder bremsen. Wie auch in den anderen Ländern, gibt es klare Unterschiede je nachdem, ob die Paare noch kinderlos sind oder bereits Kinder haben: Kinderlose Frauen sind eher zögerlicher als Frauen, die bereits Kinder haben. Wenn Mütter einen weiteren Kinderwunsch haben, forcieren sie ihn gegenüber ihrem Partner. Dieser sieht sich zum Teil in der Rolle, dem Wunsch seiner Partnerin einfach zuzustimmen. Hierbei gibt es gewisse Ambivalenzen: Zwar sind die interviewten Männer nicht schwer zu überzeugen, da generell eine große Wertigkeit der Familie und Elternschaft gegeben ist. Andererseits wird doch argumentiert, dass die Frauen bei ihren Partnern Überzeugungsarbeit leisten mussten oder auf die tatsächliche Umsetzung ihres Wunsches länger warten mussten als sie ursprünglich wollten. In diesem Zusammenhang wurde in den Interviews deutlich, dass die Realisierung des Kinderwunsches auch manchmal gegen den Willen des Partners stattgefunden hat. Ist die Situation der Schwangerschaft eingetreten, so war der männliche Partner letztendlich einverstanden. Für

die interviewten Frauen war jene „Überrumpelungstaktik“ die logische Lösung eines schwierigen Problems.

Für kinderlose Frauen ist vor allem wichtig, zuerst einen Job zu finden bzw. ihren derzeitigen Job nicht aufgeben zu müssen. Daher ist der Kinderwunsch der kinderlosen Männer in Spanien stärker als jener der Frauen. Wie schon mehrmals erwähnt, hängt die Diskussion stark von der Kinderzahl ab: Bei Paaren, bei denen es um die Entscheidung zum zweiten Kind geht, herrscht nahezu völlige Übereinstimmung zwischen den Partnern. Ein zweites Kind wird als wichtig für die Entwicklung des Ersten angesehen und komplettiert die Familie. Als einziges Argument gegen ein zweites Kind wird das gesundheitliche Risiko für die Mutter angeführt.

Materielle Voraussetzungen bei der Realisierung des Kinderwunsches sind – für Frauen ebenso wie für Männer – in Spanien ein zentrales Thema. Dabei geht es primär um die Frage des Wohnens. Da auch in Spanien die meisten Interviews im städtischen Raum geführt wurden, ist der Besitz einer passenden Wohnung eine notwendige Voraussetzung für die Gründung einer Familie. Weiters werden von den Paaren im Kontext der materiellen Voraussetzungen die wachsenden Bedürfnisse von Kindern thematisiert. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Ermöglichung einer guten Ausbildung für die Kinder.

Vor allem für spanische Frauen spielt das Thema „Zeit“ eine große Rolle. In den Interviews wird deutlich, dass hier Befürchtungen bestehen, aufgrund einer Erwerbstätigkeit zu wenig Zeit für Kinder zu haben. Die weibliche Erwerbsbeteiligung wird in sehr geringem Maße thematisiert. Wenn dieses Argument einfließt, dann primär im Kontext der Balance zwischen den Bedürfnissen der Mutter und jenen des Kindes. Dabei wird jedoch klar dem Kindeswohl der Vorrang gegeben – außer es besteht die finanzielle Notwendigkeit für einen Erwerb. In diesem Zusammenhang werden auch die Präferenzen hinsichtlich der Kinderbetreuung diskutiert: Die interviewten Mütter sind mehrheitlich mit einer zu langen außerhäuslichen Kinderbetreuung unglücklich.

Negativ beurteilt wird die – aus Sicht der Paare – mangelnde staatliche Unterstützung für Familien, aber auch die fehlenden Vereinbarkeitsoptionen. Diese werden als Hindernis bei der Realisierung des (weiteren) Kinderwunsches wahrgenommen.

7.2 Der gesellschaftliche Kontext der Geburtenentwicklung

Die Fertilitätsentscheidung auf der Paarebene – also der Mikroebene – wurde bereits besprochen. Nun geht es unter Bezugnahme auf die Auswertungsergebnisse der konfigurationell vergleichenden Analyse um die Frage, welche Schlussfolgerungen auf gesellschaftlicher Ebene abgeleitet werden können. Dazu wurden vorab die folgenden Forschungsfragen konkretisiert:

Forschungsfragen auf der Makroebene:

- Warum sinken trotz der hohen Bedeutung von Kindern die Geburtenzahlen?
- Wodurch lassen sich die unterschiedlichen Entwicklungen in Österreich, Schweden und Spanien erklären?

7.2.1 Hoher Stellenwert von Familie, aber sinkende Geburtenzahlen?

Wie in den Paar-Interviews zum Ausdruck kommt, ist Familie nach wie vor ein zentraler Wert im Leben von jungen Erwachsenen. Dennoch fällt es kinderlosen Menschen offenbar manchmal schwer, die Entscheidung für Kinder zu treffen. Dies ist direkt ablesbar in der Diskussion der Paare, bestätigt sich aber auch in der QCA-Analyse. Und zwar dahingehend, dass mit den Auswertungsergebnissen erklärt werden kann, warum Paare zu einem gewissen Zeitpunkt *keine* Entscheidung für ein (weiteres) Kind treffen. Dies mag paradox klingen, bezieht sich jedoch auf den Umstand, dass die QCA nicht nur ein interessierendes Phänomen – in unserem Fall also die Entscheidung für ein Kind –, sondern immer auch dessen Negation untersucht – also die Nicht-Entscheidung für ein Kind. Nicht-Entscheidung meint hierbei, dass Paare zu einem bestimmten Zeitpunkt keine Entscheidung treffen, sondern sie auf einen späteren Zeitpunkt vertagen bzw. offen bleibt, ob später überhaupt eine Entscheidung getroffen werden wird. Wesentlich ist in diesem Zusammenhang, dass die Nicht-Entscheidung keineswegs gleichbedeutend ist mit der Entscheidung *gegen* Kinder. Auch wenn eine derartige Interpretation nahe liegend scheint, so ist sie aus methodischer Sicht nicht korrekt.

Die QCA-Analyse hat für die Negation die mathematisch konsistenteren Ergebnisse ergeben als für das Phänomen selbst. Anders ausgedrückt, können wir aufgrund der Ergebnisse zwar nicht konsistent erklären, warum sich Paare zu einem bestimmten Zeitpunkt für Kinder entscheiden, wohl aber, warum sie sich nicht entscheiden.

So ist festzuhalten, dass Paare grundsätzlich dann keine Entscheidung treffen, wenn die „hard facts“, das sind die eigene materielle Situation und die staatliche Unterstützung für Familien, als unzureichend wahrgenommen werden. Wenn Paare also subjektiv empfinden, dass die finanziellen und materiellen Voraussetzungen für (weitere) Kinder nicht passend sind, verschieben sie die Realisierung ihres Kinderwunsches auf einen späteren Zeitpunkt bzw. legen sich hinsichtlich möglicher Pläne nicht fest. Welche Situation als unzureichend wahrgenommen wird, ist allerdings von Paar zu Paar sehr verschieden. Auffallend ist, dass die Maßstäbe bei kinderlosen Personen höher sind als bei Personen, die bereits Kinder haben. Während erstere nach den perfekten Bedingungen für die Familiengründung streben, orientieren sich Paare mit Kindern eher an den realen Gegebenheiten. Ganz allgemein ist der wichtigste Faktor, der im Zusammenhang mit den materiellen Voraussetzungen bedeutsam

ist, die Wohnsituation. Die negative Einschätzung der eigenen Wohnbedingungen, aber auch – wie primär in den schwedischen und spanischen Interviews thematisiert – die als unzureichend erlebte Unterstützung von staatlicher Seite in der Wohnungspolitik haben einen eindeutigen Einfluss darauf, dass sich Paare aktuell nicht für ein (weiteres) Kind entscheiden.

Die QCA-Analyse identifiziert gute materielle und strukturelle Rahmenbedingungen als *notwendige* Voraussetzungen für die Entscheidung für ein (weiteres) Kind. Notwendig in der Terminologie von QCA meint, dass diese Voraussetzungen zwar jedenfalls gegeben sein müssen, zur Erklärung einer positiven Fertilitätsentscheidung alleine jedoch nicht ausreichen. Sie müssen vielmehr im Zusammenhang mit den restlichen Indikatoren gesehen werden. Wenngleich auch die anderen untersuchten Faktoren (Werte und Normen, Familie und Erwerb, Partnerschaft) von Bedeutung sind, so stellen sie jedoch – im Gegensatz zur materiellen Situation und der staatlichen Unterstützung – keine *notwendigen* Bedingungen für die Entscheidung für ein (weiteres) Kind dar. Es wird also deutlich, dass nicht einzelne Faktoren zur Erklärung der Fertilitätsentscheidung herangezogen werden können, sondern dass es auf unterschiedliche Kombinationen von Faktoren ankommt. So begünstigt z. B. die Kombination aus einer positiven Grundeinstellung zu Kindern, einer konfliktarmen Beziehung und einer guten materiellen Absicherung die Entscheidung zum Kind. Paare entscheiden sich auch eher für ein (weiteres) Kind, wenn zwischen den Partnern eine egalitäre Aufgabenteilung herrscht, die eigene materielle Situation als positiv erlebt wird und ein hohes Maß an staatlicher Familienförderung gegeben ist. Auf die anderen Konstellationen wird an dieser Stelle nicht mehr eingegangen, sie sind unter 6.3.6 im Detail beschrieben.

Aufgrund der Tatsache, dass zwar alle untersuchten Faktoren relevant sind, jedoch nur die „hard facts“ eine notwendige Voraussetzung für die Entscheidung zum Kind darstellen, liegt die Vermutung nahe, dass zwischen den untersuchten Faktoren eine hierarchische Wirkweise gegeben ist. Erst wenn die notwendigen Bedingungen – also die materiellen und strukturellen Voraussetzungen – sichergestellt sind, kommen die Beziehungs- und die Werteebene zum Tragen. Dies würde erklären, warum junge Menschen trotz des hohen Stellenwertes, den Familie für sie besitzt, die Entscheidung für Kinder aufschieben. In unserer heutigen Gesellschaft markiert der Übergang zum Erwachsensein eine immer länger andauernde Lebensphase, die sich nicht selten bis in das Alter von 30 bis 35 Jahren verlagert. Dass der Verbleib im elterlichen Haushalt und die hinausgezögerte Gründung einer eigenen Existenz nicht immer freiwillig erfolgen, zeigt das Beispiel Spaniens. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit, das späte Auszugsalter aus dem Elternhaus und die in den Interviews angesprochene prekäre Wohnungssituation dokumentieren die Probleme für junge Menschen, sich eine

eigene Lebensgrundlage zu schaffen. Es liegt daher auf der Hand, dass die Familiengründung in jungen Jahren unter diesen Bedingungen nicht zum Thema gemacht wird. Insofern scheint zur weiteren Erklärung von Fertilitätsentscheidungen die genauere Untersuchung jener Lebensphase bedeutsam, die für Jugendliche den Eintritt ins Erwachsenenalter markiert.

Hinsichtlich des Befundes, dass die vorliegende Arbeit eindeutiger Ergebnisse für die Nicht-Entscheidung als für die Entscheidung für ein (weiteres) Kind erzielt hat, lässt sich auch die Forschungsliteratur heranziehen. So wird konstatiert, dass die Nicht-Entscheidung bzw. die Entscheidung gegen Kinder leichter zu argumentieren ist, da in diesem Falle keine langfristige, biographische Festlegung im Sinne der Elternschaft erfolgt und die Argumente hierfür klarer fassbar sind als jene für eine positive Fertilitätsentscheidung. Denn im Allgemeinen scheinen – den Sprachgebrauch der familienökonomischen Theorie verwendend – die Kostenargumente von Kindern im Bewusstsein stärker präsent zu sein als die Nutzenargumente. Die Gründe für Kinder liegen meist auf einer eher individuell-emotionalen Ebene und sind daher relativ unpräzise, während Gründe gegen Kinder den Anschein von rationalen, nachvollziehbaren Argumenten haben.

„[...] Gründe für Kinder beruhen auf eher unbestimmten Gefühlen, die man oft nur schwer verbalisieren kann. Gründe gegen Kinder bilden hingegen „handfeste“ und gleichsam objektive (subjektunabhängige) Argumente, über die man leichter spricht. Damit soll nicht behauptet werden, dass Gründe gegen Kinder „emotionslos“ sind. Aber man kann sicherlich über das Argument „Kinder gefährden den Lebensstandard“ sachlicher diskutieren als über „Kinder geben einem das Gefühl, gebraucht zu werden.“ (Bichlbauer 2001: 6).

Die Diskussion zu den Gründen und Motiven für oder gegen Kinder macht jedoch einen weiteren zentralen Punkt deutlich: Es handelt sich um einen Prozess des Abwägens von Argumenten, die dann entweder in einer Entscheidung oder einer Nicht-Entscheidung münden. Dass es sich hierbei in den allermeisten Fällen nicht um eine allein getroffene Entscheidung handelt, sondern um ein gemeinschaftliches „Projekt“, kann als gegeben angenommen werden. Dementsprechend wichtig erschien es, Fertilitätsentscheidungen auch in methodisch-analytischer Hinsicht als Entscheidungsprozess des Paares aufzufassen und dementsprechend abzubilden.

Resümierend kann also festgehalten werden, dass Kinder im Lebensentwurf von jungen Menschen grundsätzlich vorgesehen sind. Warum die Entscheidung zu einem bestimmten Zeitpunkt für ein Kind fällt, kann aufgrund der vorliegenden Analysen nicht eindeutig erklärt werden. Vielmehr scheint es sich um eine Kombination aus verschiedenen Faktoren zu handeln, wobei unter den analysierten Faktoren die materielle Absicherung und die staatliche Familienförderung von besonderer Bedeutung sind. Das subjektive Gefühl, dass die

Rahmenbedingungen stimmen, stellt gewissermaßen die notwendige Ausgangsbasis dafür dar, dass sich junge Menschen der Entscheidung für Kinder gewachsen sehen. Erst danach scheinen andere Einflussgrößen wie die funktionierende Partnerschaft, die Vereinbarkeitsfrage von Familie und Beruf oder persönliche Einstellungen relevant zu werden. Dieses Ergebnis betont die Wichtigkeit wohlfahrtsstaatlicher und familienpolitischer Intervention für eine positive Fertilitätsentscheidung. Dennoch sind etwaige Schlussfolgerungen im Zusammenhang mit der Geburten steigernden Wirkung von familienpolitischen Maßnahmen kritisch zu hinterfragen. Denn strukturelle Rahmenbedingungen dürften primär einen indirekten Einfluss auf Fertilitätsentscheidungen haben: Sie müssen zwar vorhanden sein, führen jedoch nicht automatisch zu mehr Geburten.

7.2.2 Österreich Schweden und Spanien - drei unterschiedliche Wege?

Zielsetzung der vorliegenden Arbeit war es, drei europäische Länder hinsichtlich der Geburtenentwicklung und des generativen Verhaltens zu untersuchen. Mit Österreich, Schweden und Spanien wurden Länder gewählt, deren politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung bis zum Ende des 20. Jahrhunderts sehr unterschiedlich verlaufen ist. Schweden als Prototyp des modernen Wohlfahrtsstaates galt und gilt bis heute in der öffentlichen Diskussion als beispielhaft in seinen Gestaltungsprinzipien zur sozialen Sicherung der Bevölkerung und zur Gleichstellung der Geschlechter. In der Familienpolitik spiegeln sich diese Grundsätze in der Förderung eines egalitären Familienmodells wieder, das auf gleiche Chancen für Mütter und Väter abzielt. Der politische Wille, die Gleichheit von Frauen und Männern in der Arbeitswelt zu forcieren, wird in vielen Forschungsarbeiten als primär ausschlaggebend für die im Europavergleich relativ hohen Geburtenraten gesehen (vgl. *Hoem, 2005; Neyer & Hoem, 2008*). Impliziert wird hierbei, dass die vergleichsweise niedrigere Fertilität in Ländern wie Österreich und Spanien mit der konservativ-traditionellen Ausrichtung der Familienpolitik und damit der Unterstützung einer geschlechtsspezifischen Aufgabenteilung zusammenhängt. Dieser Argumentation liegt also die Annahme zugrunde, dass eine positive Wechselwirkung zwischen Chancengleichheit für die Geschlechter und der Entscheidung für Kinder besteht.

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie zeigen, dass in Österreich, Schweden und Spanien die staatliche Unterstützung für Familien grundsätzlich bedeutsam für eine positive Fertilitätsentscheidung ist. Die Zufriedenheit der interviewten Paare mit den existierenden Bedingungen ist jedoch in den einzelnen Ländern unterschiedlich und scheint durchaus mit den jeweiligen politischen Gestaltungsprinzipien zusammenzuhängen. So erleben sich schwedische Paare hinsichtlich der staatlichen Unterstützung als vergleichsweise privilegiert

und stellen sogar in Frage, ob sie sich überhaupt für Kinder entscheiden würden, wenn sie nicht in Schweden leben würden. Eine annähernd positive Beurteilung existiert weder in Österreich noch in Spanien. Während sich die österreichischen Paare in ihrer Kritik eher allgemein auf die mangelnde Unterstützung für Familien beziehen, werden in Spanien konkret die gegebenen strukturellen Bedingungen, aber auch die finanzielle Unterstützung seitens des Staates als wenig förderlich für eine positive Fertilitätsentscheidung wahrgenommen¹⁶.

Dieses Ergebnis kann dahingehend interpretiert werden, dass die jeweils herrschenden familienideologischen Ausrichtungen einen Einfluss auf die Zufriedenheit mit dem jeweiligen System haben. Das schwedische Modell mit seinem auf Gleichheit ausgerichteten Konzept erzeugt die höchste Akzeptanz, während die eher an der geschlechtsspezifischen Aufgabenteilung orientierten Familienfördersysteme in Österreich und Spanien kritischer beurteilt werden. Ein möglicher Erklärungsansatz hierfür ist, dass sich in den vergangenen Jahrzehnten die Lebensrealität von Familien verändert hat und daher jene Fördersysteme an gesellschaftlicher Akzeptanz gewonnen haben, die diesem Umstand Rechnung tragen. Ein ganz zentraler Punkt bei der Charakterisierung jener Veränderungen in der familialen Lebensrealität ist der Umstand, dass eine außerhäusliche Erwerbstätigkeit von Müttern zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Dies setzt im Idealfall voraus, dass Frauen einerseits auf dem Arbeitsmarkt dieselben Bedingungen vorfinden wie Männer und andererseits die Arbeit innerhalb der Familie partnerschaftlich aufgeteilt ist. Die Chancengleichheit der Geschlechter ist also zu einem zentralen Thema für die Familie unserer Zeit geworden.

Zwar kommt in fast allen Interviews das Thema der weiblichen Erwerbstätigkeit und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor, die Relevanz in den einzelnen Ländern ist jedoch unterschiedlich. In Schweden wird dieser Bereich am häufigsten thematisiert, in Österreich etwas seltener und in Spanien am seltensten. Dieses Ergebnis scheint bis zu einem gewissen Grad das vorherrschende gesellschaftliche Modell in Bezug auf die Erwerbstätigkeit von Müttern zu reflektieren. Allerdings sind die Vorstellungen darüber, wie eine möglichst optimale Vereinbarkeit aussehen sollte, in allen drei Ländern gleich. Die meisten Frauen präferieren einen zeitweisen Ausstieg aus dem Erwerbsleben, solange das Kind klein ist. Eine ununterbrochene Erwerbstätigkeit nach der Geburt wird auch von schwedischen Frauen als nicht erstrebenswert erachtet. Was allerdings den Wiedereinstieg betrifft, so scheinen die interviewten Schwedinnen vergleichsweise sicherer zu sein, wieder in ihren Job zurückkehren zu können. Diese Sicherheit kann durchaus als Ausdruck der Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt interpretiert werden. Wenn für Frauen sichergestellt ist, dass sie nach der

¹⁶ Hier ist nochmals darauf hinzuweisen, dass die Interviews 2002 geführt wurden und daher die damalige Situation widerspiegeln. Der Ausbau der Familienförderung in Spanien in den letzten Jahren ist daher nicht berücksichtigt.

Familienpause ihre Erwerbstätigkeit wieder aufnehmen können, so hat die Entscheidung für ein Kind weniger gravierende Folgen für die eigene Erwerbsbiographie und scheint daher auch leichter zu fallen.

In diesem Zusammenhang ist vor allem auch die Rolle der Väter von großer Bedeutung. Wenngleich in vielen Interviews zum Ausdruck kommt, dass die Vollzeiterwerbstätigkeit der Männer eine finanzielle Notwendigkeit darstellt und eine Erwerbsunterbrechung daher schwierig zu verwirklichen ist, so streben die meisten Paare Vereinbarkeitsmodelle an, die beiden Partnern eine Erwerbstätigkeit ermöglichen. Es wird deutlich, dass einerseits die männlichen Partner eine aktive Rolle in der Familie einnehmen und Frauen bei ihrer Erwerbstätigkeit unterstützen wollen und dass andererseits die Frauen dies auch einfordern. Gerade bei kinderlosen Paaren wird die egalitäre Aufgabenteilung mitunter zur Voraussetzung für Kinder gemacht. Das hier beschriebene Muster ist in allen untersuchten Ländern in ähnlicher Weise erkennbar. Unterschiede lassen sich lediglich dahingehend feststellen, wie explizit und vehement die Diskussion von den Frauen geführt wird. Während schwedische, aber auch österreichische Frauen sehr selbstbewusst ihre Vorstellungen an die männlichen Partner herantragen, formulieren die meisten spanischen Frauen ihre Ansichten bezüglich der Rolle des Partners vergleichsweise zurückhaltend.

Obgleich die untersuchten schwedischen Paare zwar auch – wie die Paare in Österreich und Spanien – über die innerfamiliäre Arbeitsteilung diskutieren, so scheint die außerhäusliche Erwerbstätigkeit der Frau in höherem Maße als selbstverständlich angesehen zu werden und wird von den Paaren daher kaum grundsätzlich diskutiert. Dies zeigt sich vor allem im Vergleich zu den spanischen InterviewpartnerInnen, die sich zum Teil noch in einem grundsätzlichen Aushandlungsprozess zum Thema Erwerbstätigkeit der Mutter befinden. Unter den österreichischen Paaren wird die weibliche Erwerbstätigkeit prinzipiell ebenfalls nicht hinterfragt, dennoch wird hinsichtlich Mutterrolle und Kinderbetreuung eine größere Ambivalenz als in Schweden deutlich. Dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass in allen drei Ländern ein konsekutives Modell der Vereinbarkeit – also ein Nacheinander von Erwerbsphasen und Familienphasen – als ideal erachtet wird.

Dieses Ergebnis kann weitgehend durch die in den einzelnen Ländern herrschenden gesellschaftlichen Vorstellungen hinsichtlich der Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern erklärt werden. Dort wo die weibliche Erwerbstätigkeit auf gesellschaftlicher Ebene verankert ist, besteht auch innerhalb der Partnerschaft ein eher geringerer, grundsätzlicher Diskussions- und Aushandlungsbedarf. Vielmehr geht es um die konkrete Ausgestaltung und Abstimmung der weiblichen und männlichen Erwerbstätigkeit im Falle der Elternschaft bzw. wenn Kinder gewünscht sind.

Zusammenfassend liefern die Ergebnisse der durchgeführten Analyse Indizien dafür, dass die familienpolitische Ausrichtung eines Landes im Sinne einer Gleichstellung der Geschlechter bedeutsam dafür ist, dass sich junge Paare für Kinder entscheiden. Eine möglichst optimale Betreuungslösung für das Kind anstrebbend, ist der Wunsch, eine Erwerbstätigkeit mit dem Familienleben vereinbaren zu können, nicht nur ein Anliegen der Frauen, sondern gewinnt zunehmend auch für Männer an Relevanz. Für beide Geschlechter ist also eine Teilhabe an beiden Bereichen im Sinne einer erfüllten Lebensgestaltung erstrebenswert und scheint ein wesentlicher Faktor bei der Fertilitätsentscheidung zu sein. Eine an egalitären Geschlechtsrollen orientierte Politik verfestigt auf gesellschaftlicher Ebene Werte und Einstellungen, die dann auch leichter innerhalb der Partnerschaft verwirklicht werden können.

Der Ländervergleich macht aber auch deutlich, dass in vielen gesellschaftlichen Bereichen nach wie vor klare Unterschiede zwischen Österreich, Schweden und Spanien existieren. Gleichzeitig sind im Zeitverlauf jedoch eindeutige Anzeichen einer Annäherung aller drei Staaten zu erkennen. Gerade Spanien holt im Bereich der Ausbildung und Beschäftigung auf, was vor allem auch Auswirkungen auf das Geschlechtsrollenbild von Frauen hat. Auch die jüngsten Signale der spanischen Regierung, die Familien stärker zu fördern und die Vereinbarkeit von Erwerb und Familie zum politischen Handlungsziel zu machen, tragen zu einer Angleichung bei. Dabei ist zu bedenken, dass Spanien die Entwicklungen, die in Österreich und Schweden in mehr als einem halben Jahrhundert vonstatten gegangen sind, in nicht ganz drei Jahrzehnten zu bewältigen hat. Es wäre daher anzunehmen, dass Spanien gegenwärtig noch mit den Folgen des um rund 10 Jahre verspätet eingetretenen „zweiten demographischen Übergangs“ zu kämpfen hat. Erste Indizien, dass sich die Fertilitätsraten in Spanien zu erholen beginnen, sind gegeben (vgl. *Rille-Pfeiffer*, 2007, S.62).

Aufgrund dieser Entwicklungen könnte die These aufgestellt werden, dass es zu einer Homogenisierung der Rahmenbedingungen für das generative Verhalten innerhalb Europas kommt (vgl. ebd.). Die meisten europäischen Staaten sehen sich gegenwärtig mit ähnlichen Problemen konfrontiert und nähern sich – trotz aller nach wie vor bestehenden nationalen Besonderheiten – in ihren Lösungsansätzen an. Für die Entwicklung der Geburtenraten, die immer auch im Kontext der ökonomischen und politischen Entwicklungen eines Landes zu sehen sind, könnte dies europaweit gesehen zukünftig eine stärkere Nivellierung bedeuten. Wenn also die Rahmenbedingungen, sprich die sozialen, politischen und ökonomischen Entwicklungen einzelner Länder immer gleichförmiger verlaufen, dürften sich parallel dazu auch die Unterschiede im Fertilitätsverhalten verringern.

8. Resümee

Die vorliegende Arbeit hat den Versuch unternommen, auf Basis der *Qualitative Comparative Analysis* einen Erklärungsansatz für die Fertilitätsentscheidung und das generative Verhalten von Paaren in Österreich, Schweden und Spanien zu entwickeln. Dabei wurde deutlich, dass bei den InterviewpartnerInnen jeweils unterschiedliche Entscheidungsmuster zum Tragen kommen. Unter Entscheidungsmuster wird das Zusammenspiel der in die Analyse aufgenommenen Faktoren verstanden. Auch wenn zwei Faktoren – nämlich die eigene materielle Situation und die Unterstützung für Familien seitens des Staates – eine herausragende Rolle einnehmen, so sind auch die anderen untersuchten Faktoren, wie die positive Einstellung gegenüber einem Leben mit Kindern, die egalitäre Aufgabenteilung zwischen den PartnerInnen und eine konfliktarme Beziehung von Bedeutung. Damit wurde die vorab getroffene Annahme bestätigt, dass die Entscheidung für Kinder ein äußerst komplexes, soziales Phänomen darstellt, das nicht nur durch eine Einflussgröße zu erklären ist. Der Ländervergleich legt zudem die Vermutung nahe, dass im Rahmen eines multikausalen Erklärungsmodells neben den analysierten Faktoren vor allem auch die lebensphasenspezifische Betrachtung des Übergangs vom Jugendlichen zum Erwachsenen wichtig ist. Denn wie gut oder schlecht es jungen Menschen gelingt, sich eine eigene Lebensgrundlage zu schaffen, hat einen klaren Einfluss auf die weitere Lebensplanung und daher auch auf generative Entscheidungen. Für zukünftige Forschungsarbeiten erschiene es daher sinnvoll, dieser Lebensphase vermehrte Aufmerksamkeit zu widmen.

Aus den Ergebnissen der vorliegenden Arbeit lässt sich weiters schließen, dass es leichter ist, Erklärungen dafür zu finden, warum Paare keine Fertilitätsentscheidung treffen und die Realisierung ihres Kinderwunsches aufschieben als warum Paare sich für Kinder entscheiden. Offenbar ist die Entscheidung für Kinder ein schwerer greifbares Phänomen als die Entscheidung gegen Kinder bzw. das Aufschieben der Fertilitätsentscheidung. Eine mögliche Erklärung könnte dahingehend lauten, dass bei der Entscheidung für ein Kind Persönlichkeitsmerkmale oder subjektive Sinnstrukturen in höherem Maße zum Tragen kommen als extra-personelle Einflussgrößen. Vor dem Hintergrund, dass die vorliegende Arbeit weitgehend aus einem soziologischen Blickwinkel argumentiert, könnte daher die Schlussfolgerung gezogen werden, dass ein multikausales Erklärungsmodell für eine positive Fertilitätsentscheidung nicht ohne die Integration der im Individuum selbst begründeten Faktoren – d.h. also der psychologischen Perspektive – auskommt. Eine interdisziplinäre Herangehensweise könnte die Voraussetzung dafür liefern, dass befriedigend geklärt werden kann, warum sich Paare für Kinder entscheiden.

Literaturverzeichnis

Akkerboom, Hans (2000): Qualitative Exploration of choices about having children; unpublished final report of the project "Partner interaction, demography and equal opportunities as future labour supply factors" to the Netherlands Family Council: The Hague;

Allan, Graham (1980): A Note on Interviewing Spouses Together. In: *Journal of Marriage and the Family* 2/1980, S.205-210.

Andersson, Gunnar, Duvander, Ann-Sophie und Karsten Hank (2004): Erwerbsstatus und Familienentwicklung in Schweden aus paarbezogener Perspektive, Working Paper 2004-006, Max-Planck-Institut für demographische Forschung, Rostock.

Bagavos, Christos und Claude Martin (2001): Sinkende Geburtenraten, Familienstrukturen und politische Reaktionen, Synthesebericht der Jahrestagung 2000 der Europäischen Beobachtungsstelle zur sozialen Situation, Demographie und Familie. Wien: Österreichisches Institut für Familienforschung, Materialiensammlung Heft 10.

Beck, Ulrich und Elisabeth Beck-Gernsheim (Hrsg.) (1994): *Risikante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Beck-Gernsheim, Elisabeth (1997): *Die Kinderfrage. Frauen zwischen Kinderwunsch und Unabhängigkeit*, München: Verlag C.H.Beck.

Becker, Gary S. (1991): *A Treatise on the Family*. Cambridge, MA: Harvard University Press.

Beham-Rabanser, Martina (1998): *Lebenslanger Verzicht auf Kinder oder späte Mutterschaft? Über die Wahlfreiheit und den biografischen "Nicht"-Entscheidungsprozess von kinderlosen Frauen und späten Müttern ab 35 Jahren*; Dissertation an der Universität Linz.

Behnke, Cornelia und Michael Meuser (2003): Vereinbarkeitsmanagement. Die Herstellung von Gemeinschaft bei Doppelkarrierepaaren. In: *Soziale Welt* 54 (2003), S.163-174.

Bernhardt, Eva M. (1993): Fertility and Employment. In: *European Sociological Review*, Volume 9 (1), S.25-42.

Bernhardt, Eva M. (2000): Female Careers between Employment and Children. Paper presented at the seminar "Low Fertility, families and public policies", European Observatory on Family Matters in Sevilla, Sept. 2000.

Bichlbauer, Dieter (2001): Zur Motivation des Kinderwunsches. Kritische Bemerkungen zur Kausalität von Gründen für oder gegen Kinder. In: Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): *Demographische Informationen* 2001, Wien, S.5-14.

Billari, Francesco C. und Hans-Peter Kohler (2004): Patterns of low and lowest-low fertility in Europe. *Population Studies* 58(2): S.161-176.

Birg, Herwig, Flöthmann, E.-Jürgen und Iris Reiter (1991): *Biographische Theorie der demographischen Reproduktion*, Frankfurt am Main/New York: Campus.

Birg, Herwig (1992): Differentielle Reproduktion aus der Sicht der biographischen Theorie der Fertilität. In: *Voland, Eckart* (Hrsg.): Fortpflanzung: Natur und Kultur im Wechselspiel. Versuch eines Dialoges zwischen Biologen und Sozialwissenschaftlern. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S.189-215.

Birg, Herwig (2005): Die ausgefallene Generation. Was die Demographie über unsere Zukunft sagt, München: Verlag C.H. Beck.

Borchardt, Anke und Yve Stöbel-Richter (2004): Die Genese des Kinderwunsches bei Paaren – eine qualitative Studie. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 114, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung Wiesbaden.

Brady, Henry E. and David Collier (Hrsg.) (2004): Rethinking Social Inquiry: Diverse Tools, Shared Standards, Lanham.

Braumoeller, Bear F. (2003): Causal Complexity and the Study of Politics. In: *Political Analysis*, Volume 11, S.209-233.

Brewster, Karin L. und Ronald R. Rindfuss (2000): Fertility and women's employment in industrialized nations. In: *Annual Review of Sociology*, Volume 26, S.271-296.

Buber, Isabella und Josef Kytir (2001): Erfahrungen mit Elternschaft und Kinderwunsch. Ergebnisse für 20- bis 40-jährige Mütter und Väter in Oberösterreich. In: Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Demographische Informationen 2001, Wien, S.30-38.

Buck, Hartmut, Kistler, Ernst und Gerhard Mendius (2002): Demographischer Wandel in der Arbeitswelt – Chancen für eine innovative Arbeitsgestaltung, Stuttgart: Broschürenreihe Demographie und Erwerbsarbeit.

Burkart, Günter (1994): Die Entscheidung zur Elternschaft. Eine empirische Kritik von Individualisierungs- und Rational-Choice-Theorien. Stuttgart: Enke.

Burkart, Günter (1995): Biographische Übergänge und rationale Entscheidungen. In: *Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History*, 8 (1), S.59-88.

Burkart, Günter (2002): Entscheidung zur Elternschaft revisited. Was leistet der Entscheidungsbegriff für die Erklärung biographischer Übergänge? In: *Schneider, Norbert F. und Heike Matthias-Bleck* (Hrsg.): Elternschaft heute. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und individuelle Gestaltungsaufgaben, Opladen: Leske + Budrich, S.23-48.

BMUJF - Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hrsg.) (1999): Zur Situation von Familie und Familienpolitik in Österreich. Vierter österreichischer Familienbericht: Familie - zwischen Anspruch und Alltag, Wien.

Chronholm, Anders, Haas, Linda und Philip Hwang (2008): Country Note Sweden. In: *Moss, Peter und Marta Korinthus* (Hrsg.): International Review of Leave Policies and Related Research 2008, Employment Relations Research Series Nr. 100, Department for Business Enterprise & Regulatory Reform, S.333-345.

Coleman, James S. (1986): Social Theory, social research and a theory of action *The American Journal of Sociology*, 91, S.1309-1335.

Delgado, Margarita und Teresa Castro Martín (1999): Fertility and Family Surveys in Countries of the ECE Region, Standard Country Report Spain. New York and Geneva: United Nations.

Dex, Shirley und Heather Joshi (1999): Careers and motherhood: policies for compatibility. Cambridge Journal of Economics 23, S.641-659.

Dumont, Gérard-Francois (2003): Anhaltend niedrige Geburtenraten und ihre Folgen. In: *Leipert, Christian* (Hrsg.): Demographie und Wohlstand. Neuer Stellenwert für Familie in Wirtschaft und Gesellschaft, Opladen: Leske + Budrich, S.143-152.

Eckhard, Jan und Thomas Klein (2006): Männer, Kinderwunsch und generatives Verhalten. Eine Auswertung des Familiensurvey zu Geschlechterunterschieden in der Motivation zur Elternschaft, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Eggen, Bernd (1997): Einkommenslagen und wirtschaftlich schwierige Situation von Ehepaaren ohne Kinder und mit Kindern in Ost- und Westdeutschland. In: Zeitschrift für Sozialen Fortschritt, Nr. 3, S.68-73.

Elster, Jon (1987): *Subversion der Rationalität*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Elster, Jon (1989): Nuts and Bolts for the Social Sciences. Cambridge: Cambridge University Press.

Escobedo, Anna (2008): Country Note Spain. In: *Moss, Peter und Marta Korinthus* (Hrsg.): International Review of Leave Policies and Related Research 2008, Employment Relations Research Series Nr. 100, Department for Business Enterprise & Regulatory Reform, S.316-332.

Esping-Andersen, Gosta (1990): The three worlds of welfare capitalism, Cambridge: Polity Press.

Esping-Andersen, Gosta (1999): Social foundations of postindustrial economies, Oxford: University Press.

Esser, Hartmut (1990): „Habits“, „Frames“ und „Rational-Choice“ – Die Reichweite von Theorien der rationalen Wahl (am Beispiel der Erklärung des Befragtenverhaltens). In: Zeitschrift für Soziologie, 19, S.231-247.

Fischer, Wolfgang und Martin Kohli (1987): Biographieforschung. In: *Voges, Wolfgang* (Hrsg.): Methoden der Biographie- und Lebenslaufforschung, Opladen: Leske und Budrich, S.25-49.

Frejka, Tomas, Sobotka, Tomáš, Hoem, Jan M. und Laurent Toulemon (Hrsg.) 2008: Childbearing Trends and Policies in Europe. Demographic Research, Special Collection 7, Vol. 19.

Froschauer, Ulrike und Martin Lueger (2003): Das qualitative Interview. Zur Praxis interpretativer Analyse sozialer Systeme, Wien: WUV- Universitätsverlag.

Gauthier, Anne H. (1996): The state and the family: a comparative analysis of family policies in industrialized countries. Oxford: Clarendon Press

Gloger-Tippelt, Gabriele, Gomille, Beate und Ruth Grimmig (1993): Der Kinderwunsch aus psychologischer Sicht. Opladen: Leske + Budrich Verlag.

Goldstein, Joshua R., Lutz, Wolfgang und Maria Rita Testa. (2002): The emergence of subreplacement family size ideals in Europe. *VID Working Papers*. Vienna: Vienna Institute of Demography.

Granström, Fredrik (1997): Fertility and family surveys in countries of the ECE Region, Standard Country Report Sweden. New York and Geneva: United Nations.

Guger, Alois, Buchegger, Reiner, Lutz, Hedwig, Mayrhuber, Christine und Wüger, Michael (2003): Schätzung der direkten und indirekten Kinderkosten. Wien: Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz.

Hass, Paula H. (1974): Wanted and unwanted pregnancies: A Fertility Decision-Making Model. In: *Journal of Social Issues*, 30 (4), S.125-165.

Hill, Paul B. und Johannes Kopp (2006): Familiensoziologie. Grundlagen und theoretische Perspektiven, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hoem, Jan M. (2005): Warum bekommen die Schweden mehr Kinder als die Deutschen? *Demographic Research* 2005, Volume 13, Article 22, S.559-572.

Hondrich, Karl Otto (2007): Weniger sind mehr. Warum der Geburtenrückgang ein Glücksfall für unsere Gesellschaft ist, Frankfurt/New York: Campus Verlag.

Höpflinger, François (1997): *Bevölkerungssoziologie: eine Einführung in bevölkerungssoziologische und demographische Prozesse*, Weinheim: Juventa Verlag.

Horx, Matthias (2002): Die acht Sphären der Zukunft. Ein Wegweiser in die Kultur des 21. Jahrhunderts, Wien: Signum Verlag.

Huinink, Johannes (1995): Warum noch Familie? Zur Attraktivität von Partnerschaft und Elternschaft in unserer Gesellschaft. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Huinink, Johannes (2000a): Soziologische Ansätze zur Bevölkerungsentwicklung. In: *Mueller, Ulrich, Nauck, Bernhard und Andreas Dieckmann* (Hrsg.): *Handbuch der Demographie – Modelle und Methoden*, Berlin/Heidelberg: Springer Verlag, S.339-386.

Huinink, Johannes (2000b): Bildung und Familienentwicklung im Lebensverlauf. In: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, Heft 3/2000, S.209-227.

Hülkamp, Nicola Elke (2005): Ursachen niedriger Fertilität in hoch entwickelten Staaten. Soziologische, ökonomische und politische Einflussfaktoren, Dissertation, Universität Köln.

Jansen, Stephan A., Priddat, Birger P. und Nico Stehr (Hrsg.) (2005): *Demographie. Bewegungen einer Gesellschaft im Ruhestand. Multidisziplinäre Perspektiven zur Demographiefolgenforschung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Jungermann, Helmut, Pfister, Hans-Rüdiger und Katrin Fischer (1998): *Die Psychologie der Entscheidung. Eine Einführung*, Heidelberg/Berlin: Spektrum Akademischer Verlag.

Kapella, Olaf und Christiane Rille-Pfeiffer (2004): Über den Wunsch, ein Kind zu bekommen – Kinderwunsch hetero- und homosexueller Paare, ÖIF Working Paper Nr. 35.

Kapella, Olaf und Christiane Rille-Pfeiffer (2007): Einstellungen und Werthaltungen zu Themen der Vereinbarkeit von Familie und Erwerb. Deskriptive Ergebnisse einer Einstellungs- und Wertestudie zu Mutter- und Vaterrolle, Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit der Frau, ÖIF Working Paper Nr. 66.

Kaufmann, Franz-Xaver (1995): Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen, München: Beck.

King, Gary, Keohane, Robert O. and Sidney Verba (1994): Designing Social Inquiry: Scientific Inference in Qualitative Research, Princeton.

Klein, Doreen (2006): Zum Kinderwunsch von Kinderlosen in Ost- und Westdeutschland. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 119, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung Wiesbaden.

Koslowski, Peter (1990): Der soziale Staat der Postmoderne. Ethische Grundlagen der Sozialpolitik und Reform der Sozialversicherung. In: *Sachße, Christoph und Tristram Engelhardt* (Hrsg.): Sicherheit und Freiheit. Zur Ethik des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt: Suhrkamp, S.28-70.

Kreyenfeld, Michaela (2001): Employment and Fertility – East Germany in the 1990s, Dissertation, Universität Rostock.

Kreyenfeld, Michaela (2002): Time-squeeze, partner effect or self-selection? An investigation into the positive effect of women's education on second birth risks in West-Germany. In: Demographic Research Vol.7, S.15-48.

Kuijsten, Anton, Strohmeier, Klaus-Peter und Hans-Joachim Schulze (1994): Social Policy and the Forms of Family Life in Europe. In: International Social Security Review, Vol.3-4, S.11-30.

Lauterbach, Wolfgang (1999): Die Dauer nichtehelicher Lebensgemeinschaften. Alternative oder Vorphase zur Ehe? In: *Klein, Thomas und Wolfgang Lauterbach* (Hrsg.): Nichteheleiche Lebensgemeinschaften - Analyse zum Wandel partnerschaftlicher Lebensformen, Opladen: Leske und Budrich, S.269-308.

Leip, Evelyn (2004): Geburtenentwicklung und gesellschaftliche Struktur. Zur Reichweite von Rational Choice-Ansätzen am Beispiel des generativen Verhaltens. Dissertation Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Liefbroer, Aart (2005): Changes in the transition to adulthood in Europe. An empirical analysis among cohorts between in the 1950s and 1960s in Europe and among Dutch cohorts born between 1900 and 1982. Report for the Robert Bosch Foundation, The Hague.

Luhmann, Niklas (1984): Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Lutz, Wolfgang, Skirbekk, Vegard und Maria Rita Testa (2005): The Low Fertility Trap Hypothesis: Forces that may lead to further postponement and fewer births in Europe, European Demographic Research Papers 4, Vienna: Vienna Institute for Demography of the Austrian Academy of Science.

Lutz, Wolfgang (2006): "Alternative paths for future European fertility: Will the birth rate recover or continue to decline?" In: *Lutz, Wolfgang, Richter, Rudolf und Chris Wilson* (Hrsg.): The New Generations of Europeans. Demography and Families in the Enlarged European Union. London: Earthscan.

Lüscher, Kurt und Barbara Grabmann (2002): Lebenspartnerschaften mit und ohne Kinder: Ambivalenzen der Institutionalisierung privater Lebensformen. In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, Heft 1, Jg. 22, S.47-63.

Matthias-Bleck, Heike (1997): Warum noch Ehe? Erklärungsversuche der kindorientierten Eheschließung (Dissertation). Bielefeld

Mayring, Philipp (2002): Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken, Weinheim und Basel: Beltz Verlag.

Mayring, Philipp (2003): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, Weinheim und Basel: Beltz Verlag.

Mueller, Ulrich, Nauck, Bernhard und Andreas Dieckmann (Hrsg.) (2000): Handbuch der Demographie – Modelle und Methoden, Berlin/Heidelberg: Springer Verlag.

Nave-Herz, Rosemarie (1988): Kinderlose Ehen, München: Beck-Verlag.

Nave-Herz, Rosemarie (1997): Die Hochzeit - Ihre heutige Sinnzuschreibung seitens der Eheschließenden: Eine empirisch-soziologische Studie. Würzburg

Nave-Herz, Rosemarie (2002): Familie heute. Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung, Primus Verlag.

Netherlands Family Council (2002): Social Indicators: The Next Generation; unveröffentlichter Endbericht an die Europäische Union.

Neyer, Gerda (2006a): Geburtenentwicklung und Familienpolitik: Ergebnisse vergleichender Studien zu den nordischen Ländern, Tätigkeitsbericht 2006 der Max-Planck-Gesellschaft [Online],
http://www.mpg.de/bilderBerichteDokumente/dokumentation/jahrbuch/2006/demografische_forschung/forschungsSchwerpunkt/index.html

Neyer, Gerda (2006b): Fertilität, Familiengründung und Familienerweiterung in den nordischen Ländern, Working Paper 2006-022, Max-Planck-Institut für demographische Forschung, Rostock.

Neyer, Gerda und Jan M. Hoem (2008): Education and permanent childlessness: Austria vs. Sweden; a research note, Working Paper 2008-007, Max-Planck-Institut für demographische Forschung, Rostock.

Nickel, Horst, Vetter, Jürgen und Claudia Quaiser-Pohl (2001): Junge Eltern als Gegenstand kulturvergleichender Untersuchungen. Grundlagen und Konzeption eines ökopsychologischen Forschungsprojektes. In: *Nickel, Horst und Claudia Quaiser-Pohl* (Hrsg.): Junge Eltern im kulturellen Wandel. Untersuchungen zur Familiengründung im internationalen Vergleich, Weinheim und München: Juventa Verlag, S.13-33.

Opielka, Michael (1997): Familienpolitik im Wohlfahrtsstaat. In: Zeitschrift für Sozialreform, Heft 5, 43. Jahrgang, S.337-364.

Ott, Notburga (1992): Intrafamily Bargaining and Household Decisions, Berlin: Springer Verlag.

Pfau-Effinger, Birgit (1996): Analyse internationaler Differenzen in der Erwerbsbeteiligung von Frauen. Theoretischer Rahmen und empirische Ergebnisse. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 3/96, Opladen, S. 462-492

Pfau-Effinger, Birgit (2001): Wandel wohlfahrtsstaatlicher Geschlechterpolitiken im soziokulturellen Kontext. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 41, Sonderheft Geschlechtersoziologie, Opladen, S. 487-511.

Prinz, Christopher, Lutz, Wolfgang, Nowak, Vera und Christiane Pfeiffer (1998): Fertility and Family Surveys in Countries of the ECE Region, Standard Country Report Austria. New York and Geneva: United Nations.

Ragin, Charles C. (2000): Fuzzy-Set Social Science. Chicago/London: University of Chicago Press.

Ragin, Charles C., (2003): Making Comparative Analysis Count, Compass Working Paper 2003-10.

Ragin, Charles C. (2006): Fuzzy-Sets: Calibration Versus Measurements, University of Arizona.

<http://www.u.arizona.edu/~cragin/fsQCA/download/Calibration.pdf>

Rieck, Dorothea (2005): Der Einfluss gesellschaftlicher und ökonomischer Rahmenbedingungen auf den Kinderwunsch russischer Männer. Diplomarbeit, Max-Planck-Institut für demographische Forschung, Rostock.

Rille-Pfeiffer, Christiane (2008): Country Note Austria. In: Moss, Peter und Marta Korinthus (Hrsg.): International Review of Leave Policies and Related Research 2008, Employment Relations Research Series Nr. 100, Department for Business Enterprise & Regulatory Reform, S. 134-141.

Rille-Pfeiffer, Christiane (2007): Geburtenentwicklung und Kinderwunsch im europäischen Vergleich. Eine Analyse der Länder Österreich, Schweden und Spanien (Teil 1), Working Paper des Österreichischen Instituts für Familienforschung Nr. 61.

Rost, Harald und Norbert F. Schneider (1995): Differentielle Elternschaft – Auswirkungen der ersten Geburt auf Männer und Frauen. In: Nauck, Bernhard und Corinna Onnen-Isemann (Hrsg.): Familie im Brennpunkt von Wissenschaft und Forschung), Neuwied: Luchterhand Verlag, S.177-194.

Rupp, Marina (2005): Kinderlosigkeit in stabilen Ehen. In: Zeitschrift für Familienforschung 1/2005, S.21-40.

Schenk, Herrad (2002): Wieviel Mutter braucht der Mensch. Der Mythos von der guten Mutter, Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

Schmid, Josef (2002): Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme, Opladen: Leske + Budrich.

Schneewind, Klaus A. und Laszlo A. Vaskovics u. a. (1994): Optionen der Lebensgestaltung junger Ehen und Kinderwunsch. Zweiter Projektbericht. Stuttgart: Kohlhammer Verlag.

Schneider, Carsten Q. und Claudius Wagemann (2007): Qualitative Comparative Analysis (QCA) und Fuzzy Sets. Ein Lehrbuch für Anwender und jene, die es werden wollen, Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.

Schröder, Jette (2006): Frauenerwerbstätigkeit – ein Hemmnis für die Fertilität? Eine Analyse des Effekts der Erwerbstätigkeit auf den Übergang zur ersten Geburt in Deutschland, Working Paper Nr. 93. Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.

Schütz, Alfred (1971): Das Wählen zwischen Handlungsentwürfen. In: Schütz, Alfred: gesammelte Aufsätze, Band 2: Studien zur soziologischen Theorie. Den Haag: Nijhoff, S.22-50.

Strohmeier, Henrika, Strohmeier, Klaus Peter und Hans-Joachim Schulze (2006): Familienpolitik und Familie in Europa. Literaturbericht. Herausgegeben vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen.

Taskinen, Sirpa (2000): Alternative child-care policies and fertility. Paper presented at the seminar "Low Fertility, families and public policies", European Observatory on Family Matters in Sevilla, Sept. 2000.

Quaiser-Pohl, Claudia und Horst Nickel (2001): Die Veränderung familialer Strukturen als Folge des gesellschaftlichen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland. In: Nickel, Horst und Claudia Quaiser-Pohl (Hrsg.): Junge Eltern im kulturellen Wandel. Untersuchungen zur Familiengründung im internationalen Vergleich, Weinheim und München: Juventa Verlag, S.35-48.

Vaskovics, Laszlo A. und Marina Rupp (1995): Partnerschaftskarrieren: Entwicklungspfade nichtehelicher Lebensgemeinschaften. Opladen: Leske + Budrich.

Voges, Wolfgang (Hrsg.) (1987): Methoden der Biographie- und Lebenslaufforschung, Opladen: Leske + Budrich.

Von der Lippe, Holger und Urs Fuhrer (2003): Erkundungen zum männlichen Kinderwunsch. Ergebnisse einer psychologischen Interviewstudie mit 30-jährigen ostdeutschen Männern zur Familiengründung. Working Papter 2003-015, Max-Planck-Institut für demographische Forschung, Rostock.

Wernhart, Georg und Norbert Neuwirth (2007): Geschlechterrollenwandel und Familienwerte (1988-2002). Österreich im europäischen Vergleich. Ergebnisse auf Basis des ISSP 1988, 2002, ÖIF-Working Paper Nr. 54.

Zusammenfassung in deutscher Sprache

Die eingereichte Dissertation beleuchtet das Thema Geburtenentwicklung und Kinderwunsch aus einem internationalen Blickwinkel. Ausgangspunkt ist die Frage, warum in einigen europäischen Ländern die Geburtenzahlen stabil sind bzw. sogar ansteigen, während in anderen Ländern die Fertilität rückläufig ist. Um sich dieser Frage anzunähern, werden drei europäische Länder – nämlich Österreich, Schweden und Spanien – ausgewählt und einer vergleichenden Analyse unterzogen. Diese Länder repräsentieren in ihrer Heterogenität die unterschiedlichen Trends in Europa und lassen dadurch auch gewisse, allgemeine Schlussfolgerungen für die gesamteuropäische Geburtenentwicklung zu.

Die Zielsetzungen der eingereichten Arbeit liegen sowohl auf inhaltlicher als auch auf methodischer Ebene. Die inhaltliche Zielsetzung ist es, einen Beitrag zur Ursachenforschung zum Kinderwunsch und dem generativen Verhalten zu leisten. Denn gerade die Ursachenforschung – also die Frage, warum sich Paare für oder gegen Kinder entscheiden – ist in der Forschung bis dato vergleichsweise unterbelichtet geblieben. Die Verbreiterung der diesbezüglichen Wissensbasis ist jedoch nicht nur aus wissenschaftlicher Sicht bedeutsam, sondern stellt eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung möglicher Gegensteuerungsstrategien zum Geburtenrückgang dar. Die methodische Zielsetzung besteht darin, unter Bezugnahme auf theoretische Ansätze in der neueren Forschungsliteratur ein theoretisches Modell zur Erklärung der Geburtenentwicklung abzuleiten. Viele der bestehenden Erklärungsansätze erscheinen als zu eng geführt. Sie tragen dem Umstand, dass es sich beim Kinderwunsch und dem generativen Verhalten um sehr komplexe Phänomene handelt, nur unzureichend Rechnung. Insofern wird in der vorliegenden Arbeit der Versuch unternommen, einen Ansatz zu entwickeln, der gesellschaftliche und strukturelle Rahmenbedingungen berücksichtigt, aber auch Entscheidungsprozesse auf individueller Ebene und auf der Paarebene miteinbezieht. Das entwickelte Modell wird in einem Ländervergleich zwischen Österreich, Schweden und Spanien an einer empirischen Datenbasis, nämlich der qualitativen Studie zum Kinderwunsch von Paaren, zu überprüfen sein. Die Komplexität der zu untersuchenden Phänomene Kinderwunsch und generatives Verhalten muss aber nicht nur im theoretischen Modell abbildbar, sondern auch in der Analyse methodisch umsetzbar sein. Hierfür scheint ein Instrumentarium notwendig, das imstande ist, komplexe Kausalbeziehungen aufzudecken. In der eingereichten Dissertation kommt eine für die Erklärung von Fertilitätsentscheidungen bisher noch kaum verwendete, aber durchaus geeignet erscheinende Methode zur Anwendung, nämlich die *Qualitative Comparative Analysis* (QCA) nach Charles Ragin. Neben der inhaltlichen Zielsetzung möchte

die vorliegende Arbeit also auch Es soll überprüft werden, inwieweit jene Methode ein adäquates Analyseinstrument zur Bearbeitung der vorliegenden Fragenstellung darstellt.

Abstract

The dissertation focuses on the development of birth rates and the desire to have children from an international perspective. Starting from the question, why in some countries the birth rates seem to be very stable or even rising while in other countries fertility declines. To deal with that question three European countries – Austria, Sweden and Spain – will be analyzed in a comparative way. Those countries represent in their heterogeneity the different European trends and therefore allow – at least to a certain extent - conclusions for overall Europe.

The dissertation aims to contribute in the field of cause study concerning fertility behavior and the desire to have children. From the methodological perspective a theoretical model will be developed and tested on an empirical data base deriving from couple-interviews conducted in Austria, Sweden and Spain. Due to the assumption that many theoretical models are explaining fertility behavior in an insufficient way the developed model includes social and structural parameters as well as the decision process of the individual person and the couple. Transposing the model into the analysis it is necessary to have an instrument which is able to reveal complex causal relations. A method which seems to be appropriate but is rarely used in sociological analysis is the Qualitative Comparative Analysis, developed by Charles Ragin.

Lebenslauf

Persönliche Daten:

Name: Mag. Christiane Rille-Pfeiffer
Geburtsdatum: 23.12.1968
Geburtsort: Wien
Wohnadresse: Käferkreuzgasse 19/4, 3400 Klosterneuburg

Bildungsweg:

1987 Matura am neusprachlichen Gymnasium der Neulandschulen in Wien
1987-89 Studienversuch Landschaftsökologie und Landschaftsplanung an der Universität für Bodenkultur in Wien
1989-93/95 Studium der Soziologie und der Geschichte an der Universität Wien
1995 Graduierung zum Mag.rer.soc.oec.
Titel der Diplomarbeit: „Qualität“ universitärer Leistungen. Zur Problematik der Evaluierung im österreichischen Hochschulsystem.
01-03/94 ERASMUS-Stipendium an der University of Manchester

Beruflicher Werdegang:

02-06/95 Tutoriumsauftrag am Institut für Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsforschung der Universität Wien
seit 10/95 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Österreichischen Institut für Familienforschung (ÖIF) der Universität Wien

Gegenwärtige Arbeitsschwerpunkte:

Kinderwunsch, Geburtenentwicklung, Vereinbarkeit von Familie und Erwerb, Familienpolitik, Evaluationsforschung

Wien, im Februar 2009

(Mag. Christiane Rille-Pfeiffer)